

# **Die Art der Leute sich auszudrücken – Der Korruptionsdiskurs in Bulgarien 1906-1944.**

**Magisterarbeit**

Im Fach:

**Osteuropäische Geschichte**

Vorgelegt von:

**Christopher Nehring**

**Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg**

**15.12.2010**

**Erstkorrektor: Prof. Dr. Joachim Rogall (Heidelberg)**

**Zweitkorrektor: Prof. Dr. Hannes Grandits (HU Berlin)**

## Danksagung

Diese Magisterarbeit ist das Produkt einjähriger Nachforschungen im Rahmen eines Praktikums im Zentralen Staatsarchiv Sofia (*Centralen Dăržaven Arhiv Sofia* – CDA) und der Nationalbibliothek Kiril i Metdoi Sofia (NBKM). Ohne die beeindruckende Unterstützung zahlreicher Personen wäre diese, für eine Magisterarbeit ungewöhnliche, Arbeitsleistung vollkommen unmöglich gewesen. So danke ich zunächst Herrn Prof. Dr. Joachim Rogall (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg/Robert-Bosch-Stiftung) für seine bedingungslose Unterstützung und fachkundige Betreuung meiner Arbeiten über einen Zeitraum von rund zwei Jahren. Ich danke Herrn Prof. Dr. Hannes Grandits (Humboldt-Universität Berlin) für die Übernahme der (auswärtigen) Zweitkorrektur, seine Anregungen und für die Möglichkeit, die Arbeit im Rahmen des Kolloquiums „Theorien, Methoden und neue Zugänge zur Geschichte und Historischen Anthropologie Südosteuropas“ am 24.11.2010 in Berlin vorzustellen und zu diskutieren. Tiefer Dank gilt des Weiteren Dr. Milena Todorakova aus dem CDA Sofia, die mich während des Praktikums fürsorglich und zuvorkommend betreute und in die Arbeit des Zentralen Staatsarchivs einweihte.

Der Aufenthalt in Bulgarien wäre völlig undenkbar gewesen ohne den Einsatz, die Hilfe und Fürsorge von Anna, Ilija und Nikolaj Ivanov, die nicht nur diese Arbeit, sondern auch den Autoren durch so manche harte Zeit in Bulgarien begleiteten. Weiterhin wäre dieses Projekt auch ohne die finanzielle Unterstützung durch das „Erasmus-Praktikaprogramm“ wahrscheinlich nicht zu realisieren gewesen. In Sofia hatte ich des Weiteren die hoch erfreuliche Gelegenheit den herausragenden bulgarischen Wirtschaftshistoriker Rumen Avramov (*Centăr za Liberalni Strategii* – CLS Sofia) und Prof. Dr. Rumen Daskalov (Central European University Budapest/*Nov Bălgarski Universitet* Sofia) kennenzulernen und mit ihnen über die Ergebnisse meiner Untersuchungen zu sprechen. Für diese Möglichkeit, die sowohl den Horizont der Arbeit enorm erweiterte, als auch über so manche Krisen hinweghalf, sei auch ihnen herzlich gedankt.

Das anstrengende und umfangreiche Korrekturlesen des Manuskripts übernahmen Strahil Panajotov, M.A. (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg), Dr. Edda Binder-Ijima (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg), Julia Itin, M.A. (Martin Luther Universität Halle-Wittenberg) und Ivana Cubelić, denen für diese Leistung nicht genug zu danken ist. Die Kontrolle der deutschen Übersetzungen der im Anhang befindlichen bulgarischen Quellen übernahm dankenswerterweise Dr. habil. Blagovest Zlatanov Veličkov (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg). Alle Fehler und Unklarheiten, die im Text enthalten sind, gehen nicht auf sie zurück, sondern fallen einzig und alleine in die Verantwortlichkeit des Autors.

Schließlich danke ich meinen Eltern, Ralph und Karin Nehring, für ihre uneingeschränkte Unterstützung und Förderung während des gesamten Zeitraums meines Studiums, mitsamt seinen Irrwegen.

# Inhaltsverzeichnis

Anmerkungen zur Umschrift.....	iii
<b>I. Sprechen über Korruption .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Definitionen.....</b>	<b>8</b>
2.1. Öffentlichkeit .....	8
2.2. Diskurs .....	10
2.3. (Kritische/Historische) Diskursanalyse .....	11
2.4. Korruption – Umriss einer unmöglichen Definition .....	12
2.5. Worte und Benennungen für Korruption in Bulgarien .....	14
<b>II. Durch drei Phasen des Korruptionsdiskurses.....</b>	<b>17</b>
<b>3. Haselnüsse und Testamente - Die „Affäre Charles-Jean“ .....</b>	<b>17</b>
3.1. Die Struktur des Diskursstranges .....	18
3.2. Feinanalyse des <i>Prjaporec</i> vom 21.3.1906.....	20
3.3. Zwischen den Zeitungen – Wechselbeziehungen .....	25
3.4. Gesamtinterpretation.....	29
<b>4. Be(un)ruhigung des öffentlichen Gewissens – Der parlamentarische Enquetebericht 1910.....</b>	<b>32</b>
4.1. <i>Exkurs</i> : Eine kurze Geschichte der Enqueteberichte in Bulgarien 1885-1934 .....	32
4.2. Der parlamentarische Enquetebericht über die Regierungen R.Petrov-D.Petkov-P.Gudev (1903-1908) .....	38
4.3. Kontext(e) und Kontextanalysen – Historisch, institutionell, medial und situativ.....	38
4.4. Die (Wissens-)Struktur des Berichtes .....	41
4.5. Finanzminister Pajakov und seine finanzielle Sanierung an der Macht .....	43
4.6. <i>Exkurs</i> : Korruptionsgesetzgebung in Bulgarien.....	45
4.7. Anti-Korruption durch Enquetes? - Der Bericht als diskursives Ereignis? .....	47
<b>5. „Sie klauten, wer immer und von wo immer sie konnten“ – Die Reihe „Družbaškija Režim“ ...</b>	<b>51</b>
5.1. Bulgarien nach dem Ersten Weltkrieg – Der historische Kontext .....	51
5.2. Militärs und Kommissionen – Der mediale und institutionelle Kontext.....	53
5.3. Die (Wissens-)Struktur der Broschürenreihe .....	55
5.4. Die Agrarier bestehlen den Staat und ihre Genossen – Feinanalyse des vierten Bandes .....	59
5.5. Gesamtinterpretation.....	62
<b>6. Auf in die neue Zeit – Kimon Georgiev und der Umsturz vom 19.5.1934 .....</b>	<b>64</b>
6.1. Umstürze und Autoritarismus – Der historische Kontext.....	64
6.2. <i>Exkurs</i> : Ein spezieller historischer Kontext: Die Affäre Kosturkov 1933/34 .....	66
6.3. Aktionismus und neue Macht – Der institutionelle, situative und mediale Kontext .....	67
6.4. Wille zur Macht – Der Autor Kimon Georgiev.....	68
6.5. Der 19. Mai und der neue Staat – K.Georgievs Rede vom 12. Juli 1934 .....	69
6.6. Korruption aus der Vergangenheit – Der <i>Dnevnik</i> 1935.....	72
6.7. Unfähige Buchhalter und alte Ordnungen – Feinanalyse des Artikels vom 19.5.1935 .....	73
6.8. Gesamtinterpretation.....	75
<b>III. Exkurs: <i>Partizanstvo</i> und <i>partizanstvo</i>-Diskurs.....</b>	<b>78</b>
<b>7. „Den da mine, drug da dojde“ – Das bulgarische <i>partizanstvo</i> .....</b>	<b>78</b>
7.1. Von Parteigängern und Untergrundkämpfern – Herkunft und Bedeutung des Begriffs.....	78
7.2. Von Klienten und Patronen. Wie funktionierte <i>partizanstvo</i> ?.....	80
7.3. Ein naher Verwandter des <i>partizanstvo</i> – Das <i>hodatajstvo</i> .....	82
7.4. Das Reden über <i>partizanstvo</i> – Der <i>partizanstvo</i> -Diskursstrang .....	84
7.5. Einordnung und Bewertung.....	92

<b>IV. Schluss</b> .....	<b>94</b>
8. Gerüchte, Intrigen, Instrumente – Kommunikationsstrategien und Korruption .....	94
9. Gegen oder durch den Staat? Öffentlichkeit und Korruption.....	101
10. „Wie man sieht sind die Leute unersättlich“ – Moraldenken und Korruption .....	105
11. <i>Nacionalnijat pesimizäm</i> – Über Identität und Korruption .....	109
12. Von Mentalitäten und Korruption .....	114
13. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	119
<b>V. Ausblick</b> .....	<b>123</b>
14. Korruptionsdiskurs damals und heute – Umriss eines Vergleichs .....	123
<b>VI. Anlagen</b> .....	<b>127</b>
15. „Schema F“ .....	127
15.1. Unterschlagung .....	127
15.2. Auf wessen Kosten? Zwischen Unterschlagung und Bestechung .....	128
15.3. Bestechung.....	129
15.4. Zwischen den Seiten – Die Rolle von Mittelsmännern .....	129
15.5. „Die Wahlen verliefen absolut still, ordentlich und frei“ – „ <i>Bajganyovština</i> “ als Wahlmanipulation.....	131
16. <b>Übersetzungen</b> .....	<b>132</b>
16.1. Diskursfragment 1: Prjaporec. Organ na Demokratičeska Partija Nr. 132, 21.3.1906, S. 1f. .....	132
16.2. Diskursfragment 2: Der parlamentarische Untersuchungsbericht über die Regierung des Landes 1903-1908, Sofia, 1910, S. 385-389.....	136
16.3. Diskursfragment 3: „ <i>Družbaškija Režim</i> “, Bd. 4 Sofia, 1923, S. 3 .....	140
16.4. Diskursfragment 4: „Der 19. Mai und der neue Staat. Eine Rede, gehalten von Ministerpräsident K. Georgiev am 12. Juli 1934 im Theater „Royal“ .....	141
16.5. Diskursfragment 5: Dnevnik Nr. 10772, 15.11.1935, S. 3 .....	152
17. <b>Bibliographischer Essay</b> .....	<b>155</b>
18. <b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>158</b>
18.1. Archivmaterialien des CDA Sofia:.....	158
18.2. Zeitungen (NBKM): .....	159
18.3. Publierte Quellen: .....	159
18.4. Literatur: .....	162
18.5. Internet: .....	169

## Anmerkungen zur Umschrift

Alle Zitate aus dem Bulgarischen werden im Laufe dieser Arbeit wie folgt wiedergegeben.

A, óA, a	, óP, p
, óB, b	, óR, r
, óV, v	, óS, s
, óG, g	, óT, t
, óD, d	, óU, u
, óE, e	, óF, f
, ófi, fl	, óH, h
, óZ, z	, óC, c
, óI, i	, ó ,
, óJ, j	, ó™–
Ї, ѱ óI, i	, ó™–t
, óK, k	, ó
, óL, l	, ó als óy vor Vokalen
, óM, m	, óJu, ju
, óN, n	, óJa, ja
, óO, o	

Die in der Zeit bis 1944 noch gebräuchlichen Buchstaben Ѣ, ѣ und Ѥ, ѥ werden der heute gängigen Schreibweise angepasst.

# I. Sprechen über Korruption

## 1. Einleitung

Die folgenden einleitenden Worte speisen sich aus unterschiedlichen Momenten, die zusammengenommen den informativsten Einstieg in diese Arbeit bieten. So wird zunächst die Entstehungsgeschichte dieser Studie aus evolutionärer Sicht dargestellt, nicht zuletzt da selbige aufs Engste mit der Einführung in die Quellenproblematik und die hier verwendete Methodik verbunden ist. Dabei wird deutlich, was die ursprünglichen Absichten waren, wie und warum sie sich veränderten, zu welchen Ergebnissen daraufhin gekommen wurde und wie diese praktisch umgesetzt werden.

Am Anfang meiner Beschäftigung mit Korruption stand ein recht banaler Vorfall ó ein bulgarischer Zöllner machte mir unmissverständlich und ohne die Worte šKorruptionō, šBestechungō, šGeldō oder šgib mirō zu benutzen, klar, dass er gegen einen geringen Obolus bereit sei, auf lästige Formalia zu verzichten. Die Art und Weise, in welcher diese Kontakt mit alltäglicher špetty corruptionō von statten ging, brachte mich auf den Gedanken, dass Korruption eine durch Worte und Taten hergestellte systematische Praxis ist, in der das Unausgesprochene und Unterlassene oftmals mindestens ebenso viel Bedeutung herstellt und transportiert wie das tatsächlich Gesagte und Getane. Diese Bedeutung herauszufinden, schickte ich mich an. In langen Sitzungen über dem oftmals chaotischen Aktenmaterial machte ich mich auf die Suche nach Quellen für eine šdichte Beschreibungō von Korruption in ihren verschiedenen Formen. Ich wollte spezielle Orte ó räumlicher wie gedanklicher Natur ó lokalisieren, die für die Ausführung einer mit šKorruptionō zu bezeichnenden Handlung prädestiniert scheinen. Ich suchte nach semiotischen Zeichen aller Art, die gesetzwidrige Gaben an- und umdeuten sollten. Ich glaubte šRitualeō finden zu können, die innerhalb korrupter Handlungen verschiedene Formen von Ordnung, Sinn und Bedeutung re-präsentieren sollten. Nicht zuletzt hoffte ich auf sich wiederholende sprachliche Substitutionen zu stoßen, sowohl für die hässlichen Begriffe šKorruptionō, šBestechungō, šSchmiergeldō, als auch für den wohl nie ausgesprochenen Satz šIch werde Ihren Wunsch erfüllen, aber dafür müssen Sie mir Geld gebenō.

Nach intensiven Auseinandersetzungen mit dem Quellenmaterial musste ich feststellen, dass die verbliebenen stummen Zeugen der Korruption eine šgänzlich andere Sprache sprechenō. Was man für eine kulturhistorische Analyse über korrupte Praktiken, die den oben ausgeführten Richtlinien folgt, benötigen würde, wäre eine quasi stenographische Aufzeichnung eines oder mehrerer Akte tatsächlich ausgeführter Bestechung von den Beteiligten selbst pedantisch protokolliert. Die tatsächlich vorhandenen Quellen jedoch, wurden unter pragmatischen Zwängen verschiedenster Art angefertigt, ausgerichtet z.B. auf die Konstatierung eines Rechtsbruchs (bei dem der minutiöse Ablauf irrelevant ist) oder auf politische Polemik

(bei der die Generalisierung im Vordergrund steht).<sup>1</sup> Eine dichte Beschreibung<sup>2</sup> von Korruption, die sich an den Größen Ort, Sprache, Ritual und performative Praxis entlang ausbilden will, kann so nur unter Zuhilfenahme der kreativen Phantasie des Historikers<sup>3</sup>, sowie der Merkmalübertragung verschiedenster dokumentierter Fallstudien, erstellt werden. Ein diesem Anfangsenthusiasmus geschuldeter Versuch solcher Beschreibungen findet sich im Anhang dieser Arbeit, in dem Varianten korrupter Praktiken wie Unterschlagung, Bestechung und Wahlmanipulation durch die Kombination verschiedener Quellen typisiert dargestellt werden.

Doch dies war nicht der einzige Ansatz oder thematische Schwerpunkt, der in den Vorarbeiten zunächst energisch verfolgt und dann ernüchtert verworfen wurde bzw. nur noch in transformierter Form am Rande dieser Arbeit seinen Platz hat finden müssen. Der Aspekt der Verwandtschaft z.B., der sich in dem Gemeinplatz der Vetternwirtschaft (*-urobadffana-tina*) seinen Niederschlag im Korruptionsdiskurs und der Alltagssprache gesichert hat, musste weitgehend außer Acht gelassen werden. Der enorme und zum Teil unmögliche Aufwand, der nötig gewesen wäre, um die oftmals komplizierten Verwandtschaftsbeziehungen bei einzelnen Fällen nachzuverfolgen und zu systematisieren, übersteigt den Rahmen dieser Arbeit bei weitem. Anzumerken ist jedoch, dass Fälle eindeutiger Vetternwirtschaft (nachzuweisen beispielsweise durch Namensgleichheit) in den hier untersuchten Fallstudien wesentlich seltener anzutreffen waren, als per se vermutet wurde, was an sich auch ein interessantes Ergebnis darstellt. Ein ähnliches Schicksal ereilte die ursprüngliche Absicht sich mit Korruption vorzugsweise auf der unteren, alltäglichen Ebene des direkten Kontaktes der Bevölkerung mit den Institutionen und Vertretern der Staatsgewalt zu beschäftigen. Die Hauptgründe hierfür waren zum einen das gänzliche Fehlen schriftlicher Quellen der einfachen Bevölkerung (sprich: der bulgarischen Bauern), was bedeutet, dass die einzige Möglichkeit über deren Verhalten Auskunft zu erlangen, wiederum die Berichte der staatlichen Institutionen sind, zu deren spezieller Rolle als Quelle für Korruption weiter unten eingegangen wird. Zum anderen würde eine Fallstudie auf der unteren sozialen Ebene erstens eine m.E. willkürliche Auswahl eines Gebietes in der bulgarischen Provinz und detaillierte Nachforschungen in den Gemeinde-, Stadt- oder Dorfarchiven von Nöten machen. Auch dieser Aufwand überstiege die Grenzen dieser Arbeit um ein Vielfaches. Die so zustande gekommene Top-down-Perspektive, die sich vornehmlich auf die höhere staatliche Ebene und Elitenkommunikation konzentriert, soll hier also nicht so sehr als Ausdruck einer Hierarchie oder Höhergewichtung, sondern als durch die Sachzwänge und (Selbst-)Beschränkungen dieser

---

<sup>1</sup> Überraschenderweise ließen sich selbst in den Fonds des Justizministeriums und in den Akten der wenigen tatsächlichen Gerichtsverhandlungen über politische Korruption auf höchster Ebene keine Informationen dieser Art gewinnen. Siehe dazu auch den bibliographischen Essay im Anhang dieser Arbeit.

<sup>2</sup> Siehe zum Verständnis und Gebrauch dieses Konzepts: Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt am Main, 1987, S. 7-43.

<sup>3</sup> Vgl.: Fried, Johannes: Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte, in: Historische Zeitschrift 263/1996, S. 291-316.



Arbeit zustande gekommen, verstanden werden.<sup>4</sup> Ähnliches gilt im Übrigen auch für die Verwendung und Arbeit mit idealtypischen Modellen, bei denen die Unterschiede zwischen Konzeption und tatsächlicher Realisation oftmals unbeachtet bleiben müssen.<sup>5</sup>

Weiterhin von der Untersuchung ausgeklammert werden musste das Feld der Staatlichkeit an sich, ihrer Entwicklung im sog. Dritten Bulgarischen Königreich und die Rolle, welche Korruption darin spielte. Die institutionelle Ausbildung des bulgarischen Staates nach 1878 ging ó de jure wie auch de facto ó mit einer Vielzahl von Problemen und Erscheinungen einher, die einen Typus von Bürokratie hervorbrachte, in der Korruption, in welcher Form auch immer, eine große Rolle spielte. Diesem Thema wurden, z.B. für Serbien, bereits ausführliche Arbeiten gewidmet.<sup>6</sup> Auch im bulgarischen Fall hätte dieser Themenkomplex eine eigene Studie verdient, die sich nicht nur auf den Aspekt der Korruption beschränken sollte und deren Horizont den Umfang dieser Arbeit sprengen würde.<sup>7</sup>

Eng mit dem Feld der Staatsbildung und Entwicklung verbunden, figuriert dabei die Beziehung zwischen Recht und Korruption, die, wenn schon keine eigene Studie, so doch wenigstens ein ausführlicheres Kapitel verdient hätte. Neben der gesetzlichen Basis von Korruption bzw. deren Verboten, müsste hier das Zusammenspiel zwischen übernommenem römisch-westlichen, fortgeführten türkisch-osmanischen und dem immer noch angewandten Gewohnheitsrecht genauer untersucht werden. Wie in Kap. 4.6. nur sehr oberflächlich dargestellt werden kann, ist es hier vor allem die enorme Abweichung zwischen Rechtstext und Rechtspraxis bzw. Rechtsverständnis, das in und durch verschiedene Praktiken von Korruption zum Ausdruck kommt.

Obleich die bislang genannten Bereiche zwar nicht in den anfangs gedachten Formen, so doch zumindest in transformierten Umrissen hier und dort aufleuchten, spielten die zwei wohl grundlegendsten pragmatischen Fragen im Zusammenhang mit Korruption ó die Frage nach der Ur-sache und dem šwahren Ausmaß ó so gut wie keine Rolle. Dies hat mehrere Gründe: Die ursächliche Erklärung von Korruption als ubiquitärem, sozialen und staatlichen Problem ist bereits seit Jahrzehnten Gegenstand der Korruptionsforschung, ohne dass eine Art von Einigung über die Kausalität erzielt worden wäre. Soziologische Modelle škorrupten Handelnsó halten dem Praxistest oft nicht stand, wohingegen Fallstudien aufgrund der historischen Pfadabhängigkeit oft nur bedingt zur Verallgemeinerung taugen, wie auch diese Arbeit zeigt.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Unter anderem ergab sich diese Perspektive aus dem Rückgriff auf die Bestände des Zentralen Staatsarchivs (*Centralen D rŕven Arhiv* ó CDA) Sofia, in dem ein Jahr lang Nachforschungen für diese Arbeit betrieben werden konnten, wohingegen Regionalarchive oder sonstige Bestände für die šniederen Ebenenó unberücksichtigt bleiben mussten.

<sup>5</sup> Vgl. zur Unterscheidung von offiziellen Versionen und tatsächlichen Realisationen, gerade im Hinblick auf die Staatlichkeit moderner Nationalstaaten aus historisch-anthropologischer Perspektive: Herzfeld, Michael: *Cultural Intimacy. Social Poetics in the Nation-State*, London/New York, 1997.

<sup>6</sup> Siehe z.B. Boestfleisch, Hans-Michael: *Modernisierungsprobleme und Entwicklungskrisen. Die Auseinandersetzungen über die Bürokratie in Serbien 1839-1858*, Frankfurt am Main u.a., 1987.

<sup>7</sup> Siehe dazu Kap. 7. dieser Arbeit über das Phänomen des *špartizanstvo*ó und die dort zitierte Literatur zur Bürokratie in Bulgarien.

<sup>8</sup> Siehe dazu Kap. 2.4. dieser Arbeit und die dort zitierte Literatur über Korruption.

Die Frage nach einem wie auch immer gearteten šwahren Ausmaß oder Verbreitungö von Korruption in Bulgarien scheint einem Positivismus geschuldet, dem diese Studie zu entgehen versucht. Allen empirischen Skalen a lá Transparency International zum Trotz, gibt es keine Möglichkeit Korruption in ihrer Gänze zu erfassen, was in nicht unerheblichem Maße der Tatsache geschuldet ist, dass Korruption nur als erfolglos ausgeführte, d.h. entdeckte Korruption, präsent ist. Erfolgreich ausgeführte Korruption hingegen figuriert allenfalls als Gerücht. Gerüchte, Skandale und öffentliche Anschuldigungen können dabei als Ausdrücke gesellschaftlicher Entrüstung und Moral angesehen werden, weshalb im Laufe dieser Arbeit immer wieder darauf zurückgekommen wird. Jedoch wird selbst ein kriminologisch bewandelter Historiker, je nach Überlieferung des Quellenmaterials, nicht oder zumindest nicht immer in der Lage sein zu entscheiden, ob es sich um wirkliche Korruption oder lediglich diskreditierende Gerüchte, um faire oder gekaufte Prozesse usw. handelte.

Negativ gesehen, ergab sich bei den Nachforschungen also vor allem das Problem der Re-präsentation. Wie im Laufe dieser Arbeit immer deutlicher wird, konnten als nahezu einzige šfaktischeö Überreste korrupter Praktiken einige persönliche Briefe an und von hochrangigen Persönlichkeiten zutage gefördert werden. Auch selbige werden, wo immer hilfreich, in dieser Studie Verwendung finden. Das Gros der erhaltenen Quellen über Korruption jedoch verzeichnet deren kommunikative Re-präsentation. Korruption als soziale Handlung war für das Individuum, nicht aber für die Gesellschaft als Ganzes šdirektö erfahrbar. Auf der supra-individuellen Ebene figurierte Korruption als kommunikatives Phänomen, das durch seine sprachliche Re-präsentation konstituiert wurde. Wenn z.B. der Hauptstaatsanwalt (*d rftaven obvinitel*) 1920 ein Verfahren gegen den Direktor eines Ministeriums Stefan Stefanov 1920 aufgrund von Beweisen anstreben konnte, die er den Richtern aus verschiedenen Zeitungen präsentierte<sup>9</sup>, so mag dies verdeutlichen, dass es sich bei Korruption um eine in der Gesellschaft eminent öffentliche und nicht geheime Erscheinung handelte.

Positiv gesehen, ist Korruption aus historischer Sicht also vor allem als kommunikative Erscheinung zugänglich. Diese schlug sich auf verschiedene Arten in den Quellen nieder: als Gerüchte und Anschuldigungen in der Presse, in Parlamentsdebatten, Gesetzen, parlamentarischen Untersuchungskommissionen, Publizistik, Literatur und natürlich öffentlichkeitswirksamen Prozessen.<sup>10</sup> Die Kommunikationsmedien über Korruption reichten also von politischen Institutionen über Kunst bis hin zum Bereich der sog. Privatsphäre. Sie können somit einen, wenngleich auch nicht vollständigen, Querschnitt durch eine Gesellschaft bieten, welcher vor allem im Hinblick auf die Verfassung und ständige

---

<sup>9</sup> CDA F 233K, Op. 1, a.e. 72, S. 3.

<sup>10</sup> Hierbei sei angemerkt, dass m.E. auch z.B. die in den zahlreichen Finanz- und Gerichtsrevisionen auftauchenden Fälle von Korruption prinzipiell als Quellen kommunikativer Natur, wenngleich auch intra-institutioneller, einzustufen sind. Auch die Revisoren brachten ihre Version des Vorgefallenen als Bericht an die Vorgesetzten zu Papier, wobei sie keineswegs unbefangen, erschöpfend oder über-objektiv waren (und auch nicht sein konnten). Zweifelsohne bilden auch diese Quellen eine äußerst interessante und aufschlussreiche Gattung, können jedoch in dieser Arbeit nur selten zu Hilfe genommen werden.

Selbstkonstitution ihrer Öffentlichkeit, das Bewusstsein und die Sinndeutungen von Korruption von Bedeutung sind. Diese Quellen werden also den Hauptgegenstand der folgenden Untersuchung ausmachen, wobei darauf geachtet wurde, eine möglichst facettenreiche Bandbreite und besonders ergiebige Einzelfälle zu bearbeiten.

Der Fokus und die anzuwendende Methodik dieser Arbeit verschoben sich also hin zu einem Ansatz, der die sprachliche und kommunikative Darstellung von Korruption fixiert. Um diese Eigenschaften des Quellenmaterials in ihrer breiten Aussagekraft erfassen zu können, wurde sich hier für die Methodik einer historisch-kritischen Diskursanalyse entschieden. Die spezifischen Vorzüge liegen dabei in einer Verbindung der Betrachtung von Kommunikation über Korruption als sozialer Praxis mit dem rein kommunikativ-sprachlichen Aspekt. Dabei soll die Diskursanalyse jedoch weniger als Königsweg zur Erklärung sozialer Realität verstanden werden, als vielmehr eine erkenntnisleitende Kategorie darstellen. Mit der Diskursanalyse soll gleichzeitig ein Weg gefunden werden, mit dem erkenntnistheoretischen Problem der Re-präsentation in der Geschichtswissenschaft umzugehen.<sup>11</sup> Korruption als kommunikatives, diskursives Phänomen soll hier nicht im Sinne eines linguistischen Nihilismus, sondern im semiotischen Sinne U.Ecos verstanden werden. Damit kann die Kommunikation über Korruption als ein System von Zeichen aufgefasst werden, die auf Zeichen verwiesen, die auf reale Dinge verwiesen.<sup>12</sup> Dieses System von Zeichen organisierte sich innerhalb des Diskurses. Selbiger kann gedacht werden als institutionalisierte Redeweisen, die Korruption nicht optik-analog abbildeten, sondern re-präsentierten und durch den Kommunikationsakt be-deuteten. So wurde die šreale Korruptionō in kommunikativen Prozessen mit Bedeutung(en) aufgeladen und aus einfachen sozialen Handlungen wurden moralische, politische, wirtschaftliche etc. Skandale oder Affären, denen wiederum erneut Bedeutung und Sinn abgerungen bzw. aufgeladen wurde. So scheint es, dass aus historischer Perspektive erst die kommunikative Verarbeitung von Korruption und nicht die sozialen Handlungen, auf die verwiesen wurde, sie im öffentlichen Raum šinstitutionalisierteō<sup>13</sup>. Das Konzept der šÖffentlichkeitō selbst, als kommunikativ strukturierter Raum, innerhalb dessen sich jeder gegebene Diskurs entfaltet, wird eines der

---

<sup>11</sup> Siehe zum Repräsentationsproblem in der Geschichtswissenschaft grundlegend: Ricoeur, Paul: *Geschichtsschreibung und Repräsentation der Vergangenheit*, Münster, 2003; weiterhin: Kellner, Hans: *Language and historical representation*, in: *The Postmodern History Reader*, hg.: Jenkins, Keith, London/New York, 1998, S. 127-138; Friedlander, Saul: *Probing the limits of representation*, in: Ebd., S. 387-391. Gleichzeitig muss jedoch betont werden, dass Diskursanalyse hier nicht als ultima ratio historischer Erkenntnis und über allen anderen Methodiken stehend angepriesen werden soll, sondern lediglich als besonders geeignet für die gewählte Thematik des Korruptionsdiskurses. Neben dem oben Dargelegten muss hier ebenfalls angeführt werden, dass durch die Methodik der Diskursanalyse die Frage, wie über Korruption gewusst werden kann, auf zweifache Art betrachtet werden kann: Einmal nämlich für die historische šJetzt-Zeitō, also den Untersuchungszeitraum, und einmal für die Gegenwart dieser wissenschaftlichen Betrachtung.

<sup>12</sup> So Ecos bekannter Ausspruch in: Eco, Umberto: *Der Name der Rose*, München, 81986, S. 506: šBücher sind aus Zeichen gemacht, die von anderen Zeichen reden, die ihrerseits von den wirklichen Dingen reden.ō Siehe ebenso: Ders.: *Einführung in die Semiotik*, München, 92002, S. 15-44.

<sup>13</sup> Angemerkt sei jedoch, dass dies ein grundlegendes erkenntnistheoretisches Problem in der Geschichtswissenschaft ist, da sich dieser Umstand für die historischen Zeitgenossen auch genau andersherum dargestellt haben könnte, was für den heutigen Historiker wohl kaum endgültig zu beurteilen sein wird.

wichtigsten Unterthemen dieser Arbeit darstellen. Hierbei werden vor allem die mannigfachen Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit, sowie deren Einfluss auf und durch den Korruptionsdiskurs, im Vordergrund stehen.

Der **Hauptfokus** dieser Arbeit liegt also auf dem im Korruptionsdiskurs transportierten Wissen um Korruption und dem öffentlichen Raum, in dem er sich entfaltet. Dabei wird im Einzelnen den Fragen nachgegangen, welcher Sinn Korruption innerhalb der bulgarischen Gesellschaft zugeschrieben wurde, wie selbiger entstand und wer ihn unter welchen Bedingungen kommunizierte und aushandelte. Gleichzeitig wird das Augenmerk weiterhin auf die Frage zu richten sein, inwieweit der Diskurs selbst, oder die soziale Realität die er mitkonstruierte und auf die er sich bezog, Wandel generieren konnten. Da der Korruptionsdiskurs seiner Natur nach immer als Anti-Korruptionsdiskurs in Erscheinung tritt, bezieht sich auch der diskursive Wandel stets auf (positive) Änderungen sowohl der Korruption an sich, als auch ihrer institutionalisierten Kommunikation.

Was die Zeitspanne des Untersuchungszeitraumes anbetrifft, ist der Titel der Arbeit etwas irreführend, denn das Jahr 1944 als äußerste Begrenzung, ist hier lediglich als Epochengrenze durch die Abschaffung der Monarchie und den Übergang zum Sozialismus zu denken. Tatsächlich datiert das letzte untersuchte Diskursfragment aus dem Jahre 1935, wenngleich auch hier und dort noch einige Quellen aus der Zeit zwischen 1935 und 1944 auftauchen. Das Jahr 1906 wurde als imaginärer Anfangspunkt dieser Studie gewählt, da hier der erste große Korruptionsskandal im Bulgarien des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen war. Wiederum finden jedoch auch einige Quellen aus der Zeit zwischen der Staatsgründung 1878 und dem Jahr 1906 Verwendung, sofern diese innerhalb ihrer Quellengattung einen bestimmten Wert besaßen.

Da hier bereits in die wichtigsten Probleme der Quellenlage und Methodik dieser Arbeit eingeführt wurde, kann darauf verzichtet werden ihnen im Folgenden eigene Kapitel einzuräumen. Stattdessen schließen sich an diese Einführung in Abschnitt I Kap. 2. die Arbeitsdefinitionen der grundlegenden Begriffe Öffentlichkeit, Diskurs, Diskursanalyse und Korruption an. In Abschnitt II Kap. 3.-6. folgt die Untersuchung ausgewählter Fallstudien von Diskurseinheiten, die nach der in Abschnitt I Kap. 2.2. und 2.3. dargelegten Methodik der Diskursanalyse untersucht werden. Abschnitt III Kap. 7. wird dann in einem Exkurs die wohl verbreitetste und über den gesamten Untersuchungszeitraum präsenteste korrupte Praktik des *partizanstvo* behandeln. Abschnitt IV Kap. 8.-12. wird einige der wichtigsten von der Analyse zutage geförderten Aspekte im Hinblick auf die Hintergründe der Kommunikation über Korruption und die leitenden Denkkategorien des Wissens über selbige thematisieren. In Abschnitt IV Kap. 13. wird schließlich versucht, die Ergebnisse der Diskursanalyse möglichst kurz und prägnant zusammenzufassen. Abschnitt V Kap. 14. wagt dann einen Ausblick über die Aussichten der hier zutage geförderten Ergebnisse und deren pragmatischen Nutzen für die Gegenwart. Abgerundet wird diese Arbeit in Abschnitt VI Kap. 15.-18. mit den verschiedenen Anlagen. Darunter finden sich zum einen die in

Abschnitt II Kap. 3.-6. behandelten Diskurseinheiten, ein bibliographischer Essay, sowie der Versuch der Darstellung eines šSchema Fö, d.h. einer idealtypischen Beschreibung verschiedener korrupter Praktiken wie Bestechung, Unterschlagung oder Wahlmanipulation.

## 2. Definitionen

Der eigentlichen Quellenuntersuchung sei an dieser Stelle eine kurze Erläuterung der wichtigsten Begrifflichkeiten vorausgeschickt, die die maßgeblichen Operatoren im analytisch-methodischen Gerüst dieser Arbeit bilden. Dies sind vor allem: Öffentlichkeit, Diskurs, Diskursanalyse und Korruption. Im Folgenden soll daher ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, wie diese Begriffe hier verstanden werden. Es versteht sich von selbst, dass die Erklärungen lediglich den Charakter von Arbeitsdefinitionen tragen und in der Mehrzahl den Forschungsstand lediglich repräsentieren, nicht erweitern oder gar erneuern. Während dies für die Begriffe Diskurs(analyse) und Öffentlichkeit einleuchtend erscheint, ergeben sich für eine Definition von Korruption, gerade im Falle Bulgariens, hierbei einige Probleme, wie weiter unten ausgeführt wird.

### 2.1. Öffentlichkeit

Der in der Alltagssprache hochfrequentierte Begriff 'Öffentlichkeit'<sup>14</sup> soll hier im Sinne Habermas' als 'Inbegriff derjenigen Kommunikationsbedingungen, unter denen eine diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums [í ] zustande kommen kann'<sup>15</sup>, oder kurz: als ein durch Kommunikation strukturierter Raum, verwendet werden. In dieser Kommunikationssphäre der Öffentlichkeit kristallisiert sich jener kritische Diskurs heraus, der als 'öffentliche Meinung' bekannt ist. Jeder gegebene Diskurs braucht einerseits Öffentlichkeit, um überhaupt wirkungsmächtig zu werden, während er andererseits diese Strukturen der ihm zugrunde liegenden Öffentlichkeit immer mit sich trägt und re-präsentiert. Der so definierte Begriff der Öffentlichkeit und vor allem das 'bürgerliche Wesen' ihrer Struktur speisten sich nach Habermas aus der Betrachtung der Auseinandersetzungen des Bürgertums mit dem Adel um politische Einflussnahme. So vollzog sich jener Bedeutungswandel des Begriffes 'Öffentlichkeit' von 'dem Staate zugehörig' zu 'dem Publikum allgemein zugänglich'<sup>16</sup>. Dieses bestand dabei aus den zum Publikum versammelten Privatleuten, wodurch das Konzept einer 'kritischen Öffentlichkeit' eine Scheidelinie zwischen der Gesellschaft und dem Staat zog.<sup>17</sup> Besonders für den Südosteuropa-Historiker ergibt sich im Falle des Konzepts von Öffentlichkeit jedoch das Problem der historischen Pfadabhängigkeit. Das

---

<sup>14</sup> In dieser Arbeit soll der von Habermas verwendete Begriff 'Öffentlichkeit' und nicht die englische Version 'public sphere', oder deren deutsche Version 'öffentlicher Raum' verwendet werden. Weiterhin wird immer wieder verwiesen auf die bulgarischen Umschreibungen in den Quellen, in denen sich stets ein Übersetzungsproblem der Begriffe *ob-tesvo*, *ob-tesveno mnenie*, *ob-tesvenost*, *ob-tesvena s vest* und *ob-tesvena sfera* ergibt, die wörtlich eigentlich mit 'Gesellschaft/gesellschaftlich' zu übersetzen wären, in der öffentlichen Kommunikation aber den Charakter von 'Öffentlichkeit/öffentlich' annehmen. Hohendahl, Peter Uwe (Hg.): *Öffentlichkeit ó Geschichte eines kritischen Begriffs*, Stuttgart/Weimar, 2000, S. 7 verweist jedoch ebenfalls darauf, dass es bislang selbst in der internationalen Forschung zu keiner Vereinheitlichung der Terminologie gekommen ist.

<sup>15</sup> Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main, 1990, S. 38.

<sup>16</sup> Vgl. Hohendahl, Peter Uwe (Hg.): *Öffentlichkeit ó Geschichte eines kritischen Begriffs*, S. 5.

<sup>17</sup> Vgl.: Ebd., S. 194ff. und: Hohendahl, Peter Uwe (Hg.): *Geschichte eines kritischen Begriffs*, S. 18.

Habermas'sche Idealmodell scheint, wie immer mehr Fallstudien gezeigt haben, tatsächlich eher eine historische Ausnahme, denn die Regel gewesen zu sein.<sup>18</sup> Dabei waren es immer wieder die bürgerliche Struktur der Öffentlichkeit, sowie die strenge Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft, die in den Fokus der Kritik gerieten. Auch für Bulgarien muss davon ausgegangen werden, dass der Habermas'sche Idealtyp nur wenig geeignet ist, um die Struktur der Öffentlichkeit adäquat zu erfassen. Zum einen kann die Sozialstruktur der bulgarischen Gesellschaft in der Nationalstaatsperiode mitnichten als bürgerlich bezeichnet werden.<sup>19</sup> Weiterhin haben erste Forschungen bereits gezeigt, dass sich eine kritische öffentliche Meinung zum ersten Mal in der sog. 'Wiedergeburtperiode' (*V zrafdlanie*) in Form eines gegen die osmanischen Fremdherrscher gerichteten Nationaldiskurses ausbildete.<sup>20</sup> Der 1878 gegründete Nationalstaat durchdrang dann selbige Formen von Öffentlichkeit immer wieder mit seinem 'Penetrations- und Allmachtsanspruch' (H.Sundhaussen). Obgleich nichtstaatliche Organisationen und z.B. Zeitungen zum festen Bestandteil des soziopolitischen Inventars gehörten<sup>21</sup>, vermischten sich in ihnen immer wieder die staatliche und private Sphäre. Viele Strukturen wie Zeitungen, Lesesäle (*itali-te*) oder Vereine (*druftestvo*) wiesen deutlichen Hybridcharakter auf, die Grenzen zwischen Privatem und Staatlichem verschwammen, nicht zuletzt durch personelle Überschneidungen.<sup>22</sup> Auf diese Charakteristika wird in den folgenden Untersuchungen speziell zu achten sein, um schließlich zu einer gemäßen Bewertung über die Formen und Beziehungen von Öffentlichkeit in Bezug auf den Korruptionsdiskurs in Bulgarien zu gelangen.

---

<sup>18</sup> Siehe etwa zu dem Begriff der Öffentlichkeit in Russland: Hagen, Manfred: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Russland 1906-1914, Wiesbaden, 1982; Hausman, Guido: Öffentlichkeit, in: Geschichte des Russischen Reichs und der Sowjetunion (Studienhandbuch Östliches Europa Bd. 2), hg.: Bohn, Thomas et. al., Köln, 2002, S. 260-266; Siehe weiterhin zur Problematik der Dichotomie von Staat und Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit dem Korruptionsdiskurs: Gupta, Akhil: Blurred Boundaries: The Discourse of Corruption, the Culture of Politics, and the Imagined State, in: *American Ethnologist* 22/1995 Nr. 2, S. 375-402.

<sup>19</sup> Siehe zu der Kategorie von Bürgertum auf dem Balkan: Höpken, Wolfgang: Die 'fehlende Klasse'? Bürgertum in Südosteuropa im 19./20. Jahrhundert, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und ethnologische Perspektiven, hrsg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, Wolfgang, München, 2007, S. 33-70.

<sup>20</sup> Heppner, Harald: Aspekte bulgarischer Öffentlichkeit in spätosmanischer Zeit, in: Öffentlichkeit ohne Tradition. Bulgariens Aufbruch in die Moderne, hrsg.: Heppner, Harald/Preshlenova, Roumiana, Frankfurt am Main, 2003, S. 9-24; Gavrilova, Rajna: Orte, Ansichten, Zeichen. Die Herausbildung des öffentlichen Raumes im städtischen Milieu, in: Ebd., S. 167-192.

<sup>21</sup> Gavrilova, Rajna: Istorijata na grafdanski organizacii v B lgarija, in: K m istorijata na grafdanskija sektor v B lgarija, hrsg.: Elenkov, Ivan/Gavrilova, Rajna, Sofia, 1998, S. 3-103. Siehe weiterhin auch zur Presse: Daskalov, Rumen: B lgarskoto ob-testvo, Bd. 2, Sofia, 2005, S. 468-502.

<sup>22</sup> Ein Faktor könnte hier auch gewesen sein, dass, wie: Paru-eva, Dobrinka: Pravitelstvenijat elit v Rum nija i B lgarija vtorata polovina na XIX. i na aloto na XX. vek, Sofia, 2008, zeigte, die Sphäre der Politik und des Staatlichen der Weg zum Aufstieg in die soziale Elite und nicht etwa umgekehrt bildete, was die große Anziehungskraft des Staates erklärte und zu seiner Allgegenwart in gesellschaftlichen Dingen beitrug.

## 2.2. Diskurs

Der Begriff des Diskurses ist, so kann wohl behauptet werden, in der gegenwärtigen (Kultur-)Geschichte ebenso populär wie umstritten. An dieser Stelle soll jedoch nicht das ‚diskursive Rad am Wagen der Geschichte‘ neu erfunden und auf die generelle Debatte um die Lang-, bzw. Kurzlebigkeit kulturhistorischer Methoden in der Geschichtswissenschaft eingegangen werden.<sup>23</sup> Die spezifische Notwendigkeit, Korruption in Bulgarien zwischen 1878 und 1944 als Diskurs zu betrachten, wurde bereits in der Einleitung dargelegt, sodass es hier darum geht, den Begriff ‚Diskurs‘ zu klären. Dabei kann im Laufe dieser Arbeit relativ gefahrlos auf den Diskursbegriff Michel Foucaults und seiner Auslegung durch die Duisburger Schule der ‚Kritischen Diskursanalyse‘ zurückgegriffen werden. Eine erste Definition mit Foucault lautet somit: ‚[Ein] Diskurs [ist] nicht als Gesamtheit von Zeichen, sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.‘<sup>24</sup> Etwas spezifischer könnte man den Diskursbegriff von J. Link heranziehen: ‚Wir verstehen darunter institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und also Machtwirkungen ausüben. Oder allgemein: ‚Fluss von Wissen durch die Zeit.‘<sup>25</sup> Im Vordergrund steht hierbei, dass der Zusammenhang zwischen Sprache und Denken, mitsamt ihren Kategorien, eine konstituierende und regulierende Einwirkung auf das haben, was, wann, wo und von wem gesagt werden kann. Oder andersherum: ‚Das empirische Wissen innerhalb einer Zeit und Kultur besitzt eine wohldefinierte Regelmäßigkeit, die Möglichkeit Fakten zu sammeln, von ihnen überzeugt zu sein und sie in die Tradition zu stellen und zu gebrauchen, ist nicht die Gnade des Zufalls, sondern gehorcht den Gesetzen eines Wissenscodes.‘<sup>26</sup> Dass sich aus diesem Diskursbegriff eine Verbindung mit dem Konzept der Öffentlichkeit ergibt, liegt auf der Hand. Die Öffentlichkeit als Kommunikationssphäre ist der Raum, in dem sich jeder gegebene Diskurs entfaltet. Der Diskurs und die Struktur einer gegebenen Öffentlichkeit treten in vielerlei Wechselbeziehungen, bedingen und ändern sich (gegenseitig).

Um das Verständnis der nun anschließend vorgestellten Methode der (Kritischen/Historischen) Diskursanalyse zu erleichtern, sei der idealtypische Aufbau eines Diskurses skizzenhaft vorgestellt<sup>27</sup>: Die unterste Stufe bilden dabei die **Aussagen** (‚Atome des Diskurses‘<sup>28</sup>), verstanden als Positivitäten, als homogene Inhalte, die Sagbarkeitsfelder beschreiben. Diese Aussagen finden sich in den **Diskursfragmenten**, worunter Text oder Textteile verstanden werden, die zu einem Thema gehören. Eine

---

<sup>23</sup> Siehe exemplarisch dazu: Martschukat, Jürgen: Geschichte schreiben mit Foucault – Eine Einleitung, in: Geschichte schreiben mit Foucault, hg.: Martschukat, Jürgen, Frankfurt/New York, 2002, S. 7-27.

<sup>24</sup> Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main, 1973, S. 74.

<sup>25</sup> Zit. Nach: Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2004, S. 127.

<sup>26</sup> Foucault, Michel: Die Ordnung der Dinge, Frankfurt am Main, 1971, S. 9.

<sup>27</sup> Hierbei wird den von Foucault ausgehenden Methoden der Kritischen Diskursanalyse gefolgt. Siehe dazu generell: Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, und speziell zu den Begrifflichkeiten: Ders./Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010.

<sup>28</sup> Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, S. 124.



eingeschränkte Menge von Diskursfragmenten gleichen Themas wiederum verbindet sich zum **Diskursstrang**. Die verschiedenen Diskursstränge sind dabei immer nur ein Ausschnitt aus dem **gesamtgesellschaftlichen Diskurs**. Weiterhin von Bedeutung für eine Diskursanalyse ist die **Diskursebene**, die šsozialen Orte, von denen aus gesprochen wird. Dies sind die Ebenen, auf denen die verschiedenen Diskursstränge erscheinen<sup>29</sup>. Unter einem **diskursiven Ereignis** kann im Prinzip jedes Ereignis tatsächlicher oder kommunikativer Natur verstanden werden, das einen mehr oder minder starken Einfluss auf den weiteren Verlauf des Diskurses hatte, solange ihm mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde.

### 2.3. (Kritische/Historische) Diskursanalyse

Der oben aufgeführte strukturelle Aufbau des Diskurses beruft sich auf die Schule der Kritischen Diskursanalyse (KDA) Jägers und Links in Anlehnung an Foucault.<sup>30</sup> Die ideale Matrix einer Diskursanalyse im Sinne der KDA nach Jäger und Link sieht dabei folgendermaßen aus<sup>31</sup>: 1.) *Wahl und Begründung des Gegenstandes* 2.) *Festlegung des Untersuchungszeitraumes* 3.) *Ermittlung des Corpus/Archivs* 4.) *Strukturanalyse* 5.) *Ermittlung typischer Texte nach der Strukturanalyse* 6.) *Feinanalyse eines oder mehrerer Texte* 7.) *Interpretation und Kritik der Ergebnisse im Zusammenhang*. Jedoch sollen hier einige Modifikationen vorgenommen werden, die den Fokus von dem Komplex šSprache-Machtö hin zu einer historischen Diskursanalyse, die šdie Wissens-, Wirklichkeits- und Rationalitätsstrukturen vergangener Gesellschaften aufzudecken suchtö<sup>32</sup>, verschieben.

Achim Landwehr schlug auf dieser Basis eine leichte veränderte Version zur Historischen Diskursanalyse vor<sup>33</sup>: 1.) *Korpusbildung*, 2.) *Kontextanalyse*<sup>34</sup>, 3.) *Analyse der Aussagen*<sup>35</sup>. Die Methode der Diskursanalyse an sich birgt nach Landwehr den Vorteil, dass sie šPositivitäten akzeptiert, d.h. Aussagen als Faktum und Ereignis akzeptiert, ohne nach šden eigentlichen Intentionenö, nach Mentalität, nach leitenden Interessen zu fragenö<sup>36</sup> und so das Hermeneutikproblem löst. Sie akzeptiert also für die Untersuchung die Aussagen der Quellen als Wahrheit, als das in einer bestimmten historischen Zeitspanne Sag- und Denkbare, welches wiederum vom Diskurs organisiert wurde.<sup>37</sup>

<sup>29</sup> Tonks, Iris: šDiskursebeneö, in: Lexikon Kritische Diskursanalyse, S. 38, hierbei sind vor allem mediale Formen oder größere Themenbereiche wie Politik, Wirtschaft etc. gemeint.

<sup>30</sup> Jäger, Siegfried: Einführung, S. 127.

<sup>31</sup> Siehe zu diesem Überblick: Ders.: Analyseschritte für die Diskursanalyse, in: Lexikon Kritische Diskursanalyse, S. 24f.

<sup>32</sup> Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen, 2001, S. 171.

<sup>33</sup> Ebd., S. 134.

<sup>34</sup> Darunter fällt: 2.a) Situativer Kontext 2.b) Medialer Kontext 2.c) Institutioneller Kontext 2.d) Historischer Kontext.

<sup>35</sup> Darunter fällt: 3.a) Makrostruktur 3.a)I. Makroanalyse einzelner Texte 3.a)II. Makroanalyse einer diachronen Stichprobe von Texten 3.b) Mikrostruktur des Textes 3.b)I. Textebene 3.b)II. Satzebene 3.b)III. Wortebene 3.b)IV. Lexikalische Ebene 3.b)V. Paraspärrachliche Ebene 3.b)VI. Visuelle Ebene.

<sup>36</sup> Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren, S. 103.

<sup>37</sup> Ebd., S. 7, der von der Beobachtung ausgeht, dass zu einem historischen Zeitpunkt nur eine begrenzte Menge von Aussagen zu einem bestimmten Thema gemacht werden kann, obwohl rein sprachlich gesehen eine unendliche Menge von möglichen Aussagen existiert. Es ist der Diskurs, der die Möglichkeiten von Aussagen zu einem bestimmten Thema regelt, der das Sag- und Denkbare organisiert.ö

Diese Untersuchung behält sich jedoch ein gewisses Maß an methodischer Freiheit vor, beruhend auf der Überzeugung, dass sich das methodische Gerüst an das zur Verfügung stehende Quellenmaterial, und nicht umgekehrt, anpassen sollte. So wird prinzipiell der Vorgehensweise der KDA und HDA gefolgt, jedoch anhand eines ausgewählten Beispiels mit eingeschränktem Quellenkorpus. Ebenso wird die linguistische Feinanalyse zugunsten einer genaueren Betrachtung des historischen Kontextes reduziert. Aufgrund des archäologischen Charakters dieser Arbeit, in der sowohl methodologisches Neuland in der Korruptionsforschung betreten als auch fast ausschließlich mit bislang unbeachteten Quellen gearbeitet wird, kann im Folgenden weniger Gewicht auf einer Feinanalyse der Diskursbeiträge, als auf einer Erforschung der strukturellen Entwicklung des Diskursverlaufs liegen.

Das von Landwehr angesprochene „Hermeneutikproblem“ soll in dieser Arbeit **nicht** ausgeschlossen werden, was im Falle des Korruptionsdiskurses in Bulgarien aus zwei Gründen besonderen Sinn macht: 1.) Da die Diskursfragmente die tieferen Intentionen, die „Mentalitäten“ oft selbst zu ihrem Gegenstand machen, ja, da dies selbst Diskursaussagen sind. 2.) Da, wie Foucault richtig wählte, gerade die Teilnahme und Aussage im Korruptionsdiskurs, jeder Beitrag zu ihm, nicht zufällig „passierten“, sondern „gemacht“ wurden. Obgleich Landwehr darin zugestimmt werden muss, dass zumindest ein Teil dieser Annahmen den Boden der Spekulation nie ganz verlassen können, so soll doch mit Hilfe kulturhistorischer Methoden wenigstens ein Teil der kulturellen Logik dahinter zum Vorschein gebracht werden.

#### **2.4. Korruption ó Umriss einer unmöglichen Definition**

Obwohl Korruption ein Begriff ist, der im alltäglichen Sprachgebrauch ein recht eindeutiges Verständnis evoziert, stellt seine Definition doch große Anforderungen an eine historische Untersuchung.<sup>38</sup> Da Korruption in der Praxis den einfachen Vorgang von Bestechung oftmals um ein Vielfaches überschreitet, steht am Beginn einer Untersuchung immer die Frage, was denn eigentlich unter Korruption verstanden werden soll. Auch diese Arbeit hat keineswegs den Anspruch diese Frage endgültig lösen zu wollen. Vielmehr sollen hier Umriss des Inhaltes einer Definition skizziert werden, die die Forschung bislang herausgearbeitet hat.

Ein gemeinsamer Nenner der Korruptionsforschung ist die Konstatierung ihrer Ubiquität ó Korruption, in einer der mannigfachen Formen und Gestalten ihres Auftretens, hat es immer und überall gegeben (und wird es auch weiterhin geben).<sup>39</sup> Weiterhin konzentrierte sich die Forschung bislang meist auf die

---

<sup>38</sup> Vgl. auch: Engels, Jens I.: Politische Korruption in der Moderne. Debatten und Praktiken in Großbritannien und Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 282/2006, S. 315-321.

<sup>39</sup> So sei z.B. nach Jakob von Klaveren in der europäischen Bürokratiegeschichte nicht eine Bürokratie mit, sondern eine Bürokratie ohne Korruption als der wahre Sonderfall anzusehen. Siehe: Gröbner, Valentin: Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit, Konstanz, 2000, S. 102 Fn. 22. Siehe weiterhin zur Ubiquität von Korruption: Alemann, Ulrich v.: Politische Korruption: Ein Wegweiser zum Stand der Forschung, in: Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung, hg.: Aleman, Ulrich von (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 35/2005), Wiesbaden, 2005, S. 15-19; Stykow, Petra: Mésalliance á trois: Politische

Schnittstelle zwischen Staat und Privatpersonen, Staat und Wirtschaft, Bürokratie und Individuum als locus corruptionis. Korruption kann so nur dort auftreten, wo Staatsmacht und privates Interesse aufeinandertreffen. Eine der ältesten und immer noch gebräuchlichen Definition von Korruption ist die von Joseph Senturia, der sie als *the misuse of public power for private profit*<sup>40</sup> definierte. Eine wichtige Erweiterung jedoch wurde vorgenommen: So kann es sich bei dem Vorteil um materielle oder immaterielle Profite handeln, genauso wie hervorgehoben wurde, dass zur Erlangung dieser Vorteile ein akzeptierter Normenkodex gebrochen werden muss, also sozial und legal abweichendes Verhalten vorliegt.<sup>41</sup> Obwohl die Diskussion um die Leistungsfähigkeit dieser Definition von Korruption immer noch anhält, sollen sie das Gerüst für die Arbeitsdefinition in dieser Untersuchung bilden. Korruption soll also verstanden werden als der Einsatz von (staatlicher) Macht zur Erlangung eines materiellen oder immateriellen Nutzes, auf den kein rechtlicher Anspruch besteht und im Verlaufe dessen das *šGemeinwohl* zugunsten eines privaten Profits vernachlässigt wird. Hierbei gibt nicht zuletzt ein gewisser Pragmatismus in Bezug auf das in dieser Studie bearbeitete Quellenmaterial den Ausschlag. So wird sich diese Untersuchung von Korruption stets mit politischer Korruption beschäftigen, weshalb die Einschränkung der Definition auf den Bereich staatlicher Macht (und der Ausschluss von ihr getrennter Sphären) kein Problem darstellt. Ebenso kommt diese Arbeitsdefinition den Vorstellungen und Normen von und über Korruption, die zum Untersuchungszeitraum in Bulgarien anzutreffen waren, entgegen.<sup>42</sup> Hierbei sollen die Normen, Gesetze, Definitionen und Vorstellungen von Korruption zwar immer vorgestellt und auf ihren Inhalt hin untersucht werden, bilden jedoch nicht die *ultima ratio*. Weiterhin wird Korruption in dieser Studie nicht als Positivität, sondern als überwiegend kommunikative Praxis betrachtet, die zu einem Teil eben aus jenen zeitgenössischen Normen und Definitionen der untersuchten Zeit bestand.

---

Korruption als Beziehungsphänomen, in: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien politischer Korruption, hrsg.: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten, Baden-Baden, 2002, S. 87ff; Reiter, Josef: *šSoll man den Menschen sagen, wie schlecht sie sind?* (E. Canetti): Korruption als *šZwischen-Fall* des Menschlichen, in: Korruption. Interdisziplinäre Vorträge zu einem komplexen Phänomen, hrsg.: Nell, Verena von / Schwitzgebel, Gottfried / Vollet, Matthias, Wiesbaden, 2003, S. 1-18; Joisten, Karen: Vom Zerreißen und Stürzen. Ein Versuch zur *corruptio humana*, in: Ebd., S. 19-30; Vgl. weiterhin auch die Studien zu Korruption in der Antike von: Schuller, Wolfgang: Korruption in der Antike, in: Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung, hg.: Aleman, Ulrich von (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 35/2005), Wiesbaden, 2005, S. 50-60.

<sup>40</sup> Zit. nach: Aleman, Ulrich von: Politische Korruption, S. 20, der hier die Einschränkung auf den staatlichen Bereich, der z.B. die Privatwirtschaft oder das Stiftungswesen ausschließt, kritisiert.

<sup>41</sup> Nye, Joseph, zit. nach: Ebd., S. 21: Vgl. weiterhin die Kritik von: Stykow, Petra: Politische Korruption, S. 88. Ein weiterer Aspekt hierbei, der für den Fall Bulgarien im Laufe dieser Arbeit noch ausführlicher in den Fokus rücken wird, ist dabei die Konvergenz zwischen Moral, Normen und Korruption. Denn, genauso wie Korruption an sich ubiquitär ist, genauso ubiquitär ist auch ihre negative moralische Konnotation, die schon der lat. Ursprung des Wortes (*šcorrumpere* *šverderben*, oder *šrumpere* *šbrechen*, zerreißen, stürzen) andeutet (Vgl.: Aleman, Ulrich v.: Politische Korruption, S. 16.). Dass, vor allem in Bezug auf die verschiedenen *šVerwandten* von Korruption wie Bestechung, Unterschlagung, Patronage, Vetternwirtschaft und Ämterkauf, jedoch zu verschiedenen Zeiten verschiedene und wandelbare gesellschaftliche Normen und Praktiken angewandt wurden, die moralische Bewertung als korrupt also historischem Wandel unterlag, ist eines der Ergebnisse neuester Korruptionsforschungen. Siehe z.B. Engels, Jens I.: Politische Korruption, S. 319-327.

<sup>42</sup> Vgl. wiederum: Engels, Jens I.: Politische Korruption in der Moderne, S. 320, der ein *šmethodisches Dreieck*, bestehend aus der Standarddefinition, den jeweiligen historischen Debatten und den Praktiken, auf denen diese Debatten beruhen, vorschlägt, woran sich auch in dieser Arbeit orientiert wird.

Korruption als ein kommunikatives bzw. kommuniziertes Phänomen zu sehen, ist dabei ein bislang kaum vertretener Ansatz.<sup>43</sup> Dieses Faktum erscheint höchst erstaunlich, vor allem wenn man bedenkt, dass a.) korrupte Verhaltensweisen, so denn erfolgreich, nur selten historisch verwertbare Quellen hinterlassen und b.) die vorhandenen Quellen fast ausnahmslos diskursiver Natur (Debatten, Gesetze, Artikel, Gerüchte etc.) sind.<sup>44</sup> Somit ergibt sich das Paradoxon, dass Korruption, die ihrer Natur nach als Normenverletzung heimlich und unerkannt bleiben will, immer öffentlich ist bzw. gemacht wird.<sup>45</sup> Ebenso ergibt sich daraus, dass erfolgreiche Korruption praktisch nicht als solche in Erscheinung tritt. Im Umkehrschluss ist Korruption, die öffentlich kommuniziert wird, nicht erfolgreich bzw. irgendetwas ist fehlgeschlagen.<sup>46</sup> Um diese Praktiken der Kommunikation von Korruption, ihre Muster, Funktionen und Eigenarten zu beschreiben, aber auch die Weise, wie sie Korruption als Bestandteil des politischen Systems, der Gesellschaft, ja der nationalen Identität (mit)konstruierte, bietet sich m.E. die Methodik der Diskursanalyse an.

## **2.5. Worte und Benennungen für Korruption in Bulgarien**

Für diese Arbeit ist es ebenso unerlässlich den Bogen einmal weiter zu spannen und den Begriffen, Benennungen und Konzepten für verschiedene Arten von Korruption auf den Grund zu gehen, die in Bulgarien im Untersuchungszeitraum anzutreffen waren. Hierbei fällt zunächst einmal auf, dass der lateinische Begriff 'Korruption' (*korupcija*) selten bis gar nicht auftauchte.<sup>47</sup> Ein ähnlich konzeptioneller Ober- und Sammelbegriff fehlte im Korruptionsdiskurs in Bulgarien. An seine Stelle trat eine Vielfalt verschiedener Begriffe, die jeweils bestimmte korrupte Praktiken bezeichneten: So überschrieb z.B. die bulgarische Übersetzung des osmanischen Strafgesetzbuches von 1857 das entsprechende Kapitel mit *vsjatka* (*podkupvanie*; *ru-vet*)<sup>48</sup>, benutzte also sowohl das türkische Wort (*ru-vet*), das russische (*vsjatka*) und das bulgarische (*podkup*)<sup>49</sup>. Als Bestechung definierte man hier alles, was unter welchem Namen

---

<sup>43</sup> Die einzigen mir bekannten Studien, die einen ähnlichen Ansatz vertreten, sind: Engels, Jens I.: Politische Korruption, S. 313-350, der die Debatten und Praktiken von Korruption in England und Deutschland vergleichend betrachtet, und: Gupta, Akhil: The Discourse of Corruption, passim.

<sup>44</sup> Vgl.: Engels, Jens I.: Politische Korruption, S. 320.

<sup>45</sup> So bezeichnet auch: Alemann, Ulrich v.: Politische Korruption, S. 14 Korruption vornehmlich als ein 'Wahrnehmungsdelikt'. Siehe weiterhin: Bluhm, Harald: Zwischen invisibler und visibler Macht. Machttheoretische Verortungen politischer Korruption, in: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien politischer Korruption, hrsg.: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten, Baden-Baden, 2002, S. 167-194. Zur Öffentlichkeit von 'Gaben und Geschenken' und deren Funktion als 'Anzeiger' von Korruption am Beginn der Neuzeit: Gröbner, Valentin: Gefährliche Geschenke, passim.

<sup>46</sup> Vgl.: Ruggiero, Vincenzo: France: Corruption as Resentment, in: Journal of Law and Society 1996 23/1, S. 113.

<sup>47</sup> Gleichwohl findet sich der Begriff in dem um die Jahrhundertwende entworfenen etymologischen Wörterbuch Najden Gerovs mit der Definition als 'Bestechung von Amtsinhabern und politisch Tätigen' (*podkupni estvo na dl. fhnostni lica i politii eski dejateli*), verweist also lediglich auf a) den Akt der Bestechung und b) auf den politischen Bereich. Siehe: Gerov, Najden: Re nik na b Igarskija ezik, Bd. II, S. 649.

<sup>48</sup> Nakazatelnij Zakonik ot 28j-Zilhidfle 1274g. (1857 R. Hr.), Plovdiv, 1881, S. 23.

<sup>49</sup> Die Substantivierung *špodkupvanie* wie auch die Benutzung des russischen Begriffs, zeigt den zu dieser Zeit noch deutlich stärkeren Einfluss des Russischen, wobei in dieser Arbeit sich an die heute zeitgenössischen Schreibweisen (*podkupvam*, *podkup*) gehalten wird.

auch immer gegeben und genommen wird, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen<sup>50</sup>. Auf juristischer Ebene war daneben nur noch ein Terminus technicus bekannt: šungesetzliche Bereicherungō (*nezakanno obogatjavane*).<sup>51</sup> Mit diesem Begriff bzw. dem dazugehörigen Gesetz wurde versucht alle Formen korrupter Praktiken der Staatsdiener abzudecken, indem man sie verpflichtete über ihr Vermögen Auskunft zu erstatten.

Daneben bildeten vor allem korrupte Praktiken im Zusammenhang mit der Vergabe von Ämtern einen besonders ausdefinierten und mit vielen expressiven Begriffen belegten Bereich von Korruption. Der Ausdruck, dass jemand šWahlen macheō (*da pravi izbori*), der nicht zuletzt durch den bekanntesten Anti-Helden der bulgarischen Literatur Baj Ganyo<sup>52</sup> zu besonderer Berühmtheit gelangte, umfasste den Bereich der Wahlbestechung und Manipulation. Die Besetzung von Ämtern mit eigenen Verwandten (Nepotismus) bezeichnete man mit *-urobadflana-tina* (Vetternwirtschaft). Weitere Formen der Patronage und des Ämterkaufs verwiesen auf den in Bulgarien zu dieser Zeit bei weitem gebräuchlichsten Begriff des *partizanstvo/partizan-tina*, der alle Formen von Korruption bei der Ämtervergabe umschrieb. Dieses Konzept des *partizanstvo*, den zu einem solchen wurde es, bildet m.E. ein Schlüsselbegriff zum Verständnis von Korruption in der Zeit zwischen 1878 und 1944. Denn, *partizanstvo* war weit mehr als nur eine einfache Praktik, es wurde zum Überbegriff für fast alle Formen politischer Korruption gemacht.

Neben *podkup* und *partizanstvo* ist der Begriff *zloupotreba* (veraltet: *zloupotreblenie*) wohl einer der in den Quellen am häufigsten anzutreffenden Begriffe. Wörtlich verstanden meint *zloupotreba* šMissbrauchō, kann jedoch im übertragenen Sinne als Unterschlagung gebraucht werden. Besonders in den parlamentarischen Enqueteberichten wurde *zloupotreba* gerne als zusammenfassender Begriff verwendet, wobei die Bedeutung selten über den Missbrauch mit staatlichen Geldern bzw. deren Unterschlagung, hinausging.<sup>53</sup> Definitorisch unscharf bzw. gar nicht von ihm getrennt, erschienen auch immer wieder *kraflba* (Diebstahl) und *grabefl* (Raub), die meist synonym mit Unterschlagung verwendet wurden.

Auffallend ist weiterhin, dass aus der Fülle des šVokabulars der Korruptionō je nach Medium und Zielgruppe immer heftigere und umgangssprachlichere Begriffe verwendet wurden. In der Zeitungssprache z.B. wurde das deutsche Lehnwort *ge-efl* durchweg als unsauberer, korrupter Handel, Vertrag oder Wirtschaftsbeziehung, und dazu meist anklagend gebraucht (wofür das moderne Bulgarisch das englische

---

<sup>50</sup> Nakazatelnij Zakonik ot 28j-Zilhidfe 1274g. (1857 R. Hr.), S. 23. Das 1895 neu erlassene bulgarische Strafgesetzbuch hingegen bestrafte für Bestechung jeden Beamten, der šeine Gabe oder Belohnung nimmt, die ihm nicht zustehtō. Siehe: Nakazatelen Zakon, in: D rflaven Vestnik 21.2.1896, Nr. 40, S. 25 § 428; siehe auch Kap. 4.6. über die Korruptionsgesetzgebung.

<sup>51</sup> Siehe: Zakon za presledvane na nezakanno obogatenite inovnici, in: D rflaven Vestnik Nr. 3, 18.1 1895, Erlass Nr. 618, weiterhin abgedruckt in: Bojadfliev, Grigori/ Cenkov, Emil/ Dobrev, Krasimir: Korupcijata v 100 otgovora, Sofia, 2000, S. 73.

<sup>52</sup> Deutsche Ausgabe: Konstantinow, Aleko: Baj Ganyo. Der Rosenöhländler. Unwahrscheinliche Geschichten über einen bulgarischen Zeitgenossen, Berlin, 1959.

<sup>53</sup> So z.B. in dem parlamentarischen Enquetebericht über die Herrschaft Stefan Stambolovs: Doklad do 8-to ONS na Izpitatelnata Kommissija po zloupotreblenijata na stambolovijata kabinet ot 22. Avgust 1887 do 18. Maj 1894 godina, Sofia, 1895, oder: Doklad na parlamentarnata anketna komisija otnositelno proverjavane delata na iznesenite pred XVII-to ONS slu ai na neredovnosti i zloupotreblenija, izv r-eni ot razni inovnici, slufa-ti, voenni i grafdlanskii, Sofia, 1917.

*biznis* übernommen hat).<sup>54</sup> Noch deutlicher wurden im Zusammenhang mit unsauberem Geschäft die Begriffe *dalavera* (wiederum: unsauberes Geschäft; Betrug; šüberš Ohr hauenō) und *izmana* (Betrug), beide ebenfalls sehr umgangssprachlich und abwertend gebraucht. Seltsamerweise tauchte das beliebte türkische Wort *bak-i*<sup>55</sup> in den hier verwendeten Quellen überhaupt nicht auf, was einmal mit den bulgarischen Sprachreformen im Zuge der Eigenstaatlichkeit und andererseits mit der eher mündlichen Verwendung des Wortes zu erklären sein könnte. Ebenso wurden die Worte *dar* (Gabe) und *podar k* (Geschenk) so gut wie gar nicht verwendet. Da die meisten Quellen versuchten die Unrechtmäßigkeit des Gegebenen in den Vordergrund zu stellen, konnten verharmlosende oder positiv konnotierte Begriffe für Gaben nicht benutzt werden.

Insgesamt stach die unklare definitorische Abgrenzung der zahlreichen Begriffe, deren ó bis auf das Phänomen des *partizanstvo* ó mangelnde Systematisierung und die fehlende juristische Kodifizierung hervor. Umgekehrt ließe sich festhalten, dass sich viele dieser Begriff und ihre Bedeutungen überlagerten und vermischten, also Verwirrungen hervorriefen, die, so soll in dieser Arbeit argumentiert werden, nicht zufällig waren. Je unklarer der definitorische Inhalt und je heftiger gleichzeitig die moralisch negative Konnotation, desto wirkungsvoller (so jedenfalls die Hoffnung) funktionierte ein Begriff des šVokabulars der Korruptionō in der öffentlichen und politischen Arena.<sup>56</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. z.B.: Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1021, 26.4./9.5.1906, S. 2, šjene Zeit, in der man dem Verständnis von *ge-efi* seine Staatsbürgerschaft gabō (*onova vreme, kogato se dade graftlanstvo na ponjatieto ge-efi*) mit der Zeit nach der Staatsgründung, als sich die Geschäftssitten (*t rgovski nravi*) zu formieren begannen und die Energie aller staatlichen Institutionen auf Bereicherung ausgerichtet waren.

<sup>55</sup> Nach Gerov bezeichnet *bak-i*–šGeld, das für einen Dienst oder eine Aufmerksamkeit gegeben wirdō, siehe: Gerov, Najden: *Re nik na b lgarskija ezik*, Bd. I, S. 28. Im modernen Bulgarisch hat *bak-i*–die Bedeutung von Trinkgeld angenommen, kann umgangssprachlich jedoch immer noch, und meist ironisch, in den Bereich kleinerer Bestechungen verlegt werden. Vor allem jedoch in Hinblick auf die oftmals leichtfertigen Behauptungen, dass Korruption auf dem Balkan (nur) ein Erbe der osmanischen Herrschaft gewesen sei und ist (so z.B. sinngemäß bei: Seton-Watson, Hugh: *Eastern Europe between the Wars, 1918-1941*, Cambridge, 1945, S. 146-150), lohnt es sich hier immer wieder genauer auf die Begrifflichkeiten zu schauen.

<sup>56</sup> Vgl. ähnlich: Engels, Jens I.: *Poltische Korruption*, S. 317.

## II. Durch drei Phasen des Korruptionsdiskurses

### 3. Haselnüsse und Testamente - Die šAffäre Charles-Jeanō<sup>57</sup>

In diesem ersten Abschnitt soll das Diskursfragment der sog. šAffäre Charles-Jeanō (*afēra Tšarl-fian*) aus dem Jahr 1906 untersucht werden. Diese kann m.E. aus folgenden Gründen als besonders geeignet angesehen werden: Zum einen erhielt dieser Fall von Korruption, nicht zuletzt durch die Verwicklung zweier Minister, große Aufmerksamkeit, wodurch einmal ein breiteres Spektrum an Quellen zur Verfügung stand und andererseits die Verschränkungen des Diskurses, sowie die Wechselwirkungen und das Zusammenspiel der verschiedenen Teilnehmer sichtbar wurden. Für viele unmerklich verband sich so das Thema Korruption mit vielen weiteren Unterthematiken, die sich in anderen Fällen nicht derart offen zu erkennen gaben. Weiterhin zeigte dieser Fall überdeutlich das Kraftreservoir, die Ausmaße und Formen, die ein Korruptionsskandal annehmen konnte.<sup>58</sup> Damit eröffnete er ein nicht mindergroßes Potential zur Untersuchung sowohl der oppositionellen, der neutralen, als auch der regierungstreuen Kommunikationsstrategien und Verhaltensweisen.

Einer der wohl auffälligsten Aspekte an der šAffäre Charles-Jeanō war der Umstand, dass sie sich nahezu ausschließlich in der Presse abspielte. Die eigentlichen Vorfälle, die später zu einem Korruptionsskandal wurden, ereigneten sich im Jahre 1903, verliefen jedoch von der Öffentlichkeit unbemerkt. Erst durch einen šZufallō<sup>59</sup> innerhalb der korrupten Praktiken konnte der Fall das Licht der Öffentlichkeit erblicken und verdankte es alleine den Auseinandersetzungen in den Zeitungen, dass er sich zu einem der bis dato lautesten Korruptionsskandale entwickeln konnte. Der šZufallō war, dass sich der Untervorsitzende (*podpredsedatel*) des bulgarischen Parlamentes Dobri Petkov von dem Unternehmer Ivan Kiselov, der das Bindeglied zwischen der bulgarischen Regierung und einem österreichischen Waffenlieferanten war, bei einer Patronenlieferung im Jahre 1903 um seine Kommission betrogen sah und vor Gericht zog.<sup>60</sup> Obgleich der Fall mit einer außergerichtlichen Einigung endete, wurde schon hier von der Bestechung

---

<sup>57</sup> Soweit nicht anders angemerkt, bezieht sich diese kurze Darstellung hauptsächlich auf die Berichterstattung in den Zeitungen *Mir*, *Prjaporec*, *Nov Vek* und *Dnevnik* von Februar bis Mai 1906. Zu dem Prozess der beschuldigten Minister gegen die Zeitung *Mir* (März bis Mai 1906) siehe: Kap ev, Georgi: *Deloto šTšarl-fianō pred s da*, Sofia, 1906, der neben einem kurzen Kommentar sämtliche Gerichtsprotokolle veröffentlichte.

<sup>58</sup> Berichte bzw. Beschuldigungen und Gerüchte über korrupte Praktiken des Staates gehörten, zumindest in den Oppositionszeitungen, zum Standard fast jeder Ausgabe. Im Allgemeinen konnten die Artikel dabei zwei Formen annehmen: Entweder gab es einen konkreten Fall (wie bei der šAffäre Charles-Jeanō) oder es wurde in periodischen Abständen über allgemeinere Formen von Korruption, wie das System unrechtmäßiger Ernennungen und Entlassungen (*partizanstvo*), berichtet. Durch die Verwicklung der Regierung im Falle šCharles-Jeanō jedoch entlud sich hier, wie noch gezeigt wird, ein aufgestautes Konfrontationspotential.

<sup>59</sup> Zur Notwendigkeit dieses šZufallō bzw. Fehlers, den es braucht um Korruption aus dem Dunkel der Verborgenheit an das Licht der Öffentlichkeit zu holen, vgl. Ruggiero, Vincenzo: *France: Corruption*, S. 113.

<sup>60</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija, Nr. 1789, 3.3.1906, S.1.

hoher Regierungsmitglieder gesprochen.<sup>61</sup> Der Dreistigkeit der Oppositionszeitung *Mir*, die ein Beweisstück in Form eines Telegrammes von Kiselov an die Waffenfabrik in Budapest einfach kopierte und veröffentlichte, ist es zu verdanken, dass der Vorfall sich weiter entwickelte. Dieses Telegramm vom 16.8.1903, in dem Kiselov die Firma anwies weitere 20000 Francs zu überweisen und unvorsichtigerweise über die bereits in Form von Testamenten gezahlten Summen an einen Charles und Jean in der bulgarischen Regierung Auskunft erteilte, druckte die *Mir* am 5.3.<sup>62</sup> Nur Tage später beeilte sich die *Mir* hinter den Pseudonymen Charles und Jean Ministerpräsident Ra o Petrov (Charles) und Kriegsminister Mihail Savov (Jean) auszumachen.<sup>63</sup> Diese wiederum reichten daraufhin Klage wegen Verleumdung beim Sofioter Kreisgericht (*sofijski okr ŷen s d*) gegen die Zeitung ein. Selbiger wurde im Mai letztendlich stattgegeben und der verantwortliche Redakteur (*otgovoren redaktor*)<sup>64</sup> der *Mir* zu einer Geldstrafe von 200 Lea und einem Monat Gefängnis verurteilt, da die Zeitung die konkreten Beschuldigungen gegen die zwei Minister nicht hinreichend belegen konnte. Der Fall endete mit dem Urteilsspruch im Mai 1906 jedoch nicht endgültig, sondern erhielt 1910 bis 1914 in dem parlamentarischen Untersuchungsverfahren und der Anklage der Regierung(en) Petrov-Petkov-Gudev eine Fortsetzung. Aus einer zunächst kleinen Affäre 1906 wurde also ein handfester Skandal, der schließlich vier Jahre später Eingang in einen der größten politischen Gerichtsprozesse in Bulgarien vor dem Ersten Weltkrieg mündete. So stand dieser Fall nicht für sich alleine, er verschränkte sich, weitete sich aus, sodass er einen idealen Einstieg in den Korruptionsdiskurs gewährleisten kann.

### 3.1. Die Struktur des Diskursstranges

Die **Diskursebene** dieses Falles war die der Printmedien, wobei sich diese mit der spezielleren Ebene des politischen Diskurses immer wieder überschneidet. Besonders bedingt durch die Sitzungspause des Parlamentes, wurden die politischen Auseinandersetzungen in diesem Falle in toto in den Printmedien ausgetragen.

Aus diesem **Korpus** der medialen Verarbeitung der Charles-Jean Affäre wurde die Zeitung *Prjaporec* (Banner), das Organ der Demokratischen Partei (*Demokrati eskata Partija*) ausgewählt. Diese war im Frühjahr 1906 einer der Hauptakteure der Charles-Jean Affäre. Dies war nicht zuletzt darauf

---

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 1790, 5.3.1906, S.1. Das Telegramm findet sich weiterhin als Beweisstück abgedruckt in: Doklad do XIV-to ONS na izpitatelna komisija po upravljenieto na stranata prez perioda ot 5 Maj 1903 do 17 Januarij 1908 g. otnositelno delata na njakoi ot biv-ite prez tova vreme ministri, Sofia, 1911, S. 492. Ein weiteres, vielsagendes Unikum dieses Telegrammes war die Wahl seines Verschlüsselungskodes, in dem die Bestechungsgelder zum Erhalt des Auftrags als Testamenten, die zu liefernden Patronen als Haselnüsse und der Ministerrat als Witz bezeichnet wurden, was natürlich in den Medien immer wieder effektiv rhetorisch eingesetzt wurde.

<sup>63</sup> Siehe: *Mir*, Nr. 1794, 10.3.1906, S.1, und: *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 132, 21.3.1906, S. 2.

<sup>64</sup> Der sog. verantwortliche Redakteur, von Milujkov auch salopp Sitzredakteur genannt, war eine Institution, die darauf abzielte den Zensurbestimmungen zuvorzukommen, indem oftmals Unbeteiligte offiziell als Redakteure aufgeführt wurden, um dann in Fällen wie diesem gegen ein festes Gehalt die Strafe für Andere abzusetzen. Vgl. Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija, Solun, 1905, S. 157-160*, und: Daskalov, Rumen: *B lgarskoto Ob-testvo*, Bd. 2, S. 484f.



zurückzuführen, dass einer der Hauptpersonen dieser Korruptionsaffäre, Ilija Kiselov, Mitglied der Demokratischen Partei war und der Informationsfluss der Zeitung sich so auch aus informellen Quellen speiste, was sie anderen Zeitungen švoraushatte. Eines der wichtigsten Charakteristika des *Prjaporec* im Jahre 1906, war die Tatsache, dass sich die Demokratische Partei in der Opposition befand, 1908 jedoch an die Macht kam, wo sie bis 1911 blieb. Durch eine vergleichende Betrachtung der Berichterstattung 1906 und 1910/11, als die Affäre im Zuge der parlamentarischen Enquetekommission erneut aufgearbeitet wurde, kann also ein Einblick in die Wechselhaftigkeit der Diskurspositionen und -aussagen gewonnen werden, die sich durch die Stellung in der Regierung oder Opposition ergab. Weiterhin scheint eine Analyse des *Prjaporec* dahingehend repräsentativ, dass er weder die Seite der in den Skandal verwickelten Regierung der Volksliberalen Partei (*Narodno-Liberalnata Partija* mit ihrem Organ *Nov Vek* - Neues Jahrhundert), noch die der schärfsten Ankläger, der Volkspartei (*Narodnata Partija* mit ihrem Organ *Mir* - Frieden) vertrat. Obgleich man zusammen mit der *Mir* eine gemeinsame Stoßrichtung gegen die Regierung einnahm, war man doch darauf bedacht sich immer wieder von ihr abzusetzen und zu unterscheiden. Wenn auch ein scharfer Ton angeschlagen wurde, so ließ man sich doch nicht ganz so weit auf gegenseitige Beschimpfungen mit der *Nov Vek* ein, wie das die *Mir* tat. Gleichzeitig machte man, etwa im Unterschied zur Berichterstattung des parteilosen *Dnevnik* (wörtl.: Tagebuch), durchaus deutlich, dass man eine eigene politische Richtung vertrat und an die Macht strebte. Die Repräsentativkraft des *Prjaporec* soll hier jedoch nicht übermäßig belastet werden. In Bezug auf den Korruptionsdiskurs in Bulgarien zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen, als auch im Verlaufe des Diskursfragmentes der šCharles-Jean Affäre im Besonderen, kann m.E. nicht von **dem** typischen Diskursträger gesprochen werden. Zu wechselseitig ergänzten sich hier die Diskursbeiträge, zu viele äußere Faktoren (wie z.B. die Frage wer sich gerade an der Regierung befand) beeinflussten die Diskurspositionen und -aussagen und zu wenig lässt sich über die tatsächliche Rezeption einzelner Medien und Beiträge in der Bevölkerung sagen.<sup>65</sup> Daher wird, nicht zuletzt aufgrund der besseren Verfügbarkeit<sup>66</sup>, eine Feinanalyse eines charakteristischen Artikels aus dem *Prjaporec* durchgeführt und selbige in einem weiteren Schritt mit den Beiträgen aus der

---

<sup>65</sup> Aussagen über die Rezeption der hier vorgestellten Zeitungen zu treffen, ist in der Tat schwierig, da die Auflagenzahlen der Parteiorgane, genau wie die faktische Anzahl der Parteimitglieder, unbekannt sind. Vom *Dnevnik* wissen wir, dass er sich mit einer Auflage von 10000 als die größte Tageszeitung bezeichnete (Vgl.: *Dnevnik* Nr. 2710, 20.2.1910, S. 3). Für die Parteiorgane ist von einer geringeren Auflage auszugehen. Schätzungen von 20000-30000 Ausgaben für alle vier Zeitungen zusammen erscheinen mir großzügig-realistisch. Daraus könnte auf ein erreichbares Gesamtpublikum von 60000-100000 geschlossen werden, wobei hier der Boden der Spekulation nicht verlassen werden kann. Weiterhin ist zu bedenken, dass viele Zeitungen als Auslageexemplare in politische Klubs, Lesehallen und Bibliotheken gingen, was es noch komplizierter macht die Leserschaft zu erfassen, vor allem auch im Hinblick auf den schwachen Organisationsgrad der Parteien. (Vgl. Daskalov, Rumen: *B lgarското Ob-testvo*, Bd. 1, Sofia, 2005, S. 162)

<sup>66</sup> Der *Prjaporec* ist online auf der Homepage der Narodna Biblioteka Kiril i Metodi unter: <http://www.nationallibrary.bg/cgi-bin/e-cms/vis/vis.pl?s=001&p=0038&g=> frei zugänglich; die *Mir* ist in der Bibliothek als Mikrofilm einzusehen, jedoch nicht zu vervielfältigen und eignet sich, auch aufgrund der schlechten Bildqualität, daher nicht zu einer Feinanalyse. Der *Dnevnik* und die *Nov Vek* sind als Druckexemplare einzusehen, waren jedoch während der Nachforschungen immer wieder im Geschäftsgang zur Restauration, so dass auch sie einer Vervielfältigung nicht zur Verfügung standen. Für eine Strukturanalyse und zur Erstellung des Korpus wurden jedoch alle vier Zeitungen mit allen ihren relevanten und verfügbaren Jahrgängen durchsucht.

*Mir*, *Nov Vek* und *Dnevnik* verglichen. Diese vier Zeitungen umfassen nicht nur die Hauptakteure der diskursiven Verarbeitung dieser Korruptionsaffäre, sondern ermöglichen durch die Inklusion der größten unabhängigen Tageszeitung (*Dnevnik*), dem Regierungsorgan (*Nov Vek*) und den wichtigsten Oppositionszeitungen (*Mir*, *Prjaporec*) den größtmöglichen Querschnitt durch den Diskurs.

Um eine möglichst hohe Aussage- und Repräsentativkraft zu gewährleisten, wurde der Untersuchungszeitraum auf März bis Ende Mai 1906 beschränkt. Weiterhin wurden innerhalb der Artikelserie „Charles-Jean Affäre“ nur Frontseitenartikel in Betracht gezogen, da nur diese, aufgrund der Strukturanalyse aller vier Zeitungen, als repräsentativ angesehen werden können.<sup>67</sup> Darüber hinaus wurde, da die Berichterstattung über die Affäre sich als eine lange und verstrickte Artikelserie hinzog, darauf verzichtet, weitere Artikel aufzuspüren, in denen der angesprochene Korruptionsskandal als Unterthema behandelt wurde.<sup>68</sup>

Aus den acht zur Verfügung stehenden Frontseitenartikeln des *Prjaporec* wurde schließlich der Artikel ausgewählt, der m.E. am besten geeignet war, sowohl die inhaltlichen Aussagen und Positionen, als auch die Querbezüge zu den anderen Zeitungen aufzuzeigen. Weiterhin zeichnete sich der Artikel vom 21.03.1906 dadurch aus, dass er in der Lage war die verschiedenen Informationsstrukturen der Zeitungsartikel widerzugeben.

### **3.2. Feinanalyse des *Prjaporec* vom 21.3.1906**

Die **Artikelserie** des *Prjaporec* im März 1906 konzentrierte sich eingangs auf die Enthüllung der Affäre, die sie zusammen mit der *Mir* vorantrieb. Hierbei kam beiden eine Vorreiterrolle zu, da sie mit offiziellen Dokumenten wie den Telegrammen Kiselovs oder Akten des Kriegsministeriums aufwarten konnten, auf welche die anderen Zeitungen nur reagierten. Waren die Fakten des Falles einmal enthüllt und die Minister bereits vor Gericht gezogen, beschränkte sich der *Prjaporec* darauf den Vorfall zur Frontalkritik gegen die Regierung auszubauen, was bis zum Ende des Prozesses anhielt. Genau an der Schnittstelle dieser zwei Phasen erschien der Artikel vom 21.3.1906<sup>69</sup>, der beiderlei Charakteristika ó Enthüllungen und Generalanklage gegen die Regierung ó enthielt. Der Artikel erstreckte sich über insgesamt fünf Spalten,

---

<sup>67</sup> Insgesamt ergab sich für die Frontseitenberichterstattung in den ausgewählten vier Zeitungen folgende Statistik: *Prjaporec* acht Artikel, *Mir* 31 Artikel, *Dnevnik* 13 Artikel, *Nov Vek* ein Artikel. Wie sich hieraus ergibt nahm der *Prjaporec* eine Stellung im unteren Drittel ein, wobei wiederum bedacht werden muss, dass die Affäre durchaus mit fast täglicher Berichterstattung bedacht wurde, jedoch nicht immer auf der ersten Seite. Die *Mir* hingegen berichtete fast durchgängig über die Affäre in ihren Leitartikeln, wohingegen das Regierungsorgan *Nov Vek* in ihrem Versuch die Bedeutung des Falles herunterzuspielen, die Berichterstattung bzw. die Erwiderungen auf ihre Gegner, sofern überhaupt darüber geschrieben wurde, in kleinere Artikel auf die hinteren Seiten verbannte.

<sup>68</sup> Aufgrund der inhaltlichen Stringenz der Artikelserie erscheint dies zum einen ratsam und soll zum anderen sicherstellen, dass genügend Raum für ein diachrones Verfahren, das mehrere Einzelfälle bearbeitet, vorhanden ist. Weiterhin erscheint es in Anbetracht der Fülle und Bandbreite, sowie den Veränderungen des Korruptionsdiskurses im Allgemeinen, nicht empfehlenswert, sich bei einer Artikelserie allzu sehr im Detail zu verlieren.

<sup>69</sup> Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle weiteren Angaben auf: *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 132, 21.3.1906.

bestand aus acht Absätzen und wies **graphisch** keinerlei Besonderheiten oder Hervorhebungen auf.<sup>70</sup> Er hatte keinen namentlich genannten **Autor**, als kollektiver Autor, der sich selbst in dem Artikel als šwirō zu erkennen gab, war die Demokratische Partei auszumachen.<sup>71</sup> Wie eine sprachliche Analyse zeigt, wurde dieses šwirō in dem Text mit zweifacher Bedeutung benutzt ó einmal als das šwirō der Autoren (also der Demokratischen Partei), und einmal als das šwirō im Sinne des Kollektivs der bulgarischen Gesellschaft (*ob-tesvvo*).<sup>72</sup> Rhetorisch geschickt wurde der Leser hier dazu verleitet, die Interessen und Ansichten der Gesellschaft mit denen der Demokratischen Partei zu identifizieren. Ein Mittel, das auch die anderen Parteiorgane anwandten<sup>73</sup>, so also versuchten sich als Stimme der Allgemeinheit zu etablieren.

**Inhaltlich** begann der Text unvermittelt mit der Konstatierung einer šabsoluten Wahrheitō, die jeden Zweifel an der Faktizität der Ereignisse ausschloss. Ebenso wurde bereits hier die Verknüpfung zwischen der Korruptionsaffäre und der Regierungsart im Allgemeinen hergestellt.<sup>74</sup> In den ersten drei Absätzen wurde die Regierung selbst angegriffen, wobei man zwei Linien vertrat: Einmal ihr Drang sich selbst zu bereichern, da sie nicht wüsste, wie lange sie noch die Gelegenheit dazu hätte, und einmal ihre Außenpolitik gegenüber dem Osmanischen Reich. Noch bevor also auf die eigentliche Affäre eingegangen wurde, war sie inhaltlich bereits mit der allgemeinen Korrumpiertheit der Regierung und einem der empfindlichsten Punkte der bulgarischen Politik ó das Verhältnis zu den ehemaligen Fremdherrschern in Istanbul ó verbunden worden. Dieses Wechselspiel zwischen der Korruptionsaffäre und der Außenpolitik hatte einen genauso einfachen Hintergrund wie eindeutigen Effekt: Die Waffen- und Munitionslieferung, um die es in der Affäre ging, wurde 1903 mit der Begründung eines bevorstehenden (aber dann doch nicht eingetretenen) Krieges mit der Türkei<sup>75</sup> im Eiltempo abgewickelt, was als Legitimation für die hohen

---

<sup>70</sup> Die Schlichtheit des Designs und Schriftbildes kann als typisch, sowohl für die Berichterstattung des *Prjaporec*, als auch der anderen Zeitungen angesehen werden. Graphische Hervorhebungen, Bilder oder auffällige Gestaltung der Artikel waren zu dieser Zeit keine üblichen Erscheinungen in der bulgarischen Presse und auch für die mediale Verarbeitung von Korruption wurde hier keine Ausnahme gemacht. Im *Prjaporec* verzichtete man sogar gänzlich darauf die Leitartikel mit einer eigenen Überschrift zu versehen.

<sup>71</sup> De facto waren die Chefredakteure aller Parteiorgane, die für die Frontseitenartikel, vor allem in so aufsehenerregenden Fällen wie diesem, verantwortlich waren, allesamt führende Parteimitglieder. Zu den de jure verantwortlichen Redakteuren, die mit ihrem Namen für die Artikel hafteten, šobwohl sie sie wahrscheinlich nicht einmal lesen konntenō, wie die *Nov Vek* über den verantwortlichen Redakteur der *Mir* nach dem Prozess 1906 schrieb (*Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija* Nr. 1032, 24.5./66.1906, S. 4)

<sup>72</sup> Beispiele hierfür fanden sich durch den ganzen Artikel. Besonders deutlich wurde dies bei vielen satzeinleitenden Verben, die etwa mit *šnie vjarvameō* (wir glauben), *šnie mislimō* (wir denken) etc. beginnen, und der gleichzeitigen Benutzung von *šu nasō* (bei uns), *šna-ata stranaō* (unser Land), *šnas predstoi edin skandalō* (uns steht ein Skandal bevor). Wie bereits bei den Definitionen angemerkt, wurde auch in diesem Artikel durchgängig das Wort *ob-tesvvo* (Gesellschaft) gebraucht, Anspielungen auf einen anderen Begriff für šÖffentlichkeitō waren nicht auszumachen.

<sup>73</sup> Siehe z.B.: *Mir. Organ na Narodnata Partija* Nr. 1797, 13.3.1906, S.1, oder: *Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija* Nr. 1005, 17./30.3.1906, S.2.

<sup>74</sup> *Prjaporec. Organ na Demokrati eskata Partija*, Nr. 132, 21.3.1906, S.1: šIn der Epoche der šausweichlichen Phaseō (*neizbefhnata faza*) [Bezeichnung, mit der die Regierung Petrov 1903 ihr Kabinett bildete und einige Gesetze außer Kraft setzte bzw. sich neue Vollmachten gewährte, C.N.] geschahen so viele und solche Diebstähle (*kraffbi*), dass die Affäre selbst, die der Prozess Kiselov-Dobri Petkov hervorrief, kaum die Ehre verdient, die ihr die Presse zuteilwerden lässt.ō

<sup>75</sup> Da im Text keine Unterscheidung zwischen dem Osmanischen Reich und der Türkei getroffen wurde, sondern fast durchgängig *Turcija* (Türkei) verwendet wurde, soll es bei Bezügen auf den Text auch hier so wiedergegeben werden, obwohl man zu diesem Zeitpunkt 1906 korrekterweise von dem Osmanischen Reich sprechen müsste.

Preise erhalten musste.<sup>76</sup> Für die Oppositionszeitung *Prjaporec* war dies nun ein gefundenes Fressen um die korrupten Praktiken der Regierung in eine Reihe mit ihren außenpolitischen Abenteuern zu stellen, wobei indirekt der Vorwurf des Landesverrats evoziert wurde, indem man ihnen vorwarf sich weniger um die Interessen der Staatskasse (*haznata*), als um ihre eigene Kommission gekümmert zu haben.<sup>77</sup> Obgleich die Regierung zwar nicht direkt zum Abtritt aufgefordert wurde, machte man doch klar, dass dieser Skandal eine sšittliche Schandeō (*npravstvijat pozor*) mit sich brachte, der šjede Autorität (*vsjaka vlast*), inklusive der, die den Anspruch erhebt von Gott auszugehenō diskreditierte.<sup>78</sup> Deutlich wurde hier der Bogen von der Regierung weiter bis zu Fürst Ferdinand und seiner Art der špersönlichen Herrschaftō (*li nijat refim*)<sup>79</sup> gespannt und beide gleichsam angegriffen. Erst nachdem diese einleitenden šWahrheitenō, die eigentlich allesamt Urteile waren, in den ersten zwei Absätzen etabliert wurden, machte man sich an die Darstellung und neue Enthüllung in der Sache zwischen Kiselov und Petkov, die übrigens erst am Ende des gesamten Artikels mit der Ansprache der Minister Petrov und Savov als šCharlesō und šJeanō neue Hauptdarsteller erhielt. Der wohl interessanteste Aspekt der ausführlichen Schilderungen um die Umstände der Verhandlungen zwischen der Waffenfabrik und den Mittelsmännern Kiselov und D. Petkov waren die Informationsquellen der Zeitung. Bereits am 9.3. hatten sie weitere šInsiderinformationenō über den Fall angekündigt<sup>80</sup>, wobei sie sich, wie jetzt deutlich wurde, auf Enthüllungen und Dokumente eben jenes Kiselovs, seinerseits selbst Mitglied der Demokratischen Partei und Freund von Parteiführer Aleksandar Malinov<sup>81</sup>, verließen.<sup>82</sup> Doch Kiselov, der sich inzwischen außergerichtlich mit Petkov und der Waffenfabrik geeinigt hatte, untersagte nun seine Zusammenarbeit.<sup>83</sup> Der Verdacht, dass Kiselov hier durch die Androhung von Enthüllungen Druck auf seine Gegner ausüben wollte, lag nahe und zeigte wie sehr Korruption einerseits die Öffentlichkeit brauchte um überhaupt als

---

<sup>76</sup> Siehe dazu z.B. die Rechtfertigungen von šCharlesō Ministerpräsident Ra o Petrov 1910 im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Untersuchungsbericht, der diese Affäre wieder aufgriff: Stenografski Dnevnik na XIV-to ONS, III-tija redovna sessija, XLII zasedanie, 13/26.12.1910, S. 1615-1622. Siehe weiterhin: Doklad do XIV-to ONSí , S. 257-266.

<sup>77</sup> *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 132, 21.3.1906, S.1: šPri inata na tova e bila izv nrednata viskatelnost na licata, koito sa vodilli pregovorite za kupuvaneto na patronite i koito ne sa gledali tolkova za interesite na haznata, kolkoto za tova, kakva komisionna -te polu at sami te.ō

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Die Zeit der špersönlichen Herrschaftō Fürst (ab 1908: Zar) Ferdinands wird für die Periode zwischen 1894 (Sturz Stefan Stambolovs) und dem Ende des Ersten Weltkrieges angesetzt und bezeichnet einen Herrschaftsmodus, in dem der Fürst selbst die Regierungen ernannte und entließ, wobei bei jedem Machtwechsel das Parlament aufgelöst wurde und Neuwahlen ausgeschrieben wurden, die dann die neu ernannte Regierung zu ihren Gunsten beeinflusste und gewann. Siehe dazu: Daskalov, Rumen: *B Igarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 167-170 und Crampton, Richard: *Bulgaria 1878-1918*, Boulder, 1983, S. 227-398.

<sup>80</sup> *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 127, 9.3.1906, S.1.

<sup>81</sup> So bekannte der *Prjaporec* am 6.3, dass Kiselov Parteimitglied war, nun aber ausgetreten sei (*Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 126, 6.3.1906, S. 3). Der *Dnevnik*, verwies darüber hinaus auf die Freundschaft zwischen Malinov und Kiselov: *Dnevnik* Nr. 1327, 10.3.1906, S. 1 und Nr. 1367, 23.4.1906, S.1.

<sup>82</sup> Auch die *Mir*, wie sich im Prozess herausstellte, hoffte wohl auf weitere Dokumente und Hilfe durch den *Prjaporec* und die Demokratische Partei, die jedoch ausblieb. Auch der *Dnevnik* bemerkte z.B., dass der *Prjaporec* der Affäre am nächsten stand, sich aber in seltsames Schweigen hüllte (*Dnevnik* Nr. 1334, 17.3.1906, S.3).

<sup>83</sup> *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija, Nr. 132, 21.3.1906, S. 2. Die verbalen Angriffe auf ihn selbst, die verbatim dadurch gerechtfertigt werden, dass man nur šdiese Leuteō, die sich selbst in ihren korrupten Geschäften noch gegenseitig betrogen, charakterisieren wolle, muten wie ein verbaler Gegenschlag an.

solche konstituiert zu werden und andererseits, dass eben jene Öffentlichkeit erst hergestellt werden musste und dabei ein bestimmter Zweck verfolgt wurde. In der ganzen Berichterstattung wie auch in dem letztlich verlorenen Prozess der *Mir* wurde deutlich, dass Korruption hauptsächlich als ein Geflecht von Anschuldigungen und Gerüchten bestand, dass sich um immer mehr widersprüchliche und uneindeutige Quellen drehte. So verwies auch der *Prjaporec* darauf, dass die meisten šFeilschereienō (*pazarl ci*) mündlich getroffen wurden, weshalb keine schriftlichen Dokumentationen zu finden seien. Dafür führten sie im Gegenzug nicht näher definierte šprivate Quellenō (*astni izvori*) an, mit denen sie ihre Informationen zu stützen versuchten. Unbewusst und in einer für die politische (Oppositions-)Presse ungewohnt tiefenanalytischen Weise, erfasste der *Prjaporec* hier eine der zentralen Problematiken in Bezug auf Korruption, ohne jedoch analytischen oder selbstreflexiven Nutzen daraus zu ziehen. Der Artikel endete schließlich in einem thematischen Rückbezug auf den Schaden, den das ganze Land durch diese Affäre vor der (Welt-)Öffentlichkeit und im Speziellen vor der Türkei nahm, die durch den Skandal bestens über die Rüstungsabläufe in Bulgarien informiert war. Die Wirkung und Kraft dieser rhetorischen Spitze kann im Hinblick auf den ständig schwelenden Konflikt zwischen Bulgarien und der Türkei nach der Jahrhundertwende, aber auch in Bezug auf das innenpolitische Klima in Bulgarien kaum scharf genug eingestuft werden.

Wie aus dieser inhaltlichen Analyse deutlich wurde, gliederte sich der Text grob in drei Sinnabschnitte: 1. Ein unvermittelter Einstieg mit Frontalangriffen gegen die Korruptiertheit der Regierung, die mit außenpolitischer Unfähigkeit gegenüber dem šErzfeindō Türkei verbunden wurde und sich über die ersten 39 Zeilen erstreckte. Durch die Verwendung klarer Aussagesätze wurden diese Informationen als Faktum noch vor der eigentlichen Korruptionsberichterstattung eingeführt. Die wichtigsten diskursiven Aussagen<sup>84</sup> dieses Artikels wurden also bereits getroffen, noch bevor das eigentliche Thema behandelt wurde. 2. Die folgenden 304 Zeilen wurden dann dem Hergang der Affäre um Kiselov-Petkov gewidmet, bevor in 3. auf den letzten 23 Zeilen mit einer effektvollen Rhetorik schließlich die Pseudonyme šCharlesō und šJeanō mit den Ministern Petrov und Savov identifiziert wurden, womit der Artikel, quasi auf seinem Höhepunkt, endete.

Dieser letzte Absatz eignet sich dazu exemplarisch die von der Zeitung eingesetzten **sprachlichen** Mittel und deren Wirkung aufzuzeigen: Eingeleitet wurde dieser šHöhepunktō des Artikels durch eine rhetorische Frage ( š[í ] jetzt fragt sich natürlich der Leser, wer diese Leute sind [í ]ō ) und fuhr fort mit einer Steigerung ( š[í ] diese Leute, die diese Taten vollbrachten, die unseren Staat der Gefahr eines Krieges aussetzten, die uns vor ausländischen Gerichten bloßstellten (*sa izkarvali kirilivite ni rizi*; wörtl.: šhaben

---

<sup>84</sup> Anzumerken ist hier, dass für den damaligen Leser wahrscheinlich die neuen Enthüllungen und Bekanntgabe der Namen hinter den Pseudonymen von größerem Interesse waren, als für den heutigen, der um den faktischen Hergang der Affäre bereits weiß. Im Hinblick auf die Diskursanalyse und ihre Fragestellungen jedoch konstituierten diese einleitenden Aussagen mehr Wissen, Positionen und Aussagen als die Enthüllung der Namen.

unsere schmutzigen Hemden vorgezeigt<sup>85</sup>) und die Landesverteidigung (*narodnata otbrana*) kompromittierten, nur und nur um fettere Kommissionen (*po-tl sti komisijoni*) zu erhalten<sup>86</sup>). Die Verbindung aus rhetorischer Frage und anschließender semantischer wie syntaktischer Steigerung erzeugten eine rhetorische und inhaltliche Spannung, die Wortwahl (šbloßstellen<sup>85</sup>, šfette Kommissionen<sup>86</sup>, škompromittieren der Landesverteidigung<sup>85</sup>, šGefahr eines Krieges<sup>86</sup>) versuchte den Leser emotional zu beeinflussen und bewertete die Ereignisse. Demgegenüber wurde im darauffolgenden Satz der moralisch einwandfreie Gegenpart etabliert ó das kollektive šwir<sup>85</sup> des Artikels, die Autoren der Demokratischen Partei. Hatte im ersten Satz des letzten Absatzes das šwir<sup>85</sup> in der Verbindung šunser Staat<sup>86</sup> (*d rftavata ni*) noch das größere Kollektiv des bulgarischen Volkes bezeichnet, so war das šwir<sup>85</sup> nun wieder das Autorenkollektiv der Demokratischen Partei. Diese Gleichsetzung der Subjekte des šwir<sup>85</sup> suggerierte die Gleichheit der öffentlichen Meinung des größeren Kollektivs mit der Meinung und dem Urteil des kleineren, der Demokratischen Partei. Dieses šwir<sup>85</sup> beschrieb sich in diesem Satz als šim Bewusstsein der ganzen Verantwortung, die auf uns liegt<sup>86</sup> und der špflicht, die wir als šgesellschaftlich Tätige<sup>86</sup> (*ob-tesveni dejci*) haben<sup>86</sup>. In nur zwei Sätzen wurden hier drei Subjekte konstituiert: Die Schuldigen, eine Öffentlichkeit, die bei Bedarf mit dem dritten Subjekt gleichgesetzt wurde, und das verantwortliche und pflichtbewusste šwir<sup>85</sup> der Demokratischen Partei. Eben jenes Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein fordere von šihnen<sup>86</sup> hier die Namen hinter den Pseudonymen zu enthüllen, was im dritten und letzten Satz schließlich geschah. Kompositorisch geschickt wurde hier beim Leser eine Erwartungshaltung geschaffen, die just auf ihrem Höhepunkt abbrach und so die Aussicht auf ein šMehr<sup>86</sup>, eine detaillierte Fortsetzung mit neuen Enthüllungen, hervorrief. Dieses šSpiel mit dem Leser<sup>86</sup> in Form von Geheimnistuerei oder Andeutungen über (noch) unzugängliche Quellen, Enthüllungen und Informationen zog sich durch den gesamten Artikel. Der Leser wurde also verleitet über dieses šnoch mehr<sup>86</sup> zu spekulieren, zwischen den Zeilen zu lesen und an unbekannte Zusammenhänge zu glauben. Diese Art der sprachlichen Gestaltung zielte auf die Emotionen<sup>85</sup> und die Phantasie des Lesers, weniger auf seine Rationalität. Zwei besonders deutlich evozierte Emotionen waren die Angst (vor dem Krieg mit der Türkei) und der (National-)Stolz des Lesers, eben genau durch die inhaltliche Verbindung des Themas Korruption mit der außenpolitischen Lage gegenüber der Türkei, die als Thema, egal in welchem Zusammenhang diskutiert, immer sowohl die Angst, als auch den Stolz ansprach. An selbigen Nationalstolz bzw. dessen Kränkung wurde weiterhin auch durch die Blamage der Regierung vor den österreichischen Gerichten<sup>86</sup> appelliert ó ebenfalls ein starker und wirksamer Vorwurf im Hinblick auf die Versuche Bulgariens insbesondere vor den westlichen Großmächten gut dazustehen.

<sup>85</sup> In Wortgruppen unterteilt, fallen bestimmte Häufungen des Vokabulars, so z.B. aus dem Bereich Krieg (*šbombardirač, švojnač, špatronič, šopasnost*), Patriotismus (*šote estvoč, šrodinač, šstranata nič, šprestifč*), Korruption (*šru-več, špodkupč, šge-efič, šsilnite na denjač, špazarl kč, škoruptivnite dejstvija na na-ite upravnici,č*) oder des Geheimnisses, die allesamt geneigt sind beim Leser Emotionen wie Empörung, verletzten (National-)Stolz oder Angst hervorzurufen.

<sup>86</sup> Prjaporec. Organ na Demokrati eskata Partija Nr. 132, 21.3.1906, S.2.

### 3.3. Zwischen den Zeitungen ó Wechselbeziehungen

Da die šAffäre Charles-Jeanō sich ausschließlich in den Printmedien abspielte, von denen alle bis auf die Zeitung *Dnevnik* nicht nur in die Berichterstattung, sondern auch in die korrupte Praktik šan sichō, über die sie berichteten und sie so erst als Korruption konstituierten, verwickelt waren, liegt es auf der Hand das verbale Wechselspiel zwischen den Zeitungen genauer zu betrachten. Angemerkt sei, dass es hier nicht darum geht, die diskursiven Aussagen, Positionen, Thematiken und sprachliche Mittel aller vier Zeitungen miteinander abzugleichen (diese sollen in Form einer Synthese im folgenden Abschnitte zumindest umrissen werden), sondern darum den Verlauf der Kommunikation, das Wechselspiel aus Aktion ó Reaktion sowie die Grundlagen, auf deren Basis die Teilnahme am Diskurs überhaupt erst möglich war, nachzuzeichnen.

Im Zentrum der šAffäre Charles-Jeanō stand das Organ der Volkspartei *Mir*, die den Fall durch ihre Enthüllungen erst von der Auseinandersetzung zwischen dem Unternehmer Kiselov und seinem šAnsprechpartnerō in der Regierung D. Petkov auf das Niveau eines handfesten staatlichen Skandals hob. Bezeichnenderweise ging es daher auch in dem Prozess 1906 nicht um Korruption, sondern um Verleumdung durch die *Mir*. Zwischen dem 5.3.1906 und dem 21.3. beschäftigten sich alle bis auf zwei Leitartikel der täglich erscheinenden Zeitung mit dieser Affäre; ebenso zwischen dem 2.4. und 2.5., dem Zeitraum des Prozesses. Interessanterweise konnte die *Mir* nach der Veröffentlichung des šCharles-Jean Telegrammesō und der anschließenden Auflösung der Pseudonyme mit keinen neuen Enthüllungen aufwarten, sondern konzentrierte sich auf scharfe verbale Polemiken mit dem Regierungsoffiziosum *Nov Vek*. Gleichzeitig wurde der *Prjaporec* immer wieder aufgefordert die Dokumente Kiselovs, die dieser dem Organ der Demokraten zur Verfügung gestellt habe, zu veröffentlichen<sup>87</sup>, was die Autoren des *Prjaporec*, wie oben dargelegt, nicht konnten oder nicht taten. Nichtsdestoweniger blieb die *Mir* das Zentrum, der Ort, auf den alle schauten und auf den meist nur reagiert wurde, obwohl diese, wie sich in dem Prozess bald herausstellen sollte, die Affäre zwar benutzte, um täglich gegen die Regierung und ihre Praktiken anzukämpfen, tatsächlich aber keine bzw. letztlich nicht ausreichende Beweise für ihre Anschuldigungen hatte. Deutlich wurde hier, dass die *Mir* nach ihren durchaus investigativen Enthüllungen die Berichterstattung sehr schnell politisierte, d.h. in eine tägliche Auseinandersetzung der Opposition mit der Regierung umleitete, in der šCharles und Jeanō bald zu gängigen Topoi für die Regierung wurden. Selbiger Regierung, als auch Fürst Ferdinand persönlich, wurden immer wieder versucht durch offene Briefe und Anfragen versucht Aussagen irgendeiner Art zu entlocken, was jedoch ebenfalls nicht gelang.<sup>88</sup> Das kommunikative Zentrum der šAffäre Charles-Jeanō, welches die Kraft und Macht hatte Korruption zu thematisieren und somit politische Öffentlichkeit zu schaffen, war die Institution der Opposition. Dabei

---

<sup>87</sup> Siehe z.B.: *Mir*. Organ na Narodnata Partija, Nr. 1791, 5.3.1906, S.1; Ebd. Nr. 1794, 10.3.1906, S.1.

<sup>88</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 1816, 7.4.1906 S.1, Nr. 1817, 8.4.1906, S.1, Nr. 1819, 11.4.1906, S.2.

versuchte die *Mir*, wie alle der untersuchten Zeitungen, immer wieder sich mit der öffentlichen Meinung (*ob-testveno mnenie*) gleichzusetzen und die Rolle des gesellschaftlichen Gewissens (*ob-testveno s vest*) zu übernehmen. Primär trat sie jedoch als politischer Akteur in Erscheinung. Gleiches galt auch für ihren Gegenpart ó das Organ der volksliberalen Regierung *Nov Vek*. Auch diese gab zwar vor für das ganze Volk und die Gesellschaft zu sprechen<sup>89</sup>, bemühte sich jedoch sehr die Kommunikation in die üblichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition zu halten, was ihr wohl auch gelang. Ihre Interaktion war dabei reaktiv auf die *Mir* (und anfangs auch auf den *Prjaporec*) ausgerichtet, wobei fünf verschiedene Taktiken angewandt wurden, die sich oft in ein und demselben Artikel miteinander vermischten: 1. Schweigen, Ignorieren, Leugnen und Herunterspielen des ganzen Falls.<sup>90</sup> 2. Provokationen und Beschimpfungen der *Mir*. 3. Persönliche und politische Diskreditierung der Opposition.<sup>91</sup> 4. Erheben von Gegenbeschuldigungen gleicher Art.<sup>92</sup> 5. Ablenkung.<sup>93</sup> Wie in der *Mir*, so zeigte sich auch hier, dass die Kommunikation über Korruption keinen zufälligen Charakter hatte<sup>94</sup>, sondern Ausdruck von

<sup>89</sup> Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1004, 15./28.3. 1906, S. 1.

<sup>90</sup> So dauerte es z.B. bis zum 9.3.1906 bis die *Nov Vek* überhaupt auf die Anschuldigungen reagierte (Nr. 996, 24.2./9.3., S. 3) und dann noch einmal bis zum 19.3. (Nr. 1000, 6./19.3., S. 2) bis sie ernstlich anfangen sich auf verbale Auseinandersetzungen mit der *Mir* einzulassen, wobei sie wiederum erst ab dem 28.3. (Nr. 1004, 15./28.3.1906, S. 1) aufhörten die Anschuldigungen als pure Fiktion abzutun und eine offensive Gegenstrategie einleiteten.

<sup>91</sup> Die beiden letztgenannten Taktiken fielen oftmals zusammen und vermischten sich. Die wüsten Beschimpfungen, die sich die *Nov Vek* und die *Mir* dabei gegenseitig an den Kopf warfen, können hier leider nur sehr zusammenfassend behandelt werden. Die *Nov Vek* bezeichnete die Volkspartei und ihr Organ so z.B. am 28.3. (Nr. 1004, S.1) als šein Haufen der heruntergekommensten Elemente im Land, von kriminellen Verbrechern und Banditen, von Verrätern und Räuern, die sich nach dem Fall Stambolovs zu einer politischen Bande formierten, um alles Patriotische zu vernichten. Aufgrund der Angriffe gegen den Fürsten seitens der Opposition bezeichnete das Regierungsorgan sie weiterhin als švölklerische Sekte der bulgarischen Zarenmörderö (*narodnja-kata sekta na b Igarškite careubici*) (Nr. 1002, 10./23.3.1906, S.3), mit der man wohl Assoziationen zu den russischen *Narodniki*, Terroristen und Mördern Zar Alexanders ziehen wollte. Die *Mir* hingegen beschimpfte Ministerpräsident Ra o Petrov als šgroben, beschränkten Pornographö, Handelsminister Nikola Genadiev als šbestochenö, Finanzminister Lazar Pajakov als šüberführten Salzschnugglerö und die Regierung als ein Haufen von ewigen Feinden, die nichts gemein hätten und nur durch die Macht zusammengehalten würden (Mir. Organ na Narodnata Partija Nr. 1795, 11.3.1906, S.1).

<sup>92</sup> So verwies die *Nov Vek* Nr. 1009, 27.3./9.4.1906, S. 2 darauf, dass es nach einer Überprüfung der Preise für Waffeneinkäufe unsaubere Geschäfte (*ge-efiti*) wenn überhaupt dann nur unter der Regierung der Volkspartei zwischen 1894 und 1899 gegeben habe, als man Waffen und Munition zu sogar noch höheren Preisen kaufte. Interessant bei diesem Vorwurf, mit dem man sich angeblich nicht rechtfertigen wollte, ist der Verweis, dass sich šVerbrecher [nicht] über Verbrecherö zu beschweren hätten, womit man indirekt die Verbrechen unter der Regierung 1903-06 zugab, was die *Mir* (Mir. Organ na Narodnata Partija Nr. 1835, 30.4. S. 1) natürlich sofort verarbeitete.

<sup>93</sup> Eine Form dieser Ablenkung wurde mit dem Verweis am 15./28.3. eingeleitet, dass die Volkspartei durch die künstliche Erregung dieses Skandals ihrerseits nur von dem Prozess über die Unterschlagung von einigen Millionen Lewa aus dem Erbe des bulgarischen Unternehmers und Mitbegründers der Sofioter Universität Evlogi Georgiev, der zeitgleich gegen den Chef der Volkspartei Ivan Evst. Ge-ov geführt wurde, abzulenken suche. In der Tat fand sich weder in der *Mir*, noch im *Prjaporec* ein Hinweis auf selbigen Prozess, wohl aber im unabhängigen *Dnevnik*. In beiden Fällen, dem Ablenken der *Mir* vom Prozess gegen Ge-ov durch die šAffäre Charles-Jeanö, als auch im Ablenken der *Nov Vek* von der šAffäre Charles-Jeanö durch Verweis auf den Prozess gegen den Oppositionsführer spiegelt sich jedoch die politische Instrumentalisierung des Korruptionsvorwurfes wieder. Bezeichnenderweise gab die *Nov Vek* diese Taktik relativ schnell wieder auf. So wurde in Nr. 1004, 15./28.3.1906, S. 1, zum ersten Mal darauf verwiesen, dass die *Mir*, nachdem klar sei, dass ihr Chef Millionen aus dem Erbe Georgievs unterschlagen habe, von diesem Prozess ablenken müsse. Anschließend wurde nur noch zwei weitere Male, am 24.3./6.4. (Nr. 1008, S.2) und 27.3./9.4. (Nr. 1009, S.2) über den Prozess berichtet und sich danach wieder Beschimpfungen und Gegenbeschuldigungen zugewandt.

<sup>94</sup> Dies ist nicht mit dem šZu- bzw. Unfallö zu verwechseln, den es braucht, um Korruption öffentlich zu machen, sondern bezieht sich auf die Grundannahme des Diskursbegriffs bei Foucault, dass jede Aussage eines gegebenen Diskurses nur aufgrund eines spezifischen Systems von Wissen, aufgrund von Positionen und Ordnungen gemacht werden kann. In diesem Falle wäre es somit die Absicht der politischen Instrumentalisierung, die die Positionen und Aussagen der Diskursteilnehmer bestimmte.



Partikularinteressen, wie dem Interesse der Oppositionsparteien die Regierung zu stürzen und umgekehrt das Interesse der Regierung an der Macht zu bleiben.

Der verbale Bezug zu einer nicht parteipolitischen Öffentlichkeit diente hierbei als legitimierender Faktor, wurde jedoch von jeder der politischen Gruppierungen für sich vereinnahmt. Wie dominant die politisierend Instrumentalisierung der Kommunikation über Korruption war, zeigte sich u.a. darin, dass z.B. auf den *Dnevnik*, die einzige hier untersuchte unabhängige Zeitung und mit dem engsten Bezug zu den Formen ziviler Öffentlichkeit<sup>95</sup>, aber auch auf keine andere außer den Parteizeitungen Bezug genommen wurde. Der *Dnevnik* selbst hingegen verarbeitete und analysierte in seiner ausführlichen Berichterstattung stets die Informationen, die ja nur den Parteiorganen entsprangen. So verwiesen die Kommunikationswege im Fall der ‚Affäre Charles-Jean‘ auf ein deutliches Machtgefüge, in dem die Parteien und ihre Organe durch die eigene Verstrickung nicht nur einen Informationsvorsprung hatten, sondern auch von dem Diskurs quasi ausschließen konnten. Obwohl der *Dnevnik* mit der bei weitem informativsten und analytisch präzisesten Berichterstattung aufwartete<sup>96</sup>, konnte er in dem Geschehen oder dem Diskurs keine Impulse im Hinblick auf ein diskursives Ereignis setzen.<sup>97</sup> Fast schon symptomatisch reflektierte er so über die noch junge und schwach ausgebildete gesellschaftliche Meinung (*ob-testveno mnenie*) in Bulgarien, während die politisch-staatliche Sphäre selbst bestimmte, worüber, wann und wie gesprochen wurde. Der Staat bzw. die Parteien in ihren jeweiligen Rollen dominierten letztlich den Diskurs und schufen sich ihre eigene Form von (politischer) Öffentlichkeit.

Die wohl unklarste Rolle der vier Zeitungen in dieser Affäre nahm, auch nach Meinung einiger zeitgenössischer Beobachter<sup>98</sup>, der *Prjaporec* ein. Nachdem er zusammen mit der *Mir* die Enthüllungen vorangetrieben hatte und die Beschuldigungen gegen die Minister Petrov und Savov unterstützte, bedachte

---

<sup>95</sup> So findet sich z.B. einzig im *Dnevnik* Nr. 1341, 24.3.1906, S. 1 und Nr. 1366, 22.4.1906, S. 2, ein Bezug auf die ‚mündliche Öffentlichkeit der Kaffeehäuser und jeden Winkel in Bulgarien‘, wo man über die Affäre diskutiere. Spuren dieser ‚mündlichen Öffentlichkeit‘, die sich in Bulgarien zu dieser Zeit noch nicht voll in eine schriftliche, institutionalisierte Öffentlichkeit umgebildet hatte und immer wieder vom Staat durchdrungen wurde, lassen sich in den Artikel höchstens durch sprachliche Strukturen und den Rekurs auf ‚Allgemeinwissen‘ und Gerüchte finden. Siehe dazu auch das Fazit dieser Arbeit.

<sup>96</sup> So war der *Dnevnik* beispielsweise die einzige Zeitung, die ein ‚Schema Fö (shema X)‘ für solche Bestechungsaffären in staatlichen Bestellungen entwickelte (*Dnevnik* Nr. 1339, 22.3.1906, S.1), der den Fürsten als nomineller oberster Kriegsherr, zur Aufklärung der Vorgänge in seiner ‚Domäne‘ anhielt (*Dnevnik* Nr. 1340, 23.3.1906, S.1) oder als einzige überhaupt auf die Aussagekraft der Chiffrierung im Telegramm Kiselovs, in dem der Ministerrat als Witz, die Patronen als Haselnüsse und Bestechungen als Testamente bezeichnet wurden, heraushob (*Dnevnik* Nr. 1339, 22.3.1906, S.1).

<sup>97</sup> So verhalte z.B. die Frage des *Dnevniks* Nr. 1325, 8.3. S. 1, ob der Vorfall nicht ein parlamentarisches Enquete verdiene, ungehört in den gegenseitigen Beleidigungen der Diskursteilnehmer. Auch der Fürst reagierte in keiner Weise auf die Aufforderungen an seine Position. Schließlich erscheint es auch symptomatisch, dass während des 1910 einberufenen Enquetes sehr wohl Bezug zu den Artikeln der *Mir* oder des *Prjaporec* genommen wurden, der *Dnevnik* jedoch nicht einmal in den Zeitungspolemiken der Parteiorgane rezipiert wurde.

<sup>98</sup> Der *Dnevnik* Nr. 1334, 17.3.1906, S. 3, fragte so z.B. ironisch, wo denn jetzt der übereifrige *d rftven obvinitel* Al. Malinov, der mit so viel Elan die Regierung Ivan ov-Radoslavov 1903 vor Gericht brachte, sei. Ebenfalls wunderte sich der *Prjaporec* nicht nur selbst darüber, warum er nicht vor Gericht gebracht wurde, obwohl der die gleichen Vorwürfe wie die *Mir* erhob. 1909/1910, als die nun regierende Demokratische Partei unter Malinov zögerte ein Enquete gegen ihre Vorgänger einzuleiten, schrie die *Mir* dann geradezu, dass Malinov von seinen Vorgängern der Volksliberalen Partei ins Amt gehievt wurde und dafür nun auf Untersuchungen gegen sie verzichte. Siehe z.B.: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2638, 18.2. 1909, S.1.

man sich doch relativ schnell darauf wieder zurück zu rudern.<sup>99</sup> So schwieg man sehr laut zwischen dem 11. und 21. 3., der eigentlich schärfsten Phase der verbalen Attacken auf die Regierung. Dann bekannte man sich doch zu den Beschuldigungen, ja forderte die Regierung schon fast dazu auf sie ebenfalls vor Gericht zu bringen<sup>100</sup>, und dies, obwohl man stets verneinte im Besitz weiterer Beweisstücke aus der Privatkorrespondenz Kiselovs zu sein. Gleichzeitig wurden die Parteigrößen A.Malinov (Parteivorsitzender) und Andrej Ljap ev in dem Prozess gegen die *Mir* vernommen, ohne dass dies am Ausgang des Falls etwas geändert hätte. Ebenfalls mutete es seltsam an, dass die *Nov Vek* sich mit verbalen Schlägen gegen den *Prjaporec* sehr zurückhielt und, obwohl er im Prinzip die gleichen Anschuldigungen wie die *Mir* auch gedruckt hatte, nicht wegen Verleumdung anzeigte. Auch der weitere Gang der Ereignisse war dazu angehalten über die Verwicklung der Demokratischen Partei und ihrer Zeitungen in diesen Fall zu spekulieren. Fakt war erstens, dass die Demokratische Partei unter Führung Malinovs zwei Jahre später von Ferdinand an die Macht berufen wurde und zweitens, dass von da ab zwei Jahre vergingen bis die parlamentarische Untersuchungskommission über die Regierung der Volksliberalen Partei unter Petrov-Petkov-Gudev einberufen wurde. Drittens, dass Malinov die Einberufung dieses Enquetes wohl immer wieder zu verhindern suchte<sup>101</sup>, viertens, sowohl das Enquete als auch die Affären, die es zu Tage brachte, vom *Prjaporec* konsequent tot geschwiegen wurden und fünftens schließlich, dass die parlamentarische Untersuchungskommission angab, von den staatlichen Stellen (geführt durch die Demokratische Partei) nicht die gewünschte Unterstützung bei ihren Nachforschungen erhalten zu haben.<sup>102</sup> Die *Mir* konstruierte daraus den kausalen Zusammenhang, dass die Demokraten Malinovs von den Volksliberalen ins Amt gebracht wurden und dafür ihrerseits auf weitere Schritten gegen letztere verzichteten.<sup>103</sup> Obgleich über diesen Zusammenhang nur spekuliert werden kann, verweisen alleine die Anschuldigungen und die Geheimnistuerei des *Prjaporec* auf einige typische Eigenschaften des

---

<sup>99</sup> Die kommunikative Strategie des *Prjaporec* in dieser Affäre gab in der Tat einige Rätsel auf. Nachdem in Nr. 126, 6.3.1906, S. 2, Nr. 127, 9.3.1906, S. 1 und Nr. 128, 11.3.1906, S. 1, jeweils scharf gegen die Regierung im Zusammenhang mit der Sache Kiselov-Petkov geschossen und stets versprochen wurde, bald die Namen hinter den Pseudonymen zu enthüllen, so musste dies doch bis zum 21.3. warten, also rund zwei Wochen nach der *Mir*. Gleichzeitig wurde in Nr. 123, 11.3.1906, S. 4 in den Kurzmeldungen folgende Nachricht gedruckt: „Gestern führen die Minister šCharlesō und šJeanō in einer Kutsche umher und ihr Gesprächsthema waren bestimmt nicht staatliche Interessen.“ Diese Meldung kann dahingehend interpretiert werden, dass man ein Zeichen setzen wollte, indem man klar zu verstehen gab, dass man wisse, wer die betreffenden Minister seien. Auch das laute Schweigen zwischen dem 21.3. und dem 4.5. gibt Anlass zu einigen Spekulationen, kann jedoch nicht durch Quellen in eine schlüssige Interpretation gebracht werden.

<sup>100</sup> Siehe z.B.: *Prjaporec*. Organ na Demokrati eskata Partija Nr. 134, 28.3.1906, S.1 und Nr. 1, 4.5.1906, S.1.

<sup>101</sup> Vgl.: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2638, 18.2.1909, S.1, Nr. 2635, 13.2.1909, S.1, Nr. 2698, 10.4.1909, S.1, Nr. 2849, 13.12.1909, S.1, Nr. 2916, 6.2.1910, S.1, Nr. 2917, 7.2.1910, S.1, Nr. 2930, 23.2.1910, S.1. Auffällig ist hier, dass die *Mir* ihre Attacken mittlerweile komplett von der Volksliberalen Partei, die ja nicht mehr an der Macht war, auf die regierende Demokratische Partei umleitete, erste mit keinem Wort mehr erwähnte und letztere durch Beschuldigungen und Gerüchte über die Verwicklung der Demokraten in die Affären ihrer Vorgänger zu diskreditieren suchte ó wiederum ein Zeichen für die politische Instrumentalisierung des Diskurses. Vgl. weiterhin zu dem Unwillen und der Zögerlichkeit der Regierung Malinov bei der Einberufung des Enquetes: *Dnenvnik* Nr. 2708, 19.2.1910, S. 2 und Nr. 2714, 25.2.1910, S.1.

<sup>102</sup> Doklad do XIV-to ONSí , S.3.

<sup>103</sup> Gleichzeitig warfen sie auch der neuen Regierung Malinovs massive Korruption vor und wollten den Eindruck erwecken, dass selbige sich davor hüte einen Präzedenzfall zu schaffen. Siehe: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2913, 2.2.1910, S.2 und Nr. 2922, 12.2., S.1.

Korruptionsdiskurses: Zum einen stand meist das Gerücht weit über allen beweisbaren Fakten, wobei oftmals genau daraus sein Potential zur politischen Instrumentalisierung gezogen wurde.<sup>104</sup> Zum anderen verwies die Kommunikation über Korruption auf Machtbeziehungen: Korrupte Praktiken traten fast ausschließlich in Zentren von Machtkonzentrationen auf, wobei der Vorwurf bzw. das Gerücht über Korruption von den Ausgeschlossenen der Macht benutzt wurde, um selbst in dieses Machtzentrum zu gelangen. Drittens, Korruption auf kommunikativem Wege zu beweisen, war äußerst kompliziert.<sup>105</sup> Diskursive Macht zeigte sich jedoch schon darin, die Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken zu können. Eben daher waren Gerüchte und unbelegte Anschuldigen gerade zur politischen Instrumentalisierung oftmals fast noch wirkungsvoller. Und schließlich: Wer seine Positionen und Aussagen im Korruptionsdiskurs nicht mit irgendeiner Form von Macht verbinden konnte, der wurde zwar gehört, blieb aber ohne nennenswerten Einfluss.

### **3.4. Gesamtinterpretation**

Es muss klar herausgestellt werden, dass Korruption, zumindest im Falle der šAffäre Charles-Jeanō, erst durch die mediale Berichterstattung des Diskurses überhaupt als solche aus der Verschwiegenheit geholt wurde und zu existieren begann.<sup>106</sup> Dabei bildete der Diskurs šdas Ding an sichō, d.h. die historisch-soziale Positivität šKorruptionō, nicht optik-analog ab, sondern nahm sie auf und veränderte sie, bevor er sie an das Publikum weitergab. In extenso wurde hier bereits auf die verschiedenen Positionen, von denen aus die hier betrachteten Diskursteilnehmer ihre Aussagen trafen, eingegangen. Die Kommunikation von Korruption wurde hier, auch vom unparteilichen *Dnevnik*, politisiert (wenngleich von ihm auch nicht partei-politisch) und wie im Fall der *Mir* und des *Prjaporec* für eigene Zwecke instrumentalisiert.<sup>107</sup> In diesem Zusammenhang trat weiterhin ein Machtgefüge zu Tage, in dem sich sprachliche (Diskurs-) Macht

---

<sup>104</sup> Nach: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, Sofia, 2007, S. 154 existiert Korruption in der Gegenwart ausschließlich als šGerüchte und unbewiesene laute politische Beschuldigungenō

<sup>105</sup> So verwies der *Prjaporec* in obigem Artikel vom 21.3. auf die mündlichen Vereinbarungen zwischen Kiselov und Petkov, aufgrund derer man keine Dokumente vorweisen könne. Noch polemischer verwies die *Mir* (Mir. Organ na Narodnata Partija Nr. 1822, 14.4.1906, S.1.) darauf, dass šjeder weiß, wie schwer es ist Bestechung (*podkupni estvo*) nachzuweisen.ō

<sup>106</sup> Jäger, Siegfried: Einführung, S. 125, geht dabei soweit zu behaupten, dass šhistorisch-soziale Gegenstände dem Diskurs nicht präexistent sind, sondern erst durch ihn produziert werdenō

<sup>107</sup> Diese Instrumentalisierung des Korruptionsvorwurfs durch die Opposition trat u.a. auch in der Berichterstattung der *Mir* und des *Prjaporec* über die abgehaltenen Parteitage der Volkspartei (7-9.4.1906) bzw. Demokratischen Partei (6.-8.4.1906) auf. In selbiger Berichterstattung wurde die eigene Programmatik und vor allem die eigne Moral, jener der Regierung gegenübergestellt, wobei dem Leser eine binäre Opposition zwischen šGutō (die eigene Partei) und šBöseō (Regierung) vorgemalt werden sollte. So schrieb z.B. die *Mir*: šWir stehen für wirkliche Gesetzlichkeit, parlamentarische Regierung, gesunde Vernunft, Voraussicht, die Ehrlichkeit unserer Führer, die Gesundheit unserer Organisation; wir sehen in den anderen Parteien keine Gegner, sondern Partner gegen die persönliche Herrschaft und die Regierung durch verantwortungslose Leute.ō (Mir. Organ na Narodnata Partija Nr. 1806, 23.3.1906, S.1). Der *Prjaporec* kontrastierte die Moral der eignen Partei mit der šLust auf Kommissionenō der Regierung (Prjaporec. Organ na Demokrati eskata Partija Nr. 137, 6.4.1906, S.1). In dem gleichen Zusammenhang fällt auch das bereits oft konstatierte (Vgl.: Daskalov, Rumen: *B lgarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 161f.) hohe Ausmaß an Personalisierung der bulgarischen (Partei-)Politik jener Zeit auf. Auch in Bezug auf Korruption, die dann ebenfalls mit Personen und nur selten mit einem systematischen sozialen System gleichgesetzt wurde, wird dies im Laufe dieser Arbeit noch öfter zu Tage treten. Zur šTradition der Instrumentalisierung von Korruption als billigste und massenhafte politische Waffeō siehe: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 237.

mit politischer Macht verband, wobei es vor allem das Verhältnis des jeweiligen Diskursteilnehmers zur aktuellen Regierung war, welches seine Position und Aussagen bestimmte. Für die Struktur der Öffentlichkeit ergab sich hier eine Dominanz des Politischen über das Private und Gesellschaftlichen, was sich nicht zuletzt darin widerspiegelte, dass der Gerichtsprozess 1906 nicht über die Korruption der Minister, sondern über die (angebliche) Verleumdung der Zeitungen, also über Kommunikation, geführt wurde. Wenn man sich das Personal der Parteizeitungen des Weiteren anschaut, so fällt darüber hinaus auf, dass zum Zeitpunkt der Affäre sowohl die Minister N. Genadiev und Dimit r Petkov neben ihren Posten in der Regierung auch als Redakteure in der Parteizeitung *Nov Vek* arbeiteten. Gleiches kann auch für Ivan Ge-ov und die *Mir* angenommen werden.<sup>108</sup> Die öffentliche Kommunikation vermischte sich hier durch die beteiligten Akteure und Personen mit der staatlich-politischen. Dieser gern übersehene<sup>109</sup> Umstand war m.E. einer der Schlüssel, die notwendig waren, um die Grundlagen der Positionen, von denen aus überhaupt erst Aussagen zu Korruption möglich waren, zu bestimmen. Wie das Beispiel des unparteilichen *Dnevnik* zeigte, waren die nichtstaatlich-politischen Diskursteilnehmer zu schwach, um das von šder Machtō bestellte Feld der Aussagen entscheidend zu verändern oder zu verlassen. Interessanterweise und im Gegensatz zu Jägers Konstatierung wonach Diskurse prinzipiell machtstabilisierend seien<sup>110</sup>, scheint für den Korruptionsdiskurs in Bulgarien das Gegenteil der Fall gewesen zu sein. In Bezug auf die šCharles-Jean Affäreō muss davon ausgegangen werden, dass keiner der Diskursteilnehmer bzw. ihre Positionen durch den Diskurs stabilisiert wurde. Die Opposition erlitt eine formale Niederlage vor Gericht, die Verstrickung der Regierung in Bestechungsaffären trat jedoch nur allzu deutlich hervor und die unabhängige Presse bzw. Öffentlichkeit wurde kaum wirklich beachtet. Indem die Opposition die Korruptionsthematik derart zu ihren Zwecken als Frontalkritik gegen das politische System ausschlachte, einmal an die Macht berufen jedoch schnell den Mantel des Schweigens darüber hüllte, spielte sie dem Modus der špersönlichen Herrschaftō Ferdinands in die Karten. Die Parteien zerfleischten sich so gegenseitig, was den Modus vivendi der špersönlichen Herrschaftō zwar bis 1918 am Leben erhielt, ihn aber in legitimatorischer Hinsicht in den Augen der Gesellschaft nicht stabilisierte. Eine šgesellschaftliche Katharsisō<sup>111</sup> trat jedenfalls nicht ein, wodurch sich, wie wir im folgenden Diskursfragment sehen können,

---

<sup>108</sup> Siehe zu den Lebensläufen: Paru-eva, Dobrinka: Pravitelstvenijat elit, zu Genadiev: S. 307, zu Dimit r Petkov: S. 330, zu Ge-ov: S. 307f. Letzterer ist nicht als Redakteur der *Mir* nachgewiesen, wohl aber als Redakteur und Korrespondent der Times. Die zahlreichen englischen Zitate und Anspielungen in einigen Artikeln der *Mir* über die šCharles-Jean Affäreō lassen jedoch vermuten, dass er auch dort als Autor tätig war.

<sup>109</sup> So scheinen z.B. die meisten der Autoren in: Heppner, Harald u.a. (hrsg.): Öffentlichkeit ohne Tradition. Bulgariens Aufbruch in die Moderne, Frankfurt am Main u.a., 2003, von einem unreflektierten Begriff der Öffentlichkeit im Habermaschen Sinne auszugehen, den sie auch für Bulgarien als zutreffend erachten, ohne die strukturellen Unterschiede zwischen der postosmanischen und der westeuropäischen Öffentlichkeit herauszuarbeiten.

<sup>110</sup> Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens (hrsg.): Lexikon, S. 9.

<sup>111</sup> Der Begriff im Zusammenhang mit Korruptionsskandalen geht auf: Gronbeck, Bruce: Die Rhetorik politischer Korruption, in: Korruption. Zur Soziologie nicht immer abweichenden Verhaltens, hrsg.: Fleck, Christian / Kuzmics, Helmut, Frankfurt am Main, 1985, S. 256-281 zurück, nach dem eine Gesellschaft von Zeit zu Zeit Korruptionsskandale geradezu zelebriert, um sich und ihre Fundamente zu reinigen und zu erneuern.

ein enormes Potential aufstaute. Dieses Potential speiste sich m.E. nicht zuletzt durch die Emotionalisierung, auf die ein Großteil der Berichterstattung abzielte. Wie in der Feinanalyse des *Prjaporec*-Artikels gezeigt, wurde das Thema Korruption nicht nur mit den Unterthemen Patriotismus/Nationalstolz, Außenpolitik und Krieg verbunden, sondern auch die sprachlich-rhetorische Gestaltung appellierte an die Emotionen der Leser. Die eigenen (politischen) Interessen der Autoren versteckten sich hinter den evozierten Gefühlen von Empörung und verletztem Stolz. Die ständigen Schmähungen und verbale Ironisierungen<sup>112</sup> der politischen Gegner taten ihr Übriges, um Potential für einen hochrangigen Skandal aufzubauen, für den, wie der Prozess zeigte, anscheinend nicht genügend beweiskräftige Unterfütterung vorhanden war.

Wie Gronbecks Studie zur Rhetorik politischer Kommunikation zeigte, können diese Erscheinungen im Korruptionsdiskurs nicht unbedingt als ungewöhnlich bewertet werden.<sup>113</sup> Das Besondere und wohl auch Verhängnisvolle in diesem Zusammenhang war eher, dass nach der Verbindung aus bewusster Skandalisierung, Emotionalisierung und verletztem Stolz kein Ventil, keine gesellschaftliche Reinigung von dem aufgestauten Druck einsetzte. Nach dem Prozess im Mai 1906 musste man sich geschlagen geben, obwohl eigentlich außer der Regierung selbst, kaum jemand an der Verstrickung derselben in korrupte Praktiken zweifelte. Ob es gar einen kausalen Zusammenhang zwischen der bewussten Skandalisierung von Korruption und der Erfolglosigkeit im Kampf gegen sie gab, diese Frage wird im Laufe dieser Arbeit immer wieder auftauchen.<sup>114</sup>

Weiterhin wurde aus der Analyse dieses ersten Diskursfragmentes deutlich, dass eine große Vorsicht davor geboten ist, die Aussagen des Korruptionsdiskurses als allzu feste Positivitäten zu sehen bzw. ihre hermeneutische Interpretation völlig auszuklammern. Emotionalisierung, Skandalisierung und politische Instrumentalisierung erscheinen aus dem Diskursfragment als kommunikative Taktiken, die eher geneigt waren die gesuchten Aussagen und Positivitäten zu überdecken. Diese jedoch brachten die Erscheinungen, die sie zu bezeichnen vorgaben, selbst erst hervor.<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Ein Mittel, das alle Zeitungen, auch der *Dnevnik*, anwandten war z.B. das Vokabular des Gegners aufzugreifen und ironisch in einen neuen Kontext zu stellen. So fanden sich auch in dem oben analysierten Artikel des *Prjaporec*, aber auch in der *Mir*, ständige Bezüge zu der *š*gewöhnlichen Erscheinungen (*obiknoveno javlenie*), mit der die *Nov Vek* ursprünglich die außergerichtliche Einigung zwischen Kiselov und Petkov gemeint hatte (Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1000, 6./19.3.1906, S. 2), die *Mir* und der *Prjaporec* machten daraus jedoch die *š*gewöhnliche Erscheinung der Korruption. Auch die Bezeichnung *š*Haselnüsse (*le nici*), mit der in dem Telegramm Kiselovs die Patronen bezeichnet wurden, fand reichhaltige rhetorische Verwendung. So riet beispielsweise der *Dnevnik* Nr. 1325, 8.3.1906, S. 1, dem Verteidigungsminister vielleicht einmal nachzuprüfen, ob nicht auch wirklich Haselnüsse statt Patronen geliefert wurden.

<sup>113</sup> Gronbeck, Bruce: Rhetorik politischer Korruption, passim.

<sup>114</sup> So lohnt es sich darüber nachzudenken, ob es denn nicht erst die Art der Berichterstattung der *Mir* und des *Prjaporec*, ihre kommunikativen Strategien waren, die dazu führten, dass die Regierung den Prozess weg von dem eigentlichen Fall und hin zu einem Prozess über Verleumdung und Zeitungskommunikation führen konnte, den sie letztendlich für sich entschied. Zumindest in diesem Falle muss davon gesprochen werden, dass die von der Opposition gewählte Taktik nicht aufging, dass letztlich viel Lärm um wenige Beweise und somit mehr um Gerichte gemacht wurde.

<sup>115</sup> So machte erst die Emotion der Berichterstattung den Fall zu einem Skandal und erst die kommunikative Verbindung von Korruption mit Patriotismus und Außenpolitik gebar die Interpretation eines gekränkten Stolzes

## 4. Be(un)ruhigung des öffentlichen Gewissens ó Der parlamentarische Enquetebericht 1910

### 4.1. Exkurs: Eine kurze Geschichte der Enqueteberichte in Bulgarien 1885-1934

Bevor nun eine genauere Untersuchung des zweiten Diskursfragments vorgenommen wird, soll die in diesem Falle maßgebliche Quellengattung des parlamentarischen Enqueteberichts einmal näher betrachtet werden.<sup>116</sup> Dies erscheint aus drei Gründen besonders lohnenswert: Zum einen bietet sich dem Historiker in der Form parlamentarischer Enqueteberichte im Falle Bulgariens eine Quellengattung dar, die neben ihren offensichtlichen Inhalten auch viele Fragen zum Wesen des bulgarischen Parlamentarismus, zur Art seiner Kommunikation und zur politischen Atmosphäre der Zeit beantworten kann. Viele dieser Antworten, vor allem jene nach den tieferen Intentionen der Berichte, ihre Funktionen im politischen System und ihrem Platz in der gesellschaftlichen Kommunikation, lassen sich jedoch m.E. nur mittels Reflexionen über ihren jeweiligen Kontext, eine vergleichende Betrachtung mit anderen Berichten dieser Art, ihre Einordnung in die Geschichte parlamentarischer Enqueteberichte in Bulgarien und ihre Einordnung in den Korruptionsdiskurs mitsamt seiner Mechanismen, gewinnen.

Zum anderen sticht für den Zeitraum zwischen 1885 und 1923 die große Anzahl an parlamentarischen Enqueteuntersuchungen über die Tätigkeiten gegebener Regierung oder Regierungsinstitutionen<sup>117</sup> hervor. Allein gegen die Regierungen zwischen 1894 und 1899<sup>118</sup>, zwischen 1901 bis 1903<sup>119</sup>, sowie gegen die Regierung Malinov 1908-1911 wurde **kein** parlamentarisches Enquete eingeleitet. Oder anders: Insgesamt liegen zehn (sic!) parlamentarische Enqueteberichte für die 45 Jahre zwischen 1878 und 1923 vor, die dabei insgesamt eine Regierungsdauer von 30 (sic!) Jahren untersuchten.<sup>120</sup> Umso auffälliger, dass in der Zwischenkriegszeit bis auf die Enqueteberichte über die §Schuldigen an den nationalen Katastrophenö kein einziges Enquete mehr angestrebt wurde, ein Umstand, der weitere Beachtung verdient. Drittens

---

<sup>116</sup> Dabei sei der Enquetebericht über die Regierungen Petrov-Petkov-Gudev von 1910 in diesem Exkurs unbeachtet, da er im Folgenden ausführlich behandelt wird.

<sup>117</sup> Angemerkt sei, dass zwei der Enquetekommissionen, die Kommission zur Überprüfung einiger Fälle von Unterschlagung durch Beamte und staatliche Angestellte 1916 und die Enquetekommission über die Bulgarische Handelsbank 1924 sich nicht mit Regierungstätigkeiten, sondern mit Fällen von Korruption im weiteren Sinne in staatlichen Institutionen befassen. Diese zwei Kommissionen seien daher in diesem Kapitel nur kurz erwähnt.

<sup>118</sup> Hierbei handelt es sich um die konservativen Regierungen Konstantin Stoilv I (1894-1897) und II (1897-1899), sowie die Regierung Dimit r Grekov (1.1899-10.1899).

<sup>119</sup> Hierbei handelt es sich um die Regierungen Petko Karavelov III (1901-1902) und Stojan Danev I-III (1902-1903). Eine Liste der Regierungen Bulgariens zwischen 1878 und 1944 bietet: Kaser, Karl: Handbuch der Regierungen Südosteuropas, Bd.1, Graz, 1981, S. 80-124.

<sup>120</sup> Ge-eva, Jordanka: Parlamentarnite anketni komisii po ministerskata otgovornost (1884-1923g.), Sofia, 2003, S. 17 spricht hierbei nur von acht Enquetekommissionen. Dies ist insofern richtig, da sich acht der Kommissionen mit der Untersuchung der Regierungszeit gegebener Regierungen befassen, wohingegen zwei weitere Kommissionen speziell zur Untersuchung von Korruption, Unterschlagung und Missbrauch durch Beamte, bzw. in der Bulgarischen Handelsbank einberufen wurden, welche in dieser Studie nicht berücksichtigt werden können. Weiterhin muss daraufhin verwiesen werden, dass sich die Zahl acht, bzw. zehn dadurch ergibt, dass es im Falle der Untersuchungen gegen die Regierungen Petrov-Petkov-Gudev zwei aufeinanderfolgende Kommissionen mit verschiedenen Statuten gab.

schließlich thematisierte jeder der parlamentarischen Enqueteberichte, mit Ausnahme jenes über die Schuldigen an der sog. „Zweiten nationalen Katastrophe“, Korruption, Unterschlagung und Missbräuche staatlicher Gelder. Wenn man also die parlamentarischen Enqueteberichte als einen Ausdruck gesellschaftlicher Kommunikation über ein gegebenes Thema begreift, so kann mit Recht behauptet werden, dass es in Bulgarien zu dieser Zeit einiges an Kommunikationsbedarf gab. Doch nicht nur diesem Überfluss an Kommunikation, sondern auch dem auffällig lauten Schweigen dieser Quellengattung nach 1923 soll in dieser „kleinen Geschichte der parlamentarischen Enqueteberichte in Bulgarien“ Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Möglichkeit der Einberufung einer parlamentarischen Enquetekommission zur Information des Parlamentes über die Tätigkeiten der Regierung wurde in der Verfassung von T rnovο in Artikel 106 ausdrücklich festgehalten. Diese Art des parlamentarischen Enquetes hatte jedoch hauptsächlich die Information des Parlamentes zur besseren Kontrolle zum Ziel und zog daher nicht automatisch ein gerichtliches Verfahren nach sich. Speziell zu diesem Zweck gab es, durch das *zakon za s dene na ministrite* von 1880, eine zweite Form des parlamentarischen Enquetes.<sup>121</sup> Bei der ersten Art des Enquetes handelte es sich also um Information und Kontrolle des Parlamentes über die Regierung mittels *Veröffentlichung* bestimmter Sachverhalte, der Versuch also moralischen und gesellschaftlichen Druck durch Öffentlichkeit zu schaffen. Bei der zweiten Variante hingegen ging es hauptsächlich um die strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Minister. In der Praxis jedoch fällt wieder einmal der Unterschied zwischen dem Gesetzesbuchstaben und dem „Geist der Verfassung“ und der Verfassungspraxis auf: Durch den speziellen Modus des *li nijat refm* Ferdinands, in dem de facto nicht die Regierung aus dem Parlament, sondern das Parlament aus der Regierung hervorging, wurde das Mittel eines parlamentarischen Enquetes nicht zur Kontrolle der jeweils aktuellen, sondern stets nur gegen die abgetretene Regierung angewandt. Folglich stieg auch der Einfluss des tagespolitischen Geschehens und der Parteikämpfe auf die Arbeit der Kommissionen, deren Ziel häufig eher in einer „moralischen Verurteilung“ der Beschuldigten, als in neutraler Information des Parlaments bestand. So wurden ihnen denn auch immer wieder vorgehalten von *partijni pristrastija* geleitet worden zu sein.<sup>122</sup>

Bereits bei der ersten Enquetekommission 1884/85<sup>123</sup>, die einberufen wurde, um die Ausgaben und Rechnungen des Staates während der Übergangszeit nach der *p Inomo-tie* des ersten Fürsten Alexander von Battenbergs zu kontrollieren, zeigten sich typische Charakteristika, die auch für alle weiteren Enquetekommissionen Geltung haben sollten: Erstens wurde sie im Anschluss an eine Phase autoritärer

---

<sup>121</sup> Vgl. Ebd., S. 7-16.

<sup>122</sup> Vgl. mit Bezug auf die Kommission von 1885: Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarnite anketni komisii*, S. 42.; Verwiesen sei hier auch auf den Bericht der Enquetekommission zur Überprüfung einiger Angelegenheiten der BTB 1924, in dem zwei Mitglieder der Kommission eine gänzlich andere Meinung vertraten als der Rest, den sie von Subjektivität, persönlichen Interessen und Verbindungen geblendet sahen, so dass er die Arbeit der BTB unter Stambolijski zu negativ bewertete und bewerten wollte. Siehe: *Doklad na parlamentarnata komisija po anketirane delata na BTB*, Sofia, 19.8.1924, S. 25-41.

<sup>123</sup> Siehe zu ihr: Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarnite anketni komisii*, S. 35-50.

Herrschaft<sup>124</sup> einberufen, was, wenn gleich auch die Arbeit der Kommission in diesem Fall keinen direkten Bezug zu dem Herrschaftsmodus hatte, noch öfter der Fall seinen sollte. Zweites beschäftigte sich der Abschlussbericht der Kommission<sup>125</sup> inhaltlich ausschließlich mit der Veruntreuung und dem Missbrauch staatlicher Gelder durch Minister und Beamten, was geradezu zu einem Leitmotiv folgender Enqueteberichte werden sollte. Drittens zeigte sich in der personellen Zusammensetzung der Kommission, in der unter anderem Stefan Stambolov und T. Ivanov beide später selbst Objekt parlamentarischer Untersuchungen teilnehmen, die Neigung der Parteiführer in die Enquetekommissionen zu streben. Meistens versuchten sie dabei ihre politischen Gegner für Vergehen zu diskreditieren, deren sie später ebenfalls bezichtigt werden sollten.<sup>126</sup> Viertens weitete sich die Diskussion um die Inhalte des Berichts, sowie die Rechtfertigung der Beschuldigten schon damals auf die Zeitungen und den öffentlichen Raum außerhalb des Parlamentes aus.<sup>127</sup> Fünftens war auch das Ende bzw. die Folgen dieses ersten parlamentarischen Enquetes geradezu symptomatisch: Obwohl recht ausführliches Material über Veruntreuungen und Unterschlagung staatlicher Gelder gesammelt wurde, blieb das Enquete für die Beschuldigten folgenlos. Die politischen Umstände des Jahres 1885, der Bulgarisch-Serbische Krieg, die Vereinigung des Fürstentums mit Ost-Rumelien und die Auseinandersetzungen um Fürst Battenberg diktierten die Tagespolitik, in der die Korruptionsvorwürfe untergingen.<sup>128</sup> Sechstens schließlich fungierte die dem Abschlussbericht der Kommission zugrunde liegende Struktur des Aufbaus und der Wissensorganisation wohl als Muster für fast alle folgenden Enqueteberichte: Nach einem Vorwort, das sich auf die Einberufung des Enquetes im Parlament bezog<sup>129</sup>, folgten nach bestimmten Institutionen gegliederte Kapitel, in denen stets Originaldokumente (Briefe, Befehle, Anweisungen etc.) aus den Privatarchiven der Beteiligten und den Archiven staatlicher Institutionen präsentiert wurden. Wenn in diesem Bericht mit Kommentaren und Analysen zu den präsentierten Materialien noch gespart wurde, so wurde vor allem in den Berichten, deren Kommissionen nach dem *zakon za s dene na ministrite* zustande gekommen waren, das Beweismaterial ausführlich kommentiert.

In vielerlei Hinsicht ist der Abschlussbericht der zweiten parlamentarischen Enquetekommission, der Bericht an die achte Volksversammlung der Enquetekommission über die Missbräuche des Kabinettes Stambolov vom 22.8.1887 bis 18.5.1894 mit einer Beilage von Dokumenten, gefunden in den Archiven

---

<sup>124</sup> Mit der Bezeichnung *p inomo-tie* (Vollmacht) wird die Herrschaftszeit Fürst Battenbergs zwischen 1881 und 1883, in der er die Verfassung suspendierte und das Parlament auflöste, um sich besondere Regierungsvollmachten zu sichern. Vgl. Crampton, Richard: *Bulgaria 1878-1918*, S. 59-72.

<sup>125</sup> *Doklad do IV.-to ONS ot anketna kommissija, izbrana ot s -toto s branie za da pregleda smetkite na d rfvata*, Sofia, 3 Bd., 1885.

<sup>126</sup> Zu den Mitgliedern dieser Kommission siehe: Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarite anketni komisii*, S. 39f.; Vgl. weiterhin die Debatten um die Teilnahme T. Teodorovs oder G. Danailov an den Kommissionen und dem *d rftaven s d* 1910-14.

<sup>127</sup> Ebd., S. 47

<sup>128</sup> Vgl. Ebd.

<sup>129</sup> *Doklad do IV.-to ONS ot anketna kommissija, izbrana ot s -toto s branie za da pregleda smetkite na d rfvata*, Bd. 1, S.3.



verschiedener Institutionen des Fürstentums<sup>130</sup> von 1895, obwohl er den oben beschriebenen Charakteristika des ersten Enquetes in allen Punkten folgt, noch aufschlussreicher. Vor allem im Hinblick auf die Öffentlichkeit macht dieser Bericht deutlich, wie sehr die Enquetekommissionen sie suchten und wie einseitig die Kommunikation mit ihr verlief. Die Kommission selbst wurde nicht nur nach dem Ende der wohl umstrittensten und gewalttätigsten Regierungsperiode Bulgariens bis 1918, sondern auch nach der Ermordung Stefan Stambolovs eingeleitet. Die Arbeit der Kommission selbst hatte weniger zum Ziel bislang unbekannte Informationen öffentlich zu machen, sondern *šda se otkrie ne-to ot onija vapiju-ti zloupotreblenija s vlastta, na koito vsi ki bjahme v onova vreme o evidciö*<sup>131</sup>, also die bereits bestehenden Urteile über die Herrschaftsmethoden Stambolovs zu bestätigen. Obgleich die Kommission die Verbrechen und Missbräuche des Regimes Stambolov mit über 600 Seiten an Dokumenten und Quellen illustrierte, dazu den gerade einmal 12 Seiten langen Bericht für die Öffentlichkeit reich mit Faksimile persönlicher Dokumente verzierte und das Parlament eindringlich aufforderte, die verbliebenen Minister vor Gericht zu stellen, blieb auch dieses Enquete folgenlos.<sup>132</sup> Besonders interessant und wohl auch folgenschwer für die historische Zukunft war dabei, dass die Kommission *expressis verbis* nicht nur zur Bestrafung der schuldigen Minister, sondern auch aller anderen beteiligten Beamten aufrief, um zu zeigen, dass die Verfassung kein *štoter Buchstabeö* (*m rtva bukva*) sei.<sup>133</sup> Das Beispiel, welches dieses Enquete damit setzte, war, wenn auch unbewusst, wohl prägend für den Einfluss der parlamentarischen Enquetes auf die gesellschaftliche Kommunikation, obgleich der Bericht, bis auf seinen Umfang und seine Schärfe, sich nicht von dem Bericht 1885 unterschied.

Das dritte Enquete gegen die Regierung Ivan ov-Radoslavov 1901<sup>134</sup> war insofern ein Unikum als dass es hier zum ersten Mal nicht nur zu einer Einberufung einer Kommission nach dem *zakon za s dene na ministrite*, sondern auch zu einer anschließenden Verurteilung vor dem ersten *d rftaven s d kam*. Wie folgenlos jedoch auch der Umstand einer Verurteilung war zeigte die baldige Amnestierung (wiederum: nicht Begnadigung oder Haftentlassung), die den Verurteilten gewährt wurde, sowie die Tatsache, dass ein Teil der verurteilten Minister später erneut an Regierungen teilnahm.<sup>135</sup> Auffällig und für einige weitere

---

<sup>130</sup> Doklad do VIII-to ONS na parlamentarnata anketna komisija po zloupotreblenijata na Stambolvija kabinet ot 22.8.1887 do 18.5.1894 godina s pribavlenie na dokumenti, namereni v arhivite na raznite u refdenija v knjafestvoto, Sofia, 1895.

<sup>131</sup> Ebd., S. 1.

<sup>132</sup> Ge-eva, Jordanka: Parlamentarnite anketni komisii, S. 69f., vermutet hier, dass die grausame Ermordung Stambolovs den psychologischen Faktor bildete, um von einer weiteren Verfolgung abzusehen. Gleichzeitig kann jedoch bezweifelt werden, dass der Tod des Ministerpräsidenten alleine als *šgesellschaftliche Katharsisö* ausreichte, so dass auch in den Diskussionen um die zweite Regierungszeit der Stambolovisten 1903-1908 alte Ressentiments aufkamen. Der Historiker kommt, will er die Herrschaft Stambolovs eingehender untersuchen und bewerten, jedoch kaum an diesem monumentalen (im negativen Sinne) Quellenband vorbei.

<sup>133</sup> Doklad do VIII-to ONSí , S. 2.

<sup>134</sup> Doklad na parlamentarnata komisija do XI-to ONS po predlofenieto za davane pod s d ministrite ot kabineta na T. Ivan ova. Oficialno izdanie na Narodnoto S branie, Sofia, 1901; Siehe weiterhin: Ge-eva, Jordanka: Parlamentarnite anketni komisii, S. 141-204.

<sup>135</sup> Ein besonders leuchtendes Beispiel war Minister Radoslavov, der nach der gewährten Amnestie 1914 sogar zum Ministerpräsidenten aufstieg und Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg führte.

Enquetes ebenfalls prägend, war die Rolle der Gewalt und der sozialen Unruhe, die überhaupt erst zur Einberufung des Enquetes führte und bei der die Korruptionsvorwürfe als eine Art šZugabeõ dienten.<sup>136</sup> Was die öffentliche Rezeption und den Grad der Skandalisierung anbelangt, kann dieses Enquete, obgleich es mit einer Verurteilung endete, als eines der weniger rezipierten gelten.

An den Aspekt der Gewalt, dieses Mal in Gestalt des Krieges knüpfte dann das Enquete über die Regierungen Ivan Ge-ovs und Stojan Danevs zur Zeit der Balkankriege an.<sup>137</sup> Auch dieses Enquete, einberufen 1914 und im Amt bis 1919, wurde von den politischen Umständen eingeholt und blieb, trotz der Publikation von über 800 Seiten Material in vier Bänden, ergebnislos. Einberufen, um die politische Verantwortung für die erste šNationale Katastropheõ ó den verlorenen zweiten Balkankrieg 1913 ó zu klären, wurde die Kommission schon von der zweiten šNationalen Katastropheõ ó dem Ersten Weltkrieg ó eingeholt.<sup>138</sup> Als das Enquete schließlich zu einem Abschluss kam, war ihre Arbeit fast gegenstandslos geworden, da der Erste Weltkrieg nicht nur die außenpolitische Situation veränderte, sondern bereits nach den Verantwortlichen für die nächste Katastrophe gesucht wurde. Von den vier vorgelegten Bänden beschäftigten sich drei mit der Vorbereitung und Durchführung des Krieges, der dritte jedoch mit jenen *šredica povtorjaju-ti se naru-enija i harakternosti, koito stavat po ti sistema na favorizacii i zloupotreblenijaõ*<sup>139</sup>. Obwohl die Kommission laut eigenem Bekenntnis *špod natiska na ob-čestvenoto mnenieõ*<sup>140</sup> ins Leben gerufen wurde, muss ihre politische Wirkung aufgrund der äußeren Umstände als gering beurteilt werden. Jedoch wurde der Öffentlichkeit und den Historikern wiederum reichhaltiges Material zur Verfügung gestellt, nicht nur bezüglich der innenpolitischen Gewohnheiten, sondern auch in Bezug auf die bulgarische Beteiligung an den Balkankriegen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und seinen Folgen traten, wie in dieser Arbeit für die gesellschaftliche Kommunikation über Korruption im Allgemeinen beschrieben wird, auch in der parlamentarischen Praxis und damit auf der Diskursebene šEnqueteberichtõ einige Veränderungen auf. Ein parlamentarisches Enquete wurde nur noch zur Untersuchung der Schuld der zweiten Regierung Malinov (21.6.-18.10.1918) einberufen, die Schuld der Regierung(en) Radoslavov (17.7.1913-21.6.1918) bedurfte keiner weiteren Untersuchung. Stattdessen wurde am 22.11.1919 ein neues Gesetz zur Verurteilung und Bestrafung der Schuldigen an der nationalen Katastrophe (*zakon za s dene i nakazvane na vinovnici za narodnata katastrofa*) verabschiedet, nach dem die Regierung(en) Radoslavov, nicht ohne vorherige

---

<sup>136</sup> Gewalt, entweder als Herrschaftsweise oder in Form des Krieges, tritt bei den Enquetes über Stambolov 1894, gegen Ivan ov 1901, Ivan Ge-ov und Stojan Danev 1914 und Malinov 1923 als Thema in den Vordergrund. Somit können die Themenkomplexe šGewaltõ und šKorruptionõ, beide verstanden im weiteren Sinne, als die Leitmotive schlechthin der Enqueteuntersuchungen in Bulgarien zwischen 1878 und 1944 (bzw. 1923) gelten.

<sup>137</sup> Doklad na parlamentarnata izpitatelna komisija, nazna ena s re-enieto na XVII-to ONS v 1-ta mu izv nredna sesija v zasedanieto ot 10. Maj 1914 g. za anketirane kabineti na Iv.Ev. Ge-ov i Dr. St. Danev po cjaloto im urpavlenie ó vklju itelno podgotovkata i vodene na vojната, Sofia, Bd. 1-4, 1918.

<sup>138</sup> Vgl. Ge-eva, Jordanka: Parlamentarnite anketni komisii, S. 110f.

<sup>139</sup> Doklad í za anketirane kabineti na Iv.Ev. Ge-ov i Dr. St. Danev, Bd. 3: Tr govete i dostavkite, Sofia, 1919, S. 3

<sup>140</sup> Ebd.

Volksabstimmung in der populistischen Manier Al. Stambolijskis, schlussendlich 1923 verurteilt wurden.<sup>141</sup> Jener Bericht, der die Frage nach der Schuld Malinovs negativ beurteilte<sup>142</sup>, sollte der letzte parlamentarische Enquetebericht zwecks der Suche nach ministerieller Verantwortung bleiben. Schon der Prozess gegen die Minister Radoslavov benötigte keine weiteren parlamentarischen Untersuchungen mehr<sup>143</sup>, ebenso die Verurteilung der Minister Stambolijskis durch die Regierung Cankovs oder der Umsturz 1934. Nach dem Ersten Weltkrieg, mit der Verschiebung des ganzen politischen Systems in die Muster autoritärer Systeme verschiedener Prägungen, änderte sich auch der Charakter der gesellschaftlichen Kommunikation. Das Mittel eines parlamentarischen Enquetes wurde obsolet, wofür neben der generellen Dominanz der Exekutive über das Parlament unter Stambolijski (1919-1923), sowie Cankov (1923-1926) bzw. Ljap ev (1926-1928), auch die Erfolglosigkeit<sup>144</sup> dieser Enquetes zur Verantwortung gezogen werden kann. Jedoch muss auch diese politische Erfolglosigkeit in der historischen Vogelperspektive wiederum relativiert werden: Obgleich sich immer wieder Spuren von Meinungsmanipulationen und Einzelinteressen in den Abschlussberichten finden lassen, so erzeugten diese Enquetes doch stets ein Mehr an Öffentlichkeit, an gesellschaftlicher Kommunikation und Informiertheit als die eindimensionalen, verordneten Informationen und Kommunikationsstrukturen, die für die Zwischenkriegszeit zu konstatieren sind.

---

<sup>141</sup> Vgl.: Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarnite anketni komisii*, S. 239ff. Wie selbige anmerkt, trat in diesem Fall das Unikum auf, dass die Minister aufgrund eines Gesetzes verurteilt wurden, das zum Zeitpunkt ihrer Regierung noch gar nicht existierte, also erst rückwirkend verabschiedet wurde. Auch dieser Umstand trug dazu bei, dass die so verurteilten Minister nach dem Sturz Stambolijskis wieder amnestiert wurden.

<sup>142</sup> Siehe: Ebd., S. 112-127. Ein Unikum bildet dieses Enquete in zweierlei Hinsicht: Zum einen war dies der einzige Fall in dem die untersuchten Personen komplett entlastet wurden, und zum anderen fehlte hier auch zum ersten Mal gänzlich der Vorwurf, an irgendeiner Form von Korruption beteiligt gewesen zu sein.

<sup>143</sup> Interessant ist hierbei, dass die Regierung Radoslavov selbst im August 1916 eine Enquetekommission zur Untersuchung einiger Fälle von Korruption durch Beamte und staatliche Angestellte in Auftrag gab. Damit wurde zum ersten und einzigen Mal (sic!) ein Enquete einberufen, das Angelegenheiten erforschen sollte, welche sich unter der aktuellen Regierung ereigneten. Die Kommission beschäftigte sich jedoch nicht mit den Mitgliedern der Regierung oder deren Verantwortlichkeit. Siehe: *Doklad na parlamentarnata anketna komisija otnositelno proverjavane delata na iznesenite prez XVII-to ONS, vtora izvanredna sesija, slu ai na nerednosti i zloupotrblenija izv r-eni ot razni inovnici i slufa-ti, voenni i grafdanski*, Sofia, 1917. Vor allem im zweiten Teil des Abschlussberichts, selbst erst 1919 dem Parlament vorgelegt, wurde deutlich, dass, obwohl die Kommission *šGenugtuung für das aufgebrachte gesellschaftliche Gewissenō (udovletvorenje na v zmutenata ob-estvena s vest)* forderte, die Schuld vor allem auf das Kriegsministerium und seine Führer abgewälzt werden sollte. Siehe: *Doklad na parlamentarnata anketna komisija otnositelno proverjavane delata na iznesenite prez XVII-to ONS, vтора izvanredna sesija, slu ai na nerednosti i zloupotrblenija izv r-eni ot razni inovnici i slufa-ti, voenni i grafdanski, ast II*, Sofia, 1917. (CDA F 173K, Op. 3, a.e.2056, S. 38-62). Letztendlich ging auch dieser Bericht in dem Kriegsgeschrei 1917 unter, wobei der zweite Teil nicht erst zufällig 1919 veröffentlicht wurde, sondern hier schon als Vorlage für die Anklage gegen die *šSchuldigen an der Nationalen Katastropheō* dienen sollte.

<sup>144</sup> Um die Ergebnisse der Enquetes einmal festzuhalten, sei hier aufgezählt, dass: 1.) das Enquete 1885 folgenlos blieb, 2.) das Enquete gegen Stambolov 1894 folgenlos blieb, 3.) das Enquete 1901 gegen Ivan ov zu einem Urteil führte, welches auch wirklich angetreten werden musste, die Schuldigen jedoch allesamt amnestiert wurden, 4.) das Enquete 1910/11 zwar zu einem Prozess führte, dann aber folgenlos eingestellt wurde, 5.) das Enquete gegen Ge-ov und Danev 1914-1918 folgenlos blieb, 6.) das Enquete über die Veruntreuungen durch Beamte 1916/1917 folgenlos blieb, 7.) das Enquete gegen Malinov keine Vorwürfe erheben konnte, 8.) das Enquete 1924 über einige Angelegenheiten der BTB folgenlos blieb, 9.) selbst die 1923 von den Agrariern Stambolijskis verurteilte Regierung Radoslavov unter Cankov wieder amnestiert wurde.

#### **4.2. Der parlamentarische Enquetebericht über die Regierungen R.Petrov-D.Petkov-P.Gudev (1903-1908)**

In diesem Abschnitt der Untersuchung soll die **Diskursebene** der Zeitungen verlassen werden, sodass die Analyse des Korruptionsdiskurses um eine Betrachtung der parlamentarischen Kommunikation über Korruption erweitert werden kann. Aus diesem **Korpus** wurde der Bericht der Prüfungskommission über die Regierung des Landes in der Periode vom 5. Mai 1903 bis 16. Januar 1908 bezüglich der Angelegenheiten (*delata*) einiger Minister dieser Zeit<sup>145</sup> ausgewählt. Zum einen kann er als eine Fortsetzung der oben behandelten Affäre Charles-Jean, die ebenfalls in den Bericht aufgenommen wurde, verstanden werden. Daher kann inhaltlich, thematisch und strukturell an der vorausgegangen Fragmentsanalyse angeknüpft werden. Zum anderen, war dieser Bericht, den der bulgarische Wirtschaftshistoriker R.Avrarov als ein Denkmal bulgarischer (Anti-)Korruption (*pametik na b lgarskata (anti)korupcija*)<sup>146</sup> bezeichnete, die wohl umfassendste Zusammenstellung und Untersuchung korrupter Praktiken in Bulgarien. Weiterhin bot dieser Bericht durch seine Vorgeschichte und seine historischen Folgen die Gelegenheit, die Wechselwirkung zwischen Korruptionsdiskurs und politischer Realität ó die Möglichkeit eines **diskursiven Ereignisses** also ó eingehender zu durchleuchten. Schließlich unterlag dem Bericht, vor allem durch seinen reichhaltigen Inhalt und seinen parlamentarischen Kontext, eine bestimmte Wissensorganisation, wie sie als repräsentativ für das staatliche Denken über Korruption dieser Zeit angesehen werden kann. Selbige soll, sowohl in ihrer Struktur, als auch in ihrer Tiefe durch eine fragmentarische Feinanalyse und Interpretation in ihren Kontexten aufgezeigt werden.

#### **4.3. Kontext(e) und Kontextanalysen ó Historisch, institutionell, medial und situativ**

Wie in dem anfänglichen Exkurs bereits gezeigt, konnten bzw. wurden parlamentarische Untersuchungen nur von neuangetretenen Regierungen gegen ihre Vorgänger eingeleitet. Auch für diesen Befund war dieses Enquete ein perfektes Exempel: 1908, nach fünf Jahren an der Macht, mussten die Stambolovisten<sup>147</sup> schließlich abtreten und Ferdinand beauftragte den Führer der Demokratischen Partei Al. Malinov mit der Kabinettsbildung.<sup>148</sup> In den nachholenden legitimierenden Parlamentswahlen warb Malinov mit dem Versprechen gegen die Korruption, *partizanstvo* und die willkürlichen Gesetze seiner

---

<sup>145</sup> Doklad do XIV-to ONSí .

<sup>146</sup> Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 228.

<sup>147</sup> Die Volksliberale Partei (*Nardno-Liberalnata Partija*) wurde nach ihrem ehemaligen Führer Stefan Stambolov, wie alle Parteien oftmals nur nach ihren Führern benannt wurden, auch als *stambolovisti* (Stambolovisten) bezeichnet.

<sup>148</sup> Vgl.: Crampton, Richard: Bulgaria 1878-1918, S. 305f., dessen Einschätzung, dass Ferdinand aufgrund der immer weiter ausartenden Korruptionsexzesse dazu gezwungen war eine neue Regierung an die Macht zu rufen, kann dabei nur teilweise zugestimmt werden. Diesen Schritt hätte Ferdinand schon Jahre früher vollziehen können. Die periodische An- und Abberufung von Regierung waren Teil von Ferdinands Regierungsmodus, mit dem er die einzelnen Parteien schwach hielt. Des Weiteren war auch schon damals Ferdinands persönliche Wertschätzung für Männer wie R. Petrov oder M. Savov bekannt (letzteren berief er schließlich 1912 während der Balkankriege sogar in die oberste Heeresleitung), wohingegen er zu den zarenkritischen Malinov und Ge-ov größte Distanz hielt.

Vorgänger vorzugehen und selbige dafür zur Verantwortung zu ziehen. Wie R.Crampton ironisch dazu vermerkte, war der wirklich überraschende Umstand dabei, dass sich die neue Regierung der Demokraten auch tatsächlich daran machte einiges davon in die Tat umzusetzen.<sup>149</sup> Wie die *Mir* in ihrem bekannt angriffslustigen Ton nicht müde wurde vorzuwerfen, bedeutete dies in erster Linie ihre eigenen Leute in Amt und Würden zu bringen.<sup>150</sup> Obgleich die neue Regierung nach der Erklärung der vollständigen Souveränität am 22.9.1908 durchaus auch andere Aufgaben zu bearbeiten hatte, verhielten sie sich bezüglich einer Untersuchung der Vergehen ihrer Vorgänger zunächst sehr zurückhaltend. Bereits zu Beginn des Jahres 1909 bot sich der Regierung Malinov die Chance die Sache der abgetretenen Regierung aufzurollen: Der Abgeordnete Mi-ev warf dem ehemaligen Ministerpräsidenten der šStambolovistenõ P.Gudev vor, über 500tsd Lewa aus den Fonds der Regierung unterschlagen zu haben, woraufhin Gudev, wie vor ihm Petrov und Savov, wegen Verleumdung vor Gericht zog. Doch nichts geschah, das Parteiorgan *Prjaporec* schwieg beharrlich und Malinov selbst soll einen Antrag Mi-evs über die Einberufung einer parlamentarischen Prüfungskommission wieder von der Tagesordnung des Parlamentes gestrichen haben.<sup>151</sup> Bis zum Februar 1910 tat sich diesbezüglich nicht viel, die Demokratische Partei Malinovs schwieg sich über ihre Erwägungen aus, doch innere Streitigkeiten über die Frage einer Einberufung drangen an die Öffentlichkeit.<sup>152</sup> Die *Mir* interpretierte die Zögerlichkeit der Regierung in dieser Frage als Beweis dafür, dass sie sich den Machtwechsel von ihrem Vorgänger erkaufte hätten und nun deren Verbrechen vertuschten.<sup>153</sup> Der *Dnevnik* hingegen verwies auf die innenpolitische Instabilität der Regierung, aufgrund derer die Regierung erst die meisten Oppositionsparteien, meist in Gestalt ihrer Führer, mit in die Prüfungskommission holen musste, um sich erstens die Unterstützung der Opposition für dieses Vorhaben zu sichern, und zweitens, um sich so auch den nicht selbstverständlichen Verbleib an der Macht zu sichern.<sup>154</sup> Um den personellen Bestand der Kommission, ebenfalls wichtig für den **institutionellen** und **situativen Kontext** des Berichts, rankten sich bereits bei der Einberufung Gerüchte. So soll Innenminister Takev, eigentlich ein Gegner des Enquetes, eigenmächtig die Liste mit den Namen

---

<sup>149</sup> Ebd., S. 314f.

<sup>150</sup> Siehe z.B.: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2713, 30.5.1909, S. 1. Anzumerken ist jedoch, dass der Regierung Malinovs (1908-1911) niemals Korruptionsvorwürfe von den Ausmaßen ihrer Vorgänger gemacht wurden und gegen sie, als eine der wenigen Regierungen zwischen 1878 und 1918, keine parlamentarische Untersuchung eingeleitet wurde.

<sup>151</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2849 13.12.1909, S. 1. Der Fall endete schließlich damit, dass der Richter Gudev anwies 81 Lewa an den Angeklagten für dessen Prozesskosten zu zahlen und daraufhin den Prozess unterbrach. Siehe: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2723, 11.6.1909, S. 1-3.

<sup>152</sup> So wusste z.B. der *Dnevnik* Nr. 2708, 19.2.1910, S. 2, zu berichten, dass Innenminister Takev auf einem Parteitag für den Fall der Einberufung einer parlamentarischen Prüfungskommission mit seinem Rücktritt drohte.

<sup>153</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2638, 18.2.1909, S. 1.

<sup>154</sup> *Dnevnik* Nr. 2715, 26.2.1910, S. 2, der ein Mitglied des Parteirates der Demokratischen Partei zitierte. Dieser verwies auch verbatim auf den bekannten Widerstand Ferdinands gegen eine Untersuchung und mögliche Verurteilung der ehemaligen Minister. Somit könnte das Taktieren und Abwarten der Regierung Malinov bezüglich der Einberufung eines Enquetes auch dahingehend interpretiert werden, dass sie sich erst der Teilnahme der Opposition versichern wollten, um sicherzugehen, dass Ferdinand nicht eine der Oppositionsparteien aufgrund des Enquetes gegen sie ausspielen und an die Macht berufen konnte. Die Frage, ob die Demokraten also das Enquete nicht einberufen wollten oder aber nur den richtigen Moment abwarteten, lässt sich aus heutiger Sicht nicht endgültig beantworten. Die Gerüchte und die Erwägungen um den Einsatz dieses Mittels jedoch sind für sich schon ein aussagekräftiger Befund für die Rolle von Korruption(sbekämpfung) und deren Instrumentalisierung.

der Mitglieder, die zwischen den Parteien bereits vor der Einberufung ausgehandelt war, geändert und dem Parlamentspräsidenten vorgelegt haben.<sup>155</sup> Fakt jedoch war, dass mit Stojan Danev (Chef der Progressiv-Liberalen Partei ó *Progresivno-Liberalnata Partija*), Teodor Teodorov (*Narodnata Partija*) und Dimit r Dragiev (Bulgarischer Bauernvolksbund ó *B lgarski Naroden Zemedelski S juz*) neben der Demokratischen Partei auch führende Mitglieder fast aller Oppositionsparteien in der Kommission vertreten waren.<sup>156</sup> Schon die Einberufung der Kommission zeigte also, dass im Vordergrund eines solchen Enquetes nicht, wie in der Verfassungspraxis vorgesehen, die Kontrollfunktion des Parlamentes über die Regierung, sondern die Initiative der Regierung und ihre Macht über ihre Gegner der ausschlaggebende Faktor war. Was nun auch immer der Grund für die Zögerlichkeit der Regierung war, am 22.-24.2.1910 wurde offenbar im Parteirat der Demokraten der Entschluss gefasst eine Prüfungskommission einzuberufen, was dann auf Antrag des Abgeordneten Atanas Kraev auch am 25.2.1910 ó dem letzten Tag der Sitzungsperiode ó geschah.

Die Vorgeschichte zur Einberufung des Enquetes von 1910 wurde hier zum einen deshalb erläutert, da sie den **historischen Kontext** für dieses **Diskursfragment** bildete. Zum anderen verdeutlichte dieser Kontext auch, dass die Verweise auf die šmoralische Pflichtō (*moralen d l g*), auf die sich der Abgeordnete Mi-ev bei der Einberufung bezog und auf das šerregte gesellschaftliche Gewissenō (*v žmu-tena ob-tesvena s vest*)<sup>157</sup>, welchem durch dieses Enquete genüge getan werden sollte, zwar in dem Diskurs als Aussagen auftauchten, jedoch kaum als der Wahrheit letzter Schluss angesehen werden können. Dieser šmoralischen Pflichtō hätte die Regierung der Demokraten, sicherlich mit noch mehr Unterstützung aus der Opposition, auch bereits 1908 nachkommen können. Geradezu erstaunlich mutete auch das laute Schweigen des Sprachrohrs der Partei an, denn der *Prjaporec* gab keinerlei Kommentar zu der Entscheidung der Parlamentsmehrheit ab.<sup>158</sup> Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es den Demokraten in der Tat lieber gewesen wäre der ganzen Sache aus dem Weg gehen zu können und über die Erwägungen und das politische Kalkül, das hinter der Einberufung stand, Stillschweigen zu bewahren.

<sup>155</sup> Dnevnik Nr. 2716, 27.2.1910, S. 3.

<sup>156</sup> Der Dnevnik Nr. 2715, 26.2.1910, S. 2, berichtete von einem Informanten aus dem Parteirat der Demokraten der angibt, dass man sich durch die Einberufung der Opposition in die Kommission sicher sein kann, dass das Enquete auch bei einem Abtritt der Regierung fortgeführt werde und man so zumindest bis Ende des Enquetes an der Macht bleibe und sich außerdem so gegen den Zaren absichere, von dem bekannt sei, dass er das Enquete nicht wolle.

<sup>157</sup> Auf selbiges rekurrierte Atanas Kraev ausführlich bei seinem Antrag die Minister vor Gericht zu stellen im Dezember 1910. Siehe: Stenografski Dnevnici na XIV-to ONS, III-ta redovna sessija, XLVIII 3, 16.12.1910, S. 1602ff.

<sup>158</sup> Der *Prjaporec* hatte seine Berichterstattung im Vergleich zu 1906 bereits stark geändert und erinnerte, graphisch wie inhaltlich, jetzt sehr an die *Nov Vek* 1906, was auf eine strukturelle Ähnlichkeit schließen lässt, die die Parteiorgane annahmen, sobald ihre Partei an die Regierung berufen wurde. Die Frontseite, die nun aus drei Spalten Anzeigen und Werbung und nur noch einer Spalte Text bestand, wurde fast gänzlich der Außenpolitik oder dem Lob auf den Fürsten (den man in der Opposition immer verteufelte) gewidmet. In Nr. 52, 24.2.1910, S. 1-3 fand sich ein dreiseitiger Artikel über die Resolution der Volkspartei, wonach kein Parteimitglied persönliche Verbindungen mit dem Schloss unterhalten dürfe. In Nr. 53, 25.2.1910, S. 1f. wurden die Radoslavisten als šamnestierte Verbrecher, die jetzt gegen die Regierung wetternō beschimpft und erst in Nr. 54 26.2.1910, S. 3, in den Protokollen der Parlamentsitzung fand sich die Nachricht über die Einberufung des Enquetes ohne weiteren Kommentar und in Nr. 55, 27.2.1910 findet sich überhaupt kein weiterer Hinweis.

Anders als für diese Koalition, die außer dem gemeinsamen Gegner der Volksliberalen Partei keinen gemeinsamen Nenner hatte, zu vermuten war, schien die Arbeit der Kommission reibungslos verlaufen zu sein.<sup>159</sup> In der nächsten Sitzungsperiode wurde der rund 600seitige Bericht dem Parlament vorgelegt und diskutiert, von wo aus er wiederum Eingang in alle Zeitungen, parteiliche und unabhängige, fand. Durch diese *šVer-öffentlichungō* kann der Enquetebericht in zwei **medialen Kontexten** gesehen werden: Einmal als parlamentarische Kommunikation, die vor allem auf den Inhalt und die Beziehungen zwischen Kommission-Regierung-Parlament-Parteien-Opposition abzielte und als öffentliche Kommunikation, die die öffentliche Verarbeitung und Reaktion des Berichtes umfasste.

#### **4.4. Die (Wissens-)Struktur des Berichtes**

Der Bericht an sich hatte wahrhaft *šmonumentalenō* Charakter, obgleich er in Allem den oben typischen Merkmalen parlamentarischer Enqueteberichte in Bulgarien folgte. Er bestand aus zwei Teilen, von denen der erste auf fast 400 Seiten in 66 Punkten die Missbräuche der drei Stambolovisten-Kabinette darlegte. Wie bereits dem Vorwort zu entnehmen war, begann man mit Ausführungen über die *šUrsündeō* der Regierungsperiode der *šunausweichlichen Phaseō*, dem sog. *šAuslegungsgesetzō* (*t Ikuvatelen zakon*) und der Suspendierung einiger Artikel des Gesetzes über die Beamten.<sup>160</sup> Mit diesen Maßnahmen, so die Kommission, hatte sich die neue Regierung selbst eine Art Freifahrtschein ausgestellt, da sie nach diesen Gesetzen nur noch für Verfassungsverstöße zur Verantwortung zu ziehen waren und *švon nun an geglaubt hatten sich bereichern zu können wie sie wolltenō*<sup>161</sup>. Daraufhin folgten einige Ausführungen über die Schließung der Sofioter Universität 1907 im Zuge der sozialen Unruhen von 1906/07<sup>162</sup>. Anschließend begann eine lange Serie von ausführlichen Darlegungen verschiedenster Arten von Korruption: Bestechung, Veruntreuung, Unterschlagung, Favorisierung und *partizanstvo*<sup>163</sup>. Im Einzelnen ließen sich die Punkte in folgendes Schema einteilen: Zwei Punkte zur gesetzgeberischen Tätigkeit (Auslegungs- und Beamtengesetz), ein Punkt über die Schließung der Universität, drei Punkte über Unterschlagung (*šzloupotreblenija*) bzw. Diebstahl staatlicher Gelder aus den Fonds der Ministerien, sieben Punkte über den Verkauf, Ablokation, Miete oder Nutzung staatlicher Gebäude und Ländereien, zwei Fälle von nicht eingezogenen Steuern bzw. Zöllen, vier Konzessionsvergaben, zwei Fälle von Bestechung der Minister im Zuge von Kreditaufnahmen des Staates, fünf weitere Finanzoperationen, zwei Fällen von Korruption im Zusammenhang mit dem Bau von Eisenbahnlinien, ein gesonderter Punkt über die Konten und Schulden

---

<sup>159</sup> Jedenfalls ist, z.B. in dem Vorwort oder der Präsentation des Berichts, nichts Anderweitiges vermerkt.

<sup>160</sup> Doklad do XIV-to ONSŃ , S. 3f.

<sup>161</sup> So die Kommission in: Ebd., S. 4.

<sup>162</sup> Siehe dazu im Überblick: Crampton, Richard: Bulgaria 1878-1918, S. 298-303.

<sup>163</sup> Erstaunlicherweise spielte *partizantvo* in seinen verschiedenen Formen in diesem Bericht nur eine untergeordnete Rolle, tauchte jedoch in Bezug z.B. auf den ehemaligen Justizminister Panajodov (Doklad do XIV-to ONSŃ ,S. 39-49 und 418-424) im Zusammenhang mit anderen Angelegenheiten auf. Der Bericht konzentrierte sich eindeutig auf die vorwiegend monetären Formen von Korruption, wahrscheinlich auch da sie in diesen Fällen sehr zahlreich und gut dokumentiert waren.

von Finanzminister Pajakov und 33 bzw. 36 (sic!) Fällen von Bestechung bzw. Unterschlagung im Zusammenhang mit staatlichen Bestellungen bzw. Ausschreibungen<sup>164</sup>.

Im zweiten Teil des Berichts, der Beilage (*prilofenie*), wurden auf 104 Seiten zu 15 der oben genannten Punkten Materialien präsentiert. Diese bestanden hauptsächlich aus Telegrammen, Befehlen und Anweisungen, persönlichen Briefen, Rechnungen und weiterem Material aus den Archiven. Die ausgewählten Punkte folgten dabei keinem bestimmten Muster, bildeten jedoch einen Querschnitt durch die gesamte Bandbreite der im Bericht aufgeführten Arten von Korruption. Wohl kann jedoch darüber spekuliert werden, dass die Kommission hier die aufsehenerregendsten Fälle, wie z.B. der Diebstahl von Geldern aus dem Fonds des Innenministeriums durch Ministerpräsident P. Gudev, die Zahlungen im Rahmen der Kredite ausländischer Banken, oder eben die šAffäre Charles-Jeanō, noch einmal mit Beweisen unterfüttern wollte.<sup>165</sup> Die in den ersten drei Punkten des Berichtes behandelte gesetzgeberische Tätigkeit wurde in der Beilage nicht gesondert aufgegriffen, da die betreffenden Gesetzestexte bereits vollständig in den jeweiligen Punkten zitiert worden waren. Auch in allen anderen Punkten des Berichts wurde immer wieder Bezug auf die entsprechenden Quellen- und Dokumentengrundlage genommen, selbige zitiert, abgedruckt und für den Leser aufbereitet.

Wie auch schon bei den vorherigen und noch folgenden Enqueteberichten versuchte die Prüfungskommission Beweise zu liefern für Vergehen, die bereits in ihrer Zeit die Gemüter erregten.<sup>166</sup> Dabei schaffte es die Kommission allerdings nicht alle Fälle, die sie in den Bericht aufnahm, mit so viel Material zu unterfüttern, wie dies z.B. noch die Enquetekommission 1894 über die Regierung Stefan Stambolovs schaffte. In einigen Fällen wurde lediglich auf die šbekannten Faktenō verwiesen und die Beweisführung war oft sehr lückenhaft, was die Kommission jedoch nicht störte selbige trotzdem in den Bericht mitaufzunehmen.<sup>167</sup> Gerne verwies der Bericht der Kommission auf Vorwürfe und Dokumente,

---

<sup>164</sup> In dem Bericht selbst werden 33 Punkte über *dostavki*, also Lieferungen an den Staat explizit genannt. Dazu kam noch der Fall šCharles-Jeanō, der auch in dem Bericht gesondert unter diesem Namen aufgeführt war, bei dem es aber, wie bereits dargelegt um eine Patronenlieferung an den Staat ging. Ebenso wurden zwei gesonderte Punkte über die Ausstellungen in Lüttich 1905 und Mailand/London 1906 aufgeführt, bei dem es in den Ausschreibungen bezüglich der Erstellung des bulgarischen Pavillons zu Korruption kam.

<sup>165</sup> Zumindest für die šAffäre Charles-Jeanō muss jedoch gesagt werden, dass ihnen dies nicht wirklich gelang, da die Kommission auch hier nicht mehr als das bereits bekannte Telegramm Kiselovs, und ein weiteres Antwortschreiben aus der Waffenfabrik in Budapest vorweisen konnte. Vgl.: Ebd., S. 257-266 und 493-496.

<sup>166</sup> So auch wörtlich in dem (unten ausführlich untersuchten) Vorwort der Kommission: Ebd., S. 3: šizpitatelnata komisija se zae da prou i iznesenite v pe ata i ob-testvoto obvinenija protiv zapodozrenite biv-i ministri.ō

<sup>167</sup> So wurde z.B. im Fall der Ausstellung in Lüttich Korruption dadurch šnachgewiesenō, da der entsprechende Minister gegen den Willen der Ausschreibungskommission nicht das beste Angebot bevorzugte, wodurch dem Staat Mehrkosten von rund 3000 Lewa entstanden. Ein wirklicher Nachweis für Bestechung oder Absprachen zwischen dem Minister und der ausführenden Firma konnten nicht gefunden werden (Ebd., S. 205-208). Auch im Falle der Ausstellungen in London und Mailand wurde Korruption alleine dadurch begründet, dass die Ausgaben für beide Ausstellungen viel zu hoch gewesen seien, ohne jedoch Nachweise für Unterschlagung oder Verschwendung anführen zu können (Ebd., S. 209). Wie schon im Falle der šAffäre Charles-Jeanō, so zeigte sich auch hier der große Unterschied zwischen der Korruption, die man aufgrund šlogischer Schlussfolgerungenō und mündlichen Gerüchten ableitete und der Korruption, für die man handfeste, vor Gericht taugliche Beweise vorlegen konnte. Für beide Arten lieferte der Bericht einige Beispiele, wodurch er sich šangreifbarō machte und letztlich auch vor Gericht scheiterte.



die in der damaligen Oppositionspresse vorgebracht wurden<sup>168</sup>, wodurch die Mitglieder der Kommission auf sich selbst bzw. das, was sie vor Jahren gegen die Regierung in ihren Organen vorgebracht hatten, verwiesen und sich somit selbst ihre eigenen Wahrheiten bewiesen. Wiederum zeigte sich hierbei die personelle Verschränkung zwischen der (politischen) Presse und špolitischen Sphäre im engeren Sinne.

#### **4.5. Finanzminister Pajakov und seine finanzielle Sanierung an der Macht**

Aus der Vielzahl der zur Verfügung stehenden Textfragmente in diesem Bericht wurde der letzte inhaltliche Punkt aus dem ersten Teil des Berichts, das Kapitel šüber die Konten und Schulden des ehemaligen Ministers Lazar Pajakovš für eine Feinanalyse ausgewählt. Die Ausführungen über den ehemaligen Finanzminister Pajakov erstreckten sich in 393 Zeilen über fünf Seiten des Berichts und waren sprachlich genauso schlicht gestaltet wie auch graphisch. Die graphische Einfachheit teilte der Bericht mit der Berichterstattung (zumindest der politischen) Presse. Insgesamt stach dieser Abschnitt des Berichts durch seine relative šTextarmutš hervor: Von den 393 Zeilen waren nur 97 Zeilen Texteinschübe der Kommission, die bis auf letzten 41 Zeilen der Schlussfolgerung allesamt erklärende Zusätze zu den neun wörtlich wiedergegebenen Briefen waren, die den Kern des Berichts ausmachten. Damit verwies auch dieser Abschnitt des Berichts auf die für diese Diskurseben als charakteristisch herausgearbeitete Quellen- bzw. Dokumentenzentriertheit. In dieser Materialaufbereitung und -präsentation sowie auch in seinen Schlussfolgerungen folgte dieser Text, wie auch der gesamte Bericht einer bestimmten Logik, die hier anhand seiner inhaltlichen Komposition erst dargestellt und danach auf ihren Ursprung zurückgeführt werden soll.

Das Kapitel öffnete mit der Zitation eines persönlichen Briefes des Ministers (Z. 6-54), der am 13.7.1904<sup>169</sup>, also zu einer Zeit, zu der Pajakov bereits Finanzminister der Regierung Petrov war, veröffentlicht wurde. Der Brief selbst jedoch muss auf eine Zeit vor Ende 1903 datiert werden, da aus dem Inhalt eindeutig hervorging, dass Pajakov zu diesem Zeitpunkt noch nicht Minister gewesen war. In dem Brief gab Pajakov einem nicht genannten Herrn Auskunft über seine finanzielle (Not-)Lage, denn: šznajte, e gotovi pari njamamš<sup>170</sup>. Er selbst war zu diesem Zeitpunkt noch unentschlossen, ob er den Posten als Minister annehmen solle, šza da ne se izlofa na vestni arska kritika i da mi pob rkat v rabotataš<sup>171</sup>. Doch štaka ili inak, za nas se raffda edna nadeffda za po-dob r ffivotš, denn šs idvaneto ni na vlast se izmeni

---

<sup>168</sup> So verwies die Kommission beispielsweise im Fall šCharles-Jeanš erneut auf die von der *Mir* vorgebrachten Beweise (Ebd., S. 263f.), oder auf einen ebenfalls von der *Mir* veröffentlichten Brief von Finanzminister Lazar Pajakov, in dem selbiger einem Freund über die Möglichkeit sich jetzt an der Macht finanziell wiederherstellen zu können, berichtete (Ebd., S. 385). Ebenso erscheint in dem ersten untersuchten Fall von Unterschlagung durch P. Gudev wiederum der Verweis auf die obengenannten Anschuldigen von D. Mi-ev in der Presse und den anschließenden Prozess Gudevš gegen Mi-ev wegen Verleumdung (Ebd., S. 31).

<sup>169</sup> Siehe: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 1430, 13.7.1904, S. 1.

<sup>170</sup> Zit. nach: Doklad do XIV-to ONSš , S. 385.

<sup>171</sup> Ebd.

polofnieto<sup>172</sup>. Dieser Brief, so die Kommission, hatte ihr Interesse an der finanziellen Situation des Ministers geweckt, denn, so die Hauptaussage dieser Einleitung, kurz vor seinem Amtsantritt war es, laut eigener Aussage, um seine Finanzen schlecht bestellt. Daraufhin wandte sich die Kommission an die Filiale der BNB in Ruse, welche in zwei abgedruckten Briefen bereitwillig Auskunft über die Schulden und Zahlungen des Ministers gab. Hier wurde für das Jahr 1903 eine Schuldenlast von rund 18tsd Lewa des Ministers konstatiert. Anschließend wandte sich die Kommission auf Mitteilung von šgroßen Händlern<sup>o</sup> (*vidini t rgovci*) (sic!) an die Handelsbank in Ruse, bei der Pajakov weitere Konten hatte. Auch diese erteilte in mehreren ebenfalls wörtlich abgedruckten Briefen bereitwillig Auskunft, die als Graphik in Form der Kontobewegungen Pajakovs zwischen 1903 und 1906 in dem Bericht abgebildet wurde.<sup>173</sup> Selbige Materialien brachten größere monatliche Zahlungen des Ministers an die Bank sowie einen unbegründeten Schuldenerlass seitens der Bank zu Tage, der, wie die Kommission anmerkte, šZweifel an den ungewöhnlichen Verbindungen<sup>o</sup><sup>174</sup> zwischen der Bank und dem Minister hervorbrachte. Wiederum hatte die Kommission dabei von örtlichen Händlern<sup>o</sup> Hinweise auf šenge Verbindungen<sup>o</sup> (*tesni vr ski*) zwischen dem Minister und dem Unterdirektor (*podirektor*) der Bank erhalten. In ihrer Schlussfolgerung (Z. 322-383) konstatierte die Kommission daher: 1. Dass das Gehalt des Ministers unmöglich für seine Zahlungen ausreichen konnte 2. Dass es šsymptomatisch<sup>o</sup> sei, dass die Bank, die keineswegs zu den politischen Freunden (*politi eski prijateli*) des Ministers gehörte, ihm Schulden zu ihrem eigenen Nachteil erlassen hatte 3. Dass, laut gut bekannten örtlichen Händlern, die Handelsbank Sofia Skontopolicen des Ministers übernommen hatte und dies šne po t rgovski, a po mnogo po-drugi pri ini<sup>o</sup> 4. Dass der Minister in seiner vierjährigen Amtszeit nur bei diesen drei, vier Stellen mehr als 200tsd Lewa Schulden bezahlte.<sup>175</sup> Die hinter diesem strukturellen Aufbau stehende Logik war genauso einfach wie schnörkellos: Der Minister war arm, bevor er sein Amt antrat, sanierte seine eigenen Finanzen, während er im Amt war und stand danach gut da. Da, wie auch die Kommission konstatiert, sein monatliches Ministergehalt von rund 1000 Lewa dafür nicht ausreichen konnte, musste er andere Einkünfte gehabt haben. Dies ist dieselbe Logik, die dem šGesetz zur Verfolgung von Beamten, die sich ungesetzlich bereichert haben<sup>o</sup> (*zakon za presledvane na nezakonno obogatenite inovnici*) von 1895 zugrunde lag.<sup>176</sup> Auf selbiges Gesetz rekurrierte der Bericht auch expressis verbis in seinem Schlusswort, welches er treffenderweise mit šungesetzlicher Bereicherung<sup>o</sup> (*nezakonno obogatjavane*) übertitelte.<sup>177</sup> Wie dort für Kriegsminister Mihail Savov nach der gleichen Logik, so begnügte sich die Kommission im Sinne von § 1 des Gesetzes über ungesetzliche Bereicherung damit festzustellen, dass die Minister während ihrer Amtszeit šsich

<sup>172</sup> Beide: Ebd.

<sup>173</sup> Ebd., S. 386-388, Graphik S. 387.

<sup>174</sup> Ebd., S. 388: šporafda s mnenie za neobiknoveni i ne t rgovski vr ski mefdu bankata i financovija minist r<sup>o</sup>

<sup>175</sup> Siehe: Ebd., 389.

<sup>176</sup> Siehe zu Einzelheiten des Gesetzes den folgenden Exkurs in diesem Kapitel über die Korruptionsgesetzgebung.

<sup>177</sup> Doklad do XIV-to ONS<sup>i</sup>, S. 391f.

bereicherten. Derselbe Paragraph verpflichtete in solch einem Falle den betreffenden Beamten dazu selbst seine Einkünfte offenzulegen. Für die Kommission war es also ausreichend in diesen Fällen den Sachverhalt eines unerklärten Wohlstandes zu konstatieren. Dieses Gesetz war somit, wie in diesem Beispiel nur implizit deutlich wurde, die Grundlage für die Aussageposition des kollektiven Autors, der Kommission. Umso schärfer setzt sich der Bericht hierin von dem Zeitungsdiskurs ab, in dem, wie das obige Beispiel für die „Affäre Charles-Jean“ zeigte, keinerlei Rekurs auf die gesetzliche Basis von (Anti-)Korruption genommen wurde. Erstaunlich jedoch mutete der Gegensatz zwischen der legalistischen Basis dieser Ausführungen und dem Bezug auf die mündlichen Gerüchte einiger örtlicher Händler an. Dreimal<sup>178</sup> bezog sich die Kommission verbatim auf Mitteilungen, die sie von Händlern aus Svi-tov über das Verhältnis des Ministers zur Führung der Handelsbank in Ruse erhalten hatte, wobei selbige Händler weder namentlich, noch in Gestalt näherer Aussagen, die diese ungewöhnlichen Verbindungen und nicht wirtschaftlichen Schuldenerlass spezifizierten, in Erscheinung traten. Genauso blieben die möglichen Motive dieser Händler ungenannt – waren es missgünstige Konkurrenten, die die Gelegenheit nutzen wollten und nur allzu schnell zu Andeutungen über unsaubere Praktiken bereit waren? Waren dies Teile jener Privatleute und Teile der Gesellschaft, die in der Einleitung explizit angesprochen wurden, bei denen die Überzeugung vorherrsche, dass das Strafgesetz jeden bestraft, der Bestechungsgelder bezahlte, ohne Rücksicht darauf, ob diese von dem entsprechenden Beamten erpresst oder ob sie freiwillig gegeben wurden<sup>179</sup>? Oder waren es gewissenhafte Geschäftsleute, denen die korrupten Praktiken der Leute mit Verbindungen nach ganz oben schlichtweg zuwider waren und die nur das Gesetz befolgten? Die Kommission gab hierauf keine Antwort, vermischte jedoch zwei völlig konträre Positionsgrundlagen – auf Beweisen und Gesetzestext fußende Argumentationen durchmischt von Gerüchten, Mündlichkeit und Andeutungen. Auch hierin jedoch war der Bericht repräsentativ für das intellektuelle Gemisch, dass die Grundlagen der möglichen Aussagen über Korruption in Bulgarien bildeten.<sup>180</sup>

#### **4.6. Exkurs: Korruptionsgesetzgebung in Bulgarien**

Das in der obigen Struktur- und Feinanalyse bereits erwähnte Gesetz zur Beamtenverfolgung soll hier einmal zum Anlass genommen werden, um die gesetzliche Basis für Korruption bzw. Antikorruption in

---

<sup>178</sup> Ebd., S. 386 Z. 119, S. 388 Z. 335 und S. 389 Z. 373.

<sup>179</sup> Ebd., S. 3: „Oba e ne mofem da ne spomenem, e s dejstvieto na astnite lica i na ob-testvoto, v deloto na izpitatelnata komisija, ne mofa da se projavi v flenija razmer. I tova po razni pri ini. Na p rvo mjesto razporefdanijata na nakazatelniya zakon, po silata na koito se nakazva vseki, kojto odade, obe-tae ili predlofi dar ili druga oblaga inonvniku, za da go skloni da izv r-i ili da propusne ne-to protiv svoite slufebni dl fhostiö, se okaza kato goljama pre ka za razkrivaneto na zakononaru-enijata i prest plenijata v minaloto upravljenie. V goljama ast ot ob-testvoto e slofeno ubefdenie, e podlefi na nakazanie vseki, kojto e davat opodkupö, bezrali no da-li s tova toj e ösklanjalö respektivnoto dl fhostno lico k m izv r-vane na protivoslufebni dejstvija, ili p k opodkup tö e davan s cel da se nakara inovnik t da izv r-i ne-to v kr ga i v s lasie s negovite slufebni objazanosti. I taka, edin ot flenije da njamat neprijatnosti, ili p k da ne b dat postaveni v m noto polofenie na svidetel, drugi ot strah da ne bi da podpadat pod udarite na nakazatelniya zakon, i to v naj-vafnite slu ai, se v zd rfaha da dadat potrobnite osvetlenija na izpitatelnata komisija [i ]ö.“

<sup>180</sup> Vgl. auch zu den verschiedenen intellektuellen Grundlagen von Korruption, Antikorruption und Beschuldigung: Avramov, Rumänien: Kommunalniyat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 121-154.

einem kurzen Exkurs näher zu betrachten. Wie bereits gezeigt wurde, unterschied sich der Korruptionsdiskurs auf der Ebene der Presse von dem Korruptionsdiskurs der staatlichen Institutionen u.a. in dem starken Bezug auf den rechtlichen Aspekt, der in der Presse fast völlig unterging. Umso erstaunlicher ist daher zu konstatieren, dass zwischen 1878 und 1939 gerade einmal zwei Gesetze, die sich verbatim mit Aspekten von Korruption beschäftigten, erlassen wurden. Das speziellere von beiden war das bereits oben zitierte Gesetz über die Verfolgung von Beamten, die sich ungesetzlich bereichert haben (*zakon za presledvane na nezakonno obogatenite inovnici*) vom 18.1.1895, welches von dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung an bis 1944 unangetastet blieb.<sup>181</sup> Mit diesem Gesetz wurde jeder Beamte und staatliche Angestellte dazu verpflichtet bei Verdacht Auskunft über sein Vermögen (wörtlich: über seine Bereicherung *ó da opravdae obogatjavaneto sió*) Rechenschaft abzulegen.<sup>182</sup> Wie schon der Enquetebericht über die Regierung des Landes 1903-1908 in der Praxis zeigte, wurde dieses Gesetz in dem Geist verfasst, dass ein *šnormaler Beamteó*, in Anbetracht der Beamtgehälter und einer minimalen reichen Oberschicht, unmöglich zu großem Reichtum gelangen könne.<sup>183</sup>

Konzentrierte sich dieses Gesetz ausschließlich auf die Beamten, also die Seite, die gemeinhin die Empfänger (oft genug jedoch auch Initiatoren) von Korruption waren, so fokussierte das allgemeine Strafgesetz (*nakazatelen zakon*) nicht nur die Empfänger, sondern auch die Geber von Korruption. Bis 1896 galt hier noch das alte osmanische Strafgesetz von 1857, welches einen eigenen Abschnitt über Bestechung (*za vsjatka, podkupvane i nu-vet*) aufwies<sup>184</sup>, der vom neuen bulgarischen Strafgesetz in seinen Grundfesten kaum angetastet wurde. Das osmanische Gesetz definierte als Bestechung *šalles, was unter welchem Namen auch immer gegeben und genommen wird, um ein bestimmtes Ziel zu erreichenó*<sup>185</sup>, wohingegen das bulgarische Gesetz über Verbrechen im Dienst und anwaltlichen Pflichten (*za prest plenija po slufba i advokatsko zvanie*) jeden Beamten für Bestechung (*podkup*) bestrafte, der seine Gabe oder Belohnung nimmt, die ihm nicht zusteht<sup>186</sup>. Im Weiteren widmeten sich beide Gesetzbücher ausführlich verschiedensten Fällen von Unterschlagung und Missbrauch staatlicher Gelder durch Beamten. Besonders auffällig erschien hier auch, dass das osmanische Strafgesetz in einem Atemzug mit der Gefängnisstrafe auch den Ausgleich des finanziellen Schadens, je nach Summe und Art des Vergehens, auch im doppelten Ausmaße auferlegte, worauf das bulgarische Gesetz von 1896 verzichtete.<sup>187</sup>

---

<sup>181</sup> Siehe: D rŕaven Vestnik Nr. 3, 18.1 1895, Erlas Nr. 618, weiterhin abgedruckt in: Bojadŕiev, Grigori/ Cenkov, Emil/ Dobrev, Krasimir: Korupcijata v 100 otgovora, Sofia, 200, S. 73. Dass dieses Gesetz ausgerechnet Ende 1894, im Anschluss an die Herrschaft Stefan Stambulovs, gegen den besonders schwere Korruptionsvorwürfe erhoben wurden, auf den Weg gebracht wurde, kann dabei wohl kaum als Zufall angesehen werden.

<sup>182</sup> Ebd., § 1.

<sup>183</sup> Vgl. auch: Doklad do XIV-to ONSí , S. 391, die sich expressis verbis auf dieses Gesetz als Mittel des Staates bezogen, um die Gesetze, die Moral und die Interessen des Staatsschatzes zu schützen.

<sup>184</sup> Nakazatelnij Zakonik ot 28j-Zilhidŕe 1274g. (1857 R. Hr.), Plovdiv, 1881, S. 23.

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Siehe: Nakazatelen Zakon, in: D rŕaven Vestnik 21.2.1896, Nr. 40, S. 25 § 428.

<sup>187</sup> Siehe: Nakazatelnij Zakonik ot 28j-Zilhidŕe 1274g. (1857 R. Hr.), S. 23-26 § 67-81. Wie aus dem Fall der Reg. 1903-1908 jedoch hervorging, gab es die Möglichkeit eines *grazhdanski isk*, dass bei einer Verurteilung für Korruption neben der Bestrafung

Angemerkt werden muss hier, dass das neue Strafgesetz von 1896 in seiner Definition zwar genauer, ansonsten aber seinem Wesen nach sich nur in einigen Aspekten von dem osmanischen unterschied. In Anbetracht der Tatsache, dass zwischen 1896 und 1939<sup>188</sup> keine weiteren Gesetze über Korruption verabschiedet wurden, lässt dies zum einen den Schluss zu, dass man sich auf der formalen Ebene der Gesetze gut genug gegen Korruption gewappnet fühlte, oder, wovon bei einigen Regierungen auch ausgegangen werden muss, dass der Unwille aktiver und durch genauere oder ergänzende Gesetzgebung gegen Korruption vorzugehen, groß war.<sup>189</sup> Wie im Beispiel der Regierungen zwischen 1903 und 1908 auch, war es jedoch seltener der Gesetzesbuchstabe, als eher die rechtliche Praxis, und noch viel eher der politische Unwille die vorhandenen Gesetze anzuwenden, die das Recht als Mittel gegen Korruption oftmals so wirkungslos erscheinen ließen.

#### **4.7. Anti-Korruption durch Enquetes? - Der Bericht als diskursives Ereignis?**

Im Folgenden soll nun die Frage im Mittelpunkt stehen, ob der so umfassende Bericht über die Missbräuche durch einige Minister der Regierungen Petrov-Petkov-Gudev als **diskursives Ereignis** angesehen werden kann. Dazu ist es notwendig zum einen die mediale Reaktion auf das Erscheinen des Berichtes im November/Dezember 1910 sowie seine Vorstellung im Parlament, zum anderen seine historischen, šfaktischenō Folgen eingehender zu untersuchen. Die diskursiven Praktiken, also sowohl die Aussagen, als auch die Beziehungen, auf die sie verweisen, sollen dabei auch mit den Befunden über das Diskursfragment šCharles-Jeanō von 1906 verglichen werden, um eventuellen Änderungen nachzuspüren. Ähnlich wie auch die šAffäre Charles-Jeanō, so wurde auch der Abschlussbericht der Prüfungskommission zu einem öffentlichen Ereignis. Der *Dnevnik* berichtete auf drei Seiten über den Inhalt des Berichts<sup>190</sup>, die politischen Zeitungen nutzten den Bericht um ihre jeweiligen Standpunkte zu untermalen, wobei der *Prjaporec* immer noch zurückhaltender war als die anderen Parteiorgane. Die *Nov Vek* reklamierte den Bericht sogar als Beweis der Unschuld der ehemaligen Minister und griff dennoch gleichzeitig die Objektivität der Kommission an.<sup>191</sup> Der Bericht wurde im November 1910 an die Abgeordneten verteilt, doch dauerte es bis zum 10.12. bis derselbe Atanas Kraev den Antrag stellte, die ehemaligen Minister Petrov, Gudev, Pajakov, Genadiev, Savov und Hala ov vor Gericht zu stellen. Laut parlamentarischer Prozedur stand den Ministern das Recht zu, sich im Parlament zu erklären, von welchem

---

auch einen Schadensersatz möglich machte. Gleiches sah auch das Gesetz zur Verfolgung von Beamten, die sich ungesetzlich bereichert haben, vor. Hier wurden den Beamten nicht nur auferlegt Vermögensauskünfte zu geben, sondern, sollte sich herausstellen, dass die Vermögen auf ungesetzliche Art erworben wurden, selbige an den Staat fielen.

<sup>188</sup> Die Zeitspanne zwischen 1896 und 1939 ergibt sich hier aus dem Erlass des oben genannten Gesetzes und der Herausgabe der Gesetzessammlung von: Pe ev, Todor: P len Ukazatel na zakonite v B lgarija ot osvobofdenieto do 30. Juni 1939, Sofia, 1939.

<sup>189</sup> Vgl. Daskalov, Rumen: V vedenie 2. Nacionalno-kulturnata ni identit nost: na in na izgrafidane, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identit nost, hrsg.: Elenkov, Ivan/Daskalov, Sofia; 1994, S. 27-48.

<sup>190</sup> Dnevnik Nr. 2968, 13.11.1910, S. 1-3.

<sup>191</sup> Siehe: Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1670, 12./25.11.1910 S. 1f., Nr. 1671, 15./28.11.1910, S. 1f. und Nr. 1672, 17./30.11.1910, S. 1f

sie ausführlich Gebrauch machten. Ein weiterer Zwischenfall geschah, als Lazar Pajakov am 14.12. auf den Stufen des Parlaments ohnmächtig zusammenbrach und schließlich an einem Herzanfall verstarb, womit sich auch die Aufmerksamkeit der Medien und Beobachter um ein Vielfaches steigerte.<sup>192</sup> Der Antrag Kraevs, die Verteidigungsreden der Minister und die Presseberichterstattung darüber können allesamt als eigene Diskursfragmente angesehen werden, die im Rahmen dieser Untersuchung leider nicht in Detail betrachtet werden können. Im Allgemeinen hielten sich jedoch alle an ihr Profil ó die *Mir* schoss scharf gegen das ehemalige Regime, der *Prjaporec* sprach von unwiderlegbaren Beweisen, der *Dnevnik* beschränkte sich oftmals darauf, den Bericht oder die Reden der Minister wörtlich abzudrucken und die *Nov Vek* sah die Unschuld der Minister und die Intrigen und niederen parteipolitischen Motive der Kommission und der anderen Parteien bestätigt. Die Reden der Minister hätten als ein Diskursfragment für šnegierte Korruptionō eigentlich ein eigenes Kapitel verdient. Jeder der beschuldigten Minister rechtfertigte sich zu jedem einzelnen ihm vorgeworfenen Punkt, N.Genadiev benötigte so für seine Rede ganze drei Tage. Vor allem R. Petrov, Genadiev und Savov legten dabei ein fast tränenrühriges patriotisches Pathos, um ihren Verdienst an der Heimat an den Tag und stritten jegliche Verwicklung in korrupte Praktiken ab. Jede Rechnung, jede Kontobewegung und jede staatliche Bestellung und Ausschreibung wurde entweder durch verzerrte Fakten, nicht erhaltene Dokumente, persönliche Versehen oder Unwissenheit erklärt.<sup>193</sup> Die Mitglieder der Kommission G. Danailov und T. Teodorov verteidigten hingegen die Arbeit der Kommission, die keine Anklage hervorbringen wollte, sondern lediglich die šArt der Regierungō (*na ina na upravlenieto*) charakterisieren wollte, welcher an die šbezotgovorna turska administracijaō erinnerte. Interessant für das Selbstbild der Kommission war die Auffassung Danailovs, wonach die Kommission einzigartig in ganz Europa gewesen sei, ja einzigartig in ihrer šRolle in der parlamentarischen Literatur, in der Geschichte und für die Zukunft, in der sie zum Fortschritt beitragen werdeō<sup>194</sup>. Die Grundpositionen und Aussagen über Korruption hatten sich also hier im Vergleich zu 1906, weder in der Stilisierung und Instrumentalisierung durch die Anklage, noch in der kategorischen Verneinung der Beschuldigten wesentlich verändert.

Noch bei der Antragsstellung wurde ein, wie sich 1914 zeigen sollte, folgenschwerer Fehler begangen, indem darauf verzichtet wurde den Bericht der Prüfungskommission zu verlesen.<sup>195</sup> Doch dies fiel zunächst niemandem, auch den ehemaligen Ministern, nicht auf und so wurde, trotz der totalen Negierung durch die Beschuldigten am 21.12.1910 die parlamentarische Untersuchungskommission zur Suche und Aufstellung von Fakten der Anklage gegen die ehemaligen Minister der Kabinette Petrov-Petkov-Gudev

---

<sup>192</sup> Siehe so z.B. die ganzseitige Berichterstattung der *Nov Vek*. *Organ na Narodno-Liberalnata Partija* Nr. 1683, 15./28.12.1910, S. 1, oder: *Dnevnik* Nr. 2999, 15.12.1910, S. 3 und Nr. 3000, 16.12.1910, S. 2.

<sup>193</sup> Siehe: *Stenografski Dnevници na XIV-to ONS, III-ta redovna sessija*, XLII 3, 10.12-21.12.1910, S. 1611-1750.

<sup>194</sup> *Stenografski Dnevници na XIV-to ONS, III-ta redovna sessija*, XLXI 3, 19.12.1910, S. 1660ff.

<sup>195</sup> Siehe: *Ebd.*, S. 1604.

einberufen. Selbige legte dem Parlament am 5.2.1911 ihren 56-seitigen Bericht vor<sup>196</sup> und rund zwei Wochen später beschloss die Kammer alle angeklagten Minister, bis auf die bereits verstorbenen Dimitar Petkov und Lazar Pajakov, sowie den als unschuldig befundenen Erziehungsminister Tychmanov, vor Gericht zu stellen. Natürlich ging auch dieser Bericht nicht ohne eine fortgesetzte Presseberichterstattung einher, bei der die Positionen weiterhin gleich blieben und nur die *Nov Vek* die *šVoreingenommenheit* der Kommission und die *šUngerechtigkeit* des Verfahrens mit Frontalkritik bedachte.<sup>197</sup> Auch dieses Mal bekamen die Beschuldigten wiederum die Möglichkeit sich vor den Abgeordneten zu erklären<sup>198</sup>, aber auch diese Erklärungen hielten das Parlament nicht davon ab die Minister vor Gericht zu stellen.<sup>199</sup> Gut ein Jahr also nach der Einberufung des Enquêtes wurde zum zweiten Mal in Bulgarien eine ehemalige Regierung für Vergehen während ihrer Amtszeit vor Gericht gestellt. Besonderes Interesse verdiente dabei auch der Umstand, dass wichtige Gesetzesprojekte seitens der Regierung stets mit dem Zeitpunkt der Einberufung bzw. Präsentation der Kommission zusammengelegt wurden.<sup>200</sup> Sollte die Regierung Malinov hier die Absicht gehabt haben sich so länger an der Macht halten zu können, so funktionierte dies im Jahre 1910. 1911 jedoch musste die Regierung der Demokraten nur rund einen Monat nach der Anklage gegen die ehemaligen Minister abtreten.<sup>201</sup> Interessanterweise endete diesmal die ganze Sache nicht mit dem Abtritt der Regierung, die die Anklage hervorbrachte. Die Taktik, die versammelte Opposition in die Kommission zu holen, ging auf und die Arbeit des zum *šstaatlichen Ankläger* (*d rftaven obvinitel*) ernannten Kommissionsmitglieds G. Danailov wurde auch unter der neuen Regierung Iv.Ge-ov (Volkspartei) fortgeführt.<sup>202</sup> Von einem diskursiven Ereignis kann m.E. aber dennoch nicht gesprochen werden. So zeigte einmal die Medienberichterstattung, sowohl über den Bericht, als auch bis

---

<sup>196</sup> Doklad do XIV-to ONS, III-ta redovna sessija ot parlamentarnata sledestvena komisija po izdirvane I ustanovjavane faktite na obvinenieto sre-tu biv-ite ministri ot kabinetite na R.Petrov-D.Petkov-P.Gudev, Sofia, 1911.

<sup>197</sup> Siehe zu dem zweiten Bericht: *Nov Vek*. Organ na Narodno-Liberlnata Partija Nr. 1704, 9./22.2.1911, S. 1, Nr. 1706, 16.2./1.3.1911, S. 1 und Nr. 1707, 18.2./3.3.1911, S. 1. Im Allgemeinen beschuldigten sie die Kommission einer von ihren *šParteilichschaften* (*partizanski pristrastija*) vorgefassten Meinung, die die ganze Arbeit der Kommission als Mittel zur *špolitischen Erpressung* (*politi eski -antaf*) benutze. Man fuhr also fort mit der bereits 1906 eingeschlagenen Taktik die Korruptionsvorwürfe der Opposition als Waffe in politischen Auseinandersetzungen zu charakterisieren, die mit Justiz, Gerechtigkeit oder Korruption an sich nichts zu tun hätten.

<sup>198</sup> Siehe zu den Kommissionen, Berichten und den formal-rechtlichen Grundlagen ihrer Arbeit aus rechtshistorischer Perspektive: Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarnite anketni komisii*, S. 71-88 und 205-238.

<sup>199</sup> Hierbei wurde beschlossen, die Minister nur wegen ihrer monetären Verbrechen, nicht etwa für die gesetzgeberischen Akte oder die Schließung der Universität, anzuklagen. Dies geschah zum Teil aus unerfindlichen Gründen. So wurde z.B. der ehemalige Justizminister Panajodov nicht angeklagt, obwohl er, wie der erste Bericht bereits gezeigt hatte, als Anwalt weiter praktizierte und teilweise Privatkläger gegen den Staat vertrat.

<sup>200</sup> So umging die Regierung z.B. bei der Einberufung der Kommission im Februar 1910 die Frage der Einberufung einer *šGroßen Volksversammlung* (*Veliko Narodno S branie*), die eine Verfassungsänderung vornehmen sollte. Im November/Dezember 1910 schließlich wurde die Abstimmung über das Budget des kommenden Jahres aufgrund des Berichtes verschoben.

<sup>201</sup> Über den Abtritt der Regierung Malinov und die Ernennung von Ge-ov zum Ministerpräsidenten gab es verschiedene Ansichten. Der *Dnevnik* z.B. sprach schon bei der Einberufung der Kommission von Uneinigkeiten und schwachem Rückhalt der Regierung, vor allem in der Frage der Einberufung der Großen Volksversammlung und der Verfassungsänderung. Crampton, Richard: *Bulgaria 1878-1918*, S. 323f. ging davon aus, dass der von nun an aggressivere außenpolitische Kurs, vor allem in Bezug auf die Makedonien-Frage, nicht mit Malinov möglich gewesen sei.

<sup>202</sup> Vgl. auch die Anklageschrift gegen die ehemaligen Minister 1913: CDA F 159K Op. 5 a.e. 6, S. 1-598.: *Obvinitelen akt protiv Ra o Petrov, Dr. Pet r Gudev, Dr. Nikola Genadiev, General Mihail Savov, Ivan Hala ev po obvinenieto im v naru-enie na Konstitucijata rez sistemati no naru-enie na zakonite i na vreda pri inena na d rftavata za li na polza*, Sofia, 1913.

zum Ende des Prozesses 1914 keinerlei Veränderungen auf. Zum zweiten hatte dieses Diskursfragment keinerlei Einfluss auf die faktisch-politische Realität. Der Prozess selbst begann erst im Februar 1914, wobei die Arbeit der Anklage durch Personalmangel und die von der Regierung Ge-ov mitgeführten Balkankriege 1912/13 immer wieder behindert wurde.<sup>203</sup> In selbigen Kriegen wurde der bereits im Zuge der šAffäre Charles-Jean-õ bekannte General Savov von Ferdinand in den Generalstab erhoben<sup>204</sup>, die Korruptionsvorwürfe und die Anklage wirkten sich also keineswegs hemmend auf politische Karrieren aus. Noch augenfälliger wurde dies bei dem ebenfalls angeklagten N. Genadiev, der zwischen Juli 1913 und Januar 1914, also während der laufenden Anklage, für die wieder an die Macht gekommene Volksliberale Partei sogar das Außenministeramt innehatte und 1916, immer noch als Abgeordneter, durch seine Verwicklung in die šAffäre De Closiere-õ<sup>205</sup> auffiel. Der Prozess selbst wurde Juli 1914 eingestellt, offiziell mit der formalen Beschwerde Genadievs, dass das Parlament 1911 bei der Entscheidung sie vor Gericht zu stellen nicht ausreichend informiert gewesen war, da der Bericht der Prüfungskommission nicht verlesen wurde.<sup>206</sup> Inoffiziell erkaufte sich die Regierung Radoslavov im Vorfeld des sich anbahnenden Ersten Weltkrieges die Stimmen der Gruppe um Genadiev zu dem umstrittenen Kredit der deutschen Diskonto-Gesellschaft.<sup>207</sup> Trotz rund 600 Seiten gesammelten Materials, vierjähriger Arbeit und fast zehnjährigem Schreien der Opposition hatte der Diskurs kaum Einfluss auf die politische Realität. Wiederum kann auch hier über einen kausalen Zusammenhang zwischen der allzu farblichen und skandalisierten diskursiven Realität von Korruption und dem faktischen Misserfolg der Antikorruption spekuliert werden.<sup>208</sup>

---

<sup>203</sup> Siehe z.B.: CDA F 159K Op. 2 a.e. 410, S. 158, in dem sich der Ankläger Danailov bei dem Justizminister über den ständigen Personalmangel beschwert.

<sup>204</sup> Vgl. z.B. die Briefe Ferdinands an Savov 1907, in denen er ihn für seine Arbeit lobte, seinen Rücktritt bedauerte und ihn zum General-Adjutant ernannte: CDA F 3K Op. 8 a.e. 1131, S. 1.

<sup>205</sup> Die sog. šAffäre De Closiere-õ (*afera deklözier*) bezeichnete einen weiteren Korruptionsskandal im Jahre 1915, bei dem ein französischer Mittelsmann mit Hilfe einiger bulgarischer Abgeordneter (u.a. N. Genadiev und M. Turlakov) große Mengen der bulgarischen Ernte für die Entente aufkaufte. Vgl. z.B.: Markov, Georgi: *Na-umelite mefdunarodni aferi na tretoto b lgarsko carstvo*, Sofia, 1998, S. 200-211; Tahov, Rosen: *Golemite b lgarskite senzacii*, Sofia, 2005, S. 308-312. Siehe weiterhin die Anklageschrift aus dem Verfahren: F 3K Op. 1 a.e. 151.

<sup>206</sup> Siehe: Stenografski Dnevnic na XIV-to ONS, III-ta redovna sessija, XLVIII 3, 16.12.1910, S. 1604, zur Abstimmung über die Einstellung der Anklage siehe: Stenografski Dnevnik na XVII-to ONS, I-ta redovna sessija, Kn. IV, 24.-28.6.1914, S. 3197-3292.

<sup>207</sup> Diese inoffizielle Erklärung vertrat z.B. Gudev's Biograph Borislav G rdev: (<http://litenet.bg/publish4/bgyrdev/pgudev/6.htm>, Stand: 2.10.2010). In den Zeitungen jedoch gingen das Ende der Anklage und deren Motive völlig in dem Kriegsgeschrei des Sommers 1914 unter und war allenfalls noch eine Randnotiz wert. Auch die Tatsache, dass man im April/Mai 1914 gerade wieder ein parlamentarisches Enquete, diesmal gegen die Regierung Ge-ov-Danev aufgrund des verlorenen Balkankrieges 1913, auf den Weg gebracht hatte, mag zu dem öffentlichen Desinteresse beigetragen haben.

<sup>208</sup> Vgl. auch: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 248ff, der einen Zusammenhang sieht zwischen einer immer schärfer werdenden Korruptionsgesetzgebung und dem šschlechten Gewissen-õ der korrumpierten Elite. Vgl. weiterhin: Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1566, 22.2./6.3.1910, S. 1 über die Kritik an dem Gesetzesentwurf der Regierung Malinov Beamte bei Unterschlagung von mehr als 50tsd Lewa mit lebenslanger Haft zu bestrafen und ihre Auslegung des Vorschlages als Anzeichen eines šGeistes des Verfalls-õ (*duh t na razval*), bezeichnete.



## 5. ŠSie klauten, wer immer und von wo immer sie konnten ó Die Reihe šDruŕba-kija Refimō

In dem folgenden Abschnitt soll der Untersuchung eine weitere **Diskursebene** hinzugefügt werden, die sich wiederum durch ihr Trägermedium von den vorherigen unterscheidet. Nach den Zeitungen und parlamentarischen Enqueteberichten soll nun ein Diskursfragment aus einer staatlichen šBroschürenreiheō vorgestellt und analysiert werden. Da des Weiteren eine Änderung der Kommunikationsstruktur aufgezeigt wird, die m.E. auf ein šnachhallendes Echo eines **diskursiven Ereignisses**ō verwies, muss auch in diesem Fall dem **historischen Kontext** ausreichend Beachtung geschenkt werden. Für eine Struktur- und Feinanalyse wurde hier als Diskursfragment der vierte Band aus der 1923 erschienenen Reihe šDruŕba-kija Refimō, herausgegeben von der šKommission zur Durchsicht der Archive der ehemaligen Ministerō (*komisijata za pregledŕane na arhivite na biv-ite ministri*), mit dem Titel šDiebstähle, Wahlen, Verwaltung und Beamte während der Agrarierherrschaftō (*kraŕbi, izbori, administracijata i inovnici prez druŕba-kija refim*) ausgewählt.

### 5.1. Bulgarien nach dem Ersten Weltkrieg ó Der historische Kontext

Da in diesem Abschnitt der Sprung in die Zwischenkriegszeit vollzogen wird, muss zunächst einmal konstatiert werden, dass auch in Bulgarien der an der Seite der Mittelmächte verlorene Erste Weltkrieg šVater aller Dingeō war.<sup>209</sup> Wie für alle andere Verlierstaaten auch, brachte das Ende des Krieges einen harten Frieden und tiefgreifende politische und soziale Veränderungen.<sup>210</sup> Zar Ferdinand musste abdanken und ins Exil nach Deutschland flüchten. An die Spitze der Regierung rückte eine der eigentümlichsten Figuren der modernen bulgarischen Geschichte: Aleksandar Stambolijski.<sup>211</sup> Obgleich nominell die Monarchie durch die Erbfolge Zar Boris ÷ III. beibehalten wurde, war es de facto Stambolijski und der von ihm geführte Nationale Bulgarische Agrarierbund (*BZNS ó Bãlgarskija Zemedelski Narodni Sãjuz*), die die Geschicke Bulgariens zwischen 1918 und 1923 lenkten. Ins Amt gebracht hatten Stambolijski seine strikte Kriegsgegnerschaft, die er nur mit den Kommunisten teilte und sein Rückhalt in der Masse der enttäuschten bulgarischen Kleinbauern.<sup>212</sup> Die Radikalität, mit der Stambolijski Bulgarien durch Bodenreform, einen allgemeinen Arbeitsdienst<sup>213</sup>, seiner Städte- und Intelligencijaaversion umgestalten

<sup>209</sup> Siehe als Überblick zu Bulgarien im Ersten Weltkrieg: Crampton, Richard: Bulgaria 1878-1918, S. 399-472; Ders.: Makers of the Modern World: Aleksandar Stambolijski. Bulgaria, London, 2009, S. 44-11.

<sup>210</sup> Vgl.: Ders.: Bulgaria 1878-1918, S. 473-510; Daskalov, Rumen: Bãlgarskoto Ob-ŕestvo, Bd. 1, S. 193-243.

<sup>211</sup> Siehe zu ihm eingehender: Crampton, Richard: Aleksandar Stambolijski, passim; Bell, John: Peasants in Power. Alexander Stambolijski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899-1923, Princeton, 1977, S. 55-84; Groueff, Stephane: Crown of Thorns, Boston/London, 1987, S. 57-87; Brucciani, Giacomo: Men, Society and History in Aleksandar Stambolijski's Political Philosophy, in: Bulgarian Historical Review 1-2/2004, S. 161-186.

<sup>212</sup> Den besten Überblick über die Geschichte der Agrarierunion bietet nach wie vor: Bell, John: Peasants in Power, passim; Vgl. weiterhin: Daskalov, Rumen: Bãlgarskoto Ob-ŕestvo, Bd. 1, S. 193-198; Ebd., Bd. 2, S. 254-262.

<sup>213</sup> Siehe dazu im Speziellen: Lane, Alexander: Bulgariens Arbeitsdienst und der Reichsarbeitsdienst, Diss., Berlin, 1936, S. 11-40.

wollte, sowie sein diktatorischer Regierungsstil frustrierte jedoch die alten Eliten. Seine Außenpolitik der Annäherung in der šmakedonischen Frage an die Nachbarn stoß die makedonischen Flüchtlinge und die **Innere Makedonische Revolutionäre Organisation (VMRO ó V tre-na Makedonska Revoljucionna Organizacija)**<sup>214</sup> vor den Kopf, was ihn letztlich nicht nur die Herrschaft, sondern auch das Leben kostete. Obgleich die meisten der Reformen in der Praxis letztendlich weniger radikal in der Praxis umgesetzt wurden als die Rhetorik Stambolijskis sie darstellte und einige der Reformen, wie etwa der Arbeitsdienst, auch von seinen Nachfolgern beibehalten wurden<sup>215</sup>, so umgab die Herrschaft des Bauernbundes, vor allem durch die Rhetorik ihrer Gegner, immer eine Aura der Rohheit, der Gewalt und der Provinzialität.

Diese Kombination aus innenpolitischer Konfrontation mit der gesamten Elite des Landes, der šDiktatfrieden von Neuilly und der ständig schwelende Konflikt mit den Nachbarstaaten und der IMRO führten am 9.6.1923 zum Putsch des Militärs unter Führung von Aleksandar Cankov.<sup>216</sup> Selbiger formierte unter seiner Rigide den parteiübergreifenden Zusammenschluss der šDemokratischen Eintracht (Demokrati eski Sgovor), der die alten Parteien in einem losen Bündnis vereinte, wobei die faktische Macht, zumindest in der Zeit nach dem Umsturz, sich vor allem auf das Militär stützte. Selbiges, zusammen mit den alten-neuen Partieliten, hatte sich innenpolitisch die Rückkehr zum Status quo ante Stambolijski, sowie eine autoritäre und zum Teil auch offen repressive Ordnung auf die Fahnen geschrieben.<sup>217</sup>

---

<sup>214</sup> Siehe zur šMakedonischen Frage und der IMRO als Faktor bulgarischer Innenpolitik: Adanir, Fikret: Die makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden, 1979; Tröbst, Stefan: Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung bis zum Abkommen von Ohrid 1893 ó 2001, München, 2007; Daskalov, Rumen: B Igarskoto Ob-testvo, Bd. 2, S. 236-243; Groueff, Stephane: Crown of Thorns, S. 112-123.

<sup>215</sup> Daskalov, Rumen: B Igarskoto Ob-testvo, Bd. 1, S. 193f.

<sup>216</sup> Zu dem Umsturz von 1923 und der Herrschaft Aleksandar Cankovs siehe einfühend: Daskalov, Rumen: B Igarskoto Ob-testvo, Bd. 1, S. 198-236; Groueff, Stephane: Crown of Thorns, S. 88-101; Petrova, Dimitrina: Alexandár Tsankov: From Right-wing Socialism to National Socialism, in: Bulgarian Historical Review 3-4/2007, S. 50-86.; Rothschild, Joseph: East Central Europe between the two World Wars, Seattle, 1998, S. 323-340.

<sup>217</sup> Der repressive Charakter der politischen Regime nach dem Ersten Weltkrieg wurde vor allem von der kommunistischen Historiographie immer hervorgehoben, die somit eine Analogie der Dichotomie šFaschismus-Sozialismus auf Bulgarien übertragen wollte und die Herrschaft Cankovs, als auch später die von Zar Boris III als faschistisch bzw. monarcho-faschistisch klassifizieren wollten. Siehe zu der Faschismusdebatte in Bezug auf die autoritären Regime in Bulgarien während der Zwischenkriegszeit: Poppetrow, Nikolaj: Faschismus in Bulgarien. Geschichte und Geschichtsschreibung, in: Südost-Forschungen 41 (1982), S. 199-218. Ders.: Verfassungsrechtliche Probleme in Bulgarien während der Herrschaft von Zar Boris III. (1918-1943), in: Südost-Forschungen 44, 1985, S. 205-221; Ders.: Flucht aus der Demokratie. Autoritarismus und autoritäre Herrschaft in Bulgarien 1919-1941, in: Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa, hg.: Oberländer, Erwin, Paderborn u.a., 2001, S. 379-402; Ders.: Über die mündlichen Quellen des bulgarischen Autoritarismus und Faschismus, in: Bulgarian Historical Review 2/1994, S. 153-159; Daskalov, Rumen: Die Debatte um den Faschismus in der bulgarischen Geschichtsschreibung, in: Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag, hrsg.: Ulf Brunnbauer / Andreas Helmedach / Stefan Troebst, München 2007, S. 507-520.

## 5.2. Militärs und Kommissionen ó Der mediale und institutionelle Kontext

Das im Anschluss betrachtete Diskursfragment fällt zeitlich in die zweite Hälfte des Jahres 1923, also in die ersten Monate nach dem Umsturz vom 9.6.1923 und die Anfangszeit der Herrschaft Cankovs. Neben diesem **historischen Kontext** sind jedoch der **mediale** und vor allem der **institutionelle Kontext** in diesem Fall besonders wichtig. Auf der institutionellen Analyseebene kann m.E. mit vollem Recht von einem Diskursteilnehmer *sui generis* gesprochen werden: Mit der Kommission zur Durchsicht der Archive der ehemaligen Minister des Jahres 1923 betrat ein Akteur die Bühne des Diskurses, der weder historische Vorgänger noch Nachfolger hatte. Auch die Diskursfragmente, die dieser Akteur produzierte, die Broschürenreihe *šDrufba-kija Reflm. Dokumentiõ* kannte kein historisches Pendant. Die Spezifika dieses Akteurs und seines Beitrags bestanden vor allem darin, dass es sich um eine von der Regierung in Zusammenarbeit mit der Armee initiierte Kommission handelte, deren Aufgabe es war, in kürzester Zeit belastendes Material gegen die Vorgängerregierung zusammenzutragen und zu veröffentlichen.<sup>218</sup> Damit glich sie ihrer Struktur und Aufgabe nach weder den Zeitungen, noch den parlamentarischen Enquetekommissionen. Die Kommission zur Durchsicht der Archive der ehemaligen Minister war erstens nicht auf Antrag der Volksvertreter, sondern durch hierarchische Ernennung von šobenõ ins Leben gerufen worden. Die so ernannten Mitglieder blieben des Weiteren durchweg ungenannt, sodass die Broschüren als einheitliches Produkt des neuen Regimes verstanden werden konnten.

Zweitens war die Kommunikationsstruktur der Broschüren wesentlich hierarchischer: Es wurde nicht mehr versucht Material über eine mögliche Schuld oder Anklage zu sammeln, sondern eine bereits beschlossene Anklage durch Unterfütterung mit Beweisen in der Öffentlichkeit zu šverkaufenõ. Die neue Regierung Cankvos stellte die verbliebenen Minister der Kabinette Stamboljiskis eigenmächtig, d.h. ohne ein parlamentarisches Enquete, welches nach der Verfassung diesen Entschluss eigentlich hätte fassen müssen, vor Gericht. Autoritativ war der Diskursbeitrag der Broschüren auch deswegen, da es keine Möglichkeit der Erwiderung auf ihn gab, wie sie z.B. in den vorangegangenen zwei Diskursfragmenten durch die Diskursbeiträge der Angeklagten selbst noch gegeben war. Mit dem Umsturz wurden die Minister des Bauernbundes, soweit auffindbar und am Leben, allesamt verhaftet und mit ihnen zahlreichen weitere Parteimitglieder und Sympathisanten.<sup>219</sup> Der Agrarierbund war für Jahre zunächst zerschlagen, das Parteiorgan *Zemedelsko Zname* (Landwirtschaftliche Fahne) konnte zwischen Juni 1923 und 1927 nicht erscheinen. Der Diskurs wurde in dieser Zeit also von lediglich einem Akteur bzw. einer Position aus geführt.

---

<sup>218</sup> Siehe: CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 10f.

<sup>219</sup> So meldete z.B. der *Dnevnik* Nr. 7092, 8.7.1923, S. 2, dass Justizminister Smilov eine Reise durch die Provinzen antrat, um das Schicksal der noch inhaftierten Agrarier zu klären.

Über das institutionelle Innenleben und die Arbeit der Kommission ist, außer ihrem šProduktō, so gut wie nichts bekannt. Einberufen wurde sie šsofort nach dem 9. Juniō durch den mündlichen Befehl des ungenannten Leiters (*na alnik*) der Sofioter Garnison und nannte sich zu Beginn noch šKommission zur Sortierung und Überprüfung der Archive der ehemaligen Minister des Agrarier-Regimesō (*komisijata po sotirane i proverjavane arhivite na biv-ite Ministri ot drufba-kija refim*) mit dem Vorsitzenden Ivan Tepavski.<sup>220</sup> Weiterhin ist bekannt, dass selbiger einige Mitarbeiter aus verschiedenen Ministerien um sich sammelte und 150 Lewa täglich als Gehalt bekam.<sup>221</sup> Obgleich alle (bekannten)<sup>222</sup> Bände der Reihe š*Drufba-kija Refim*ō noch 1923 veröffentlicht wurden, existierte diese Kommission bis zum 1.7.1924<sup>223</sup>, wobei unklar ist welchem Ministerium die Kommission unterstand und was, außer der Herausgabe dieser Broschüren, ihre weiteren Verantwortlichkeiten waren, bzw. welche Rolle die von ihr bearbeiteten Archivmaterialien im Weiteren hatten.<sup>224</sup>

Ähnlich dieser institutionellen Kontextform gestaltete sich auch der **mediale Kommunikationskontext** des hier untersuchten Diskursfragmentes. Das Medium eigens für den Diskurs, also zum Zwecke der *Veröffentlichung* gedruckter Broschüren, stellte aus mehreren Gründen ein Novum im Vergleich zu der Periode vor dem Ersten Weltkrieg dar. Erstens handelte es sich hierbei nicht um Privat- oder Parteidrucke, sondern um eine offizielle Staatsausgabe. Zweitens hatte diese Ausgabe keinen kommunikativen Zweck

---

<sup>220</sup> Dieser Name der Kommission geht aus dem Telegramm Tepavskis vom 17.7.1923 an den Leiter der Sofioter Garnison hervor. Siehe: CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 10. In selbigem Telegramm rekurriert Tepavski auf den mündlichen Befehl des Leiters šsofort nach dem 9. Juniō (*vednaga sled 9-ti Juni*) zusammen mit der Kommandoleitung (*komandantskoto upravljenje*) die Häuser der ehemaligen Minister zu durchsuchen und ihre Archive mitzunehmen (*da izzeme arhivite*). Tepavski meldete, dass dieser Auftrag ausgeführt wurde und die Materialien in der Kommandantur der Hauptstadt deponiert wurden. Über seine Helfer teilt er lediglich mit, dass diese aus den Ministerien stammen und bat nun den Garnisonsleiter ihn nach eigenem Ermessen zu bezahlen. Außer einigen weiteren Telegrammen zwischen den beiden in Bezug auf die festgesetzte Entlohnung, sowie die Bestätigung und Entlohnung einiger neuer Mitglieder finden sich jedoch auch in dieser Akte keine weiteren Hinweise oder Einzelheiten der Kommission.

<sup>221</sup> Ebd., S. 11.

<sup>222</sup> In der Sofioter Nationalbibliothek Kiril und Metodi wurden aus dieser Reihe die Bände 1, 2, 6, 8, 11 und 12 aufgeführt und eingesehen. Im CDA konnten weiterhin die Bände 3 (CDA F 361K Op. 1, a.e. 11, S. 17-30) und 4 (Ebd., S. 31-38) gefunden werden. Alle diese Bände wurden 1923 veröffentlicht.

<sup>223</sup> So bekam laut Bericht des Justizministers Bojan Smilov (CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 31) vom 5.4.1924 die Kommission noch im Februar 1924 mit Metodi Kir ev ein neues Mitglied und wurde zum 1.7.1924 auf Beschluss des Ministerrates aufgelöst (*razformiran*), siehe: Ebd., S. 34.

<sup>224</sup> Laut eines Berichts des Justizministers Smilov vom 20.7.1923 an den Ministerrat in dem er die Bereitstellung der Mittel für das tägliche Gehalt von 150 Leva für Ivan Tepavski und Mihail Nikov erbot, seien selbige šauf Ernennung der Regierung den Justiz- und Administrativorganen bei der Suche und Durchsicht der Materialien, die bei den ehemaligen Ministern gefunden wurdenō, behilflich (CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 12). Ein Bericht über die Ernennung der beiden konnte jedoch, abgesehen von obigem Telegramm, weder in den Fonds des Justizministeriums, des Ministerrates, noch in denen des Finanzministeriums gefunden werden. In ihrem Organ *Slovo* (Wort) sprachen die *Sgovoristen* des Weiteren öfters von verschiedenen Revisionskommissionen (z.B. im Finanzministerium, im Justizministerium, im Kriegsministerium), und in den Akten über die Prozesse gegen die ehemaligen Minister fand sich überhaupt kein Hinweis auf irgendeine Kommission zur Durchsicht der Archive. Somit scheint es wahrscheinlich, dass es verschiedene Kommissionen gab, wobei nicht ganz klar war, ob die Kommission Tapevskis dabei eine Art organisatorischen Überbau bildete und warum in obigem Telegramm ein anderer Name für die Kommission als auf den Broschüren auftaucht. Dass die von der Kommission gefunden Materialien auch in den Prozessen gegen die ehemaligen Minister von der Anklage verwendet wurden, scheint wahrscheinlich, lässt sich jedoch nicht mit Sicherheit sagen. Die Materialien der acht hier durchgesehenen Bände eigneten sich allesamt nicht für einen Prozess, vor allem da sie, außer den Bänden über den bereits toten Al. Stambolijski, nur über allgemeine Vergehen Materialien präsentierten, jedoch keine über die Vergehen individueller Personen.

innerhalb der staatlichen Institutionen, sondern nur im Hinblick auf die Öffentlichkeit.<sup>225</sup> Drittens, wie der institutionelle Kontext der herausgebenden Kommission zeigte, war dieser Diskursbeitrag im Gefolge des Umsturzes vom 9.6.1923 von der Regierung vorgesehen.<sup>226</sup> Das Diskursfragment war nicht zufällig, sondern Teil einer kommunikativen Strategie, die ihrerseits wiederum Rückbindung an die politische Realität besaß. Viertens schließlich, wie sowohl das Vorwort der Kommission im ersten Band<sup>227</sup>, als auch der Bericht des Justizministers Smilov<sup>228</sup> zeigten, hatte weder die Kommission, noch die Broschürenreihe den Zweck eine mögliche Schuld der ehemaligen Minister zu klären, sondern lediglich die a priori konstatierte Schuld zu untermauern und publik zu machen.

Der hohe Preis der Bände, der mit 1,50 Lewa pro Band 15mal höher lag als der einer Tageszeitung, wirft natürlich die Frage nach ihrer Rezeption auf. Eine hohe Auflage, genau wie ein breites Käuferspektrum, erschienen hier alleine aufgrund des Preises ausgeschlossen. Da jedoch auch immer wieder Materialien der Bände in den Zeitungsorganen der neuen Regierung *Slovo* (Wort/Rede) und *Sgovor* (Eintracht/Allianz) veröffentlicht wurden (siehe unten) und ansonsten über die Rezeption ähnlich wenig sichere Angaben gemacht werden können wie im Falle der Zeitungen oder der parlamentarischen Enqueteberichte, können die Bände als švollwertigeō Diskursfragmente untersucht werden.

### **5.3. Die (Wissens-)Struktur der Broschürenreihe**

Die herausgegebene Broschürenreihe bestand aus (mindestens) 12 Bänden, von denen acht für diese Arbeit eingesehen werden konnten. Der kollektive Autor der Broschüren trat außer auf den Titelblättern nur einmal im Vorwort der Kommission zu der Broschürenreihe im ersten Band hervor.<sup>229</sup> Im Folgenden erschien, wenn überhaupt, als kollektives šwirō hinter der Ausgabe die šheutige Führungō (*dne-noto upravlenie*).

Nach dem Vorwort der Reihe sah die Kommission die Aufgabe der Broschüren darin, ein šLicht zu werfen auf die Angelegenheiten (*delata*) der Minister des gestürzten Regimesō<sup>230</sup>. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sie die Ausgabe als Materialsammlung verstanden, die der Öffentlichkeit zugänglich

---

<sup>225</sup> Obgleich dieser Fakt heute, in einer Zeit massenhafter staatlicher Drucke, nicht außergewöhnlich anmutet, war er für die 1920er Jahre in Bulgarien doch sehr bemerkenswert, da dies eine Neuerscheinung war, die in der Vorkriegsperiode nicht als Mittel politischer Kommunikation eingesetzt wurde. Dass dabei auch technische Neuerungen eine Rolle spielten, versteht sich von selbst, kann jedoch hier nicht ausführlicher betrachtet werden.

<sup>226</sup> Siehe dazu wiederum den Verweis Tepavskis auf den mündlichen Befehl des Garnisonsleiters šsofort nach dem 9. Juniō und die Anordnung des Justizministers das Gehalt der Kommissionsmitglieder ab dem 10.6.1923, also nur einen Tag nach dem Umsturz, zu berechnen: CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 10 und 11.

<sup>227</sup> So das Vorwort der Kommission im ersten Band: Druŕba-kija Refim. Dokumenti. Izdanie na komisijata za pregledane arhive na biv-ite ministri, Sofia, 1923, Bd. 1: Aleksand r Stambolijski, S. 3: š[í ] publikuvaneto im [der Dokumente, C.N.] e naloffitelno, kogato stava v interesa na istinata i v polza na d rŕavata: Kogato to razkriva istinskija lik i s -tinskite skriti pruffini v dejstvijata na licata, koito do v era sa upravljavali stranata i samovlastno sa razpolagali s nejniti s dbini.ō

<sup>228</sup> CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 12: šš[í ] te [Die Kommission, C.N.] [í ] sa rabotili v pomo-t v s debnite i administrativnite organi pri pot rsvaneto, izzemvaneto i pregledaneto na knifhata, zalovenite v prevle enite pod otgovornostta sled 9 Juni lica, uli eni v prest plenija po ob-tija nakazatelen zakon.ō

<sup>229</sup> Druŕba-kija Refim, Bd. 1: Aleksand r Stambolijski, S. 3.

<sup>230</sup> Ebd.

gemacht werden soll und nicht als Untersuchung.<sup>231</sup> Ebenso nahm die Kommission die etwas unsystematische thematische Gliederung der Reihe vorweg, die der großen Menge des Materials geschuldet sei.<sup>232</sup> So muss denn auch konstatiert werden, dass, mit Ausnahme der ersten beiden Bände, die acht herangezogenen Broschüren viele thematische Überschneidungen und Wiederholungen aufwiesen. Die ersten zwei Broschüren waren von der Kommission wohl mit höchster Priorität belegt worden, weshalb sie auch als erstes und in einem gemeinsamen Band erschienen. Beide hatten den erklärten Erzfeind der neuen Führung zum Gegenstand ó Aleksandar Stambolijski. Hierbei ging es darum den ehemaligen Ministerpräsidenten persönlich wie politisch zu diskreditieren. Interessant war dabei auch die Reihenfolge, denn zuerst widmete man sich dem Menschen Al. Stambolijski (Bd. 1), den man als Ehebrecher und Lüstling (Kap. 1)<sup>233</sup>, verschwenderischen šBaronō (Kap. 2)<sup>234</sup>, Angsthasen (Kap. 3)<sup>235</sup> und Betrüger (*mo-enik*) (Kap. 4)<sup>236</sup> darstellte. Hierbei wurde, genau wie auch in Band 2 und anderen Bänden, stets mit dem Selbstbild Stambolijskis und seiner Politik, wie auch mit seiner (populistischen) Rhetorik gespielt, wobei man durch Dokumente genau das Gegenteil der Propaganda Stambolijskis, die ihn als Verkörperung des hartarbeitenden, bescheidenen, furchtlosen und gutmütigen bulgarischen Bauern porträtiert hatte, zu beweisen suchte. In Band 2 dann bezog man sich auf den Politiker Stambolijski, wobei man nach selbigem Muster verfuhr, um ihn als Sträfling (Kap. 1)<sup>237</sup>, Vaterlandsverräter im Ersten Weltkrieg (Kap. 2)<sup>238</sup>, politischen Intrigant (Kap. 3)<sup>239</sup>, Diktator (Kap. 4)<sup>240</sup>, Verschwender (Kap. 5)<sup>241</sup> und Dieb (Kap. 6)<sup>242</sup> zu zeigen.

Die folgenden Bände behandelten die verschiedenen Bereiche der staatlichen Verwaltung: Band 3 das šGeschwür des partizanstvo in den Schulenō<sup>243</sup>, Band 4 die šDiebstähle, Wahlen, Verwaltung und Beamten der Agrarierherrschaftō<sup>244</sup>, Band 6 den šBericht von Justizminister Radolov an Al. Stambolijskiō über Korruption in einem staatlich-kooperativen Geschäft<sup>245</sup>, Band 8 die šAgrarier und die

<sup>231</sup> Siehe: Ebd.: šOt dnes po ame obnarodvaneto na redica dokumenti iz arhivite na drufba-kite ministri, koito -te hv ljat obilna svetlina v rhu delata na provalenija reffim.ō

<sup>232</sup> Siehe: Ebd.: šPonefte tezi dokumenti sa gramada, ne moŕe izvednaŕ da se v vede strog sistem v obnarodvaneto im. Zatova na ob-ŕestvoto -te b dat podneseni naj-napred dokumentite, koito p rvi sa namereni, i po-k sno -te b dat izneseni i drugi, koito -te dop lnjat p rvite.ō

<sup>233</sup> Ebd., S. 9-22: šrazvratō.

<sup>234</sup> Ebd., S. 23-25: šbaronski fivotō.

<sup>235</sup> Ebd., S. 26-28: šmaski i ku eta za samoohranaō.

<sup>236</sup> Ebd., S. 29-31: šmo-eni estvaō.

<sup>237</sup> Ebd., Bd. 2, S. 3-12: šv zatvoraō.

<sup>238</sup> Ebd., S. 13-20: šgrobokopa na B lgarijaō. Hier verstrickte man sich in ein Pendant der deutschen šDolchstoßlegendeō, die Stambolijski für den verlorenen Krieg verantwortlich machen wollte, womit man jedoch kaum überzeugte und welche auch in den folgenden Jahren keine Rolle mehr spielte.

<sup>239</sup> Ebd., S. 21-23: šintrigite v s juzaō.

<sup>240</sup> Ebd., S. 24-26: šdiktator tō.

<sup>241</sup> Ebd., S. 27-29: šsiroma-ija i bogatsvaō.

<sup>242</sup> Ebd., S. 30-46: škrafbiō.

<sup>243</sup> Ebd., Bd. 3 Parizanska gangrena v u ili-teto.

<sup>244</sup> Ebd., Bd. 4 Kraŕbi, izvori, administracijata i inovnici prez drufba-kija reffim.

<sup>245</sup> Ebd., Bd. 6 Raport do Al. Stambolijski ot M. Radolov.

Beamenschaft<sup>246</sup>, Band 11 die šAgrarier-Diplomaten<sup>247</sup> und Band 12 die šAgrarier-Volksvertreter, Wahlen und das Parlament<sup>248</sup>. Obgleich aufgrund des beschränkten Umfangs dieser Arbeit nicht der Inhalt jedes einzelnen vorgestellt werden kann, so lässt sich in Parenthese sagen, dass Korruption, in all ihren Facetten, sowie die diktatorische Herrschaftsweise Stambolijskis und seiner Partei, die Leitthemen aller acht Bände waren. Dabei wurde Korruption einerseits als eines der Mittel willkürlich-diktatorischer Staatsführung, und andererseits als Anzeichen für die moralische Verderbtheit des gestürzten Regimes bewertet. Der Korruptionsvorwurf sollte wieder einmal als politisches Mittel dienen, um den politischen Gegner zu diskreditieren und den Umsturz und die neue Regierung in ihrer Legitimation zu bestärken.

Wie das Vorwort der Kommission bereits andeutete, ähnelten die Broschüren in Bezug auf ihre Wissens- und Ordnungsstrukturen teilweise denen der parlamentarischen Enqueteberichte: Der Großteil jedes Bandes bestand aus auszugshaften wörtlichen Widergaben von Archivmaterialien, denen oftmals, gerade in den ersten zwei Bänden, die Faksimile der Dokumente beigegeben wurden. In ihrer Quellenzentriertheit erinnerten die Broschüren hier also an die vorangegangenen Enqueteberichte, wichen jedoch in weiteren Eigenschaften stark von selbigen ab. So umfassten die Broschüren z.B. im Durchschnitt jeweils nur rund 20 Seiten (wiederum mit Ausnahme der ersten zwei Bände). Des Weiteren fehlten im Vergleich mit den parlamentarischen Diskursbeiträgen institutionelle Kommunikationsregeln, wie z.B. der Verweis auf Gesetze, Rechte und Pflichten, oder aber auch die Offenheit über den Bestand und die Arbeitsweise der Kommission.

Doch nicht nur mit den Enqueteberichten, auch mit den Diskursbeiträgen der Zeitungen können Ähnlichkeiten und Unterschiede deutlich gemacht werden: So muss beispielsweise die Neigung zum moralisch-bewertenden Kommentar, der die Materialien stets begleitete, genannt werden. Die rhetorischen und sprachlichen Mittel standen hier der Zeitungssprache wesentlich näher als der parlamentarischen. Diese Mittel erzeugten, ähnlich wie in den Zeitungen, eine einheitliche, autoritative Interpretation, bei der die zitierten Archivalien nur scheinbar im Zentrum standen, in Wirklichkeit jedoch nur die untermauernde Beigabe waren.

Zur Struktur dieses Diskursfragmentes gehörte auch, dass die Informationen und Materialien der einzelnen Bände nicht nur innerhalb der Reihe, sondern auch in den Zeitungsorgan der Demokratischen Eintracht *Slovo* und *Sgovor* ohne Bezug zu der Broschürenreihe veröffentlicht wurden. Bereits in der zweiten Juniwoche 1923 häuften sich die Artikel, in denen belastende Materialien aus den Archiven der ehemaligen Minister nachgedruckt wurden, ohne dass auf die Broschürenreihe oder die Kommission verwiesen wurde.<sup>249</sup> Die Broschürenreihe selbst wurde im *Sgovor* nicht einmal, und im *Slovo* zweimal

---

<sup>246</sup> Ebd., Bd. 8 Druflba-kite i inovni estvoto.

<sup>247</sup> Ebd., Bd. 11 Druflba-kite diplomati.

<sup>248</sup> Ebd., Bd. 12 Druflba-ki narodni predstaviteli, izbori i parlament.

<sup>249</sup> So z.B. in: *Slovo. Vestnik za politika, stopanstvo i kulturne fivot* Nr. 321, 13.6.1923, S. 1-3; Nr. 328, 21.6.1923, S. 3; Nr. 370, 10.8.1923, S. 3; *Sgovor. Utrinen vsekidnevnik* Nr. 2, 22.6.1923, S. 1; Nr. 6, 27.6.1923, S. 1; Nr. 13, 6.7.1923, S. 1; Nr. 21,

erwähnt. So wurde am 21.9. in einer Randnotiz vermeldet, dass die Kommission bislang vier Broschüren herausgegeben hatte, deren Inhalte kurz beschrieben wurden (wobei verbatim auf die Anlage der Faksimiles hingewiesen wurde).<sup>250</sup> Am 14.12. dann schien man auf nicht weiter spezifizierte Kritik reagieren zu wollen. So wurde sich, u.a. durch den wörtlichen Verweis auf die parlamentarischen Enqueteberichte, dafür gerechtfertigt, dass die Broschüren anonym veröffentlicht wurden.<sup>251</sup> Des Weiteren wies man Kritik, die die Materialien als Fälschungen der neuen Regierung bezeichnete, zurück, da die Broschüren durch ihre Namen und die Herkunft der Materialien, die sie wiederum vergleichbar mit den Enqueteberichten mache, alleine für die Authentizität ihres Inhaltes sprächen. Schließlich sei es die Pflicht der Regierung alle Dokumente, die die ehemaligen Herrscher betreffen, zu suchen [í ], zu systematisieren und in einer offiziellen Ausgabe zu drucken<sup>252</sup>. Denn nur die šknifata ostavat za ve ni vremena<sup>253</sup> und šzloto u nas –te spre samo togaz, kogato zlodejcite znajat, e gi aka ob-testveno nakazanie<sup>254</sup>. Der *Slovo* versuchte also zum einen durch eine Analogie der Broschürenreihe zu den Enqueteberichten an Legitimation zu gewinnen sowie selbigen durch eine Historisierung mehr Gewicht zu verleihen.<sup>255</sup> Die Kritiken jedoch können nicht allzu verbreitet gewesen sein, denn man beließ es bei dieser einen Erwiderung. Weiterhin zeigte z.B. auch eine Analyse des *Dnevnik*, dass es keine medialen Auseinandersetzungen um die Broschüren gab. Der *Dnevnik* selbst nahm kein einziges Mal in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 Bezug auf die Reihe, wohl aber auf die Kommission(en), die er fälschlicherweise als šEnquetekommission<sup>256</sup> (*anketna komisija*) bezeichnete. Hierbei ging es stets um neue Dokumente aus den Archiven der Minister und Institutionen, die man jedoch auch den Artikeln der Regierungspresse entnehmen konnte, sodass das Schweigen über die Broschüren nicht allzu sehr verwunderte.<sup>256</sup> Widerspruch, oder gar Kritik an (den Maßnahmen) der Regierung fand sich im *Dnevnik* nicht und da, wie bereits erwähnt, die Agrarier mitsamt ihrem Zeitungsorgan nicht nur politisch, sondern auch physisch zerschlagen worden waren, kam es zu keiner Diskussion.<sup>257</sup> Wie jedoch nicht nur der *Dnevnik* zeigte, kann

---

16.7.1923, S. 1; Nr. 32, 29.7.1923, S. 1; Nr. 33, 30.7., S. 1; Nr. 34, 1.8.1923, S. 1; Nr. 35, 2.8.1923, S. 1; Nr. 42, 10.8.1923, S. 1; Nr. 47, 17.8.1923, S. 1; Nr. 49, 18.8.1923, S. 1; Nr. 71, 14.9.1923, S. 1; Nr. 124, 18.12.1923, S. 2.

<sup>250</sup> *Slovo*. Vestnik za politik, stopanstvi i kulturne flivot Nr. 405, 21.9.1923, S. 3.

<sup>251</sup> Ebd. Nr. 448, 14.12.1923, S. 1.

<sup>252</sup> Ebd.

<sup>253</sup> Ebd.

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Diese zahlreichen Legitimierungsversuche, sowohl für die Broschüren, als auch für ihre Herrschaft, deuteten jedoch auch daraufhin, dass man ein Mangel an Legitimation verspürte, den man zumindest rhetorisch ausgleichen wollte.

<sup>256</sup> *Dnevnik* Nr. 7073, 16.6.1923, S. 2 über šdie Enquetekommission zur Ordnung der Archive<sup>256</sup> (*anketnata komisija za uredene na arhive*); Nr. 7075, 19.6.1923, S. 2 über neue Funde von Immobilien Stambolijskis; Nr. 7083, 28.6.1923, S. 2 über die Materialien šder Enquetekommission<sup>256</sup> in Bezug auf die von Stambolijski unterschlagenen Millionen; Nr. 7109, 30.7.1923, S. 2 über den Verkauf von Alkohol durch Minister Turlakov; Nr. 7110, 31.7.1923, S. 2 über Finanzrevisionen; Nr. 7130, 23.8.1923, S. 2 über die Finanzrevisionen der Botschaften; Nr. 7141, 6.9.1923, S. 2 über dasselbe; Nr. 7142, 7.9.1923, S. 2 über weitere Veruntreuungen. Anzumerken ist hier, dass sich die meisten der Artikel mit Artikeln des *Slovo* oder *Sgovor* zu denselben Themen, in denen die Materialien präsentiert wurden, überschneiden und die Informationsquellen des *Dnevnik* wohl er die Zeitungen der Regierung als sonstige Verbindungen zu der Kommission waren.

<sup>257</sup> Interessant ist hierbei jedoch anzumerken, dass einige der angeklagten ehemaligen Minister mit etwas Verspätung manche der Vorwürfe gegen sich in ihren Publikationen aufgriffen (und abstritten). Geradezu bemerkenswert war dabei, dass sie dies nicht mit



die Akzeptanz der Gesellschaft und der Medien bezüglich des Umsturzes vom 9. Juni als relativ hoch eingestuft werden.<sup>258</sup>

#### **5.4. Die Agrarier bestahlen den Staat und ihre Genossen ó Feinanalyse des vierten Bandes**

Als Diskursfragment zur Feinanalyse wurde der vierte Band der Reihe mit dem Titel *šDiebstähle, Wahlen, Verwaltung und Beamte während der Agrarierherrschaft (krafbi, izbori, administracijata i inovnici prez drufba-kija reftm)*<sup>259</sup> ausgewählt. Die ausschlaggebenden Faktoren waren hierbei zum einen der frühe Zeitpunkt seines Erscheinens (vor dem 21.9.1923), der ein höheres Interesse durch die zeitliche Nähe zum Umsturz vom 9. Juni vermuten ließ und zum anderen der thematische Querschnitt, den bereits der Titel vorwegnahm. Dabei fiel auf, dass fast alle der im Titel angesprochenen Themenbereiche später eine eigene Broschüre (Band 8: Beamten und Verwaltung; Band 6: Diebstähle; Band 11: Wahlen und Abgeordnete) erhalten sollten, man es folglich wohl als besonders dringend empfand, möglichst schnell einen allgemeinen Band zu diesen Themen zu veröffentlichen. Des Weiteren zeigte diese Broschüre in ihrem inneren Aufbau und der Organisation der Aussagen und des Wissens die hierfür typischen Charakteristika der gesamten Reihe in ihrer Idealform.

Die Broschüre gehörte mit 16 Seiten zu den kurzen Ausgaben der Reihe, was wiederum auch ein Indiz für die Eile war, mit der der Band herausgegeben wurde. Der Inhalt der Broschüre unterteilte sich in sechs Abschnitte, von denen keines länger als zwei Seiten war. Jeder dieser Abschnitte war nach demselben Muster gegliedert: Zuerst ein unvermittelter Einstieg in einen Fall verbrecherischer, d.h. korrupter Tätigkeiten der *šLeute der Agrarier (horata na drufba-ite)*, dann die wörtliche Wiedergabe eines gefundenen Dokumentes zu diesem Fall, anschließend ein kurzer, polemisch-wertender Kommentar und zuletzt als Abschluss jedes Abschnittes das Faksimile der zitierten Quelle. Bei selbiger handelte es sich fast ausschließlich um persönliche Briefe, gelegentlich jedoch auch um institutionelle Protokolle. Wie die *Slovo* im Dezember noch einmal ausdrücklich unterstrich, sollten die Faksimiles die Authentizität der zitierten Materialien unzweifelhaft hervorheben. Dieser Makrostruktur folgten im Prinzip alle Broschüren der Reihe, auch wenn vor allem bei den späteren Exemplaren nicht mehr jedes einzelne Dokument als

---

einer Kritik der Regierungen der Demokratischen Eintracht (Cankov 1923-1926 und Ljap ev 1926-1931) verbanden, sondern gegen die andere ehemalige Mitglieder der Regierungen Stambolijski, die sich nun in verfeindeten Abspaltungen des Bauernbundes gegenüberstanden. Siehe so z.B.: Radolov, Aleksand r: *Prevrata na 9-ti Juni i prest pnaoto nehajstvo*, Sofia, 1931; als Erwiderung darauf Stambolijski Sohn: *Stambolijski, Asen: Otvor na edno prest pno obvinenie*, Sofia, 1931 (CDA F 255K Op. 1 a.e. 117, S. 1-70); des Weiteren: Turlakov, Marko: *Istorija, principi i taktika na BZNS*, Sofia, 1928; Ders.: *Koj i za-to me izklju i ot BZNS*, Sofia, 1923.

<sup>258</sup> Siehe z.B.: *Dnevnik* Nr. 7075, 19.6.1923, S. 1, in dem man von der Einstimmigkeit des Volkes (*ednodu-ieto na naroda*) in Bezug auf den Umsturz sprach, welche dafür verantwortlich sei, dass sich die Lage nach dem Umsturz innerhalb von drei, vier Tagen beruhigen konnte.

<sup>259</sup> Da dieser vierte Band nur in dem Fond der *šVertretung des BZNS im Ausland (zadgrani oto predstavitelstvo na BZNS)* des Staatsarchives vorhanden ist, gilt als Zitation: CDA F 361K Op. 1, a.e. 11, S. 31-38. Im Folgenden soll der Einfachheit wegen jedoch nur auf: *šDrufba-kija Reftm*. Bd. 4ó verwiesen werden. Die Seitenangaben beziehen sich dabei ebenfalls auf die Seitenzahlen im Original, nicht auf die Nummerierung des Archivs.

Faksimile angehängt wurde. Diese Faksimiles waren gleichzeitig auch die einzigen hervorstechenden graphischen Eigenschaften der Broschüre, nahmen in diesem Fall jedoch mit sechs von 16 Seiten nicht gerade wenig Platz ein. Die Aufmerksamkeit des Lesers wurde so hin zu den Materialien bzw. deren Faksimiles und weg von den kurzen, jedoch aussagekräftigen Kommentaren des kollektiven Autors gelenkt.

Die sechs thematischen Abschnitte behandelten folgende Inhalte: 1. šSie klauen auch von den *drufbi*<sup>260</sup>õ (*kradat i ot drufbite*), 2. šVerbrecher in der Führungõ (*prest nici v upravlenieto*), 3. šSie befreien Räuber, um Wahlen zu machenõ (*ozvoboflavat razbojnici za da pravjat izbori*), 4. šWie sie Wahlen gemacht habenõ (*kak sa pravili izbori*), 5. šIn welch unsauberen Händen das Schicksal der Beamten gewesen istõ (*v kakvi ne isti r ce sa bili sadbata na inovnici*) und 6. šIhre Leiter und Führerõ (*tehnite na alnici i upravnici*).<sup>261</sup> Von diesen sechs Abschnitten, deren Inhalt bereits aus dem Titel ersichtlich wurde, soll der erste hier exemplarisch einer Tiefenanalyse unterzogen werden.

Der inhaltliche Teil dieses ersten Abschnitts erstreckte sich auf Seite 3, der ersten Textseite der Broschüre, zählte vier Absätze, 26 Zeilen und 158 Wörter. Seite 4, die zweite des Abschnittes, wurde vollständig vom dem Faksimile der zitierten Quelle eingenommen, bevor auf Seite 5 der nächste Abschnitt begann. Die charakteristische Dokumentenzentriertheit wurde somit alleine durch Platzaufteilung deutlich, umso mehr wenn man bedenkt, dass der längste Teil des Textes auf Seite 3 (Absatz 2, mit einem Umfang von 12 Zeilen und 95 Wörtern) aus einem wörtlichen Zitat des behandelten Dokumentes bestand. Lediglich der erste (Z. 1-4, 25 Wörter) und dritte Absatz (Z. 18-21, 27 Wörter) waren Kommentare bzw. Einschübe der Kommission, der vierte Absatz (Z. 22-26, 31 Wörter) lediglich die namentliche Nennung der Personen, die das zitierte Dokument unterschrieben hatten. Die einzige graphische Hervorhebung dieser Seite war der Fettdruck der letzten Passage des zitierten Protokolls, was wiederum die Aufmerksamkeit des Lesers, selbst auf dieser Seite, die kein Faksimile enthielt, auf die Quellenzentriertheit des Textes und der Ausgabe lenkte.

Der erste Absatz der Kommission leitete in einem einzigen Aussagesatz nüchtern und direkt in die Quelle ein. Er enthielt lediglich das Wo? (Stadt Plovdiv), Wann? (23.4.1923), und Wer? (die Mitglieder des Vorstandes der *drufba* des Kreises Plovdiv), also die näheren Umstände der Quelle. Der zweite Absatz, obgleich der längste und exponierteste, transportierte nicht die Hauptaussage dieses Abschnittes. In ihm wurde, in graphisch abgesetzter Form eines direkten Zitates, nur die Vorlage für selbige Hauptaussage geliefert. Aus dieser Passage des zitierten Protokolls ist nur der zweite, fettgedruckte Teil von größerem

---

<sup>260</sup> Eine *šdrufba*õ (wörtl.: Freundschaft) meinte in diesem Fall die kleinste örtliche organisatorische Einheit der Agrarierpartei. Auch das Adjektiv *šdrufba-kia*õ, das die Zugehörigkeit zu dieser Parteizelle anzeigt, kann auf diesen Ursprung zurückgeführt werden. Da sich beide Termini in der Ermangelung eines deutschen Pendantes schlecht bis gar nicht übersetzen lassen, sollen sie in dieser Arbeit stets mit dem bulgarischen Original bezeichnet werden. Zu den *šdrufbi*õ, ihrer Herkunft und Rolle in der Partei siehe: Bell, John: *Peasants in Power*, S. 22-54.

<sup>261</sup> *Drufba-kija Refim*. Bd. 4: *Krafbi, izvori, administracijata i inovnici prez drufba-kija refim*. Die Abschnitte verteilten sich dabei wie folgt: Abschnitt 1: S. 3f., Abschnitt 2: S. 5-8, Abschnitt 3: S. 9f., Abschnitt 4: S. 11, Abschnitt 5: S. 12f., Abschnitt 6: S. 14-16.

Interesse. In ihm konstatierte der Vorstand der *druŕba*, dass laut Bericht des Buchhalters unter dem Vorsitz von Georgi Difov und dem Kassierer-Buchhalter Al. Djulgerov eine Summe von 27.426 Lewa ohne Bewilligung oder Beleg aus der Kasse entwendet wurden. Obgleich diese Information im Prinzip für sich sprach, gab die Kommission in diesem Absatz mit ihrer Hauptaussage eine autoritative Interpretation dieses Falls vor: šWie man aus dem Obigen sieht, haben die Führer der Agrarier geklaut, wer immer und wo immer sie konnten. Wenn sie nicht die Möglichkeiten hatten vom Staat zu klauen, haben sie die *druŕbi* und ihre Genossen beraubt.<sup>262</sup> Verdeckt von dem Quellenmaterial präsentierte die Kommission hier eine logische Induktion, die einen Fall von Unterschlagung auf alle *druŕbi* und Agrarierführer übertrug. Gleichzeitig führten sie auch das Faktum ein, dass selbige Führer noch lieber vom Staat klauten, (wofür sie in diesem Abschnitt jedoch keine Materialien präsentierten), in der Ermangelung der Möglichkeit jedoch auch von ihren šeigenen Leutenō. Damit wurde nicht nur die generelle Schlechtigkeit (šsie klauen vom Staatō), sondern noch eine besonders niederträchtige (šsie klauen auch von ihren Nächstenō) des verallgemeinerten Subjektes der šAgrarierführerō dargestellt. Auf der sprachlichen Ebene wurde durch die fünfmalige Wiederholung des Anlautes škō (**kogato..krali..otk** deto..**Kogato..kradat**) eine Tätigkeit ó das Verb šsie klauenō (**kradat**) ó und durch die viermalige Wiederholung des Anlautes šđō (**druŕba-kite..d** rŕavata..**druŕbite..drugarite**) zwei Subjekte ó das Substantiv šder Staatō (**d** rŕavata) und die š*druŕbi*ō ó konstituiert. Auch auf dieser Ebene las sich die Aussage relativ simpel und gleich (wohl nicht zufällig) der Überschrift des Abschnitts: šSie klauen (auch) von den š*druŕbi*ō, so wie sie auch vom Staat klauenō. Für das šVokabular der Korruptionō von besonderem Interesse war dabei auch, dass dieser offensichtliche Fall von Unterschlagung nicht als solcher (*zloupotreblenie* ó Unterschlagung), sondern als šDiebstahlō bzw. šRaubō (*kradat; obirali sa*), also dem moralisch wie rechtlich wertenderen Begriff, belegt wurde.

Bereits die Analyse dieses kurzen Abschnittes sagte also schon einiges über eine šneue Kommunikationsstrukturō aus: Der Stil des Vorgebrachten war einfach, schnörkellos und zielgerichtet, geradezu militärisch. Auf eine Absicherung des Gesagten durch Quellenmaterial war man stets bedacht, mehr noch, die Materialien selbst waren das, allerdings nur scheinbare, Zentrum des Diskursfragmentes. Die wichtigen Aussagen jedoch figurierten in Form kürzerer Kommentare, die allesamt noch geradliniger und fragloser waren als der Rest des Textes. Es wurde keine Frage nach der šSchuldō gestellt, auch nicht nach Anklage oder Verteidigung. Die Schuld wurde präsentiert ó militärisch, einfach, geradlinig und autoritativ. Auch Widerspruch oder Kritik gab es nicht mehr, der Öffentlichkeit wurde die Korruption präsentiert, bewertet und anschließend auch bestraft. Einen freien bzw. mehrstimmigen Diskurs gab es nicht (mehr).

---

<sup>262</sup> *Druŕba-kija Refim*. Bd. 4, S. 3: šKakto se viflda ot gornoto, druŕba-kite voda i sa krali koj otk deto mofe. Kogato ne sa imali v zmofnost da kratat ot d rŕavata, obirali sa druŕbite i drugarite si.ō

## 5.5. Gesamtinterpretation

Nicht zufällig wurde in diesem Kapitel das Augenmerk zum Großteil auf die verschiedenen Kontexte des Diskursfragmentes gelegt. Gerade im Hinblick auf einen Vergleich mit den Analysen der vorherigen Diskursfragmente konnte man im Kontext der hier behandelten Diskursbeiträge mit Recht von einem **diskursiven Ereignis** sprechen. Dabei allerdings ist zu beachten, dass nicht das hier untersuchte Fragment der Reihe *šDruŕba-kija Refimō* selbst dieses diskursive Ereignis verkörperte, da auch diese Reihe den Diskurs an sich, genau wie die politische Realität nicht veränderte. Allerdings verwies dieses Diskursfragment auf ein Ereignis, es kann m.E. sozusagen als der Nachhall eines diskursiven Ereignisses verstanden werden. Dieses Ereignis jedoch figurierte nicht *šstofflichō* in den Fragmenten, es wurde vielmehr durch die im Vergleich zu den vorherigen Diskursbeiträgen veränderte Kommunikationsstruktur auf dieses Ereignis verwiesen. Die Veränderung der Kommunikationsstruktur bestand dabei vorwiegend in den institutionellen und medialen Kontexten des Textfragmentes. Sichtbar wurden diese Veränderungen zum einen in der totalen Abwesenheit einer verteidigenden Gegenstimme, und darüber hinaus in der Einstimmigkeit des Diskurses. Ein Wechselspiel verschiedener Teilnehmer und Positionen gab es nicht mehr, das Bild von Korruption bestimmte ein einzelner Akteur, der seine Aussagen als einzige Wahrheit präsentierte. Ebenso bestand die Beziehung dieses Akteurs zu der *šunabhängigenō* Öffentlichkeit in einem einseitigen Verhältnis, in dem ihr die Interpretation von Korruption autoritativ vorgegeben wurde. Die Position, von der aus von nun an Aussagen über Korruption möglich waren, wurde noch stärker als bislang an faktische Macht geknüpft.

Auch an den weiteren Folgen, den Prozessen gegen die ehemaligen Minister, war die Öffentlichkeit in keiner Form beteiligt, die Machtstruktur im Verhältnis zwischen dem Staat und der Öffentlichkeit war nun dabei sich komplett zugunsten des Staates zu neigen. Hatte 1906 und auch 1910 zumindest noch ein theoretisch-rhetorischer Legitimationsbezug für Aktionen in der Gegenwart (Prozesse; parlamentarisches Enquete) in Richtung der Öffentlichkeit bestanden, so wurde dies nun obsolet. Zwar kann man die (politische) Funktion dieses Diskursfragmentes ebenfalls darin sehen, die Legitimation für das neue Regime zu stärken, jedoch geschah diese schon nur noch post faktum. Die Rückbindung bzw. der Einfluss des Diskurses auf die politische Realität, der vorher schon nur gegeben war, wenn er mit den Interessen einzelner Akteure koinzidierte, ging noch weiter zurück. Nicht zufällig bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Diskurs 1910 und dem Diskurs 1923 darin, dass in ersterem eine parlamentarisch legitimierte, und in zweitem eine vom Militär (sic!) ernannte Kommission als Akteur auftrat. Nicht zufällig verlief der Prozess gegen die Minister der Kabinette Petrov-Petkov-Gudev 1914 im Sande und kam der Prozess gegen die (auffindbaren) Minister Stamboljiskis, für den es keiner Zustimmung irgendeiner Instanz mehr bedurfte, zu einem schnellen Ende. Schließlich war auch die neue Medienform staatlich herausgegebener Broschüren, die die komplizierten Enqueteberichte ablösten, kein

Zufall. Alle Eigenschaften und Umstände des Diskursfragmentes echarten eine Veränderung in der politischen Machtstruktur hin zu autoritärer Herrschaft. Noch weiter verschob sich dadurch die Dominanz der politischen Realität gegenüber dem Diskurs, noch einflussloser wurde er. Im Umkehrschluss und historischer Rückschau erscheint so jedoch auch die Kommunikationsstruktur des Korruptionsdiskurs bis zum Ersten Weltkrieg in einem positiveren Licht, als man nach der Analyse der vorangegangene Diskursfragmente hätte erwarten können: Im Vergleich zu 1923 wirkte der Diskurs 1906/1910 als geradezu polyphon und frei von Machteinflüssen und obgleich auch schon zu dieser Zeit die politische Instrumentalisierung und das Übergewicht des Staates auffiel, so war selbige doch zumindest verbal an eine unabhängige Öffentlichkeit und Gesellschaft als Quelle von Legitimation verbunden. 1923 war es die Macht selbst, von der die Legitimation ausging.

Die Frage schließlich, was dieses diskursive Ereignis war, auf den dieses Fragment verwies, ist dagegen wesentlich schwieriger zu beantworten. Die Reihe *šDruŕba-kija Refimō* selbst als diskursives Ereignis anzusehen, wäre, wie bereits dargelegt, verfehlt, da dies eine zu große Auswirkungen des Diskurs suggerieren könnte. Viel eher schon könnte auf den (verlorenen) Ersten Weltkrieg verwiesen werden, der wie kein anderes Ereignis die bulgarische Geschichte zwischen 1918 und 1941 prägte. Die autoritären Regime der Zwischenkriegszeit, zu denen auch das Regime Stambolijskis unbedingt zu zählen war, speisten sich vornehmlich aus der veränderten politischen und sozialen Situation nach dem Ersten Weltkrieg. Jedoch wurde erst mit dem Umsturz 1923 ein de facto wie de jure auf autoritäre Macht gestütztes Regime etabliert, das z.B. gerade die für den Diskurs wichtige Pressezensur auf ein höheres Niveau hob. Unter Stambolijski hingegen gab es zumindest noch eine offizielle Oppositionspresse. So war es wohl die Verbindung aus verlorenem Erstem Weltkrieg als Abstraktum und Hintergrund, sowie der Umsturz vom 9.6.1923 als Konkretum, auf den dieses Diskursfragment m.E. verwies.

## **6. Auf in die neue Zeit ó Kimon Georgiev und der Umsturz vom 19.5.1934**

Im folgenden Kapitel soll chronologisch weiter in dem Korruptionsdiskurs vorangeschritten werden und bei dem nächsten einschneidenden Fragment angehalten werden. Der Korruptionsdiskurs trat 1934 in die dritte und letzte Phase des Untersuchungszeitraumes ein. Wiederum soll daher der Fokus auf die Frage nach einem (neuerlichen) **diskursiven Ereignis** und seinen Folgen liegen. Dazu werden in diesem Abschnitt der Arbeit gleich zwei Diskursfragmente einer Analyse unterzogen: Das erste ist die Rede des Kopfes hinter dem Umsturz vom 19.5.1934, Kimon Georgiev, vom 12.7.1934. Selbige bot sich dabei vor allem wegen ihres programmatischen Charakters für eine Feinanalyse an, da hier sowohl rückwärtsgerichtet die Gründe des Umsturzes, als auch zukunftsorientiert die weiteren Maßnahmen der neuen Führung erklärt und somit das diskursive Ereignis *šabgebildet* wurde. Durch einen erneuten Wechsel der **Diskursebene**, hin zu einer politischen Rede, wird diese Diskursanalyse um ein viertes Medium erweitert. Des Weiteren soll durch die Analyse eines zweiten Fragmentes aus der Zeit der Königsdiktatur Zar Boris-III. verdeutlicht werden, welche Auswirkungen dieses diskursive Ereignis in der Praxis hatte und worin sich der Diskurs nun von den vorangegangenen zwei Phasen (bis 1918, und zwischen 1918 und 1934) unterschied. Da die Periode zwischen dem 19.5.1934 und 1944, wie noch gezeigt wird, nicht zufällig keinen großen Korruptionsskandal mehr kannte, soll ein *šgewöhnlicher* Pressartikel über eine korrupte Praktik aus dem Jahre 1935, erschienen im *Dnevnik*, dazu dienen, die nun typischen Kommunikationsstrukturen aufzuzeigen.

### **6.1. Umstürze und Autoritarismus ó Der historische Kontext**

Obgleich die Forschungsdebatten<sup>263</sup> um die autoritären Regime, nicht nur für Bulgarien, sondern für den gesamten (südost-)europäischen Kontext in der Zwischenkriegszeit nach wie vor keine einheitliche Bewertung hervorgebracht haben, so können doch einige Charakteristika als *communis opinio* angesehen werden: Zum einen sah, in bestem Einklang mit der gesamteuropäischen Entwicklung, auch Bulgarien in der Zeit zwischen 1918 und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein Wechselspiel verschiedener autoritärer Systeme. In Bulgarien schwankten die Ausrichtungen dabei zwischen links (Bauernbund) und rechts, mit einem kurzen Zwischenspiel zwischen 1931 und 1934, wobei auch die Schärfe des Autoritarismus der jeweiligen Regime variierte. Weiterhin kann konstatiert werden, dass auch die autoritären Regime der Zwischenkriegszeit nur allzu oft an ihrem eigenen Anspruch scheiterten<sup>264</sup> und die Ruhelosigkeit der System- und Richtungssuche erst durch den Totalitarismus stalinistischer Prägung zugedeckt wurde.

---

<sup>263</sup> Siehe dazu die in Fn. 216 und 217 zitierte Literatur, auf die sich auch im Folgenden bezogen wird.

<sup>264</sup> Vgl.: Crampton, Richard: *A Concise History of Bulgaria*, Cambridge, 1997, S. 157-164; Weiterhin: Daskalov, Rumen: *B lgarškoto ob-šestvo*, Bd. 1, S. 198-216.

Die wichtigsten autoritären Eigenschaften der Herrschaft Cankovs (1923-1926) waren die harte šSiegerjustizō über den Bauernbund, die Verfolgung der Kommunisten nach deren Anschlag auf Zar Boris in der Sveta Nedelja Kathedrale 1925, gefolgt von dem šGesetz zum Schutze des Staates (*zakon za za-štitata na d rftavata - ZZD*)ō mitsamt seinen Repressalien, und die Pressezensur. Ein besonderes Charakteristikum stellte hier auch die Idee eines überparteilichen Zusammenschlusses der Demokratischen Eintracht dar, die die Abkehr vom Parteiparlamentarismus nach 1934 teilweise vorwegnahm. Unter Cankovs Nachfolger Andrej Ljap ev (1926-1931) entspannte sich die Lage jedoch wieder und das Ausmaß der Repressalien ging zurück. Doch auch dies verhinderte nicht die Abwahl der Demokratischen Eintracht 1931, welche den einzigen šgewählten Regierungswechselō der Zwischenkriegszeit bedeutete.<sup>265</sup> Die Jahre 1931 bis 1934 sahen dann eine erneute Periode des Parlamentarismus, wie er zuletzt vor dem Ersten Weltkrieg praktiziert wurde. Der instabile bulgarische Parlamentarismus dieser Epoche jedoch vermochte es ebenso wenig die gewaltigen Probleme der Weltwirtschaftskrise, der Kriegsfolgen oder die Makedonien-Frage zu lösen, wie dies die vorangegangenen autoritären Regime geschafft hatten. Darüber hinaus diskreditierten die Parteien durch ihre persönlichen Kleinkriege, ihre schwache Organisationsstruktur, sowie ihren Hang zu Korruption und Bereicherung nicht nur sich selbst, sondern auch den Parlamentarismus und das Parteiwesen in toto. Der Einfluss gesamteuropäischer Strömungen autoritärer Staatsführung tat dann sein Übriges, um dem System den Todesstoß zu versetzen. Selbiger kam am 19.5.1934 durch den Putsch des Militärbundes und des Geheimbundes šZvenoō (Kette, Glied) unter der Führung Kimeon Georgievs<sup>266</sup>, der daraufhin Ministerpräsident wurde. Die šLeute des 19. Maiō (*devetnajceti*) verboten daraufhin alle Parteien, schlossen das Parlament, zentralisierten jegliche Form staatlicher Macht, unterwarfen die Presse einer strengen Zensur<sup>267</sup> und stärkten die Rolle der Armee durch Ernennungen und Übergabe politischer Ämter.<sup>268</sup> Kaum ein Jahr jedoch nach dem 19.5. musste auch die Regierung Georgievs, die hinter die in sie gesetzten Erwartungen zurückgeblieben war, ihren Platz räumen und Zar Boris III. setzte von nun an Minister und Regierungen nach seinem Belieben ein, wobei auch er die meisten der Maßnahmen des 19. Mais beibehielt.<sup>269</sup>

<sup>265</sup> Der gewählte Regierungswechsel von 1931 hatte in der Tat šhistorische Ausmaßeō. Zum einen wurde diese Wahl, als eine der wenigen zwischen 1878 und 1944 als šfreiō bezeichnet, und zum anderen wurden in der gesamten Periode zwischen 1878 und 1944 nur vier (sic!) von 44 Kabinetten abgewählt, wobei die übrigen allesamt entweder zerbrachen oder gestürzt wurden. Für die Zeitspanne zwischen 1918 und 1944 war es sogar die einzige durch Wahl legitimierte Regierung. Vgl.: Ebd., Bd. 1, S. 47f.

<sup>266</sup> Zur Person Kimeon Georgiev mangelt es immer noch an brauchbaren historiographischen Gesamtdarstellungen. Das Zentrale Staatsarchiv (CDA) Sofia schloss diese Lücke mit ihrer Herausgabe des persönlichen Archivs Georgievs 2007 zumindest was die Quellenbasis anbelangt. Siehe: Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, 4 Bände, Sofia, 2007-2009.

<sup>267</sup> Siehe dazu überblickshaft: Daskalov, Rumen: B lgarskoto ob-testvo, Bd. 2, S. 484f.

<sup>268</sup> Vgl. das Manifest der Regierung des 19.5.1934 in: Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 2, Sofia, 2008, Dok. 5, S. 41-43; Groueff, Stephane: Crown of Throns, S. 199-214. Vgl. weiterhin: Crampton, Richard: Concise History, S. 162ff.; Logio, George: Bulgaria. Past and Present, Manchester, 1936, S. 21-32; und: Daskalov, Rumen: B lgarskoto ob-testvo, Bd. 1, S. 207-210.

<sup>269</sup> Siehe sehr gut zur persönlichen Herrschaft Zar Boris-III: Groueff, Stephane: Crown of Throns, S. 215-252.

## **6.2. Exkurs: Ein spezieller historischer Kontext: Die Affäre Kosturkov 1933/34**

Obgleich der Umsturz des 19.5.1934 bereits länger von den Mitgliedern des Bundes *šZveno* und des Militärbundes (*voenen s juz*) vorbereitet wurde, bedurfte es doch noch eines Momentum, um das parlamentarische System im Handstreich abzuschaffen. Dieser Fall trat dann im Mai 1934 ein und war, wiederum nicht zufällig, auf eine weitere Korruptionsaffäre zurückzuführen.

Bereits im Jahre 1933 wurden gegen den Minister für Eisenbahnen, Post und Telegraphie Stojan Kosturkov (Radikale Partei) schwere Vorwürfe hervorgebracht, die sich allesamt auf korrupte Praktiken im Sinne des *partizanstvo* bezogen. So reichte der sozialdemokratische Abgeordnete Grigor *e-medfiev* eine polemische Anfrage an die Regierung in Bezug auf die im Ministerium herrschende Korruption und *partizanstvo* ein, die auch als gedruckte Broschüre herausgegeben wurde.<sup>270</sup> Im Einzelnen forderte *e-medfiev* hier Antworten von Minister Kosturkov auf die in den Gewerkschaftszeitungen angeprangerten Massenentlassungen von Arbeitern zugunsten von Parteigängern Kosturkovs, Ämterverkauf und Erpressung von Bestechungsgeldern. Kosturkov selbst soll diese Entlassungen von rund 10000 Angestellten damit begründet haben, dass selbige *pjanici i zloupotrebiteli* des alten Regimes gewesen seien.<sup>271</sup> Auch die Gewerkschaften versuchten durch Publikationen Druck auf den Minister auszuüben, vor allem indem sie ihm seine *šalten Ideale* gegenüber seinen Praktiken an der Macht vorhielten.<sup>272</sup> Kosturkov selbst unternahm keine großen Schritte, aus seinen (wohl unveröffentlichten) Memoiren ging jedoch hervor, dass er selbige Anschuldigung zum einen auf Intrigen der Sozialisten, die die Gewerkschaften kontrollierten, zurückführte. Zum anderen war es seiner Meinung nach Ministerpräsident Nikola *Mu-anov*, der diese ganze Aktion leitete und das Ministerium an die Liberale Partei oder den Bauernbund vergeben wollte.<sup>273</sup> Kosturkov musste dann am 10.5.1934 von seinem Posten zurücktreten, was, gewollt oder ungewollt, eine Krise auslöste, an der die Regierung zerbrach und den Umstürzern die Gelegenheit bot ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Wie die Rede K. Gegorgievs zeigte, war diese Affäre und die Gelegenheit, die sich dadurch bot, die Chance, auf die man gewartet hatte.

---

<sup>270</sup> Erschienen als Beilage der Zeitung *šNarod*: *Proizvoli i korupcija v M-voto na Kosturkov. Re ot Grigor e-medfiev proiznesena v Narodnoto S branie na 28 noemvri 1933 god*, (CDA F 929K Op.1, a.e. 6).

<sup>271</sup> Ebd., S. 3.

<sup>272</sup> Siehe z.B. die Broschüre der Eisenbahnergewerkschaft: *šNie obvinjavame Minist r Kosturkov. Partizanstvo, grabefi i anarhija v ffeleznicite i pristani-tata*, Sofia, 1934 (CDA F 929K, Op. 1, a.e. 7 S. 1-44), und: *Hristov, Stojko: šRadikal li e Minist r Kosturkov?*, Sofia, 1934 (CDA F 929K, Op. 1, a.e. 7 S. 46-66).

<sup>273</sup> Siehe die Notizen der Autobiographie Kosturkovs aus den 50er Jahren: CDA F 1555K Op. 1 a.e.1, S. 206-212.



### **6.3. Aktionismus und neue Macht ó Der institutionelle, situative und mediale Kontext**

Auf der Analyseebene des **institutionellen Kontextes** zeigte sich wiederum eine Veränderung in der Kommunikationsstruktur des Diskurses: Dieses Mal nahm die höchste Stelle, der Ministerpräsident persönlich, an dem Korruptionsdiskurs teil. Das hier behandelte Diskursfragment hatte dabei erneut keine intra-institutionellen Zwecke, sondern diente der Kommunikation zwischen dem neuen Ministerpräsidenten und der Öffentlichkeit, der dabei die Programmatik der neuen Führung, sowie deren Begründung vorgetragen wurden. Ein Novum, das auf ein erneutes diskursives Ereignis verwies, war dabei auch, dass dieses Fragment nur einen Autor ó den Redner selbst ó hatte, was auf die neue personale und hierarchische Struktur des Diskurses verwies. Eine Öffentlichkeit hatte dabei wiederum in keiner Form Anteil an dem Kommunikationsprozess, sondern figurierte als passiver Rezipient. Die Breitenwirkung dieses Fragmentes muss als außerordentlich hoch eingestuft werden: So bezog sich beispielsweise ein so exponierter Beobachter wie George Logio ausdrücklich auf diese Rede Georgievs<sup>274</sup>; ebenso wurde sie nicht nur von der Presse breit rezipiert, sondern auch gesondert als Druck der Reihe *šVölkische Wiedergeburtõ (narodno v zraftlane)* der *šDirektion für gesellschaftliche Erneuerungõ (direkcija na ob-estvena obnova)* gesondert veröffentlicht.<sup>275</sup> Dadurch wiederum ergab sich der **hybride mediale Charakter** dieses Fragments, das sowohl als mündliche Rede, als auch in Form eines gedruckten Textes auftrat, was beides in der Feinanalyse zu berücksichtigen sein wird. Der mündliche Charakter war jedoch auch in der gedruckten Version weiterhin gegeben, sodass in diesem Fall auch der **situative Kontext** erstens wesentlich deutlicher als bei den anderen Fragmenten hervortrat und zweitens an Bedeutung gewann. So kann konstatiert werden, dass sowohl der mediale, als auch der situative Kontext ganz entscheidend durch die Mündlichkeit des Diskursfragmentes geprägt waren. Selbige stand zum einen für ein deutlich personalisiertes Verhältnis zwischen Autor (Redner) und Publikum. Dieses Verhältnis kann dabei als typisch für die neuen Macht- und Kommunikationsstrukturen angesehen werden. Obgleich sich auch der bulgarische Parlamentarismus und das Parteiwesen zwischen 1878 und 1934 nie wirklich von einer Fixierung auf einzelne Personen gelöst hatte<sup>276</sup>, so verschob sich diese *šFührerfixiertheitõ* nun noch weiter hin zu einem einzigen Anführer (Stambolijski, Cankov, Georgiev, Boris III.). Dieser Anführer K.Georgiev trug seine Rede im Sofioter Theater *šRoyalõ* einem ausgewählten Publikum vor, das aus einer Versammlung der Putschisten, also vor allem Militärs und Angehörigen der neuen Elite, bestand.<sup>277</sup> Wie der Inhalt und die Vor- bzw. Nachrede General Danail Nikolaevs nahelegten, hatte diese Rede

---

<sup>274</sup> Logio, George: *Bulgaria. Past and Present*, Manchester, 1936, S. 21-32.

<sup>275</sup> Siehe die gedruckte Version der Rede in: *Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat)*, hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 2, Sofia, 2008, Dok. 41, S. 108-125 und vgl.: Ebd., S. 125 Fn. 1 zum Druck und Wiedergabe der Rede.

<sup>276</sup> Vgl.: Daskalov, Rumen: *B Igarskoto ob-estvo*, Bd. 1, S. 162f.

<sup>277</sup> Siehe die Anrede des Vorredners Gen. Danail Nikolaev an die *šVersammlungõ (s branie)*: *Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat)*, hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 2, Dok. 41, S. 108.

vornehmlich akklamatorischen Charakter: Die Programmatik, sowie die konkreten Maßnahmen der neuen Führung wurden verkündet und bejubelt. Folglich war auch das Bewusstsein des Fragmentes bzw. seines Autors für die soziale Interaktion des Textes mit dem unmittelbaren Publikum wesentlich höher als bei den vorangegangenen Diskursfragmenten. Konkret äußerte sich dies, wie in der Feinanalyse noch zu zeigen ist, vor allem im rhetorischen Bereich und in der Emotionalität der Rede, wie nicht zuletzt auch die Unterbrechungen und Reaktionen des Publikums anzeigten.<sup>278</sup> Diese rhetorischen Effekte sowie die Rede als Ganzes waren jedoch kein Produkt spontaner Mündlichkeit, sondern ein geplanter und vorbereiteter Sprechakt, sodass hinter den Aussagen und Effekten keine Zufälligkeit, sondern ein absichtlicher Diskursbeitrag identifiziert werden kann.<sup>279</sup>

#### **6.4. Wille zur Macht ó Der Autor Kimon Georgiev**

Der Autor dieses Diskursfragmentes Kimon Georgiev kann stellvertretend für die autoritären und elitären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen im Bulgarien der Zwischenkriegszeit verstanden werden. Ebenso stand er wie kein anderer für den šWillen zur Machtš

Die wohl prägendste Erfahrung, für Georgiev wie auch für viele andere bulgarische Politiker der Zwischenkriegszeit, war die Zeit in der bulgarischen Armee und die Fronterfahrung im Ersten Weltkrieg.<sup>280</sup> Geradezu symptomatisch für die schwierige innenpolitische Lage nach dem verlorenen Krieg 1918 war der hohe Einfluss des Militärs auf die Politik, der vorher nur im Kriegsministerium und am Hofe Ferdinands eine herausragende Rolle spielte. Die Friedensbestimmungen von Neuilly verringerten zwar die Stärke und Kampfkraft der bulgarischen Armee, sorgten so jedoch für den Übergang zahlreicher Militärs in die Zivilverwaltung und für die Organisation von militärischen Interessensverbänden, die aktiv in die Politik strebten.<sup>281</sup> Selbige waren zum einen Auffangbecken für enttäuschte Offiziere und Soldaten, und zugleich Schulen für neue Kader, militärische wie zivile. Elitäres Denken, patriotischer Nationalismus, orthodox-christliche konservative Werte, Antipluralismus und Antiparlamentarismus waren dabei das vorherrschende intellektuelle Gedankengut dieser Kreise.<sup>282</sup>

---

<sup>278</sup> Selbige sind in der Druckversion des Textes hauptsächlich als šApplausš (*r kopl slane*) und Zwischenrufe gekennzeichnet.

<sup>279</sup> Vgl. wiederum: Ebd., S. 125 Fn. 1., nach denen das Manuskript der Rede in den persönlichen Unterlagen Georgievs gefunden wurde, was ebenfalls auf die bereits vorgefasste Absicht einer Publikation hinweisen könnte.

<sup>280</sup> Siehe dazu vor allem den ersten Band der Veröffentlichung seines persönlichen Archivs: *Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat)*, hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 1, Sofia, 2007.

<sup>281</sup> So wurde in dem Friedensvertrag von Neuilly im Falle Bulgariens nicht nur die Anzahl der Soldaten auf 20000 (insgesamt 33000 inklusive Polizei etc.) begrenzt, sondern auch die Anzahl der Waffen, die im Lande verbleiben durften. Siehe: Crampton, Richard: *Aleksandur Stambolijski*, S. 78-85.

<sup>282</sup> Siehe dazu allgemein: Markov, Georgi: *Voenite v izp Initelnata vlast*, in: *120 godini izp Initelna vlast v B Igarija*, Sofia, 1999, S. 104-115; Weiterhin geben auch die in Georgievs persönlichem Archiv erhaltenen Dokumente über die Forderungen des Bundes der Reserveoffiziere nach der Bevorzugung von (ehemaligen) Offizieren bei der Einstellung in die Zivilverwaltung (Siehe z.B.: *Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat)*, hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 1, Sofia, 2007, Dok. 100) Aufschluss über die innenpolitische Rolle der Armee nach dem Ersten Weltkrieg.

Dies war auch die Umgebung in der K.Georgiev seine Sozialisation erhielt und seine politische Heimat fand. Geboren 1882, Abschluss der Militärschule 1902, verwundet 1916 und aus der Armee entlassen 1920, war er bereits 1919 einer der Begründer der Militärliga (*voennen s juz*), Teilnehmer des Umsturzes 1923, Mitglied der Demokratischen Eintracht und von 1926 bis 1928 Minister für Eisenbahnen, Post und Telegraphie in der Regierung Andrej Ljap evs.<sup>283</sup> In der Folge wandte er sich noch weiter vom Parteiwesen und dem Parlamentarismus ab und konzentrierte sich auf die Arbeit in den Geheimbünden *Zveno*, der Geheimen Militärliga (*tajen voennen s juz*) und den Freimaurern.<sup>284</sup> 1934 schließlich war er der Anführer der Geheimbünde und des Militärs bei ihrem Umsturz und dem Aufbau eines partei- und parlamentslosen autoritären Bulgariens, von deren Spitze er jedoch bereits Anfang 1935, als Zar Boris selbst die Macht in die Hand nahm, wieder abtreten musste. Dass jedoch die programmatischen und ideologischen Haltungen Georgievs sich durchaus seinen persönlichen Ambitionen anpassten, zeigte seine Orientierung an die politische Linke während des Zweiten Weltkriegs, seine Arbeit in der Führung der šHeimatländischen Frontõ (*ote estvenija front*) und seine Position als Minister und Abgeordneter im kommunistischen Bulgarien stalinistischer Prägung 1946-1962.

Der Autor dieses Diskursfragmentes zeigte sich also, gerade zum Zeitpunkt der Entstehung des Textes 1934, als Spiegelbild seiner Epoche und darüber hinaus auf dem vorläufigen Höhepunkt seiner Macht. Wie die Rede zeigte, war er sich seiner Stellung und Macht nur zu sehr bewusst und wählte die Rede, den Ort und das Publikum nicht zufällig aus, um die Prinzipien seiner Herrschaft zu verkünden. Wie der Vor- und Nachredner, der šPatriarch des bulgarischen Soldatenõ (*patriarh na b lgarskata vojska*)<sup>285</sup> General Danail Nikolaev dabei deutlich machte, musste das Publikum šzufrieden sein, dass wir informiert wurden, was die Regierung gemacht hat und was in der Zukunft noch gemacht wirdõ<sup>286</sup>.

### **6.5. Der 19. Mai und der neue Staat ó K.Georgievs Rede vom 12. Juli 1934**

Im Falle dieses Diskursfragmentes sind einige Besonderheiten zu beachten, die ebenfalls Auswirkungen auf die Struktur- und Feinanalyse haben. So steht diese Rede nicht in einer Reihe mit anderen Diskursfragmenten, weshalb eine Analyse ihrer Struktur gleichbedeutend mit einer Makroanalyse des Textes ist. Zweitens figurierte Korruption in diesem Fragment lediglich als Unterthema, wenngleich auch als das bedeutendste Unterthema. Auch wurde Korruption wiederum nicht als solche benannt, sondern es wurde lediglich auf die korrupte Praxis des *partizanstvo* verwiesen. Selbige Praxis jedoch war, wie noch

---

<sup>283</sup> Interessant war hierbei auch, dass Georgiev 1928 aufgrund von Uneinigkeiten mit dem Ministerpräsidenten in Bezug auf den Stabilitätskredit des Völkerbundes zurücktrat, wobei davon gesprochen wurde, dass zum ersten Mal ein Minister die šWärme eines Ministeriums aus rein prinzipiellen Gründen verließõ (Siehe: Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 1, Sofia, 2007, Dok. 291).

<sup>284</sup> Siehe überblicksartig zu den Geheimbünden und ihrem innenpolitischen Einfluss: Daskalov, Rumen: B lgarskoto ob-testvo, Bd. 1, S. 226-236 und 243f.

<sup>285</sup> Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 2, Dok. 41, S. 109

<sup>286</sup> Ebd., S. 125.

gezeigt wird, einer der Hauptgründe für den Umsturz des 19. Mai und die folgenden Veränderungen, so dass dieses Diskursfragment mit Recht einen Platz im Korruptionsdiskurs beanspruchte.

Im Folgenden soll sich daher auf die Teile der Rede konzentriert werden, die für eine Untersuchung des Korruptionsdiskurses von Bedeutung waren. Makrostrukturell konnte die Rede dabei weniger in feste inhaltliche Abschnitte, als vielmehr in ein Wechselspiel des Vergleichs zwischen der Vergangenheit und der gegenwärtigen Situation gegliedert werden. Eingerahmt wurde die Rede Georgievs dabei von der Vor- und Nachrede General Danail Nikolaevs, der die Versammlung eröffnete und schloss, stets mit dem Hinweis auf die Rolle und Position Georgievs.<sup>287</sup> Georgiev selbst wechselte dann in seiner Rede immer wieder geschickt zwischen Beschreibungen des alten, verfallenen Regimes und der neuen Führung hin und her, so dass ein moralisch-bewertendes Kontrastbild entstand.<sup>288</sup> Der Vortrag begann mit einem Rekurs auf eine Rede Gegorgievs, die er vier Monate zuvor über seine Ansichten zur Lage des Landes und der Notwendigkeit einer überparteilichen Macht (*nadpartijna vlast*) gegeben hatte.<sup>289</sup> Dort rechtfertigte er diese Notwendigkeit mit der Unfähigkeit der Parteien die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, aber auch die generelle Autoritätslosigkeit des Staates, den Zwist der Parteien untereinander und den allgemeinen moralischen Verfall, der das Parlament zur „Verkörperung von Faulheit, Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit“ werden ließ, das dazu bestimmt war „nicht die Verwaltung zu kontrollieren und den Fortschritt der Nation zu sichern, sondern die Verantwortungslosigkeit der Verwaltung zu garantieren.“<sup>290</sup> Daraufhin folgte eine kurze Darstellung der Ereignisse des 19. Mais,<sup>291</sup> bevor er zu einer Kurzcharakteristik der neuen Macht (*novata vlast*) überging. Hier wurden die grundlegenden Eigenschaften genau im Gegensatz zu denen der „gestrigen schandhaften Vergangenheit“ (*dov era-to poro no minalo*) vorgestellt: Die neue Macht müsse stark, autoritär und kompetent sein, sowie ein unterstützendes arbeitsfähiges Parlament haben, dass vom Volke ohne Parteien gewählt werde (welches de facto jedoch erst 1938 wieder eröffnet wurde). Weiterhin wurden eine Sozialpolitik, korporative Wirtschaftsorganisation, Zentralisierung der Verwaltung und eine neue Erziehungspolitik<sup>292</sup> in das Programm aufgenommen.<sup>293</sup> Der folgende Teil der Vorstellung von Maßnahmen, die nach dem 19. Mai

---

<sup>287</sup> Siehe: Ebd., S. 108 und 125.

<sup>288</sup> Georgiev selbst betonte im Schlusspunkt seiner Rede, dass er „im „Gegengewicht“ zur Vergangenheit nicht auf große Worte, sondern auf Taten aus sei und wiederum sein ganzes Programm im Gegensatz zu den bisher bestehenden Tendenzen zu verstehen sei. Siehe: Ebd., S. 124.

<sup>289</sup> Ebd., S. 109f.

<sup>290</sup> Ebd., S. 109: „[I]n dem Parlament t, vmesto da e emanacija na intelekta, komepentnostta i morala na nacijata, e olicetvorenje na lenost, bezgriflie i bezotgovornost, prednazna en ne da kontrolira upravlenieto i da izgrafta progressa na nacijata, a da garantira bezotgovornostta na upravlenieto, kato dade ubefti-te za oholno i bezpe no preftivjavane na naj-energi nite i s naj-golemi zaslugi k m partijata dejateli.“

<sup>291</sup> Ebd., S. 111f.

<sup>292</sup> Siehe Ebd., S. 113: „Damit der Schatz der Nation ó die Jugend ó, die wertvollste Garantie der Zukunft des Volkes wird, hält es die Regierung für ihre höchste Pflicht, Alles zu tun, dass sie [die Jugend, C.N.] durchdrungen wird vom tiefen Glauben an das Schicksal der Nation und ihre historische Mission, vom Kult an den Staat, vom Geist nationaler Disziplin und von der Liebe zur Arbeit.“

<sup>293</sup> Ebd., S. 112f.

bereits durchgeführt wurden, nahm den bei weitem größten Teil der Rede ein, was wiederum den akklamierenden Charakter der Rede unterstrich, in der Maßnahmen bekannt gegeben und bejubelt, jedoch weder diskutiert noch legitimiert wurden.<sup>294</sup> Für den Korruptionsdiskurs von besonderer Bedeutung war, dass die ersten Maßnahmen, die Georgiev hier aufzählte, in unmittelbarem Bezug zu der korrupten Praktik des *partizanstvo* standen: So nannte Georgiev unter Punkt Eins die Liquidierung (sic!) des parlamentarischen Systems, dass sich selbst mit der schändlichen Ministerkrise der Affäre Kosturkov beendet habe und unter Punkt Zwei die Liquidierung der *partizan-tina*, die alle gesellschaftlichen Schichten schädige.<sup>295</sup> Beide Punkte wurden, laut Anmerkung, von der Versammlung mit heftigem Applaus begrüßt.<sup>296</sup> Bereits hier wurde deutlich, wie sehr Parlamentarismus und das Parteiwesen mit (einer bestimmten Form von) Korruption verbunden waren, und welchen Stellenwert dies in der Legitimation des Umsturzes und seiner Maßnahmen, verbatim auch im Zusammenhang mit der Affäre Kosturkovs als Nagel in den Sarg des Parteiparlamentarismus, einnahm. In gleicher Weise hatte bereits das Manifest der Regierung Georgievs am 19.5.1934 die Parteien, ihre Uneinigkeit und Korruptiertheit für den Verfall (*razval*) des Landes verantwortlich gemacht und einzig und alleine die Armee als von diesem Prozess ausgenommene Institution zur Herrschaft legitimiert.<sup>297</sup> Wenn Georgiev nach diesen Ausführungen noch einmal zurück zu einigen Skandalen der Vergangenheit kam und selbige ausschließlich von dem Autoritätsmangel und Unwillen des alten Systems (z.B. in der Bekämpfung der IMRO)<sup>298</sup>, sowie mit Fällen von šorganisiertem Raub vom Staatō durch die Vertreter des Systems (*organiziranjat grabefl na d rftavata*) als gewöhnliche Erscheinungen handelten, so war dies kein Zufall. Die besondere Form, in der Georgiev dies vortrug, nämlich mit dem Verweis auf š10 Seiten, auf denen die skandalösen Fakten des Lebens verschiedener Behörden einer nach dem anderen aufgezählt sindō, die er jedoch nicht im Einzelnen ansprechen wollte, verwies m.E. auf die Affäre Kosturkov als Auslöser des Umsturzes, als **Kulmination** langjähriger korrupter Praktiken. Wie diese Diskursanalyse hier zeigen will, ging es dabei nicht zuletzt um das kommunizierte Ausmaß von Korruption, dass, aufgrund ausbleibender diskursiver Ereignisse als šgesellschaftliche Reinigungsprozesseō, sich zumindest in der Perzeption immer weiter aufstaute und sich dann in dem Umsturz von 1934 entlud. Georgiev selbst deutete ähnliches in seinem Schlusswort an, als er das šsich-ergehen in Worten und Argumentationen in schwachen Kasusō als Relikt der Vergangenheit bezeichnete, wohingegen er und die šneue Machtō die šBeredsamkeit der Sacheō (*krasnore ieto na delata*) bevorzugte.<sup>299</sup> Diese Denkweise, in der auf Korruption nur noch allgemein als Charakteristikum einer schwachen, verkommenen Vergangenheit verwiesen werden muss, passte in die machtzentrierten

---

<sup>294</sup> Ebd., S. 113-119.

<sup>295</sup> Ebd., S. 113.

<sup>296</sup> Ebd.

<sup>297</sup> Siehe: Ebd., Dok. 5, S. 41ff.

<sup>298</sup> Ebd., Dok. 41, S. 119f.

<sup>299</sup> Ebd., S. 124.

Autoritarismen, nicht nur der bulgarischen, sondern auch der gesamteuropäischen Zwischenkriegszeit. So kann es auch kaum als Zufall angesehen werden, dass Georgiev fast durchgängig von šneuer (staatlicher) Machtō (*vlast*), und nicht etwa von šneuer Regierungō oder šneuer Verwaltungō sprach. Ein energischer Aktionismus, von oberster Machtstelle aus angeleitet, sollte von nun an den langsamen, verschlungenen und oftmals so ineffektiven Diskurs ablösen.

Wie verschärft nach dem Umsturz 1934 im Vergleich zu 1923 vorgegangen wurde, zeigte auch Georgievs expliziter Vergleich mit und Absetzung von dem Umsturz Cankovs von 1923, wobei er den großen Unterschied hervorhob, dass sich Cankov lediglich gegen eine Partei (den Agrarierbund Stambolijskis), der Putsch 1934 jedoch gegen alle Parteien richtete.<sup>300</sup> Die Abschaffung des Parteiparlamentarismus als Ganzem, der mit der Unfähigkeit und Korruption der Parteien begründet wurde, war also die Hauptlegitimation für den Umsturz von 1934. Als weitere Legitimationsgrundlagen verwies Georgiev auf das Wohlwollen des Zaren, welcher die Ernennung der neuen Regierung unterzeichnet hatte und vor allem auch auf die, nicht gerade selbstverständliche, Unterstützung aus dem ländlichen Bulgarien, das den Umsturz Cankovs 1923 mit einigem Widerstand bedacht hatte.<sup>301</sup> Die Suche nach bzw. die Legitimation selbst waren also, neben der Vorstellung des Programms an sich, die inhaltlichen Hauptpunkte dieser Rede und innerhalb dieser Legitimation wiederum spielte Korruption die entscheidende Rolle. Ähnlich wie schon 1923 wurde der Korruptionsvorwurf als wichtiges politisches Mittel instrumentalisiert, um die eigene Herrschaft zu rechtfertigen und die der Gegner zu delegitimieren. Das genuin Neue daran war nun im Vergleich zu der Vorkriegszeit, dass dieses Mittel genutzt wurde um post faktum die autoritäre Machtübernahme zu rechtfertigen, wohingegen es bis 1918 als rhetorisches Mittel in den Propagandakämpfen der Parteien genutzt wurde.

## **6.6. Korruption aus der Vergangenheit ó Der Dnevník 1935**

Im Folgenden werden nun anhand eines ausgewählten Beispiels einmal die praktischen Auswirkungen des diskursiven Ereignisses von 1934 aufgezeigt, indem ein weiteres Diskursfragment aus dem Jahre 1935, also bereits nach der Machtübernahme Zar Boris-III., vorgestellt und analysiert wird. Dabei kann jedoch nicht im Einzelnen auf die Änderungen im Sinne von Zensurbestimmungen<sup>302</sup> oder den Auswirkungen der Partei- und Parlamentslosigkeit eingegangen werden. Stattdessen muss zunächst einmal konstatiert werden, dass die Jahre nach dem 19.5.1934 bis zum Ende des Weltkrieges keinen Korruptionsskandal mehr kannten, der in seinen Ausmaßen mit den bislang untersuchten Fällen vergleichbar gewesen wäre. Dies kann jedoch m.E. nicht unbedingt darauf zurückgeführt werden, dass Korruption nicht oder wesentlich weniger praktiziert wurde. Viel ergiebiger scheint dagegen der Ansatz eine Änderung der

---

<sup>300</sup> Ebd., S. 111.

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> Zur Pressezensur siehe wiederum: Daskalov, Rumen: B lgarskoto Ob-testvo, Bd. 2, S. 484f.

Kommunikationsstruktur im Korruptionsdiskurs anzunehmen, die in dem folgenden Diskursfragment, sowie in dem übergreifenden Fazit dieser Arbeit erarbeitet und begründet werden sollen. So kann man davon ausgehen, dass sich nicht unbedingt die Korruption verringerte, sondern, dass die Kommunikation über Korruption aus mehreren Gründen nahezu zum Erliegen kam. Verantwortlich dafür zeigten sich zum einen die strenge Zensur und zum zweiten das Fehlen von Parteien, Opposition und Parlament, die als kommunikative Institutionen stets ein Interesse an der *Ver-öffentlichung* von Korruption hatten. Mit ihrem Verschwinden jedoch und dem Fehlen jeglicher institutioneller Gegenspieler zu der Macht des Zaren verschwanden auch die Diskursteilnehmer, sowie die institutionelle Konkurrenz um Legitimation bzw. Delegitimation. Wie oben bereits konstatiert, war die politische Instrumentalisierung von Korruption bzw. Korruptionsvorwürfen eines der Hauptmotive für die institutionelle Kommunikation. Mit dem Wegfallen dieser Teilnehmer jedoch fiel auch ein Teil der (wenn auch halbstaatlichen) öffentlichen Kommunikationssphäre weg, die zur *šKonstruktion von Korruptionō* als (großem) Ereignis notwendig war. Auch die Regierungsweise des Zaren, der in regelmäßigen Abständen die Kabinette umbesetzte und Minister entließ, verhinderte, dass die Minister sich eine sichere Machtbasis erarbeiten und diese für Korruption nutzen konnten. Nichtsdestoweniger konnte auch die Königsdiktatur Zar Boris- die Korruption wohl nur von der höchsten Regierungsebene<sup>303</sup> und aus der Öffentlichkeit verdrängen, nicht jedoch die nach 1935 wieder wachsende Zahl der niederen Beamten<sup>304</sup> oder zahlreiche andere Erscheinungen von Korruption vor allem auf der niederen Ebenen beseitigen.<sup>305</sup>

### **6.7. Unfähige Buchhalter und alte Ordnungen ó Feinanalyse des Artikels vom 19.5.1935**

Die Kontexte dieses Diskursfragmentes sind m.E. mit gutem Recht zu vernachlässigen: Auf den **historischen Kontext** wurde in diesem Kapitel bereits ausführlich eingegangen; der **mediale** Kontext bezog sich wiederum auf die Zeitungskommunikation, deren Spezifika unter den neuen Bedingungen nach dem 19.5.1935 innerhalb der Textanalyse aufgezeigt werden; **institutionell** schließlich handelte es sich wiederum um den bereits ausführlich besprochenen *Dnevnik*, die größte politisch unabhängige Tageszeitung Bulgariens, bei der hier allerdings die spezifischen Bedingungen einer neuen, verschärften Pressezensur hinzutraten.

Bei der Durchsicht der Jahrgänge 1934 bis 1939 des *Dnevnik* fiel als erstes der Umstand auf, dass das Thema Korruption, so es denn überhaupt behandelt wurde, von der Frontseite auf die hinteren Seiten der Zeitung verbannt worden war. Auch der Raum, der dieser Thematik gewidmet wurde, reduzierte sich

---

<sup>303</sup> Hierbei ist es jedoch wahrscheinlicher, dass selbige Fälle lediglich nicht mehr publik wurden, wie noch unter dem Parlamentarismus. Zu anonymen Vorwürfen gegen den Minister für Eisenbahnen Avramov von 1938 beispielsweise, der der Begünstigung seiner Verwandten und Unterschlagung bezichtigt wird, siehe z.B. einen anonymen Brief an Zar Boris: CDA F 3K Op. 12, a.e. 806, S. 1f.

<sup>304</sup> Daskalov, Rumen: *B lažskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 78.

<sup>305</sup> Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 247-274 stellt hier z.B. ein System von Korruption im Zusammenhang mit den antijüdischen Maßnahmen nach 1941 da.

drastisch auf einige kleinere Artikel. Dieser graphische Umstand deutete bereits an, dass der Korruptionsdiskurs die Schlagzeilen der Frontseiten verlassen musste, um weiter hinten als eines unter vielen minderwichtigen Themen zu figurieren.

Inhaltlich wurde deutlich, dass es sich stets um Fälle von Unterschlagung kleineren Ausmaßes durch niedere bis mittlere staatliche Angestellte handelte. Bestechung, oder das vorher als Raub bzw. Diebstahl bezeichnete Unterschlagen großer Summen durch führende Politiker kam nicht einmal vor und auch das so oft behandelte *partizanstvo* wurde nur noch einige wenige Male erwähnt.

Der Artikel des *Dnevnik* vom 15.11.1935<sup>306</sup> über Unterschlagungen durch den Kassierer des Bades im Sofioter Vorort Ov a Kupel kann in diesem Zusammenhang als idealtypisches Muster gesehen werden. Der Artikel erschien auf Seite 3 links unten auf zwei Spalten, mit 11 Absätzen, 69 Zeilen und 299 Wörtern, also von durchaus geringem Umfang. Des Weiteren war dieser kleine Artikel durch drei hervorgehobene Überschriften unterteilt (1. šDie Unterschlagung im Bad Ov a Kupel, Eine der vielen Fälle (*delo*) aus der Vergangenheit. Was erzählte der unterschlagende Kassierer. Urteilō; 2.šWas erzählte der Kassiererō; 3. šUrteilō), die den Inhalt sowohl gliederten, als auch bereits kurz und prägnant zusammenfassten und dabei verhältnismäßig viel Platz einnahmen. Der Raum, der hier der Korruptionsberichterstattung eingeräumt wurde, war also knapp und verwies auf das niedere Niveau, auf dem die korrupte Praktik stattfand, sowie auf die Klassifizierung als eher unwichtig.

Der kurze Text gliederte sich inhaltlich in sechs Sinnabschnitte, die folglich nur wenige Aussagen enthielten, wobei die Makrostruktur des Textes aus der einfachen Gliederung šBehauptung ó Beispiel ó Folgerungō bestand, in dem auf jegliche Argumentation verzichtet wurde. Stattdessen wurde aus dem Einzelfall mittels einer logischen Induktion auf die šgesamte Vergangenheitō geschlossen. Eingeleitet wurde hier unvermittelt in die Behauptung, die mit einem Satz den ersten Absatz ausfüllte und den ersten Sinnabschnitt darstellte: šEs vergeht kein Tag, an dem nicht irgendein Buchhalter (*o etnik*) aus der Vergangenheit, der beschuldigt wird staatliche Gelder veruntreut (*e e zloupotrebil*) zu haben, vor Gericht geschickt wird.ō Besonders augenfällig war bereits hier die simple Bezeichnung šaus der Vergangenheitō (*ot minaloto*), die als korrupt dargestellt wurde. Ebenso charakteristisch war, dass für die gesamte Darstellung des Falles das Vergangenheitstempus beibehalten, die Verurteilung des Angeklagten jedoch im Präsens präsentiert wurde, was die Unterscheidung zwischen korrupter Vergangenheit und sauberer, gesetzestreuer Gegenwart verfestigte.

Im zweiten Sinnabschnitt (Absatz 2-4, Z. 6-22) wurde der Fall des Kassierers Gjuro Atap vorgestellt, dem bei einer Finanzrevision ein Defizit von 18 Tsd. Lewa in den Kassen nachgewiesen wurde. Im dritten Sinnabschnitt (Absatz 5-7, Z. 23-46) wurde, zum einen um die Ursachen des Falles offenzulegen und zum anderen, um die Authentizität des Herganges zu unterstreichen, die Aussage des Kassierers vor Gericht

---

<sup>306</sup> *Dnevnik* Nr. 10772, 15.11.1935, S. 3.



scheinbar wörtlich und in der Ich-Form widergegeben. Nicht unbeabsichtigt war die Aussage des Kassierers dazu geneigt Mitleid mit selbigem zu empfinden und den wahren Schuldigen in dem Minister zu sehen, der ihn ernannt hatte. So sagte der Kassierer aus:

šNicht ich bin schuld. Ich bin ein Mensch, der von Rechnungen (*smetki*) nicht viel versteht und vielleicht habe ich daher diesen Fehler gemacht. Schon als man mich ernannte, habe ich mich bei dem ehemaligen Minister Petrov gezeigt und gesagt, dass dieser Dienst (*dl fhost*) nicht für mich ist. Er hat mich beruhigt und gesagt: Du wirst dich daran gewöhnen, du wirst dich daran gewöhnen, das ist eine einfache Arbeit. Ich nahm die Arbeit an und habe mich angestrengt so sehr ich konnte mich an die Arbeit zu gewöhnen, aber wie sie sehen, habe ich Fehler gemacht.<sup>307</sup>

Damit wurde der šwahrhaft Schuldige, der ehemalige Minister, der leichtfertig große Verantwortung an ungeeignete Leute verteilte, in den Sinnzusammenhang eingeführt. So stimmte der *Dnevnik* im folgenden vierten Sinnabschnitt (Absatz 8/9, Z. 47-54) auch zu, dass der Kassierer vielleicht nichts von seiner Arbeit verstand, nichtsdestoweniger entstand ein Defizit, wofür der Kassierer mit Recht, wie der fünfte Sinnabschnitt (Absatz 10, Z. 55-58) mitteilte, mit einem Jahr Gefängnis bestraft wurde. So schließlich wurde auch die neue Gegenwart, die zwar durchaus verständnis- und maßvoll, jedoch auch streng im Auslegen und Anwenden der Gesetze ist, der Verantwortungslosigkeit in der Vergangenheit gegenübergestellt. Im anschließenden Schlusskommentar (Absatz 11, Z. 59-69) wurde dann noch einmal die Repräsentativkraft dieses Falles für die šOrdnungen der Vergangenheit (*porjadkite ot minaloto*), in der Tausende und Tausende von Leuten mit höherer Ausbildung ohne Arbeit dastanden und in die entsprechenden Ämter Analphabeten berufen wurden, deren einziger Zensus darin bestand ein *partizanin* und Freund der Herrschenden zu sein<sup>308</sup>, betont.

## **6.8. Gesamtinterpretation**

Die zwei in diesem Kapitel untersuchten Diskursfragmente stehen m.E. repräsentativ für das, was hier als die dritte Phase des Korruptionsdiskurses zwischen dem Anfang des 20. Jahrhunderts und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges verstanden werden soll. Das erste Fragment, die Rede Kimon Georgievs vom 12.7.1934 verwies dabei, zum zweiten Mal nach dem Umsturz von 1923, auf ein dem Diskurs vorangegangenes diskursives Ereignis, welches die Kommunikationsbedingungen, die möglichen Aussagen und Positionen im Diskurs grundlegend veränderte. Das kommunikative Potential von Korruption, welches, selbst nach dem Umsturz von 1923, keine als ausreichend empfundene Katharsis erfahren hatte, hatte sich, wie die Rede zeigte, so weit aufgestaut, dass der Überdruß über Korruption zu sprechen und sich stattdessen in einem machtzentrierten Aktionismus zu ergehen verbatim von Georgiev erwähnt wurde. Wurde der Korruptionsdiskurs vor dem Ersten Weltkrieg vor allem durch die Parteien als Generalvorwurf in den täglichen Propagandakämpfen instrumentalisiert, so wurde er von dem Cankov-

---

<sup>307</sup> Ebd.

<sup>308</sup> Ebd.

Regime 1923 bereits eingesetzt, um einen Umsturz und eine Systemänderung zu rechtfertigen. 1934 figurierte politische Korruption als eine der ersten Rechtfertigungen nicht nur für einen neuerlichen Umsturz, sondern Korruption wurde nun vollends mit dem parteiparlamentarischen System gleichgesetzt und diente als Legitimation für dessen Liquidierung. Ebenso zeigte sich das elitäre Verhältnis der hauptsächlich durch die Armee unterstützten Umstürze in Bezug auf den öffentlichen Kommunikationsraum. Symbolisch stand hierfür die Form der Rede Georgievs, die nicht zufällig vor dem elitären Publikum einer Versammlung der Militärliga, aber in einem öffentlichen Gebäude (Theater) abgehalten wurde, also auch hier symbolisch die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch die šMachtö andeutete. Bereits im Zuge des Umsturzes 1923 hatten sich hier Veränderungen bemerkbar gemacht: Vor dem ersten Weltkrieg bemühten sich die Parteien den Korruptionsdiskurs zur gesellschaftlichen Skandalisierung einzusetzen, um so (gesellschaftlichen) Druck auf ihre Gegner auszuüben und innerhalb gewisser systemischer Grenzen die Herrschaft zu übernehmen. Schon 1923 wurden der Öffentlichkeit Beschreibungen von Korruption švorgesetztö, die die Umgehung der systemischen Grenzen zur Machtübernahme legitimierten, selbige musste jedoch noch vor der Gesellschaft möglichst genau dargelegt und akklamiert werden. 1934 dann war der Bezug nur noch im Allgemeinen notwendig, kein spezifizierter Diskurs war mehr nötig um das diskreditierte alte System abzuschaffen. Hierbei sei auch angemerkt, dass die gesellschaftliche Zustimmung zu dem Umsturz und den Veränderungen des Jahres 1934 außerhalb der alten Partieliten als sehr hoch einzustufen war.

Das zweite hier vorgestellte Diskursfragment war dazu geeignet zu zeigen, wie nach diesen diskursiven Ereignissen die Kommunikation von Korruption in der Praxis aussehen konnte, wobei klare kommunikative Grenzen deutlich wurden. Wie hier erkennbar, wurde Korruption erstens als Relikt der Vergangenheit dargestellt, dass in der šneuen Zeitö, der Gegenwart, rigoros ausgemerzt wurde. Als Schuldige für diese Überreste wurden expressis verbis die Vertreter der ehemaligen parteipolitischen Eliten vorgestellt. Bezeichnenderweise erstreckte sich die Berichterstattung des *Dnevnik* in den Jahren 1935-39, wenn überhaupt über Korruption berichtet wurde, auf Fälle, die bereits aufgedeckt, verhandelt und meist auch schon mit einem Schuldspruch beendet waren.<sup>309</sup> Anklagen, Vorwürfe oder durch die Presse oder sonstige šöffentliche Akteureö aufgedeckte Fälle waren nun nicht mehr möglich. Wenn unter den neuen Bedingungen überhaupt noch Korruptionskritik möglich war, so musste diese sich, wie etwa im Falle der Berichte über das šparteilose *partizanstvoö* (*bežpartijno partizanstvo*)<sup>310</sup>, in die neuen Bedingungen fügen.

---

<sup>309</sup> Siehe: *Dnevnik* Nr. 10584, 30.3.1935, S. 1; Nr. 10822, 16.1.1936, S. 2; Nr. 10823, 17.1.1936, S. 2; Nr. 10891, 9.4.1936, S. 3; Nr. 10908, 1.5.1936, S. 3; Nr. 10911, 8.5.1936, S. 3; Nr. 10956, 30.6.1936, S. 3; Nr. 11082, 2.11.1936, S. 2; Nr. 11161, 4.3.1937, S. 6; Nr. 11203, 23.4.1937, S. 2; Nr. 11436, 4.2.1938, S. 2; Nr. 11446, 16.2.1938, S. 2; Nr. 11463, 9.3.1938, S. 2; Nr. 11515, 12.5.1938, S. 2; Nr. 11671, 17.2.1938, S. 2.

<sup>310</sup> Unter dieser Parole wurde über das Phänomen der weiter fortbestehenden Patronage berichtet, die laut Propaganda eigentlich nur in einem parteiparlamentarischen System existieren konnte, trotzdem als Phänomen immer noch nicht verschwunden war. Siehe z.B.: *Dnevnik* Nr. 10650, 21.6.1935, S. 1; Nr. 10655, 27.6.1935, S. 1; Nr. 10676, 23.7.1935, S. 1; Nr. 10748, 16.10.1935, S. 4; Nr. 10929, 28.5.1936, S. 6; Nr. 11127, 22.1.1937; Nr. 11490, 11.4.1938, S. 2.

Innerhalb dieser kommunikativen Grenzen wurden weiterhin bestehende korrupte Praktiken entweder als Relikt der Vergangenheit<sup>311</sup>, oder als bereits im Prozess der Lösung begriffen<sup>312</sup>, dargestellt.

---

<sup>311</sup> Siehe exemplarisch den Artikel šbezpartijno partizanstvo im Dnevnik Nr. 10929, 28.5.1936, S. 6.

<sup>312</sup> Siehe exemplarisch den Artikel über eine neues Gesetz šzur Säuberung des Beamtenkaders im: Dnevnik Nr. 11490, 11.4.1938, S. 2. Obgleich sich die Zeitung jeglichen kritischen Kommentars enthielt, wurde indirekt deutlich, dass, entgegen den üblichen Redefloskeln, weiterhin eine šBeamtenfrage, Patronage und Korruption in der Bürokratie existierten, die ein solches Gesetz notwendig machten.

### III. Exkurs: *Partizanstvo* und *partizanstvo*-Diskurs

#### 7. šDen da mine, drug da dojdeõ ó Das bulgarische *partizanstvo*

Von den zahlreichen Möglichkeiten das Phänomen des bulgarischen *partizanstvo* im Rahmen einer Untersuchung des Korruptionsdiskurses zu behandeln, wurde sich hier für die Form des Exkurses und gegen die Eingliederung in die vorangegangenen Fragmentsanalysen entschieden. Diese Art der Betrachtung bietet dabei den Vorteil, dass sich zum einen die zahlreich vorhandenen Quellen des Phänomens šan sichõ, als auch die zahlreich vorhandenen Quellen über die kommunikative Verarbeitung des Phänomens miteinander verbinden lassen. Dadurch soll nicht nur gezeigt werden, was *partizanstvo* war und wie es funktionierte, sondern auch als was es verstanden wurde, welchen Raum und welche Verbindung es in und zu dem Korruptionsdiskurs hatte und wie dies in den Kontext der Korruptionsforschung einzuordnen ist. Dazu soll auf die Feinanalyse eines spezifischen Diskursfragmentes verzichtet und stattdessen viel eher die Breite des *partizanstvo*-Diskursstranges strukturell untersucht werden. Darüber hinaus ist bei der Einordnung in den Forschungskontext über Korruption, Patronage und Klientelismus zu beachten, dass sich diese Arbeit weniger mit den (soziologischen, politologischen, sozial- oder wirtschaftshistorischen, sozial-anthropologischen) Erklärungen und Schemata von Patronage und Klientelismus als Formen von Korruption beschäftigt. Der Schwerpunkt wird, auch in diesem Exkurs, weiterhin auf der Kommunikation und der diskursiven Natur dieser sozialen Phänomene liegen, wobei die Analyse m.E. selbst zeigen wird, dass dieser methodische Zugang einen berechtigten Anspruch, weniger in der Erklärung, als vielmehr in der Bewertung des Phänomens hat.

#### 7.1. Von Parteigängern und Untergrundkämpfern ó Herkunft und Bedeutung des Begriffs

Die Bedeutung des Wortes *partizanstvo*, auch *partizan-tina* genannt, leitete sich von dem Wort *partija* (Partei) ab. Ins Deutsche kann der Begriff mit šParteigängertum, Parteienhader, politische Geschäftemachereiõ übersetzt werden.<sup>313</sup> Die Personifizierung des Parteigängers wurde dann folglich mit *partizanin*, oder auch *partizan* (Partisan, Parteigänger, Anhänger, Verfechter) wiedergegeben. Besonders bemerkenswert erscheint hierbei auch, dass das Wort *partizan(in)* bis zur kommunistischen Machtübernahme 1944 fast ausschließlich in diesem Kontext des Parteiwesens gebraucht wurde und seine

---

<sup>313</sup> Siehe: Endler, Ditmar/Walter, Hilmer: Wörterbuch Bulgarisch-Deutsch, Leipzig et. Al., <sup>6</sup>1996, S. 539 rechte Spalte, die hierbei auf den veralteten Sprachgebrauch im šbourgeoisien Parteiwesenõ verweisen.

vorwiegende Bedeutung als Partisanen- oder Untergrundkämpfer erst nach dem Zweiten Weltkrieg annahm.<sup>314</sup>

Hervorgehoben werden muss auch die negativ-abwertende Konnotation<sup>315</sup> der Begriffe *partizanstvo* und *partizan(in)*, die sich in dem Wort *Parteigängertum*: m.E. nur unzureichend wiedergeben lässt. Ein *partizan(in)* war kein normales Parteimitglied, welche mit dem Wort *len* (Mitglied) bezeichnet wurden. Ein *partizan(in)* war ein parteipolitisch eher desinteressierter Opportunist, der bereitwillig jeder Partei beitrug oder seine Parteizugehörigkeit mit jeder neuen Wahl dem Sieger entsprechend wechselte, solange ihm dies einen Posten in der Bürokratie sicherte.<sup>316</sup> Das Konzept des *partizanstvo* verwies folglich sowohl auf diese Art eines speziellen, persönlich politischen Opportunismus, als auch auf das gezielte Einsetzen dieser Erscheinung seitens der (herrschenden) Parteien zur Sicherung ihrer Regierung, Macht und ihres Einflusses.

Übersetzung und Bedeutung des Wortes *partizanstvo*, d.h. zumindest die Bedeutung, die man als Gemeinwissen der Zeitzeugen annehmen kann, müssen jedoch m.E. voneinander differenziert werden. Denn zum einen scheint die Übersetzung, obgleich sie die Grundidee durchaus andeutet, kaum für den wissenschaftlichen Gebrauch anwendbar. Eine ganze Reihe von Begriffen und Beschreibungen, wie *Beamtenmassacre*<sup>317</sup>, Pfründe- oder *spoils-System*<sup>318</sup>, politisch motivierte Entlassung von Beamten und Neubesetzung mit Klienten der eignen Partei<sup>319</sup>, oder Missbrauch mit politischer Macht aus Privat- oder Parteiinteresse<sup>320</sup>, kam daher auf. Ihnen gemein war jedoch, dass sie, nach erfolgter Erklärung, allesamt den einfachen bulgarischen Begriff *partizanstvo* jedweden (fremdsprachlichen) Synonymen oder Erklärungen vorzogen. Dies kann m.E. weniger auf Wortarmut oder fehlende Kreativität, als vielmehr auf die Spezifität des mit dem Begriff bezeichneten sozialen Phänomens, und die Schwierigkeit der Übertragung beider in einen anderen (sozialen) Kontext zurückgeführt werden.

*Partizanstvo* kann wohl am ehesten als ein Konzept verstanden werden, dessen Bezeichnung nicht starr feststand, sondern eine politische und kommunikative *Karriere* durchlief, sodass sich seine

---

<sup>314</sup> Siehe auch: Gerov, Najden: *Re nik na B lgarkija Ezik*, Bd. 4: P, Sofia, 1977, S. 74f., bei dem in der Neuauflage des Wörterbuchs von 1895-1908 durch die Bulgarische Akademie der Wissenschaften *partizanin* in seiner heutigen Bedeutung als Untergrundkämpfer aufgeführt wird und lediglich auf die veraltete Form als *Anhänger einer Partei, der seine Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung gebraucht* verwiesen wird; ebenso für *partizanstvo*, das als *Tätigkeit oder Organisation der Partisanen, veraltet als grobes egoistisches Anzeichen einer politischen Partei* wiedergegeben wird.

<sup>315</sup> Bei den Definitionsversuchen über *partizanstvo* wurde so z.B. betont, dass die Grundbedeutung des Wortes *partizanin* verstanden als Anhänger dieser oder jener Partei, nichts Negatives bedeute. Daraufhin folgte jedoch stets ein lang ausgeführtes *šaber*, in dem die negative Konnotation des Begriffes in extenso erläutert wurde. Siehe z.B.: Vljakov, Todor: *Partizanstvo*, in: *Demokrati eski Pregled*, 17/1924, Buch 3, S. 181f, oder: *Dnevnik* Nr. 10929 28.5.1936, S. 6.

<sup>316</sup> Vgl.: Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien: Zum Modernisierungsbeitrag der Verwaltung zwischen staatlicher Unabhängigkeit und Balkan-Kriegen 1879-1912*, in: *Südost-Forschungen* 54/1995, S. 233, der ebenfalls darauf verweist, dass das *partizanstvo* nicht nur als Mittel der Parteien, sondern auch von den Beamten selbst ausging.

<sup>317</sup> So die Bezeichnung von: Jire ek, Constantin: *B lgarski dnevnik*, Bd. I, Plovdiv/Sofia, 1930, S.139 und 143.

<sup>318</sup> Siehe: Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija*, S. 147; weiterhin: Crampton, Richard: *Bulgaria 1878-1918*, S. 158ff und 326-330.

<sup>319</sup> Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien: Zum Modernisierungsbeitrag der Verwaltung zwischen staatlicher Unabhängigkeit und Balkan-Kriegen (1879-1912)*, S. 228f.

<sup>320</sup> Vljakov, Todor: *Partizanstvo*, S. 182.

Bedeutung(en) ausweiteten und veränderten bzw. ausgeweitet und verändert wurden. Daher soll im Folgenden zunächst eine anhand von Primärquellen erarbeitete Beschreibung der Funktionsweise von *partizanstvo* erstellt werden. Im Anschluss wird dann die diskursive Kommunikation über *partizanstvo* im Hinblick auf die Definition des Gegenstandes, seine Erklärung sowie den Kontext dieser Aussagen in der institutionalisierten Redeweise über Korruption untersucht.

## **7.2. Von Klienten und Patronen. Wie funktionierte *partizanstvo*?**

Die Dynamik der Erscheinung des *partizanstvo* lebte von den Impulsen aus zwei Richtungen, die hier mit Quellenbeispielen untermauert werden sollen: Auf der einen, unteren Ebene drängten die (aus)gebildeten Teile der Bevölkerung in die Parteien und die Bürokratie. Dies geschah jedoch allzu häufig nur, um für den Einzelnen materielle Güter wie Beamtengehälter oder Amtsprüfungen zu sichern.<sup>321</sup> Ein sehr eindrückliches Beispiel hierfür liefert der undatierte Brief eines inhaftierten Journalisten an den Ministerpräsidenten Aleksandar Stambolijski, in dem er ihm anbot bei seiner historischen Mission, dem Aufbau eines Bulgariens der Agrarier, von großer Hilfe sein zu können, wenn man ihn doch nur aus dem Gefängnis befreien würde. Dass dies mit Loyalitätsbekundungen an die Partei Stambolijskis, Aufzählung seiner Verdienste um das Wohl der Partei und einem Eintritt in selbige Hand in Hand ging, wurde wörtlich vorgeschlagen.<sup>322</sup> Ein weiteres Beispiel, wiederum aus der Zeit der Herrschaft des BNZS, bot der Brief des Sofioter Bürgers P. Krstev an den damaligen Innenminister Hristo Stojanov, in dem er ihn um eine Ernennung seines Sohnes in die Bulgarische Nationalbank bat und *za priznatelnost [í ] za vsi ko tova, koeto napravite za moja sin, az -te dam deklaracija, e -te se pris edinja k m va-ata zemedelska partija [í ] makar i o-te ne va-partizanin, glasuvah za vas.*<sup>323</sup>

Das jedoch auch dezidiert überparteiliche Zusammenschlüsse, wie etwa die Demokratische Eintracht (*Demokrati eski Sgovor*) Aleksandar Cankovs 1923, entgegen ihrer Agenda nicht vor massenhaften Übertritten der *šalten partizani*, deren Hauptmotiv die *šÄmtergeilheit* (*službogonstvo*)<sup>324</sup> war, geschützt waren, verdeutlichen einige Briefe an Kimon Georgiev von 1923: Besonders in der südlichen Region um Krdjali kam es zu Eintritten der Mitglieder anderer Parteien, deren vorherigen *šParteikarrieren* sehr detailliert erfasst werden konnten. Als Ziel wurde dabei eine Unterwanderung des überparteilichen Bundes

---

<sup>321</sup> Siehe dabei zur speziellen Rolle des *partizanstvo* in der Entwicklung der bulgarischen Beamtenschaft: Höpken, Wolfgang: Beamte in Bulgarien, S. 227-234.

<sup>322</sup> CDA F 255k Op.1. a.e. 26, S.1: *“[í ] kato skromen flurnalist mislja, e moga da ulesnja zada ata vi. Molja Vi, da imate neograni ena vjara v men, za da Vi b da veren dozhivot.*“

<sup>323</sup> Siehe die oben bereits erwähnte Reihe: *Drufba-kija Refim. Dokumenti. Bd. 8 Drufba-ite i inovni estvoto*, Sofia, 1923, S. 9: *šAls Anerkennung für all das, was sie für meinen Sohn tun, werde ich eine Deklaration abgeben, dass ich mich Ihrer Agrarierpartei anschließen werden (í ) obwohl ich noch nicht Ihr partizanin war, habe ich doch für Sie gestimmt.*“

<sup>324</sup> Mitov, D. Z.: *inovni estvoto i zaplatite*, in: *Demokrati eski Pregled 17/1924 Kn. 5, S.366*, führte den Ursprung der *šBeamtenfrage* zurück auf *šjene*, nicht so fern den Zeiten der grausamen Kämpfe der *partizani*, als alle politischen Führer die *Ämtergeilheit* als eines der stärksten Mittel zur Rekrutierung von *partizani* benutzten.

durch die alten Parteien und individuelle Ämtersicherung vermutet.<sup>325</sup> Wie in Kap. 6 bereits erwähnt, erhielt sich das Phänomen des *partizanstvo* auch noch in der parteilosen Zeit nach 1934. Obgleich die Quellen für diese Zeit wesentlich spärlicher vorhanden sind, wird aus den Artikeln z.B. des *Dnevniks* deutlich, dass sich die Erscheinung des nunmehr šparteilosen *partizanstvo* strukturell nur wenig von seinem Vorgänger unterschied.<sup>326</sup> Nach wie vor glich es einem Patronage- und Klientensystem.

Doch nicht nur švon unten strömten die *partizani* in die Parteien und handelten ihre politischen Überzeugungen und Loyalität als Ware im Tausch gegen die Vorteile eines Amtes. Die Parteien und Regierungen selbst, ungeachtet ihrer politischen Orientierungen oder ausdrücklichen anti-*partizanstvo*-Rhetoriken, forcierten das *partizanstvo* gezielt zur eigenen Machtsicherung, Kaderpolitik und Bereicherung. Im Idealfall kann dies folgendermaßen versinnbildlicht werden: Nach Regierungsantritt auf gesamtstaatlicher oder lokaler Ebene wurden Einrichtungen šgesäubert, d.h. unliebsame alte Angestellte und Beamte (vorzugsweise Anhänger gegnerischer Parteien), massenhaft entlassen oder versetzt und die so frei gewordenen Stellen dann mit Anhängern der eigenen Partei besetzt.<sup>327</sup> Natürlich gab es auch weiterhin das Mittel neue Stellen in den Ämtern und Institutionen zu schaffen, was den ohnehin nicht gerade kleinen Beamtenapparat weiter aufblähte. Dies führte nicht selten zur Ausbildung weiterer Patronagesysteme nach šunten, da die neu ernannten Amtsinhaber nach demselben Prinzip ihre Abteilungen aufbauten. Dabei muss eine klare Hierarchielinie von oben nach unten konstatiert werden, die die Einrichtungen der Selbstverwaltung, aber auch innerbehördliche Dienstwege unterliefen und die Funktionsmechanismen einer (demokratischen) Verwaltung teilweise geradezu konterkarierten.<sup>328</sup> Wie sehr das *partizanstvo* dabei unbedingt als System forcierter Parteipolitik anzusehen ist, mag folgendes Beispiel aus dem bereits ausführlich diskutierten Bericht über die Regierung des Landes zwischen 1903 und 1908 verdeutlichen: Hier wurden Briefe des Kreisleiters (*okr fen upravitel*) Vasil Popov aus Tŕmen an Justizminister Panajdov vom 1. und 2. September 1905 zitiert, in denen selbiger Kreisleiter um einige Ernennungen von

---

<sup>325</sup> Ein besonders leuchtendes Beispiel gab hier L. Kackov aus K rdŕfali, über den es hieß: šbiv–Radoslavist [í ]; biv–Demokrat [í ]; biv–jurist-konsul v K rdŕfalijskata zemedelska gradska ob-tina (pri s stav 10 zemedelci i 1 šDemokrat).č siehe: Arhivite govorjat. Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev, hrsg.: An ova, Kalinka/Todorakova, Milena, Bd.1, Dok. 153, S. 311f.; Weiterhin hieß es über diese Leute: š[í ] Imam ve e polofitelni dann, e horata, koito se t kmjat da se kandidatirat za narodni predstaviteli ottuk, ot imeto na Narodnija Sgovor, igrajat mizernata rolja da uveli at isloto na demokrati eskite narodni predstaviteli.č siehe: Ebd., Dok. 143, S. 272.

<sup>326</sup> Vgl. wiederum: *Dnevnik* Nr. 10929, 28.5.1936, S. 6 und: Nr. 11490, 11.4.1938, S. 2.

<sup>327</sup> Vgl. auch Höpken, Wolfgang: Beamte in Bulgarien, S. 227-234. Belege und Beispiele für diese Massenentlassungen und Ernennungen lassen sich für fast alle bulgarischen Regierungen in den oben bereits ausführlich diskutierten parlamentarischen Enqueteberichten, der politischen Presse, aber auch in den Fonds der Ministerien und Minister zu Hauf finden. Als Illustration für die trockene Selbstverständlichkeit, mit der derlei politisch motivierte Entlassungen durchgeführt werden vermag vielleicht wiederum eine Beispiel aus der Zeit der Herrschaft Stambolijskis dienen: Am 5.3.1919 schrieb der Gründer der *Drufba* (unterste Organisationseinheit des BZNS) aus Musa evo an Stambolijski: š[í ]da se uvolni Rosen Dimitrov ovek ot radoslavovija reffim, i na negovoto mjesto da se nazna i Filip Georgiev ot selo [í ], ponefte e ovek na Drufba-ite. Vtoroto da se uvolni [í ].č siehe: CDA F 255k Op. 1 a.e. 15, S.1. Es muss hier unbedingt angemerkt werden, dass sich diese Art der Personalpolitik weder auf die Herrschaft des Bauernbundes, noch der Parteien im Allgemeinen beschränkte. Die bereits genannten Beispiele über die Ernennungen um Kimon Georgiev aus der Zeit der Demokratischen Eintracht (1923-28) und der Militärliga des 19. Mais (1934-35), aber auch die Anschuldigungen gegen den Minister der Eisenbahnen Kosturkov 1933/34 bezüglich der angeblichen Entlassung von über 10000 Mitarbeitern des Ministeriums machen deutlich, wie weit diese Erscheinung verbreitet war.

<sup>328</sup> Vgl.: Miljukov, Pavel: B lgarskata Konstitucija, S. 120-150; weiterhin: Höpken, Wolfgang: Beamte in Bulgarien, S. 223-236.

s mi-lenici, na-i partizani i verni na-i drufnici und Entlassungen alter Angestellter bat. Den gezielten Einsatz der *partizani* in der Personalpolitik und dem System des *partizanstvo* kann folgender Kommentar unterstreichen:

š[í ] ako popadne v sredata na prijateli kato fielez i Monju Abadffiev v gr. Dobri , mnogo e za vjarvane, e bi se objavil za na-partizanin [í ] V na-partien interes e, takiva mom eta, kojto o-te ne sa objaveni za na-i partizani, da gi privli em k m nas si, da gi ne izpu-tame.õ<sup>329</sup>

### **7.3. Ein naher Verwandter des *partizanstvo* ó Das *hodatajstvo***

Mit dem Begriff *hodatajstvo* (Fürsprache, Fürbitte um etw.) ist ein weiterer zentraler Begriff von korrupten Praktiken ausgemacht, ein Begriff, dessen zentrale Bedeutung im Korruptionsdiskurs selbst nicht erkannt wurde. *Hodatajstvo* konnte um die mannigfachsten Dinge erbeten werde: um Arbeit in staatlichen Institutionen, finanzielle Zuwendungen, Konzessionen, politische Protektion oder staatliche Aufträge. In der Bitte um Fürsprache spiegelten sich die verschiedenen Eigenschaften persönlicher Netzwerke wieder, die die Grenze zur Korruption nicht selten überschritten. Das Konzept der Fürsprache verwies auf eine Machtbeziehung: Der Bittsteller, für gewöhnlich einfacher Bürger, Beamter oder Geschäftsmann hofft durch den persönlich hergestellten Kontakt einen Vorteil (Amt, materieller Gewinn) zu erreichen. Dazu brauchte er Kontakte zu hohen Politikern oder Institutionen.<sup>330</sup> Diese wiederum sicherten sich durch die von ihnen geleistete Fürsprache an anderen, nur ihnen zugänglichen Stellen, eine hierarchische Beziehung nach unten, d.h. eine Gefolgschaft, die sie bei Notwendigkeit, z.B. bei Wahlen oder politischen Kämpfen, mobilisieren konnten. Dass sie sich weiterhin die Fürsprache auch ganz konkret bezahlen ließen, stand ebenfalls außer Zweifel.<sup>331</sup> Jedoch zeigte diese Art der persönlichen Beziehungen und Patronage auch für den Bittsteller am unteren Ende der Hierarchie ein sehr feines Gespür für Machtstrukturen: Seine Bitten um *hodatajstvo* stellte er nur an diejenigen Stellen, bei denen er ausreichenden Einfluss vermuten konnte, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Für den strikt persönlichen Charakter dieser Beziehungen spricht dabei, dass derlei Bitten ausschließlich an Personen, jedoch fast nie an Institutionen gerichtet wurden.<sup>332</sup> Dies wiederum erschien sowohl als Ursache, Folge und Abbild der politischen Machtbeziehungen im

<sup>329</sup> Doklad do XIV-to ONSÍ , S. 47.

<sup>330</sup> Vgl. beispielhaft: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 193: šs zdal se e ot minaloto edin red, e za vsjako nazna enie [í ] trjabva vse da ima hodatajstvo ili prepor ka ot njakoj vlijatelen pri pravitelstvoto ovek. I zatova za hodatajstva pri narodnite predstaviteli idvat po ti vsi ki [í ], koito imat nuflda da zaemat edna ili druga slufba.õ

<sup>331</sup> Ein besonders leuchtendes Beispiel bietet hier der Brief von Hristo Il. Mutaf iev an Grigor Vasilev vom 7.7.1926: Dieser machte ihm das Angebot einer 10%igen Beteiligung an den Gewinnen seiner Miene, wenn er in der Bulgarischen Nationalbank für die Freigabe eines Kredites fürsprache oder einen ausländischen Investoren fände. Obgleich keine Antwort auf diese Bitte um *hodatajstvo* erhalten ist, sprechen doch die folgenden Briefe von Mutaf iev an Vasilev, in denen die weiteren Abläufe besprochen wurden, eindeutig dafür, dass er das Angebot annahm. Siehe: CDA F 135K Op. 2, a.e. 39, S. 3.

<sup>332</sup> Obgleich sich in den Fonds der Ministerien und der Narodno S branie vielerlei Bittschriften, auch um *hodatajstvo*, finden lassen, muss hierbei angemerkt werden, dass selbige fast ausschließlich an den Parlamentspräsidenten oder šzuständigeõ Abgeordnete persönlich gerichtet wurden, und nur selten an das Parlament als Institution. Vgl. dazu weiterhin: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 157, der in den zahlreichen Bitten um *hodatajstvo* die šgradski transformacii na plemenno-rodovo-patriarhalnoto ob-tuvaneõ sieht.



bulgarischen Staat: Der Formalisierungsgrad des politischen Systems in der Praxis wurde als relativ niedrig wahrgenommen, mit wichtigen Bitten wandte man sich an Persönlichkeiten wie den König, einen Minister oder Abgeordneten, von dem man sich erhoffte die Angelegenheiten persönlich und nicht bürokratisch zu erledigen.<sup>333</sup>

Diese Hinwendung an die Orte der Macht ging einher mit bestimmten Formen sprachlicher Gepflogenheiten, die umso ausgefeilter wurden, je stärker der Grad der Verbindung zwischen den zwei Gliedern abnahm. Als erstes musste ein persönliches Band zwischen Bittsteller und Empfänger geschlossen werden<sup>334</sup>, bevor das Problem oder der Wunsch des Bittstellers dargelegt wurde. Beliebte waren auch Appellationen an die Güte und den Gerechtigkeitsinn des Empfängers, die ihn wohl in eine geneigte Stimmung für die erhoffte Fürsprache bringen sollten.<sup>335</sup> Weiterhin durfte eine Klage über die schweren Zeiten, in denen sich ohne persönliche Kontakte in die hohe Politik, über die man als bescheidener Bittsteller leider nicht verfügte, nichts erreichen lassen, nicht fehlen.<sup>336</sup> Expressis verbis konnte auch die Macht des Empfängers angesprochen werden, gerade in diesen schweren Zeiten für das Gute, d.h. für den Wunsch des Bittstellers, eintreten zu können.<sup>337</sup>

An dem Wort *hodatajstvo* kann also ein weiteres Mal jene Grauzone aufgezeigt werden, derer Korruption bedarf<sup>338</sup>: Die Bitte um Fürsprache an sich meinte keine illegale Tätigkeit, weshalb *hodatajstvo* als konzeptueller Begriff in den normativen Quellen des Korruptionsdiskurses, wie z.B. den parlamentarischen Enqueteberichten oder Gesetzen, auch nie als Korruption figurierte. Die relativ eindeutigen Konnotationen des Begriffs vermögen jedoch ein weiteres Mal die Änderungen im Gefolge des Putsches vom 19.5.1934 zu unterstreichen, als versucht wurde mit den negativen Erscheinungen des alten Systems aufzuräumen: So

---

<sup>333</sup> Siehe so z.B. die zahlreichen Ordner mit Bitten um *hodatajstvo* an Ferdinand (z.B. F 3K Op. 8 a.e. 386 oder 585) oder Boris III. (vor allem: CDA F 3K Op. 1 a.e. 923-930), die Bitten um *hodatajstvo* an Aleksandar Stambolijski (F 255K Op.1 a.e. 22, 28, 55, 87 und 114). Vgl. weiterhin auch: Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici. O erki spored belefkite na moja brat*, Sofia, 1934, S. 36-42, der hier eine sehr illustrierende Geschichte eines Anwaltes und Abgeordneten der Regierungspartei widerzugeben weiß, welcher Bittgesuche um Arbeit gegen einen Anteil an den Gehältern verschaffte.

<sup>334</sup> Im Falle des genannten Hr. Mutafiev erinnerte selbiger bereits im ersten Satz an die die beiden verbindende Erfahrung des Eisenbahnerstreiks. Siehe: CDA, F 135K Op. 2, a.e. 39, S. 3: *šObr –tam se k m Vas, kato k m prijatel i poznat o-te ot p rvata felesni arska sta ka.õ*. Im Falle der Bitten um Fürsprache des Königs wurde oftmals eine persönliche Begegnung mit dem König bei einer seiner zahlreichen Reisen durch das Land erwähnt und die Gefühle und Hoffnungen, die man mit der Person des Königs verband, aufgeführt. Siehe z.B. die Bitte eines russischen Flüchtlings um Arbeit für ihren Sohn, bei dem sie den König, den sie nicht persönlich kannte, an seinen Besuch im Smolnyj-Kloster in St. Petersburg erinnerte, bei dem sie ebenfalls anwesend war, siehe: F 3K Op. 1. a.e. 807, S.20f.

<sup>335</sup> Der bereits bekannte Mutafiev z.B. schrieb: *šOt politi eskite mi prijateli Vas naj-mnogo uvafavam, kato Vi poznavam, s kak v d rfvni eski idealiz m ste napoeniõ*, siehe: CDA F 135K Op. 2, a.e. 39, S. 3.

<sup>336</sup> Vgl. wiederum den Brief Mutafievs, in dem es heißt: *šDal s m zajavlenie do BNBanka za edin zaem ot 500 hil. Leva, oba e i do dnes njama ni-to, za-toto, **kakto znaete, ovek trjabva da ima drug ovek da se zast pi za nego i da napravjat ne-to*** [Hervorhebung durch C.N.] *v bankata. Az njamam nikogo i glavno vjarvam v spravedlivostta, ta akamõ*, siehe: Ebd. Siehe ebenso die Bitte Hristo Minkovs an den Minister für Eisenbahnen Kimon Georgiev Ende April 1926, in dem er ihn um eine Anstellung im Außenministerium bittet: *šV pros t e slednijat. [í ] V v n-no M-to rabotite vinagi sa se redili spored horata i vr skite.õ* (Archivite govornjat. Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev, hrsg.: An ova, Kalinka/Todorakova, Milena, Bd.1, S. 412 f. Dok. 275) und dann, kaum ein Jahr später: *šK m kogo drugo da se ob rma. Nito nosja imeto na njakoj biv–minist r ó la Pomenovci i pr. ó nito imam znatnija rod zad g rba si s vr ski. Nosja skromnoto ime ó Hristo Minkov.õ* (Ebd., S. 437 Dok. 312).

<sup>337</sup> Vgl. CDA F 135K Op. 2, a.e. 39, S. 3: *õVij kato iskate, pri sega-noto si polofenie vsi ko mofete da napravite. Tova –te e ot polza: za men, za stranata i za Vas.õ*

<sup>338</sup> Vgl. Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitalizm*, Bd. 3, S. 136f.

erging am 10.7.1934 der Befehl des Generalmajors der Sofioter Garnison an die Offiziere der einzelnen Abteilungen, dass es allen Offizieren strengstens verboten sei šda se zanimavat s razni hodatajstva za nazna avane na inovnici po administracijata i drugite ministerstva<sup>339</sup>, da dies das Prestige der Offiziere beschmutze, Durcheinander in den Behörden verursache und auf Ablehnung und Kritik in der Gesellschaft trāfe. Hier klang sehr deutlich an, wie sehr *hodatajstvo* mit den Erscheinungen von *partizanstvo* und Patronagesystemen verbunden war, wie der Begriff alleine eine Grauzone zwischen legitimer Bitte, Lobbyismus und politischer Korruption erōffnete und so in den Umkreis von Korruption zu rücken war.

#### **7.4. Das Reden über *partizanstvo* ó Der *partizanstvo*-Diskursstrang**

Aus dem oben Dargelegten können zwei Schlüsse gezogen werden: Erstens, dass in den Quellen, die als direkte Überreste von *partizanstvo*-Praktiken angesehen werden können, weder ein wörtlicher Bezug zu Korruption, noch zu dem engeren Begriff *špartizanstvo* auftauchten. Dies lässt einerseits den Befund zu, dass *špartizanstvo* ein moralisch-negativ konnotierter Begriff war, den man bei der Ausübung der Praktik an sich, wie allgemein bei korrupten Praktiken üblich, zu vermeiden suchte. Andererseits zeigt sich, dass die Bezeichnung *špartizanstvo* ein vom Diskurs bzw. dessen Teilnehmern generierter Begriff war.

Zweitens kann man mit Schuller davon sprechen, dass *špartizanstvo* die bulgarische Version bzw. die bulgarische Bezeichnung typischer Bestandteile verschiedener Arten von Korruption wie Ämterkauf, Patronage und Wahlmanipulation war.<sup>340</sup> Wie für die meisten der bislang behandelten korrupten Praktiken und Fälle, so gilt auch im Falle des *partizanstvo*, dass die enorme Aufmerksamkeit, die diesem Phänomen zuteilwurde, zuvorderst weniger auf die šdirektenō Quellen, als vielmehr auf den äußerst breiten Diskurs zurückzuführen ist. So war es wenig verwunderlich, dass die ersten erhaltenen Quellen, wie z.B. der Enquetebericht von 1885 oder die Beschreibungen Jire eks über das Beamtentum, obgleich beide Beschreibungen von Praktiken im Sinne des *partizanstvo* beinhalteten, selbige nicht mit dem Namen *špartizanstvo* be-nennen (konnten).<sup>341</sup> Obgleich vor allem in der Forschung immer wieder der Aufbau einer staatlichen Bürokratie und das state building ex nihilo in den Jahren nach 1878 als Ur-sache für Erscheinungen des *partizanstvo* genannt wurden<sup>342</sup>, tauchte die Bezeichnung *špartizanstvo* wohl frühestens im Gefolge der dieser Praktiken besonders bezichtigten Regierung Stefan Stambolovs (1886-1894) auf.<sup>343</sup> In einem semiotischen Sinne ging die soziale Erscheinung ihrer Be-nennung zeitlich voraus,

---

<sup>339</sup> CDA F3K Op. 1 a.e. 32, S. 2.

<sup>340</sup> Schuller, Wolfgang: Probleme Historischer Korruptionsforschung, S. 379-381.

<sup>341</sup> Siehe: Doklad do 4-to ONSí , Bd. II, S. 1-30, bei dem es sich um Bitten von verschiedenen Beamten um Einstellungen und Entlassungen, sowie die Freigabe finanzieller Mittel handelte, die man im Sinne der späteren Definition durchaus als *partizanstvo* bezeichnen könnte; Weiterhin: Doklad do 8-to ONSí , S. 1-12, die explizit auf den šMissbrauch Stambolovs mit der Machtō eingingen.

<sup>342</sup> Siehe z.B. die Erinnerung von Todor Vlajkovs Bruder Martin in: Vlajkov, Todor: inovni estvo i vlastnici, S. 1-42; weiterhin: Bl zkov, Ilija: Iz v zpominanjata mi za p rvite na-i slufba-i v p rvite dni sled ozvobofnenieto, in: B lgarskata Sbirka, 6/1899, Kn. 4, S. 160-169.

<sup>343</sup> Vgl. z.B.: Miljukov, Pavel: B lgarskata Konstitucija, S. 148ff.

das Auftauchen eines konzeptionellen Begriffs für diese Art korrupter Praktiken deutet jedoch auf die Institutionalisierung und Ausweitung dieser Praktiken hin. Ebenso darauf, dass diese Praktiken als moralisch verwerflich konnotiert wurden. Eine Urquelle des Begriffs zu suchen, scheint jedoch ebenso unergiebig wie erfolglos, nicht zuletzt, da der Signifikant sich ebenso dynamisch entwickelte wie das Signifikat. Denn obgleich sich der Begriff in der Publizistik und den Zeitungen geradezu eines inflationären Gebrauchs erfreute, erfuhr er seine wohl ausführlichste Definition erst 1924. Todor Vljakov, auf den im Rahmen der Akteursbetrachtung noch einmal zurückzukommen sein wird, fasste hier *partizanstvo* als šzloupotreba s vlastta ili nepo teno otnasjane k m protivna partija, diktuvano, ednoto i drugoto, ot partien interesõ<sup>344</sup>, zusammen. Vljakov beließ es jedoch nicht bei dieser Bestimmung von *partizanstvo* als Machtmissbrauch aus Parteiinteresse, sondern fügte auch einen ganzen Katalog mit konkreten Beispielen hinzu.<sup>345</sup> Obgleich er hier, wie in den Beispielen deutlich wurde, vor allem den Missbrauch des Staatsapparates für Parteiziele verstand, schien diese Definition schon damals nahezu universal auf alle korrupten Praktiken anwendbar. Wiederum zeigt sich, dass, wie Korruption šrechtliche und wirtschaftliche Grauzonenõ, so der Korruptionsdiskurs uneindeutige, aber farbige Begriffe bevorzugte, die vor allem im politischen Diskurs umso öfter benutzt wurden, je weiter man ihre Bedeutung auslegen konnte.<sup>346</sup> So kam der Autor denn auch nicht umhin zu bemerken, dass *partizanstvo* der šnerazdelen s p tnik na partijinja flivotõ<sup>347</sup> sei und es folglich nicht darum ginge, ob es unter einer gegebenen Regierung *partizanstvo* gäbe, sondern nur darum, wie intensiv diese Praktiken betrieben würden.<sup>348</sup>

Vljakov schlug in seinen Analysen einen Zugang ein, der sich dem Phänomen des *partizanstvo* über die šDreiheit aus Beamten, Parteien und politischem Systemõ nährte. Dies war von Bedeutung, da der *partizanstvo*-Diskursstrang, ebenso wie der Korruptionsdiskurs im Allgemeinen, dazu tendierte sich auszuweiten, zu verschachteln und andere Thematiken mit dem Leitmotiv politischer Korruption zu verbinden. Im Falle des *partizanstvo* waren dies ganz konkret die sog. šBeamtenfrageõ, das šWesenõ der bulgarischen Parteien, sowie die Auseinandersetzungen über den Herrschaftsmodus (Parlamentarismus vs. špersönliche Herrschaftõ vs. agrarische, überparteiliche bzw. parteilose Herrschaft).<sup>349</sup> Pet r Dfidrov z.B. hob so nicht die Ursachen von *partizanstvo*, sondern *partizanstvo* als Ursache für die Unfähigkeit der Parteien die großen Fragen des politischen Lebens anzugehen, hervor.<sup>350</sup> Andere Beiträge hingegen konzentrierten sich auf die Wechselwirkungen zwischen den schwach ausgebildeten Strukturen der

<sup>344</sup> Vljakov, Todor: *Partizanstvo*, S. 184: š*Partizanstvo* ist Machtmissbrauch oder unehrenhaftes Verhalten gegenüber einer gegnerischen Partei, eines wie das andere diktiert durch Parteiinteresse(n)õ

<sup>345</sup> Ebd., S.182-184.

<sup>346</sup> Vgl. ähnlich: Ebd., S. 181.

<sup>347</sup> Ebd., S. 182.

<sup>348</sup> Ebd., S. 186f.

<sup>349</sup> Interessanterweise überschneidet sich der *partizanstvo*-Diskursstrang wohl nicht mit dem Diskursstrang eines spezifischen Falles korrupter Praktiken wie Unterschlagung oder Bestechung, so dass zwischen beiden, wie dies in dieser Arbeit getan wird, unterschieden werden muss.

<sup>350</sup> Dfidrov, Pet r.: *Partii i Partizanstvo*, in: *Arhiv za stopanska i socialna politik*, 2/1926, Kn. 4, S. 343.

politischen Parteien und dem *partizanstvo*, wobei letzteres als Ausgleich für fehlende Basis, programmatische Entwicklung oder schwache Mobilisation der Wähler angesehen wurde.<sup>351</sup> Gleichzeitig wurde eine weitere Brücke geschlagen zur Instrumentalisierung von *partizanstvo* in den Zeiten der diktatorischen Herrschaft Stefan Stambulovs (1886-1894), des persönlichen Regimes Ferdinands (1894-1917) oder Aleksandar Stambolijskis (1918-1923). Besonders Ferdinand wurde immer wieder vorgeworfen den schwachen Rückhalt der Parteien in der Bevölkerung, sowie ihren Macht- und Amtshunger in Form von *partizanstvo* geschickt auszunutzen, um sie klein zu halten und seine persönliche Herrschaft zu sichern.<sup>352</sup> Wie sehr *partizanstvo* bzw. das Anti-*partizanstvo* der autoritären Regime in der Zwischenkriegszeit eine Rolle, sowohl in ihrer Programmatik, als auch in ihrer Tagespolitik spielte, wurde bereits ausführlich behandelt. Hierbei ging es nicht nur darum, wie stark ein Regime *partizanstvo* ablehnte bzw. betrieb, sondern vor allem auch um die Legitimation ganzer Herrschaftsideen, wie z.B. bei Kimon Georgiev.

Wahrscheinlich noch mehr Aufmerksamkeit als den Wechselwirkungen zwischen Parteien, politischem System und *partizanstvo* wurde den „Hauptbeteiligten“ selbst, den Beamten, geschenkt. Dies fand seinen Niederschlag in der sog. „Beamtenfrage“ (*inovni eskijat v pros*), die einen Großteil der Verwicklung der Beamten in die Strukturen und Mechanismen des *partizanstvo* als Oberbegriff zusammenfasste. Im Einzelnen wurde hier eine Reihe von Problemen, wie die schnell anwachsende Zahl der Beamten und ihr unverhältnismäßig hoher Anteil, sowohl an der Gesamtbevölkerung, als auch an den Budgets<sup>353</sup>, zusammengefasst. Weiterhin wurden ihre äußerst instabile und unzureichend geregelte dienstliche Lage<sup>354</sup>, ihre Gehälter und Verarmung, die sie für Zuwendungen aller Art empfänglich machten<sup>355</sup>, ihr sozialer Status, den manche gar als „Beamtenproletariat“ (*inovni eskijat proletariat*)<sup>356</sup> bezeichneten, oder die Notwendigkeit der Einführung von (neuen) *tablici* zur besseren Regelung und Organisation des

---

<sup>351</sup> Zur Entwicklung der bulgarischen Parteien siehe ausführlicher: Vlajkov, Todor: *Na-ite Partii. Kak sa s zdateni te i kak sa se namnofili*, in: Todor Vlajkov. *Sinenija*, Bd. 5, Sofia, 1930, S. 322-338, sowie: Daskalov, Rumen: *Blgarskoto Obtestvo*, Bd. 1, S. 150-181; Zur gegenseitigen Bedingung von *partizanstvo* und strukturellen Problemen der Parteien siehe: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 185-191; Dfidrov, P.: *Partii i Partizanstvo*, S. 339-346; Miljukov, Pavel: *Blgarskata Konstitucija*, S. 42-114; vgl. weiterhin: Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien*, S. 232-236.

<sup>352</sup> So z.B. bei: Vlajkov, Todor: *Parlamentarizm t, li nija reffim i starite demokrati*, in: *Demokrati eski Pregled* 2/1903-04 Kn. 11, S. 262-264; Ders.: *Li nijat reffim*, in: Todor Vlajkov. *Sinenija*, Bd. 5, Sofia, 1930, S. 170-197; Miljukov, Pavel: *Blgarskata Konstitucija*, S. 120-147; vgl. weiterhin: Crampton, Richard: *Bulgaria 1878-1918*, S. 326-330; und: Daskalov, Rumen: *Blgarskoto Obtestvo*, Bd. 1, S. 167-170.

<sup>353</sup> So kamen 1924 z.B. in Bulgarien rund 17 Beamte auf 1000 Einwohner, was einer Anzahl von 83479 Beamten bei einer Bevölkerung von ca. 4,9 Mill. entsprach. Die Gehälter derselben machten daher nicht selten rund 50% der Einnahmen der Budgets der Ministerien aus. Siehe: Daskalov, Rumen: *Blgarskoto Obtestvo*, Bd. 1, S. 74.

<sup>354</sup> Einen guten zeitgenössischen Überblick über die rechtliche Lage der Beamten bietet: Popov, Kiril: *Tablici na d rffavnite cluffiteli*, in: *Spisane na Blgarskoto ikonomi esko druffestvo* 25/1927 Kn. 8, S. 365-374; vgl. weiterhin: Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien*, S. 223-236.

<sup>355</sup> In der Unterbezahlung der niedrigen Beamten sah u.a. Seton-Watson, Hugh: *Eastern-Europe Between the Wars*, S. 146-150, den Grund für ihren „Hang“ zur Korruption.

<sup>356</sup> So: Ge-ov, Ivan Evst.: *inovni-kij proletariat*, in: *Dumi i dela. Finansovi i ikonomi eski studii*, hg.: Ge-ov, Ivan Evst., Sofia, 1899, S. 48-65 und: Vlajkov, Todor: *Proletarii li sa d rffavnite inovnici*, in: *Demokrati eski Pregled* 9/1911 Kn. 3, S. 389-409; vgl. weiterhin: Daskalov, Rumen: *Blgarskoto Obtestvo*, Bd. 1, S. 73f.

Beamtenheeres, diskutiert.<sup>357</sup> Obgleich die Beamten nie als organisierte Einheit auftraten<sup>358</sup>, wurden sie eben durch die *partizanstvo*-Erscheinungen als eigener Faktor, sowohl im politischen System (vor allem bei Wahlen<sup>359</sup> und im Justizsystem), als auch in der Parteipolitik gesehen.<sup>360</sup> Diese Überlappungen zwischen staatlichen Institutionen, Staatsdienern und Parteien bildete immer wieder das Kernstück des *partizanstvo*-Diskursstranges, auf das sich die Diskussionen aus unterschiedlichen Blickwinkeln fokussierten. Bewertet wurden diese Erscheinungen durchweg negativ. Die Diskursteilnehmer selbst sparten nicht mit Spott und sozio-politischer Schwarzmalerei, die teilweise so weit ging, tiefsitzende sozio-anthropologische Volkseigenschaften für das Unvermögen eine stabile staatliche Administration aufzubauen, verantwortlich zu machen.<sup>361</sup>

Nach dieser **inhaltlichen** Betrachtung soll sich nun der **Struktur** des Diskursstranges gewidmet werden. Hierbei muss vor allem auf die beteiligten **Akteure**, d.h. die häufigsten und prägendsten Diskursteilnehmer, besondere Rücksicht genommen werden. Unter den Akteuren fielen vor allem Personen des politischen Lebens (Parteiführer, Abgeordnete, Minister oder sonstige Amtsinhaber) als Publizisten und gesellschaftlich Tätige (*obtestveni dejateli*), sowie staatliche bzw. politische Institutionen (parlamentarische Kommissionen, Parteien und Parteiorgane) auf. Der öffentliche Raum, in dem über *partizanstvo* kommuniziert wurde, war somit kaum von der politischen Sphäre getrennt, sondern

---

<sup>357</sup> Geradezu symptomatisch mutete hier das Schicksal der extra zu diesem Anlass am 3.2.1910 ernannten parlamentarischen Kommission zur Ausarbeitung neuer *statove* der Beamten an. Selbige Kommission legte bis Anfang des Jahres 1911 einen zweibändigen Bericht über die Geschichte und Entwicklung des Beamtentums in Bulgarien, sowie die Lage in den Ministerien vor. Bevor jedoch der dritte Band, welcher Vorschläge und Anweisungen zur Umstrukturierung und Regelung der Beamtschaft enthalten sollte, in Angriff genommen werden konnte, musste die Regierung Malinov im März 1911 abtreten und das Projekt verlief sich im Sande. Siehe: Doklad do XIV-to ONS ot parlamentarnata komisija za izrabotvane statove za inovnici, 2 Bd., Sofia, 1911. Erst in den 20er Jahren ging die Diskussion darum weiter, siehe: Popov, Kiril: *Tablice na d ravnite slufiteli*, S. 365-374; Mitov, D.: *inovni estvoto i zaplatite*, S. 366-377.

<sup>358</sup> Siehe: Popov, Kiril: *inovni-kijat v pros*, in: *Spisane na B lgarskoto ikonomi esko druffestvo* 10/1906 Kn. 8, S. 536, merkt hier an, dass die Rolle der Beamten als politischer Faktor nicht als Ursache, sondern als Folge zu verstehen sei, da sie keine organisierte gesellschaftliche Kraft oder professionelle Klasse darstellten, sondern *šKämpfer* und Opfer des täglichen Brotes sein und somit nur den Herren des Budgets gehorchten. Vgl. Weiterhin: Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien*, S. 236-242.

<sup>359</sup> Der Einsatz der *partizani* bei Wahlen, d.h. die (teilweise auch gewaltsame) Einnahme von Wahlbüros und Ämtern durch die *partizani* einer Partei, die zur Wahlmanipulation eingesetzt wurden, kann geradezu als einer der Anfänge des *partizanstvo* beschrieben werden. Ein besonders krasses Beispiel liefert dafür der parlamentarische Enquetebericht über die Missbräuche während der Herrschaft Stefan Stambolovs 1887-1894, der ein eigenes Kapitel über das *šMachen von Wahlen* mit zahlreichen Anweisungen und Dokumenten dieser Zeit enthielt (siehe: Doklad do 8-to ONS, S. 1-69). Einer der größten bulgarischen Schriftsteller, Aleko Konstantinov, verarbeitete seine Eindrücke der Wahlen 1894 in satirisch-ironischer Form in dem Kapitel *šBaj Ganjo pravi izbori* (*Baj Ganyo macht Wahlen*) seines für das bulgarische Selbstbild grundlegenden *Baj-Ganyo-Zyklus*; siehe: Konstantinov, Aleko: *Baj Ganjo*, Sofia, 1983, S. 192-212; siehe ebenso die Berichte von Martin Vlajkov in: Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 55-66; Vgl. weiterhin zu den Wahlen: Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija*, S. 126-140 und: Daskalov, Rumen: 170-177.

<sup>360</sup> Siehe: Danailov, Georgi: *inovni-kijat v pros v B lgarija*, in: *Spisane na b lgarskoto ikonomi esko druffestvo* 9/1905, Kn. 7, S. 459-462; oder: Popov, Kiril: *inovni-kijat v pros*, S. 532-540. Vgl. weiterhin: Daskalov, Rumen: *B lgarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 73, und Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien*, S. 227-242. Die Instabilität des Beamtenapparates und die unheilvolle Vermischung von Staat und Partei, die diese Erscheinung zur Folge hatte, wurden dabei übereinstimmend von fast allen Autoren angemerkt.

<sup>361</sup> Ein gutes und zugleich archetypisches Beispiel hierfür bot: Mihajlov, Ivan: *Psihologijata na na-ite partii*, in: *B lgarskata Sbirka* 7/1900 Kn. 2, S. 114-123, der versucht auf sozio-anthropologischem Wege zu argumentieren, wie die 500 Jahre osmanischer Herrschaft einen *šturski duh na vladeteli* hinterlassen habe, der zur psychologischen Natur der Parteien und Beamten geworden sei und eine Besserung nur durch eine kulturelle Steigerung, sprich eine Anpassung an Westeuropa, erreicht werden könne. Teilweise ähnlich argumentierte auch: Popov, Kiril: *inovni-kijat v pros*, S. 532-543.

überlappte sich mit ihr, was sich vor allem in personalen Überschneidungen zeigte.<sup>362</sup> Eines der besten Beispiele hierfür liefert der bereits oft zitierte Todor Vlackov, Lehrer, Schriftsteller, Abgeordneter für die Radikaldemokratische Partei und der wohl aktivste Publizist über *partizanstvo*.<sup>363</sup> Wie bei vielen anderen vermischten sich in seinen Beiträgen, neben zweifelslos äußerst scharfsinnigen Analysen, immer wieder persönliche Erfahrungen, sei es aus seiner Erfahrung als Gründer des Bundes der Lehrer (*u itelski s juz*) oder aus seiner Erfahrung in der Partei- und Parlamentsarbeit, sowie politische Programmatik.<sup>364</sup> Nicht nur bei ihm<sup>365</sup> überschritten die Analysen dabei nicht selten die Grenze zu politisch-programmatischen Forderungen, die, wenngleich nicht von Parteiinteressen, so doch von Parteiprogrammatiken mitbestimmt wurden.<sup>366</sup> Eine der Folgeerscheinungen hieraus war z.B., dass *špartizanstvo* mit dem *partizanstvo*-Diskurs betrieben wurde, d.h. dass die öffentliche Debatte von parteipolitischem Interesse vereinnahmt und instrumentalisiert wurde, was wiederum weder zu einer Minderung des *partizanstvo*, noch zur Weiterentwicklung einer unbeeinflussten Kommunikationssphäre beitrug.<sup>367</sup> Dies konnte auch als einer der Faktoren für das schlechte Bild und das mangelnde Vertrauen in die Akteure gesellschaftlicher Kommunikation mitsamt ihren Institutionen angesehen werden. Selbiges brachte ein so prominenter Beobachter wie der russische Liberale Pavel Miljukov auf den Punkt: šOt тази presa vsi ki se polzuvat, no samo naivnite vjarvat onova, koeto se govori v [v] vestnicite.š<sup>368</sup>

Mit den Zeitungen ist sowohl ein weiterer **Akteur**, als auch ein weiteres **Medium** genannt. Ausgeführt wurden die Überlegungen über *partizanstvo* nämlich in den politischen Journalen oder den Tageszeitungen, wobei letztere noch stärker in die Tagespolitik involviert waren und meist fallbezogen über *partizanstvo* berichteten. Weiterhin waren die auflagenstärksten Zeitungen, wie oben bereits am Beispiel der Charles-Jean Affäre erläutert, allesamt Parteiorgane, für die wiederum das von Miljukov konstatierte Misstrauen mitgedacht werden kann. Dass auch die unabhängigen Tageszeitungen durch ihre Verwicklung in Korruption und *partizanstvo* von sich reden machten, zeigte z.B. die Affäre um das freiwillige Angebot der größten unabhängigen Zeitung, dem *Dnevnik*, an die Regierung 1910 im

<sup>362</sup> Vgl.: Daskalov, Rumen: B Igaraskoto Ob-testvo Bd. 2, S. 477, der von den Zeitungen und der Presse als dem wichtigsten Agenten einer kritischen Öffentlichkeit und von Zivilgesellschaft spricht und den Übergang zwischen Politik und Journalismus dieser Zeit als šfließendšumschreibt. Vgl. weiterhin: Ebd., S. 501f.

<sup>363</sup> Siehe über ihn: <http://liternet.bg/publish5/natanasov/tvlaikov.html> (Stand. 20.8.2010).

<sup>364</sup> Dies verdeutlichte nicht zuletzt die Veröffentlichung seiner Arbeiten im *šDemokrati eski Pregledš, welches zuerst der Demokratischen, dann der Radikaldemokratischen Partei nahestand. Siehe: Vlackov, Todor: Proletarii li sa d rfvavnite slufv-ti?, S. 389-409; oder: Ders.: Slu ajni belevki okolo inovni eskija v pros, in: Demokrati eski Pregled 7/1909 Kn. 5, S. 597-610 oder: Ders.: Na-ite Partii. Kak sa s zdadeni te i kak sa se namnofli, S. 322-338 und: Ders.: Partizanstvo, S. 266-286.*

<sup>365</sup> Vgl.: weiterhin z.B.: Danailov, Georgi: inovni-kijat v pros v B Igarija, S. 459-470. Danailovs politische Tätigkeit ist dabei nicht erst seit seiner Teilnahme in der parlamentarischen Enquetekommission 1910 und seiner Funktion als *d rftven obvinitel* bekannt.

<sup>366</sup> Siehe z.B.: Vlackov, Todor: Za-to ne stanah socialist?, in: Vlackov, Todor. S inenija. Bd. 5, S. 419-433; weiterhin: Ders.: Proletarii li sa d rfvavnite slufv-ti?, S. 389-409 und den Aufsatz des Sozialdemokraten: Dfidrov, P.: Partii i Partizanstvo, S. 339-347; ebenso auch der spätere Parteiführer der Radikalen Partei: Kosturkov, Stojan: Podkupni estvo v na-ata presa, S. 487-490.

<sup>367</sup> Siehe wiederum: Vlackov Todor: Partizanstvo, S. 183 f. der den *partizanstvo*-Begriff auch auf die Opposition, im Hinblick auf ihre Pressekampagnen und übertriebene Propaganda ausweitet und die negativen Folgen für das politische System und die Gesellschaft beschreibt.

<sup>368</sup> Miljukov, Pavel: B Igaraskata Konstitucija, S. 153.

Gegenzug für finanzielle Zuwendung von nun an für die Regierung zu schreiben.<sup>369</sup> Doch auch die politischen Journale, von denen vor allem das *Demokrati eski Pregled* sich besonders hervortat, waren keineswegs frei von parteipolitischem Einfluss.<sup>370</sup> Im Vergleich dazu nahmen die Diskursanteile der staatlichen Stellen andere Medienformen an, wie Parlamentsdebatten, die als Stenographische Protokolle der Volksversammlung gedruckt und veröffentlicht wurden, sowie in den Zeitungen erschienen. Der parlamentarische Diskursbeitrag vermochte jedoch, so scheint es jedenfalls, selten den Diskurs zu lenken, Impulse zu geben oder selbige aufzunehmen, um so eine (positive) Reaktion auf die Inhalte des Diskurses zu erbringen (z.B. durch Gesetzgebung). Daher entstand die bemerkenswerte Situation, dass zwar eine hohe personale Überlappung zwischen Staat und Öffentlichkeit zu konstatieren war, die Rückkoppelung zwischen beiden sich jedoch verhältnismäßig selten in Ergebnissen niederschlug.<sup>371</sup>

Wenn man sich abschließend das Grundmedium der Diskursbeiträge – die Sprache – einmal genauer anschaut, so scheinen m.E. zwei Umstände besonders erwähnenswert: Zum einen entwickelte der *partizanstvo*-Diskursstrang seine eigene Sprache, brachte neue Wörter hervor, gab alten Wörtern neue Bedeutungen und benutzte schließlich eigne Sprachbilder und Redensarten. Neben den eingangs behandelten Wörtern *partizan(in)* und *partizanstvo*, sticht hier vor allem der Ausdruck *š ovek na XYö* (šMann/Mensch von XYö), der die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppierung (Partei, Fraktion, politischen Richtung oder Patronagenetzwerk) anzeigte, heraus.<sup>372</sup> Im gleichen Kontext wurde das anzeigende Adjektiv *šna-ö* bzw. *šnena-ö* (unser bzw. nicht unser) für Personen verwendet, ja manchmal reichte schon die Amtsbezeichnung und das dazugehörige *šna-ö* oder *šnena-ö* aus und trat an die Stelle des Namen.<sup>373</sup> Zusammen mit der oftmals martialischen Kampfrhetorik der Parteien<sup>374</sup> wurde so eine binäre Opposition (šWirö und šunsere Gegnerö) aufgebaut, die den vornehmlichen Zweck hatte zu mobilisieren und daher, wie häufig erwähnt, umso stärker wurde je schwächer die Parteien sich voneinander

---

<sup>369</sup> Siehe: Kosturkov, Stojan: *Podkupni estvo v na-ata presa*, S. 487-490, wobei der Artikel ungewollt die Verbindungen zwischen *partizanstvo* und der Presse auf zwei Ebenen verdeutlichte: Der dargelegte Fall beleuchtete zum einen, wie leicht auch Zeitungen ihre politische Orientierung den Kräften des Tages im Tausch für materielle Vorteile anpassten. Andererseits war auch die Berichterstattung Kosturkovs, vor allem im Wissen um seine politischen Überzeugungen und Tätigkeiten, nicht außerhalb jeglichen *partizanstvos*, da auch er den Artikel zur Anklage gegen die Regierung und deren Zeitungen zu instrumentalisieren verstand und zeitgleich der Opposition angehörte.

<sup>370</sup> So stand das *Demokrati eski Pregled*, unter der Leitung von Todor Vlajkov und Stojan Kosturkov, erst der Demokratischen und dann der Radikaldemokratischen Partei nahe. Andere Journale, wie z.B. die *Spisane na B Igarskoto ikonomi esko drufestvo*, waren hingegen formal keine Partei- oder Staatsorgane, wurden jedoch von den Vertretern derselben nicht selten zur Publikation von Fachartikeln genutzt.

<sup>371</sup> Vgl. wiederum: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 185-191, der sehr deutlich auf die große Rhetorik um *partizanstvo*, die Anklagen der Oppositionspresse und das Unvermögen und den Unwillen derselben Opposition, einmal an der Macht, wirklich gegen *partizanstvo* vorzugehen, beschreibt und analysiert.

<sup>372</sup> Siehe z.B. den bereits erwähnten Brief an Al. Stambolijski (CDA F 255k Op. 1 a.e. 15, S.1); siehe weiterhin auch die Äußerungen Georgi Danailovs über genau diese Wortwahl im Zusammenhang mit der Beamtenfrage: Danailov, Georgi: *inovni-kijat v pros v B Igarija*, S. 460.

<sup>373</sup> Vgl. Ebd.; weiterhin: Vlajkov, Todor: *Okolo inovni eskija v pros*, S. 600f.

<sup>374</sup> Zur übertriebenen und oftmals beleidigenden Rhetorik der politischen Presse und Propaganda siehe: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 183-185, und: Miljukov, Pavel: *B Igarskata Konstitucija*, S. 152-160.

unterschieden oder je schwächer sie programmatisch und organisatorisch ausgebildet waren.<sup>375</sup> Die Metaphern können hierbei in zwei verschiedene Kategorien unterteilt werden: Wurden sie der politischen Propaganda entnommen und gegen den politischen Gegner gerichtet, so waren Kampf- und Kriegsmetaphern am häufigsten vertreten. Wurde in den analytischen Beiträgen über das Phänomen im Allgemeinen und seinen Auswirkungen auf den Staat geschrieben, so waren Sprachbilder, die *partizanstvo* als Krankheit im natürlichen Organismus des Staates umschrieben, am beliebtesten.<sup>376</sup>

Als ebenfalls bemerkenswert kann der Befund gelten, dass auch innerhalb des *partizanstvo*-Diskursstranges fast keinerlei Hinweise oder Bezeichnungen aus dem Bereich der Verwandtschaftsbeziehungen zu finden waren.<sup>377</sup> In keinem der hier untersuchten Diskursfragmente, auch nicht in den Artikeln über *partizanstvo*, dass konzeptionell eigentlich die größte Verbindung zu *švetternwirtschaft* (*-urobadftna-tina*) aufwies, waren keine Bezüge hierzu auszumachen. So kann zum einen überlegt werden, ob *partizanstvo* als Konzeption auch unausgesprochen Elemente der Verwandtschaftsbeziehungen miteinschloss. Andererseits zeigte diese Untersuchung damit auch, dass Verwandtschaft, zumindest bei politischer Korruption auf höchster staatlicher Ebene, keine große Rolle spielte.<sup>378</sup> Wie auch D.Paru-eva in ihrer vergleichenden Studie über die Regierungselite Bulgariens und Rumäniens um die Jahrhundertwende anmerkte, trat in Bulgarien (im Gegensatz zu z.B. Rumänien) das Element der Verwandtschaft hinter personale Netzwerke, die z.B. auf gemeinsamem Studium beruhten, zurück.<sup>379</sup> Ähnliches kann hier für den Bereich der Korruption konstatiert werden, wobei weitere Einzelstudien über dörfliche und regionale Lebenswelten noch zeigen müssten, ob dieser Befund nur für das Sofioter Machtzentrum Validität besitzt.

Wie also, so kann man abschließend resümieren, aus der Diskursanalyse deutlich wurde, gab es fast keine Frage bezüglich der Beamtschaft oder der Staatsorganisation, die nicht mit dem Problem des

---

<sup>375</sup> Zur Entwicklung der bulgarischen Parteien siehe ausführlicher: Vlajkov, Todor: *Na-ite Partii. Kak sa s zdateni te i kak sa se namnofili*, S. 322-338, sowie: Daskalov, Rumen: *B lgarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 150-181; Zur gegenseitigen Bedingung von *partizanstvo* und strukturellen Problemen der Parteien siehe: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 185-191; Dfidrov, P.: *Partii i Partizanstvo*, S. 339-346; Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija*, S. 42-114; vgl. weiterhin: Höpken, Wolfgang: *Beamte in Bulgarien*, S. 232-236.

<sup>376</sup> Die normative Ausrichtung der Diskursbeiträge zeigte sich u.a. in ihrem moralisierendem Vokabular und Sprachbildern, die *partizanstvo*-Erscheinungen gerne in die Richtung von Krankheiten rücken und den Staat mit einem Organismus verglichen, aus dem es die Krankheiten zu entfernen galt. So bezeichnete der bereits erwähnte Todor Vlajkov das *partizanstvo* als gesellschaftliches Geschwür (*ob-tesvena jazva*) und die Kommission zur Durchsicht der Archive der ehemaligen Minister 1923 überitelte gleich einen ganzen Band mit *Das Gangrän des partizanstvo in den Schulen* (*partizanska gangrena v u ili-teto*). Daneben enthielt jeder einzelne Diskursbeitrag eine mindestens einseitige Schlussfolgerung, die weniger zusammenfasste als einen Maßnahmenkatalog des Autors darstellte, mit Hilfe dessen die Erscheinungen eingedämmt bzw. verbessert werden sollte. Vgl. z.B. Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 195f. oder: Danailov, Georgi: *inovni-kijat v pros v B lgarija*, S. 468ff.

<sup>377</sup> Der einzige Begriff, der in den hier untersuchten Quellen auf eine Verwandtschaftsbeziehung hindeuten könnte war *šblizkite*, was neben Nahestehenden und Vertrauten auch Verwandte bezeichnen kann. Die im Alltag normale Verwendung *šblizki rodnini* (nahe Verwandte) war jedoch nicht zu finden.

<sup>378</sup> Eine Ausnahme bildete hier wiederum Al. Stambolijski, dem Geschäftsbegünstigungen des Schwiegervaters seiner Tochter Grigor Bojadffiev und dessen Sohn Ivan nachgewiesen werden konnten (siehe: *Drufba-kija Refim*, Bd. 2, S. 31-34). Siehe auch weiterhin die Briefe seines Paten/Trauzeugen (*kum*) mit der Bitte um verschiedene Fürsprachen, Entlassungen und Ernennungen: CDA F 255K Op. 1 a.e. 87, S. 3f.

<sup>379</sup> Paru-eva, Dobrinka: *Pravitelstvenijat elit*, S. 94-124 und 211.



*partizanstvo* und seinem Diskurs verbunden war und wurde. *Partizanstvo*, vor allem im weiteren Sinne des Begriffes als Missbrauch mit politischer Macht, fungierte dabei als Erklärung, warum die Dinge nicht so liefen wie auf dem Papier vorgesehen, warum der (gefühlte) Unterschied zwischen konstitutioneller Praxis derart von der niedergeschriebenen Norm abwich.<sup>380</sup> Gleiches galt für die Praxis und das Wesen der Parteien, der Wahlen, der Korruptions- bzw. *partizanstvobekämpfung*, dem Justizwesen, der politischen Stabilität und den Beziehungen zum König. Zur Veranschaulichung sei hier einmal ein kurzer Katalog mit Erklärungen bzw. Ursachen für *partizanstvo* zusammengetragen aus dem Diskursmaterial, aufgestellt:

- *Partizanstvo* ist selbst Ursache für die großen politischen Probleme.<sup>381</sup>
- Das *li nija reftm* Ferdinands, der die Macht- und Ämtergier geschickt einsetzt, um die Parteien und den Parlamentarismus schwach zu halten.<sup>382</sup>
- Die *šEigenartenō* der bulgarischen Parteien, ihr schwacher Rückhalt, Führerfixierung und fehlende programmatische Orientierungen.
- Die unregelmäßige Lage der Beamten in Bezug auf ihr Gehalt, Zensus, Regulation, ihre politische Neutralität, die Instabilität ihres Status, Entlassungen etc.<sup>383</sup>
- Die *šUngeschriebene Verfassungō*<sup>384</sup>, der Unterschied zwischen der progressiven Verfassung von *T rnovο* und den realen gesellschaftlichen Zuständen, die die Fassade der Verfassung ständig aushöhlten, da sie nicht als gewachsenes Produkt ins Leben kam.<sup>385</sup>
- Die Erschütterungen und die Instabilität des politischen Systems an sich, die diktatorischen Machtwechsel, Kriege und gesellschaftlichen Umwälzungen.
- Die 500jährige osmanische Fremdherrschaft, die daraus resultierende Staatsfremdheit, das Misstrauen gegen den Staat, die fehlende Erfahrung in der Verwaltung, die Übernahme *šorientalischer Modelleō* von Verwaltung, die fehlende Rechtsentwicklung, der Gegensatz zwischen moderner Staatlichkeit und Gewohnheitsrecht.<sup>386</sup>
- *Partizanstvo* nicht als strukturelles Problem im System, sondern als persönliche Verfehlung von unehrenhaften, unmoralischen Individuen<sup>387</sup>
- Schließlich kann auch der *partizanstvo*-Diskurs selbst, seine skandalisierende Wirkung auf die Öffentlichkeit, seine Allgegenwart, seine Instrumentalisierung (*špartizanstvo* mit dem *partizantvo*-Diskurs), seine gesellschaftliche Sinnggebung für ein Chaos aus politischen Seilschaften, Intrigen und Missbrauch als Ursache für Misstrauen, Pessimismus und Staatsfremdheit angesehen werden, die weiter destabilisierend wirkten.

Ähnlich kann auch ein Katalog mit den vorgeschlagenen Maßnahmen gegen *partizanstvo*, oder zumindest zu dessen Eindämmung aufgeführt werden:

- Normative Akte: Gesetze, Dienstvorschriften und Regelungen aller Art.<sup>388</sup>

<sup>380</sup> Vgl. Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija*, S. 160ff.; weiterhin: Sundhaussen, Holm: Grundzüge der Verfassungsgeschichte des Balkanraums im "langen 19. Jahrhundert", in: *Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich*, hrsg.: Kirsch, M./ Schierer, P., Berlin 2001, S. 249-266.

<sup>381</sup> So: Dfidrov, P.: *Partii i partizansto*, S. 343.

<sup>382</sup> So z. B.: Popov, Kiril: *V tre-en pregled*, S. 532-543; Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 189.

<sup>383</sup> So z. B.: Danailov, Georgi: *V tre-en pregled*, S. 459-470; Mitov, D.Z.: *inovni estvoto i zaplatite*, S. 366-377; Mihajlov, N.: *Sk pijat fivot, inovni eskite zaplati i nadnicite*, in: *Spisane na B lgarskoto ikonimi esko drufestvo 22/1922-23*, Kn. 4-5, S. 191-198; weiterhin: Seton-Watson, Hugh: *Eastern Europe*, S. 146-150.

<sup>384</sup> Vgl.: Miljukov, Pavel: *B lgarskata Konstitucija*, S. 161.

<sup>385</sup> So weiterhin: Jire ek, Constantin: *Das Fürstenthum Bulgarien*, S. 296f.

<sup>386</sup> Ebd., S. 287-297; Logio, George: *Bulgaria*, S. 12f.; Seton-Watson, Hugh: *Eastern Europe Between the Wars*, S. 146f.; Mihajlov, Ivan: *Psihologija na na-ite partii*, S. 114-123. Im Sinne Edward Saids (*Said, Edward: Orientalism*, New York, 1979) wurden hier die typischen *šorientalistischenō* Attribute einer dekadent-despotischen orientalischen Verwaltung, wie z.B. Korruption, Willkür, Chaos, Intrige, Lüge, als Erbe des osmanischen Reiches attestiert.

<sup>387</sup> Siehe z.B.: Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 328-348.

- Persönlich-moralische Besserung der Individuen (auch in sozialen Zusammenschlüssen).
- Allgemeine Modernisierung und kultureller Fortschritt.<sup>389</sup>

## **7.5. Einordnung und Bewertung**

Der Erscheinung des *partizanstvo* wurde sich hier von zwei Ebenen genährt – einmal auf der Ebene der sozialen Realität, soweit für selbige nicht-diskursive Quellen zu finden waren, und einmal auf der Ebene seiner diskursiven Verarbeitung. Auf ersterer erscheint das bulgarische *partizanstvo* als Spielart von Patronage- bzw. Klientelbeziehungen<sup>390</sup>, die für die spätoosmanische und nationalstaatliche Zeit in Südosteuropa bereits einige Aufmerksamkeit erhalten haben.<sup>391</sup> Wie auch die hier verwendeten Quellen zu zeigen vermochten, wurde in diesen Beziehungen Loyalität und Gefolgschaft gegen den Zugang zu knappen Gütern, vor allem Ämtern, getauscht. Der genauere soziale und sozio-anthropologische Kontext dieser Beziehungen musste in dieser Arbeit jedoch vernachlässigt werden, nicht zuletzt da sich hier auf die Ebenen des Zentralstaates und weniger auf seine Regionen konzentriert wurde. Der Frage also, inwieweit sich das bulgarische *partizanstvo* dem klassischen, d.h. südeuropäischen Typus von Patronage- und Klientelbeziehungen<sup>392</sup> annäherte oder von ihm abwich bzw. einen eigenen Typus bildete<sup>393</sup>, konnte hier keine Rechnung getragen werden. Im Mittelpunkt stand auch in diesem Kapitel die diskursive Verarbeitung von *partizanstvo* als Teil des Korruptionsdiskurses. Innerhalb dieser Diskursanalyse zeigte

<sup>388</sup> So z.B.: Kosturkov, Stojan: Izborite za selski obštinski svet, in: Demokrati eski pregled 1911 Kn. 3, S. 367-379; Popov, Kiril: V tre-en pregled, S. 540-542; Vlajkov, Todor: Partizanstvo, S. 195f.

<sup>389</sup> Zu beiden siehe z.B.: Popov, Kiril: V tre-en pregled, S. 542f.; Mihajlov, Ivan: Psihologija na na-ite partii, S. 122f.; Vlajkov, Todor: inovni estvo i vlastnici, S. 328-348.

<sup>390</sup> Nach dem Klassifikationssystem von: Mühlmann/Llaryora: Klientschaft, Klientel und Klientelsystem in einer sizilianischen Agro-Stadt, Tübingen, 1968, S. 1-10f., ist eine Patronagebeziehung gekennzeichnet durch ein Machtübergewicht zugunsten des Patrons (hier: der Parteien und ihrer Führer), eine Klientelbeziehung dagegen umgekehrt durch ein Übergewicht der Klienten (hier: der Beamten). In diesem Sinne wäre im bulgarischen Fall wohl von einer Patronagebeziehung zu sprechen, da sich die Patrone hier durch die Vergabe von Ämtern die Loyalität der Beamten sicherten und zu ihren Zwecken mobilisierten. Die hohe Fluktuation der *partizani* und ihre wankelmütigen Loyalitäten erschienen jedoch ebenfalls als ein „Machtmittel“ der Klienten, so dass das tatsächliche Machtverhältnis zwischen beiden noch eingehender untersucht werden müsste.

<sup>391</sup> Siehe z.B.: Grandits, Hannes: Herrschaft und Loyalität in der spätoosmanischen Gesellschaft. Das Beispiel der multikonfessionellen Herzegowina, Wien/Köln/Weimar, 2008, S. 22-26; Findley, Carter Vaughn: Ottoman civil officialdom. A social History, Princeton, 1989.

<sup>392</sup> Siehe dazu z.B.: Bossevain, Jeremy: Friends of Friends. Networks, manipulators, coalitions, Oxford, 1974; Mühlmann/Llaryora: Klientschaft, Klientel und Klientelsystem in einer sizilianischen Agro-Stadt; Giordano, Christian: Die Betrogenen der Geschichte. Überlagerungsmentalität und Überlagerungsrationaltät in mediterranen Gesellschaften, Frankfurt/New York, 1992.

<sup>393</sup> So erhielt die klassische Patronageforschung, die den südeuropäischen Typus hervorbrachte, bald Erweiterung in dem Sinne, dass dieser Idealtypus regionale wie historische Abweichungen, bzw. Neumodulationen unterlag. Speziell für den südeuropäischen und osmanischen „Geschichtsraum“ siehe: Campbell, John: Honour, Family and Patronage. Study of Institutions and Moral Values in a Greek Mountain Community, Oxford, 1964; Petropoulos, John: Politics and Statecraft in the Kingdom of Greece 1833-1843; Findley, Carter Vaughn: Bureaucratic reform in the Ottoman Empire. The sublime porte, 1789 – 1922, Princeton, 1980. Vgl. weiterhin für Klientelsysteme im Postsozialismus: Roth, Klaus: Klientelismus. Positive Potentiale und Risiken eines traditionellen Modells sozialer Beziehungen, in: Bilanz Balkan, hrsg.: Daxner, Michael et al., München, 2005, S. 54-67. Interessant wäre es auch einmal die Strukturen der amerikanischen „party-machines“ des 19. Jahrhunderts, von denen die New Yorker „Tammany Hall“ sicherlich die bekannteste war, einmal mit den (südost)europäischen Erscheinungen zu vergleichen. Siehe zu diesen amerikanischen Versionen von Parteipatronage am Beispiel von „Tammany Hall“: Allen, Oliver E. The Tiger: The Rise and Fall of Tammany Hall, 1993; Cornwell, Jr., Elmer E. „Bosses, Machines, and Ethnic Groups“, in: Callow Jr./Alexander B. (hrsg.): The City Boss in America: An Interpretive Reader, New York, 1976; Sloat, Warren: A Battle for the Soul of New York: Tammany Hall, Police Corruption, Vice, and Reverend Charles Parkhurst's Crusade against Them, 1892-1895, 2002.

sich zum einen, dass *partizanstvo*, als konzeptioneller Begriff korrupter Praktiken mit politischer Macht, eine vom Diskurs generierte sprachliche Konstruktion war, die auf soziale Praktiken verwies, selbige jedoch nicht optik-analog abbildete<sup>394</sup>. Dies verdeutlichte nicht so sehr die tagespolitischen *partizanstvo*-Kampagnen der Presse, sondern vor allem gesellschaftsanalytischen Beiträge in den (politischen) Journalen. Wie die *šEntwicklung* des Diskurses dabei zeigte, erreichte man über die Frage, was eigentlich genau unter *partizanstvo* zu verstehen sei, immer nur zeitweilige Antworten. So konnte sich sowohl der Begriff, als auch die Praktik, in die Zeit der parteilosen Herrschaft nach 1934 *šinüberretten*, obwohl eine parteilose Regierung *partizanstvo* eigentlich unmöglich machen sollte. Eben jene definitorische Weite, zusammen mit dem äußerst aktiven Diskurs, so soll hier vorgeschlagen werden, ermöglichte es dem Konzept *partizanstvo* überhaupt erst zu seiner (traurigen) Berühmtheit zu gelangen. So kann wohl mit Recht behauptet werden, dass *partizanstvo* sowohl die am meisten diskutierte, als auch bei weitem *šöffentlichste* korrupte Praktik dieser Zeit war.

Wie auch schon in den vorangegangenen Fragmentsanalysen immer wieder angesprochen, ist auch der *partizanstvo*-Diskursstrang dazu angehalten den öffentlichen Kommunikationsraum dieser Zeit zu charakterisieren. Damit wurden gleichzeitig einige Grundfragen der Diskursanalyse, nämlich: Wer, von welchen Positionen aus und mit welchem institutionellen Hintergrund überhaupt Aussagen über *partizanstvo*-Korruption tätigen konnte, beantwortet. So ergab sich erneut das Bild, dass die Beiträge fast ausschließlich von (mal mehr, mal weniger) direkt in die soziale Praxis Involvierten (z.B. Politikern oder Beamten) stammten. Dies wiederum verdeutlichte die Dominanz der staatlich-politischen Sphäre im durch Kommunikation strukturierten Raum. Diese kommunikative Macht jedoch untergrub sich nur allzu oft selbst durch den eklatanten Unterschied zwischen Anti-*partizanstvo*-Rhetorik im Diskurs seitens Anhänger und Autoren der Opposition und der Anwendung dieser Praktiken durch dieselben Personen einmal an die Macht gekommen.<sup>395</sup> Wie dramatisch der damit einhergehende Vertrauensverlust und das öffentliche Misstrauen gegenüber der Problemlösungskapazitäten der Parteien und ihrer Mitglieder war, darüber gab nicht zuletzt die in Kap. 6 untersuchte Rede K.Georgievs Aufschluss, der damit verbatim den Umsturz vom 19.5.1934 rechtfertigte. Symbolisch hierfür war, dass nicht die vom Diskurs zahlreich generierten *šLösungen der partizanstvo-Frage*, sondern die staatlich-politische Macht in Form des Umsturzes 1934 den Diskurs und das Problem an sich vermeintlich auflöste.

---

<sup>394</sup> Jäger, Siegfried: Einführung Kritische Diskursanalyse, S. 125f.

<sup>395</sup> Vgl.: Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 187f.; Dfidrov, P.: *Partii i Partizanstvo*, S. 340f.; die in Kap. 6.2. beschriebene Affäre um das *partizantvo* unter Minister Kosturkov 1932-34 verdeutlicht ebenfalls, wie sich die anti-*partizanstvo*-Ideale und Prinzipien Kosturkovs einmal an der Macht anpassten und auch er von der *šDynamik des partizanstvo* eingeholt wurde.

## IV. Schluss

### **8. Gerüchte, Intrigen, Instrumente ó Kommunikationsstrategien und Korruption**

Als Beispiel par excellence für die kommunikativen Taktiken und Strategien politischer Korruption kann für den Untersuchungszeitraum- und Ort sicherlich die šAffäre Charles-Jeanō gelten. Bereits vorgestellt wurde die Taktik der Beschuldigten, wie sie im Regierungsorgan *Nov Vek* zum Ausdruck kam. Wie auch kommunikationstheoretische Ansätze über die Rhetorik politischer Korruption nahelegen, so erscheint es hierbei als besonders bemerkenswert, dass nur die rhetorische Taktik der Beschuldigten, nicht die der Ankläger, verschiedene Phasen durchlief.<sup>396</sup> So blieb die *Mir* von Anfang der Affäre im Februar/März 1906 bis zum Ende des Prozesses im April/Mai bei rhetorischen Frontalangriffen gegen die Korruption der Regierung und variierte nur in der Form und den Unterthemen, mit denen Korruption verbunden wurde. Erst mit der Niederlage vor Gericht wichen sie, wohl auch aufgrund des šgerichtlich auferlegten Maulkorbesō, von dieser Linie ab. Gleiches kann auch für den Pressediskurs um die Veröffentlichung des parlamentarischen Enqueteberichtes 1911 gelten, im Laufe dessen die *Nov Vek* als Verteidiger zwischen Leugnung, Schweigen, aggressiver Verteidigung und Ablenkung wechselte, die Ankläger hingegen sich ihrer einmal eingeschlagenen Linie treu blieben. In beiden Fällen kann Gronbecks Vorschlag zur Gliederung der Rhetorik politischer Korruption in 1. soziolinguistische Prozesse der Benennung und Definition, 2. einen dialektischen Prozess der Rollenzuweisung und 3. einen šzeremoniellen Prozessō, als treffend angesehen werden, wobei über den Läuterungsprozess noch zu sprechen sein wird.<sup>397</sup>

Wie des Weiteren in Kap. 5 und 6 deutlich wurde, änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg diese kommunikative Situation durch den šAusfallō, d.h. die, zum Teil auch physische Eliminierung der Rolle des Verteidigers. Hier verwies die soziale Praktik des Diskurses auf die gesamtgesellschaftlichen und politischen Umstände, ihre Rückwirkungen auf den Diskurs und auf das Machtverhältnis zwischen ihnen. Im Gegensatz zu dieser Tendenz der Korruptions- und Kommunikationsforschung sich vornehmlich den Taktiken der beschuldigten Seite zu widmen, soll hier einmal die Seite der Ankläger genauer betrachtet werden. Dadurch soll nicht zuletzt gezeigt werden, dass die moralische Rollenzuweisung des šgutenō Anklägers und šschlechtenō Beschuldigten, wie sie oftmals impliziert wird, keineswegs immer gegeben sein muss. Dieses Paradigma, so kann argumentiert werden, wird vor allem durch die šGlorifizierungō der

---

<sup>396</sup> Vgl. z.B. die Ansätze von: Gronbeck Bruce: Rhetorik politischer Kommunikation; und: Schütz, Astrid/Gröschke, Daniela/Hertel, Janine: Aufdeckung und Zudeckung. Skandale zwischen Wahrheitsfindung und Vertuschungsinteresse, in: Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft, hg.: Hettlage, Robert, Konstanz, 2003, S. 251-271.

<sup>397</sup> Gronbeck, Bruce: Rhetorik politischer Kommunikation, S. 258f.

gegen-staatlichen Zivilgesellschaft gegen den korrupten Staat immer wieder reproduziert, kann jedoch m.E. für den bulgarischen Fall nicht aufrechterhalten werden.

Zunächst einmal kann davon ausgegangen werden, dass der (potentielle) Beschuldigte ein grundsätzliches Interesse an der Heimlichkeit von Korruption hat, weswegen er Stillschweigen bewahrt. Der (potentielle) Ankläger jedoch versucht durch die Ver-öffentlichung moralischen Druck aufzubauen. Nun wäre dies in der Tat ein šreinigenderö Mechanismus gegen staatliche Missstände, wenn der Ankläger tatsächlich ein altruistisches Interesse am Gemeinwohl hätte. Tatsächlich aber, so zeigen alle hier untersuchten Diskursfragmente, nahmen politische Akteure selbst die Rolle der Aufklärer und Ankläger ein, wodurch sich eigenes (partei-)politisches Interesse mit dem Korruptionsvorwurf verband. Korruption wurde als rhetorische Waffe instrumentalisiert, wie es in den Fragmentsanalysen für die höchste Ebene der Politik gezeigt wurde. Wie einfach jedoch der Korruptionsvorwurf als rhetorisches Mittel eingesetzt wurde und welche bizarre und verworrene Situationen sich dabei ergaben, mag das Beispiel des Kontrolleurs der BNB-Filiale in Svi-tov, Gen o Stajkov aus dem Jahre 1933 verdeutlichen.<sup>398</sup> Laut Protokoll der BNB wurde selbigem vom Sofioter Bürger G.Ger-on 5000 Lewa geboten, um dessen šAngelegenheitenö zu regeln, was Stajkov jedoch ausschlug und seine Vorgesetzten informierte. Danach ging er doch zum Schein auf das Angebot ein, um zusammen mit der Polizei Ger-on bei der Geldübergabe zu überführen. Selbiger Ger-on jedoch beteuerte daraufhin, nicht er habe Geld angeboten, sondern Stajkov habe die Bestechung von ihm gefordert. Obgleich die BNB im Sinne des Kontrolleurs entschied, ergibt sich für den Historiker keineswegs ein eindeutiges Bild. Dieser Fall illustrierte hervorragend die Verstrickung gegenseitiger Anschuldigungen und wie sie gebraucht wurden, denn: Wer will heute noch entscheiden, ob der Kontrolleur nicht seinerseits seinen Gegenüber erst nötigte und dann in eine Falle tappen ließ? Ein Beweis findet sich nicht in den Fonds der BNB, wohl aber verdeutlicht der Fall welche verschiedenen kommunikativen Szenarios möglich waren.<sup>399</sup>

Wie der ebenfalls bereits beschriebene Fall Kosturkov oder zumindest die in seiner Autobiographie festgehaltene Darstellung der Korruptionsvorwürfe gegen ihn verdeutlichen, war Korruption ein fester Bestandteil politischer **Intrigen**. Schenkt man Kosturkovs Interpretation Glauben, so inszenierte Ministerpräsident Mu-anov die ganze Affäre, um sich Kosturkovs zu entledigen, wobei er empörte Ankläger aus dem oppositionellen politischen Lager als šMarionettenö auftreten ließ. Unabhängig davon, ob man sich hier Kosturkovs Version anschließen will oder nicht ergibt sich ein weiterer Aspekt der

---

<sup>398</sup> Alle Angaben beziehen sich im Folgenden auf: B lgarska Narodna Banka. Sbornik Dokumenti, hg.: Avramov, Rumen (Arhivite Govorjat), Bd. 4, Sofia, 2004, Dok. 146, S. 381.

<sup>399</sup> Dass es sich hier keineswegs um einen Einzelfall handelte, verdeutlicht auch der Fall eines weiteren Revisors der Hauptdirektion für staatliche und vom Staat garantierte Schulden (*glavna direkcija na d rftvnite i na garantiranite ot d rftvata d lgove*) aus dem Jahre 1924. Siehe: CDA F 258K Op. 1 a.e. 2636, S. 3-15, bei dem sich der Direktor des Fonds für Kriegswaisen über den Revisor beschwerte, der sich angeblich Geld aus dem Fond für seine kranke Frau šgeliehenö habe, selbiges nicht zurückzahle und im Gegenzug den Direktor selbst der Veruntreuung bezichtigte. Obgleich hier noch weitere Zeugen zur Aussage kommen, ergibt sich trotzdem ein Bild gegenseitiger Anschuldigungen, Gerüchte und letztlich ein Gemisch von Bezichtigungen, aus dem, zumindest heute, keine šWahrheitö mehr zu extrahieren ist.

Instrumentalisierung von Korruptionsvorwürfen zu eigennützigen Zwecken. Auf die besondere Tatsache, dass dieser Aspekt auch eine kommunikative Seite hatte und damit Auswirkungen auf den so strukturierten Raum, wird noch zurückzukommen sein. Ausgeführt werden muss auch, dass sich die Intrige mit Korruption kaum auf die Politik beschränkte. Wie in Kap. 4.5 gezeigt wurde, verließen sich z.B. auch parlamentarische Kommissionen auf die mündlichen **Gerüchte** einiger Händler, die den Finanzminister unsauberer Praktiken beschuldigten.<sup>400</sup> Auch in der Wirtschaft grassierte, so zeigte R.Avrarov, eine Stimmung allgemeiner *„Korruptionsparanoia“*, in der Alles, vor allem die Vergabe von staatlichen Aufträgen durch die benachteiligten Seiten, durch Korruption erklärt wurde.<sup>401</sup> Auf die spezielle Form und Funktion des Gerüchts wird dabei weiter unten noch zurückzukommen sein.

Wenn man also, wie am Anfang dieses Kapitels, als kommunikative Taktik der beschuldigten Seite das Abstreiten, Lügen, Ablenken (**passive Verteidigung**) und Beleidigung, Diskreditieren und Gegenwürfe (**aggressive Verteidigung**) ausmachen kann, so muss man bei der Anklage von **Skandalisierung** und **Moralisierung** als Taktiken sprechen. Im Interesse der aufdeckenden-anklagenden Seite lag es stets ein möglichst großes Publikum für ihre Beschuldigungen zu finden und zu konstruieren<sup>402</sup> und sie in den letzten Winkel der Kaffeehäuser zu tragen<sup>403</sup>. Je stärker dabei der Korruptionsvorwurf den eigenen Interessen (z.B. dem Abtritt der Regierung oder die Legitimierung von Umstürzen) dienen sollte, desto größer musste der Skandal werden. Eines der einfachsten Mittel, um dies zu erreichen, war eine verbale Liaison mit der Moral einzugehen, welche in allen hier behandelten Diskursfragmenten deutlich hervortrat.<sup>404</sup> Die Appellation an das Moralgefühl des Publikums war wohl das gängigste und einfachste rhetorische Mittel in Korruptionsvorwürfen. Im Speziellen wurde dies in den hier behandelten Fällen durch Anrufungen christlicher Moralvorstellung, einem übersteigerten Patriotismus, binären Oppositionen von Gut und Böse und Kraftsprache erreicht. Die Verbindung der Korruptionsthematik mit verschiedensten Unterthemen, wie z.B. Armee, Landesverteidigung, Kultur/Identität oder bestimmten aktuellen politischen Fragen unterstützte die skandalisierenden und moralisierenden Aspekte der Kommunikation weiterhin.

Um einem Missverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich erwähnt, dass Intrige, Skandalisierungen und Moralisierung hier nicht als die alleinigen Kommunikationsabsichten über Korruption verstanden werden

---

<sup>400</sup> Doklad do XIV-to ONSí , S. 386-389.

<sup>401</sup> Avramov, Rumien: Komunalnijat Kapitaliz m, S. 124f.

<sup>402</sup> Vgl. in Bezug auf die Untersuchungskommission 1911, die den größtmöglichen Medieneffekt suchte: Ebd., S. 242f.

<sup>403</sup> Vgl. für den Bezug auf die lebhaften Diskussionen über Korruption in den Kaffeehäusern im Zusammenhang mit der *„Affäre Charles-Jean“* Dnevnik Nr. 1366, 22.4.1906, S. 2.

<sup>404</sup> Dass die Instrumentalisierung von Werten und Moral jedoch geradezu eine (sozio-anthropologische) Grundkonstante menschlicher Sozialität im Allgemeinen und der Politik im Speziellen ist, hat vor allem: Bailey, F.G.: *Treasons, Stratagems, and Spoils. How Leaders make Practical Use of Values and Beliefs*, Cambridge Ma., 2001, passim, und: Ders.: *Stratagems and Spoils. A Social Anthropology of Politics*, New York, 1969, passim, wiederholt vertreten und konzeptualisiert.

sollen. Viel eher wurde aufgezeigt, dass und wie selbige als politische Ressourcen genutzt wurden.<sup>405</sup> Skandale, genau wie Intrigen und Moralvorstellungen waren (und sind) keine metaphysischen Positivitäten, sondern wurden als solche erzeugt, zumindest im Fall der Skandale auch wissentlich.<sup>406</sup> Dass dies geschah, verwies auf ihren Sinn und Zweck. Wie Gronbeck vorschlug, zu zelebrieren manche Gesellschaften, wobei er als Beispiel die amerikanische anführte, geradezu Korruptionsskandale als rituelle Läuterungsprozesse, als eine Art „negativen Feierns“<sup>407</sup>. Dabei sollte die Gesellschaft als Ganzes durch diese „periodischen öffentlichen Degradierungszeremonien“<sup>408</sup> in ihrer Ordnung gestärkt und von dem „Übel der Korruption“ geheilt hervorgehen. Nun wurde aber in der Untersuchung der Diskursfragmente gezeigt, dass für den Untersuchungszeitraum von „gesellschaftlichen Katharsis“ nicht gesprochen werden kann, wobei nur exemplarisch an das Schicksal und die Folgen der parlamentarischen Untersuchungskommissionen 1883-1923 erinnert werden soll. Obgleich das Ausbleiben dieser „gesellschaftlichen Katharsis“ wohl kaum monokausal zu erklären ist, so soll hier die **These** vertreten werden, dass dieser Prozess aufgrund der Dominanz der politischen Sphäre über die Gesellschaft und Öffentlichkeit nicht eintreten konnte. In Gronbecks Ansatz z.B. sind es unabhängige gesellschaftliche Akteure, die Korruption veröffentlichen und hartnäckig Skandale gegen den Staat vorantreiben. In Bulgarien jedoch lag die Initiative bei den staatlichen Akteuren und Parteien selbst, die auf die Öffentlichkeit lediglich als Legitimationsrahmen verwiesen, jedoch nahezu unabhängig von ihr nach eigenem Interesse handelten. Nun müsste dies nicht automatisch das Ausbleiben der „Reinigungsprozesse“ verursachen, doch da der Mechanismus so von Anfang an die politisch-staatliche Domäne geknüpft war, erhöhte sich wiederum der Einfluss der beschuldigten staatlichen Stellen und somit die Wahrscheinlichkeit einer abgebrochenen Katharsis. Jeder mir bekannte Fall von Korruption in Bulgarien zwischen Anfang des 20. Jhs. und 1941 wurde entweder aufgrund von Beschuldigungen der Opposition gegen die Regierung, von Untersuchungen einer Regierung gegen ihre Vorgänger, oder durch innerinstitutionelle Kontrollorgane, wie z.B. Finanzrevisoren, eingeleitet. Unabhängige Aktivitäten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, etwa auf Aufforderung durch parteiunabhängige Zeitungen, sind meines Wissens nicht bekannt.<sup>409</sup> Ohne auf die einzelnen Faktoren hierfür im Justizwesen dieser Zeit eingehen zu können<sup>410</sup>, ergeben sich hier einige mögliche Ansatzpunkte für Erklärungen des ausbleibenden diskursiven Reinigungsereignisses: Zum einen die Abhängigkeit der Judikative von der Exekutive, die Einbettung der Untersuchungen und Reinigungsprozesse in staatliche Institutionen und damit der Bezug zu der

<sup>405</sup> Vgl.: Ebd., und weiterhin: Prisching, Manfred: Moral als Lüge. Über Moralisation in der Politik, in: Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft, S. 231f.

<sup>406</sup> Zu einem Einstieg in die mannigfachen Skandale in der bulgarischen Öffentlichkeit zwischen 1878 und 1944 siehe: Tahov, Rosen: Golemite b Igarski senzacii; Markov, Georgi: Na-umelite mefdunarodni aferi na tretoto b Igarsko carstvo.

<sup>407</sup> Gronbeck, Bruce: Rhetorik politischer Korruption, S. 276.

<sup>408</sup> Ebd.

<sup>409</sup> Vgl.: Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 121-126 und 230f.

<sup>410</sup> Zu einem Überblick über die Entwicklung des Justizwesens und seiner Probleme dieser Zeit siehe: Daskalov, Rumen: B Igarskoto Ob-testvo, Bd. 1, S. 97-109.

(tages)politischen Situation als solchen und die zahlreichen Möglichkeiten der potentiellen Täter diesen Prozess zu stoppen. Zum anderen die Verbindung zwischen Antikorruption und der korrupten Sphäre der Politik bzw. die Einbindung der Antikorruption nicht in vom Staat unabhängige, sondern abhängige Kontexte. Darunter kann m.E. auch die Instrumentalisierung von Korruption durch die Opposition gefasst werden, durch welche die Antikorruption nicht als gesellschaftliches Anliegen, sondern untrennbarer Teil des politischen Spiels war.<sup>411</sup> Ebenfalls im Zuge der Affäre Charles-Jean wurde deutlich, wie sehr die Parteien die Korruptionsthematik aufgriffen, um sich positionell gegeneinander abzugrenzen. Je weniger die Parteien sich dabei prinzipiell voneinander unterschieden, desto heftiger wurden verbalen Triaden um Korruption bzw. Antikorruption zu einem Abgrenzungsstandpunkt ausgebaut.

Wie gezeigt wurde, bedeutete dies jedoch nicht, dass überhaupt kein **diskursives Ereignis** stattfinden konnte. In Form des verlorenen Ersten Weltkrieges samt der folgenden Herrschaft der Agrarier und dem Putsch gegen sie, sowie dem Umsturz von 1934, wurden hier gleich zwei diskursive Ereignisse innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums kenntlich gemacht. Wie dort bereits deutlich wurde, handelte es sich jedoch eben nicht um von einer nicht-staatlichen Gesellschaft inszenierte Reinigungsprozesse, sondern um eine vom Militär zusammen mit einigen politischen Eliten von oben durchgeführte Reinigung. Dies deutete wiederum auf die Schwäche der Gesellschaft innerhalb des Korruptionsdiskurses einerseits, und andererseits auf die geringen faktischen Auswirkungen und Rückbindungen des Korruptionsdiskurses selbst hin. Das Innovationspotential, verstanden als Reservoir des Diskurses zur Generierung von Lösungen und Veränderungen der in ihm zum Ausdruck kommenden sozialen Phänomene, scheint relativ gering gewesen zu sein. Erfolgreiche Verurteilungen, Gesetzesänderungen (vielleicht mit Ausnahme des Gesetzes über ungesetzliche Bereicherung von 1894) oder sonstige Konsequenzen der im Diskurs handelnden Subjekte, sind zumindest für die höchste Ebene der Politik kaum bekannt. Reaktionen, im Sinne von politischen oder physischen Auswirkungen, oder auch Veränderungen der Kommunikationsmodi, wurden eher von außen in den Diskurs implementiert. Wie die Analyse der beiden diskursiven Ereignisse jedoch auch zeigte, spielte dabei ein aufgestautes diskursives Potential, eine über längere Zeit gewachsene Unzufriedenheit in Bezug auf den end- und wirkungslosen Korruptionsdiskurs, eine nicht unbedeutende Rolle.

Was nun lässt sich aus dem hier dargelegten für die diskursive Sinngebung von Korruption und die Auswirkungen dieser diskursiven Praktiken auf den durch sie strukturierten Raum der Öffentlichkeit schließen? Durch die Instrumentalisierung von Korruption(svorwürfen), sowohl von der anklagenden, als auch von der beschuldigten Seite, wurde ihr innerhalb des Diskurses zunächst ein Sinn als rhetorisches

---

<sup>411</sup> Hierbei ist natürlich anzumerken, dass die Ausschlichtung von politischer Korruption durch die Opposition gegen die Regierung ein nahezu natürlicher Bestandteil jedes Parlamentarismus ist und war, wobei jedoch das Ausmaß und die daraus abgeleiteten Forderungen zwischen Frontalopposition und Problembekämpfung variieren. In Bulgarien diskreditierte sich jedoch die Antikorruption der Opposition vor allem durch den eklatanten Unterschied zwischen oppositioneller Rhetorik und tatsächlich durchgeführter Programmatik.



Mittel zugewiesen ó Korruption war eine politische Ressource. Als solches konnte ihr ein Sinn in den politischen Grabenkämpfen (Fragmente 1 und 2) oder zur Herrschaftslegitimation (Fragmente 3 und 4) zukommen. Da es hierbei im Wesentlichen um Herrschafts- und Machtlegitimation ging, bezog sich, wer auch immer mit Korruptionsvorwürfen oder -leugnungen arbeitete, auf ein legitimationsstiftendes Objekt ó die Gesellschaft. Einen anderen Sinn, wie z.B. im Falle S.Kosturkovs oder des Revisors G.Stajkovs, bekam Korruption als rhetorisches Mittel der Intrige. In diesen Fällen war es weniger šfaktischeō Korruption, als vielmehr ihre kommunikative Darstellung, die die (un)erwünschte Wirkung und Sinn erzeugte. Korruption, vor allem als rhetorisches Mittel zum (politischen) Zweck, wurde zur sinnstiftenden Erklärung sozialer Erscheinungen. Sinn wurde also nicht nur aus Korruption selbst, sondern auch aus ihrer kommunikativen Darstellung produziert. Innerhalb dieser Darstellungen wurde versucht durch die Verwendung bestimmter sprachlicher Codes, wie z.B. Appelle an Moral- und Rechtsempfinden, Patriotismus oder die Klassifizierung als Intrige oder *partizanstvo* eine Art von Ordnung zu schaffen<sup>412</sup> und Rollen zuzuweisen. Diese Ordnungsversuche erstreckten sich nicht nur auf Korruption šan sichō, sondern gerade auch auf die kommunikative Re-präsentation von Korruption. Durch das bizarre und zum Teil absurde Überstrapazieren dieser Ordnungs- und Sinndeutungsstrategien jedoch ergab sich eine Atmosphäre, in der Korruption, zumindest kommunikativ, allgegenwärtig war und als Allzweckerklärung gebraucht wurde.<sup>413</sup> Eine besondere Rolle, die sich historisch kaum noch zutreffend erfassen lässt, spielte dabei die **mündliche** Kommunikation in der Öffentlichkeit. Die besondere Form des Gerüchtes<sup>414</sup> wurde dabei bereits thematisiert. Verweise auf selbige Mündlichkeit, nicht nur als Medium korrupter Vereinbarungen, sondern auch als diskursive Verarbeitung von Korruption finden sich heute nur noch sehr vereinzelt in den Quellen, wie z.B. im Artikel des *Prijaporec* in Kap. 3. Dass jedoch Korruption in privaten und öffentlichen Plätzen noch viel stärker mündlich, als schriftlich verarbeitet wurde, kann als relativ sicher gelten. Davon zeugten nicht zuletzt zahlreiche Denunziationen und Beschwerden, die auf informalem Wege an den Zaren gelangten und voller (unbewiesener) Korruptionsvorwürfe steckten.<sup>415</sup> Wie

---

<sup>412</sup> Vgl. z.B. den polemischen Gebrauch des Shakespeare-Zitates šThough it be madness, there is method in itō durch die: Mir. Organ na Narodnata Partija, Nr. 1795, 11.3.1906, S. 1, im Zusammenhang mit der šAffäre Charles-Jeanō

<sup>413</sup> Vgl.: Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 154f.; Kr stev, Ivan: A Moral-Economy of Anti-Corruption. Sentiments in Transition, S. 1f., der hier ebenfalls, allerdings für die postsozialistische Periode, für eine zumindest perzipierte Allgegenwart von Korruption argumentiert.

<sup>414</sup> Zur šNatur des Gerüchtesō und seiner kommunikativen und kulturellen Funktionen sieh: Kapferer, Jean-Noel: Gerüchte. Das älteste Massenmedium der Welt, Berlin, 1997; Neubauer, Hans-Joachim: Fama. Eine Geschichte des Gerüchtes, Berlin, 2008; Bruhn, Manfred/Wunderlich, Werner (hrsg.): Medium Gerücht. Studien zu Theorie und Praxis einer kollektiven Kommunikationsform, Bern u.a., 2004; Wehling, Pamela: Kommunikation in Organisation. Das Gerücht im organisationalen Wandlungsprozess, Wiesbaden, 2007.

<sup>415</sup> Die Beispiele für Briefe und Bittgesuche, sowohl an Zar Ferdinand als auch an Boris, in denen verschiedenste Formen von Korruption unter mannigfachen Gesichtspunkten zur Sprache kommen, sind so zahlreich, dass sie eigentlich einer eigenen Darstellung bedürfen. Sie kamen aus den verschiedensten sozialen Schichten und Motiven, die über bloße Information, über allgemeine Beschwerden, bis hin zu Bitten an den Zaren um Hilfe reichten. Siehe z.B. die CDA F 3K Op. 8, a.e. 912, S. 11-13 mit geheimen Zuträgen über Korruption in der Armee und im Kriegsministerium 1906 an Ferdinand; ebenso über die Unterschlagungen der Regierung Petkov-Petrov-Gudev: CDA F 3K Op. 8, a.e. 1583, S. 33-39; des Weiteren scheint insbesondere Ferdinand einen Stab von Spionen, freiwilligen oder verpflichteten gehabt zu haben, die ebenfalls Informationen über Korruption

M.Vlajkov in seinen Erinnerungen zeigte, grassierte in den Kaffeehäusern und Gaststätten stets ein allgemeines Urteil über die Korruptiertheit der Beamten und Politiker ó eine Art öffentlicher Meinung, die alles durch Korruption erklärte.<sup>416</sup> Dies, so kann argumentiert werden, war u.a. eine Folge der absurd-übertriebenen Instrumentalisierung von Korruptionsvorwürfen, sowie der rechtlichen Folgelosigkeit von Korruption auf höchster staatlicher Ebene. Korruption war im öffentlichen Raum Bulgariens in dieser Zeit keineswegs ein heimliches, sondern ein eminent ver-öffentliches Phänomen. Diese Allgegenwart von öffentlicher Korruption, ihre kommunikative Instrumentalisierung, sowie die Rolle von Intrigen und Gerüchten, bildeten ein Amalgam eines öffentlichen Misstrauens, in dem ömehr zwischen den Zeilen als in denselben gelesen<sup>417</sup> wurde. Diese Erkenntnisse und Denkweisen selbst ördneten ö das Wissen über Korruption und verliehen ihr Sinn und Struktur.

---

beschafften und an den Zaren weiterleiteten, vgl. z.B.: CDA F3K Op.8 a.e. 1100, S. 15f., 40-43 (Briefe eines öfreiwilligen Spiones des Hofes (*dobrovolen dvorcov spion*) von 1907; ebenso: CDA F 3K, Op. 8. a.e. 1584, S. 10f.; für die Zeit unter Boris III. nach 1918 sind viele Tausende Briefe erhalten, wobei Korruption auch immer wieder thematisiert wurde, siehe z.B.: CDA F 3K Op. 12 a.e. 899, S. 1-3 für die Beschwerden eines Arztes von 1926; die Beschwerden eines ehemaligen Angestellten der Nationalbank gegen den damaligen Finanzminister, welcher der Unterschlagungen bezichtigt wurde, wobei der Bittsteller von selbigem entlassen wurde und seit über 10 Jahren um seine Wiedereinstellung kämpfte: CDA F 3K Op1. a.e. 734, S. 84-86.; oder: Ebd., S. 157f., worin sich eine Gruppe von Bürgern 1944 gegen den Leutnant Kanev in Malko T rnovo beschwerte, der wie ein Feudalherr regiere, die Bevölkerung drangsaliere, *partizanstvo* betreibe und staatliche Mittel klaue; noch zahlreicher gar sind die Bitten um *hodatajstvo* und Arbeit in staatlichen Diensten, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann.

<sup>416</sup> Vlajkov, Todor: *inovni estvo i Vlastnici*, S. 145-166.

<sup>417</sup> Jire ek, Konstantin: *Fürstenthum Bulgarien*, S. 297.

## 9. Gegen oder durch den Staat? Öffentlichkeit und Korruption in Bulgarien

Im Folgenden sollen die aus den Fragmentanalysen und dem vorherigen Kapitel über Kommunikationsstrategien gewonnenen Ergebnisse bezüglich der bulgarischen Öffentlichkeit dieser Periode konzeptionell herausgearbeitet werden. Dabei muss jedoch betont werden, dass diese Untersuchung zuvorderst den Korruptionsdiskurs fixierte und die Öffentlichkeit nur als kommunikative Arena, in der er sich entfaltet, als seine Umgebung ins Blickfeld geriet. Die Korruptionsanalyse kann hier keine detaillierte Untersuchung der bulgarischen Öffentlichkeit ersetzen, verweist jedoch auf einige interessante Strukturmerkmale derselben.

Eines der größten Probleme bei einer **Strukturbeschreibung** bulgarischer Öffentlichkeit ist wohl zweifellos nicht in die Muster einer šbalkanischen Verlustgeschichte zu verfallen. So sollte aus den bisherigen Analysen deutlich geworden sein, dass das Habermas'sche Idealmodell der bürgerlichen Öffentlichkeit Westeuropas nur bedingt auf Bulgarien anzuwenden ist. Wie auch Gupta aufzeigte, ist es dabei vor allem das Modell einer vorgestellten strengen Dichotomie zwischen Staat und (Zivil-) Gesellschaft, die außerhalb des Westens immer wieder aus dem Schema herausfällt.<sup>418</sup> So auch im Falle Bulgariens. In allen Diskursfragmenten wurde auf die Dominanz der staatlich-politischen Sphäre über die einer šunabhängig-gesellschaftlichen hingewiesen, die sich hier in den institutionellen Redeweisen über Korruption verdeutlichten. Darüber hinaus zeigten die zahlreichen hier untersuchten institutionellen und personellen Kontexte einen oftmals hybriden Charakter der Akteure und Personen. Die Grenzen zwischen Politik und Journalismus waren fließend<sup>419</sup> und die Personage dementsprechend mit multiplen Loyalitäten ausgestattet, sodass nicht nur die Vorstellungen von Öffentlichkeit, sondern auch die vom Staat an sich, nur schwerlich in das Schema zweier sich gegenüberstehenden getrennten Sphären passen. Wie sowohl die šAffäre Charles-Jean, aber noch vielmehr die Diskursfragmente aus der autoritären Zeit nach 1918 zeigten, wurden Funktionen škritischer Öffentlichkeit dem Staat selbst einverleibt. Somit war eine politische, ja eine politisierte, Öffentlichkeit einerseits vorhanden, andererseits war selbige vom Staat und der politischen Sphäre im Allgemeinen eng umschlungen. Der Anti-Korruptionsdiskurs wurde so teilweise švon innen heraus geführt bzw. von Personen und Institutionen, die sowohl den Staat als auch die Gesellschaft verkörperten, wofür wiederum T. Valjkov als bestes Beispiel gelten kann. Auch die Folgen der absurden Auswüchse des *partizanstvo* zeigten, dass die Beamtenschaft nicht entlang des Konstrukts eines

---

<sup>418</sup> Gupta, Akhil: Blurred Boundaries: The Discourse of Corruption, passim, der hier vorschlägt, vor allem in Bezug auf postkoloniale Kontexte, transnationale, transkulturelle oder hybride Vorstellungen von Staat und Gesellschaft zu untersuchen. Obgleich dieser Ansatz auf für die postosmanische Zeit in Bulgarien äußerst gewinnbringend erscheint, konnte ihm im Rahmen dieser Arbeit leider kein Platz eingeräumt werden.

<sup>419</sup> Daskalov, Rumen: B lgarskoto Ob-testvo, Bd. 2, S. 477.

špreußischen Beamtenethosō gedacht werden kann, sondern als heterogene Gruppe, die die ambivalenten Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft selbst zum Ausdruck brachte.<sup>420</sup>

Darüber hinaus hat diese Diskursanalyse deutlich ergeben, dass innerhalb der institutionalisierten Redeweisen und sozialen Praktiken über Korruption das Subjekt einer Öffentlichkeit bzw. unabhängigen Gesellschaft mitkonstituiert wurde. Das šWesenō dieses **Subjekts** wurde jedoch selten besonders klar erhellt. Alleine die oftmals synonyme Benutzung der Begriffe *ob-testvo*, *ob-testveno mnenie*, *publi na sfera*, *publika* oder *ob-testvenost* sorgt heute für einige Verwirrung. Sie zeigten zwar, dass man sich innerhalb des Diskurses auf den ihn umgebenden Kommunikationsraum bezog, vermieden jedoch eine klarere Definition desselben.<sup>421</sup> Stattdessen wurde dieser (vermeintliche) Quell von Legitimation durch die verschiedenen Akteure stets für sich und die eigenen Interessen vereinnahmt, so dass Korruption, etwa in Form des *partizanstvo*, nicht nur für eine soziale Erscheinung, sondern auch für eine Art der Kommunikation stand. Andererseits wurde auch schon damals der Topos einer apathischen Gesellschaft und Öffentlichkeit produziert und gebraucht, je nachdem, ob man die Unterstützung der öffentlichen Meinung brauchte oder sich von ihr vernachlässigt fühlte.<sup>422</sup> So ergab sich z.B. im Rahmen der šAffäre Charles-Jeanō das Bild, dass die politischen Zeitungen zwar alle auf eine šaufgebrachte öffentliche Meinungsō rekurrierten, sich selbst jedoch als alleiniger Re-präsentant derselben wählten.

Ein Modell, das m.E. geeignet erscheint sowohl das kommunikative Verhalten, als auch die es umgebenden soziopolitischen Strukturen, sowie die Wechselwirkungen zwischen beiden zu erfassen, ist C.Giordanos šGesellschaft des öffentlichen Misstrauensō.<sup>423</sup> Selbige

šfolgen im allgemeinen dem Prinzip, dass man von öffentlichen Akteuren und speziell von den staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen den Vollzug bestimmter Leistungen nicht erwarten kann, weil

---

<sup>420</sup> Vgl. wiederum: Höpken, Wolfgang: Beamte in Bulgarien, S. 219-242, der hier ausdrücklich von den Überlegungen Max Webers zur Bürokratie oder dem sog. špreußischen Beamtenethosō ausgehend die ambivalente Rolle der Beamtenschaft im sich modernisierenden bulgarischen Staat, aber auch die inneren Probleme der Beamtenschaft skizziert.

<sup>421</sup> Wie bereits in den Fragmentsanalysen gezeigt wurde, bezogen sich die einzigen Konkretisierungen dieser gesellschaftlich-öffentlichen Räume entweder auf das Zeitungswesen oder privat-öffentliche Plätze wie Kaffeehäuser o.ä., in denen sich privat und mündlich ausgetauscht wurde.

<sup>422</sup> Als Beispiel hierfür können wiederum die Polemiken der *Mir* und *Nov Vek* im Gefolge der šAffäre Charles-Jeanō dienen. So erklärte die *Mir*: *Organ na Narodnata Partija* Nr. 1816, 7.4.1906, S. 1 z.B., dass der Prozess gegen sie nicht nur vor Gericht, sondern auch vor der höheren Instanz der *ob-testvo* als kollektives Gewissen (ebenso: *Mir*: *Organ na Narodnata Partija* Nr. 1831, 26.4.1906, S. 1) geführt werde. Nach dem Ende des verlorenen Prozesses jedoch schalten sie die gesellschaftliche Apathie, die dieses Urteil einfach so hinnehme (*Mir*: *Organ na Narodnata Partija* Nr. 1854, 27.5.1906, S. 1). Selbiger Widerspruch wurde natürlich auch von der *Nov Vek* nur zu gerne aufgegriffen (siehe: *Nov Vek*: *Organ na Narodno-Liberalnata Partija* Nr. 1005, 17/30.3.1906, S. 2 und Nr. 1007 22.3/4.4.1906, S. 2).

<sup>423</sup> Giordano, Christian: Beziehungspflege und Schmiermittel. Die Grauzone zwischen Freundschaft, Klientelismus und Korruption in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens, in: Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft, hg.: Hettlage, Robert, Konstanz, 2003, S. 97-120. Auf die besondere Problematik dieser Konzeption, wie z.B. ihrer Operationalisierbarkeit, d.h. der Messbarkeit von öffentlichem Vertrauen/Misstrauen und die nahezu ohne weitere Begründung vorgenommene Klassifizierung der Länder Süd- und Osteuropas als Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens klassifiziert (Ebd., S. 116) kann im Rahmen dieser Studie leider nicht näher eingegangen werden. Das Modell soll hier also vielmehr als eine Art šGedankenspielō Verwendung finden, ohne seine genaue Überprüfbarkeit auf die Empirie zeigen zu können. Vgl. zu gesellschaftlichem Vertrauen auf dem Balkan weiterhin: Roth, Klaus: Institutionelles und persönliches Vertrauen. Südosteuropa auf dem schwierigen Weg in die EU, in: Bilanz Balkan, hrsg.: Daxner, Michael et al., München, 2005, S. 47-53.

deren Vertreter ausschließlich die eigenen Interessen verfolgen und daher prinzipiell unzuverlässig sind. Reziprok dazu meinen die Rollenträger [í ] ihrerseits, dass auf die gemeinen Bürger kein Verlass sei.<sup>424</sup> Um diese Dysfunktionen auszugleichen, bilden sich hier als funktionales Äquivalent zu sozialem Vertrauen heimliche Freundschaftskoalitionen, Klientelbeziehungen und Korruptionsseilschaften<sup>o</sup> und soziale Logiken, die an sich illegale Mittel, wie z.B. Korruption oder Lüge, als legitim auffassen. Obgleich die Aussagekraft dieses Konzeptes zur Erklärung von Korruption und seine Operationalisier- und Anwendbarkeit auf historische Gesellschaften einmal dahingestellt seien, so scheint es doch geeignet, um einige der im vorherigen Kapitel aufgezeigten Kommunikationsstrategien erhellen zu können. Der häufige Gebrauch von Gerüchten, Intrigen, Lügen und Beschuldigungen zu eigenem Interesse, im Laufe derer der Kommunikationsraum mit Skandalen und vorgetäuschter Moral aufgeladen wurde, erscheinen somit gleichzeitig als Ausdruck und Ursache mangelnden Vertrauens. Auch die willkürliche Konstruktion der Öffentlichkeit bzw. Gesellschaft als wahlweise apathisch (und damit als šzu erziehend<sup>o</sup>) oder vollmündiger Akteur, je nachdem welche Aussage gewinnbringender erschien. Ebenfalls in eine šGesellschaft öffentlichen Misstrauens<sup>o</sup> zu passen, scheint der oftmals eklatante Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen dem Gesagten und dem Gedachten und vor allem zu dem wirklich Getanen. Diese Unterschiede müssen dabei nicht nur in Bezug auf die Resultate, z.B. die diskursiven Ereignisse, des Diskurses, sondern für den gesamten Prozess gedacht werden. So ergab sich ein Amalgam, in dem jedem und keinem, oder auch nur manchen Korruptionsvorwürfen Glauben geschenkt werden konnte, das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Systems gegen korrupte Praktiken jedoch äußerst gering war.<sup>425</sup> Selbiges Misstrauen machte sich wieder in šalternativen Kommunikationsformen<sup>o</sup>, wie eben z.B. in **Gerüchten** oder persönlichen **Briefen** an hochrangige Persönlichkeiten bemerkbar. Hier wurde eben nicht die mit Misstrauen belegte öffentliche Kommunikation, sondern personale und heimliche Kommunikation gesucht. Die autoritären Regierungen nach 1934 kamen diesen Erscheinungen z.B. mit der Einrichtung einer Kommission für Bittschriften beim Premierminister entgegen, die die Vielzahl der an das Parlament und den Zaren gerichteten Bitt- und Beschwerdebriefen bearbeiten sollte.<sup>426</sup>

Ein weiterer, allerdings quellenmäßig kaum zu fassender, Aspekt stellte die **Mündlichkeit** dar. An mehreren Stellen bereits stach der Verweis auf das šGerede in den Kaffeehäusern<sup>o</sup> oder auf den Rekurs eines mündlich übertragenen Allgemeinwissen, wie z.B. in der Redewendung škacto se znae<sup>o</sup> (wie man weiß) hervor. So können auch die Petitionen an König, Minister und Parlament als eine Mischform zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit angesehen werden. Selbige drückten ein Bedürfnis nach

<sup>424</sup> Giordano, Christian: Beziehungspflege und Schmiermittel, S. 97.

<sup>425</sup> Vgl. z.B. Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 126, der ebenfalls der Meinung ist, dass in Bulgarien die gleichen šKorruptionskräfte<sup>o</sup> am Werke waren und sind wie überall anders auch, selbige jedoch ihr volles Potential entfalten können, da es nur eine minimale gesellschaftliche Gegenwehr dagegen gibt.

<sup>426</sup> Siehe die undatierte Anordnung über die Einrichtung einer solchen Kommission beim šKabinett des Premierministers<sup>o</sup> F 3K Op. 12 a.e. 813, S. 1, die šs cel da proverjava i razgleftda oplakvanija protiv dejstvujata na d rfvavnite i ob-testvenite sluffiteli u u refklenija po izp lnenie im ili ustanovenija red v tjah<sup>o</sup> gegründet wurde.

šandererõ, vom Diskurs unterschiedener, nicht-öffentlicher Kommunikation aus, das zum einen wiederum auf ein Misstrauen gegenüber der öffentlichen Kommunikation, und zum anderen auf gewohnte Kommunikationsweisen hindeutet.

Eine abschließende šBewertungõ der bulgarischen Öffentlichkeit in dieser Periode fällt also denkbar schwer und folglich ambivalent aus. Gerade bei einer Untersuchung von Korruption und ihrer sprachlichen Re-präsentation ist die Gefahr groß in Topoi einer Verlustgeschichte zu verfallen und Korruption und den Korruptionsdiskurs alleine durch die negativen Unterschiede zu Westeuropa zu erklären. Geringer Institutionalierungs- und Formalisierungsgrad, der Vorzug persönlicher Beziehungen vor institutionellen, die Macht der Tradition, die relative Neuheit šmodernen Rechtsõ und ein allgemeiner Modernisierungsrückstand sind dabei wohl die gängigsten Erklärungsmuster. Obgleich selbige nicht ganz ohne jeden Realitätsbezug daherkommen, erscheinen sie doch oftmals als zu vereinfachend bzw. wissenschaftlich nicht halt- oder operationalisierbar. Wie diese Arbeit zu zeigen versucht hat, könnte hier ein šNeuanfangõ in der Untersuchung der Konzepte von Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit abhelfen. So kann, gerade für die Zeit zwischen 1878 und 1944, eine strenge Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Öffentlichkeit, nicht aufrechterhalten werden, nicht einmal so sehr aufgrund fehlender Institutionen oder theoretischen Richtlinien, als vielmehr aufgrund der sozialen Praxis. Gleichwohl zeigte sich, dass auch eine Öffentlichkeit und Gesellschaft, die dem Habermasõschen Idealmodell nicht folgt, keineswegs alle Funktionen einer kritischen öffentlichen Kommunikationssphäre ermangelt, sondern sich selbige in anderer Form präsentieren. Auch die politische und politisierte Öffentlichkeit in Bulgarien schaffte es einen Teil der Staatsgeschäfte publik, also dem größeren Publikum zugänglich zu machen. Auch der Staat und die Sphäre des Politischen kann hier wohl kaum als ein der Gesellschaft diametral entgegengesetzter monolithischer Block gedacht werden. Wenn davon ausgegangen werden muss, dass der Staat Institutionen und Funktionen der Gesellschaft und Öffentlichkeit vereinnahmte, so muss auch bedacht werden, dass sich dadurch nicht nur deren Charakter und Funktionsweise, sondern auch die des Staates änderten. Einschränkend muss jedoch angemerkt werden, dass der große Einfluss der Staatsmacht und des Politischen auf die Institutionen des Diskurses das tatsächliche Anti-Korruptionspotential wohl eher blockierten als beförderten. So kann als ein **Ergebnis** aus dieser Diskursanalyse gelten, dass Korruption in Bulgarien zu einem eminent öffentlichen Ereignis gemacht wurde, der Diskurs sich seine Institutionen und Publikum schaffte und selbigem soziale Erscheinungen re-präsentierte. Dieser Grad an Öffentlichkeit kann gerade für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sogar noch höher angesehen werden als in der folgenden Zeit des Autoritarismus.

## 10. § Wie man sieht sind die Leute unersättlich ó Moraldenken und Korruption

Selbst in der ansonsten wenig einigen Korruptionsforschung gilt es als *communis opinio*, dass korruptes Verhalten schon seit der Antike als unmoralisch, verwerflich, sündhaft und schädlich angesehen wird.<sup>427</sup> Demgegenüber steht jedoch die Ubiquität des Phänomens Korruption, seine Konstanz in der menschlichen Sozietät, sodass nicht ein Gemeinwesen oder eine Bürokratie mit Korruption, sondern eine Verwaltung ohne Korruption der eigentliche Sonderfall wäre.<sup>428</sup> Trotzdem entwickelten alle Gemeinwesen, über die griechische polis, die römische res publica, die christliche Staatstheorie oder der moderne Nationalstaat moralisch-ethische Normenkataloge, die Korruption und den Umgang mit ihr normativ deuteten. Im Falle eines, zumindest formal, modernen Nationalstaates wie dem bulgarischen, drückten sich diese Normen vor allem in den Gesetzen aus, die die formale, theoretische Seite widerspiegelten. Darüber hinaus offenbarten die tatsächlichen Praktiken und Gewohnheiten, wie z.B. das Gewohnheitsrecht<sup>429</sup>, den Gegensatz zwischen den formalen Grundlagen und der tatsächlichen Praxis.<sup>430</sup> Ein weiterer Bereich, der in dieser Arbeit wiederum leider nur oberflächlich behandelt werden kann und der weitere Aufmerksamkeit verdient hätte, ist der Bereich der Moral in Bezug auf Korruption, wie sie in vielen Diskursbeiträgen zum Ausdruck kam. Dahingehend muss zunächst erneut konstatiert werden, dass das Nachdenken über Korruption stets ein Nachdenken gegen Korruption war, der Diskurs immer ein moralischer Anti-Korruptionsdiskurs war. Hierbei gilt es jedoch den in dieser Arbeit bereits ausführlich beschriebenen Unterschied zwischen den in der gesellschaftlichen Kommunikation ausgedrückten Normen und den tatsächlich ausgeführten Handlungen, oft genug ein und derselben Personen, miteinzubeziehen. Gleiches gilt für die mannigfachen Diskursbeiträge, die eben genau jene gesellschaftliche Moral attackierten und der bulgarischen Gesellschaft Gier, politische Apathie, Verlogenheit und Unmoral unterstellten.<sup>431</sup> Erklärungen dieser Art, die Korruption mit gesamtgesellschaftlichen Normen und Moral verbanden, fanden sich vor allem dort, wo Korruption als System bzw. im Zusammenhang mit sozialen und politischen Systemen betrachtet wurde, wie es z.B. in Bezug auf das *partizanstvo*. Auch hier mischten sich

---

<sup>427</sup> Vgl. Alemann, Ulrich v.: Politische Korruption, S. 15-19.

<sup>428</sup> Vgl. Gröbner, Valentin: Gefährliche Geschenke, S. 102 Fn.22.

<sup>429</sup> Siehe dazu einleitend: Daskalov, Rumen: B Igaraskoto Ob-testvo, Bd. 1, S. 91-94; weiterhin: Andreev, Mihajl: Das bulgarische Gewohnheitsrecht in den letzten Jahren des Türkenjochs, in: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas 6, 1962, S. 411-422.

<sup>430</sup> Vgl.: Miljukov, Pavel: B Igaraskata Konstitucija, S. 161-163; weiterhin: Daskalov, Rumen: B Igaraskoto Ob-testvo, Bd. 1, S. 46-53.

<sup>431</sup> So z.B. speziell für Käuflichkeit der Presse: Kosturkov, Stojan: Pokupni estvo v na-ata presa, S. 487-490; für die gesellschaftliche Apathie: Mir. Organ na Narodnata Partija Nr. 1854, 27.5.1906, S. 1, und: Nov Vek. Organ na Narodno-Liberalnata Partija Nr. 1005, 17/30.3.1906, S. 2 und Nr. 1007 22.3/4.4.1906, S. 2; für die unmoralischen Zustände innerhalb der Beamtenchaft: Vlajkov, Todor: inovni estvoto i vlastnici, S. 335-341; ein extremes Urteil sprach z.B.: Boev, Bon o: Ikonomi eski pregled, in: Spisanie na B Igaraskoto ikonomi esko drufestvo, 1900, Kn. 10, S. 718, der die gesamte Innenpolitik als ein minderwertiges *partizanstvo* beschrieb, in dem sich jede Partei als eine Aktiengesellschaft und jedes Mitglied als Aktionär präsentiere, deren einziges Kapital in den staatlichen Budgets liege.

sozialanthropologische Erklärungen, die individuelle menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen, wie z.B. soziale Instinkte, auf größere Sozialverbände übertragen, mithinein. So erklärt z.B. T. Vlajkov die Auswüchse politischen Machtmissbrauchs des *partizanstvo* unter anderem durch die sozialen Instinkte der Parteien, ihrer Führer und Mitglieder.<sup>432</sup> Solcherlei anthropologisierende Erklärungen fanden sich weiterhin zumeist dort, wo es sich um Fälle monetärer Unterschlagung seitens der (politischen) Elite handelte. Verfehlungen dieser Art wurden besonders oft mit der Unmoral einzelner Individuen, und nur selten mit strukturellen Schwächen der sie umgebenden sozialen Systeme erklärt. Wenn also der Enquetebericht über die Ausgaben des Staates 1885 zu dem Schluss kommt, dass š[í ] kaktó se vidi [í ] horata sa nenasitnío<sup>433</sup>, dann hob er die persönliche Gier der Minister hervor und ließ das System der *p Inomo-tie* des ersten Fürsten Alexander von Battenbergs, der die Minister sich bereichern ließ und sich so ihre Unterstützung sicherte, außer Acht.

Wie sehr dabei die Vorstellungen von Moral und Unmoral dieser Zeit von christlichen Kategorien geleitet wurden, vermögen die Erinnerungen von Martin Vlajkov, aufgeschrieben und veröffentlicht von seinem Bruder Todor, zu zeigen. Im Fazit über seine zahlreichen Erfahrungen mit allerlei Arten von Korruption kommt er zu dem Schluss, dass die darin verwickelten Leute von šunehenhafter Natur, unmoralische Leute mit irgendwelchen moralischen Defekten, ohne gesunde moralische Grundpfeilerō seien, die šder **Versuchung** [Hervorhebung durch C.N.] nicht widerstehen könnenō.<sup>434</sup> Gleichzeitig schrieb er korruptierten Beamten und Politikern auch noch weitere moralische Verfehlung aller Arten zu, wie ein šverschwenderisches und unregelmäßiges Leben (*razto itelnen i neredoven fivot*)ō, das sie mit šrazgulō<sup>435</sup>, Trunkenheit (*pijanstvo*), Glücksspiel (*na komar*) und Unzucht (*bludstvo*) verbrächten, weshalb für Beamten und Politikern ein šmoralischer Zensusō einzuführen sei.<sup>436</sup> Nur allzu deutlich wurde hier Korruption in einen Sünden katalog der Unmoral eingereiht, welcher wiederum als Teil der binären Opposition des ewigen Kampfes zwischen Gut und Böse im Christentum gedacht werden kann. Nicht nur Vlajkov bemühte sich so um die Kontrastierung der von ihm beschriebenen Korruptionsfälle mit dem Ideal eines sauberen, fleißigen, pflichtbewussten Beamten. Ebenso bemühte sich I.Bl skov in seinen Erinnerungen beinahe schon um eine Ehrenrettung der Beamten, deren Bescheidenheit und Dienstfeier durch einige schwarze Schafe in den Schmutz gezogen werde.<sup>437</sup> Vor allem in den großen šMeistererzählungenō, wie z.B. in dem zweibändigen Monumentalwerk šStroiteli na s vremena B lgarijaō Simeon Radevs, wurde die Personage streng in šgut und sauberō und šschlecht und korruptō unterteilt, wobei es nur ein klares šentweder ó oderō gab und keine šgute Figurō jemals in irgendeine Affäre

<sup>432</sup> So z.B. Vlajkov, Todor: *Partizanstvo*, S. 188f., oder: Dfidrov, Pavel: *Partii i partizanstvo*, S. 339f.

<sup>433</sup> *Doklad do IV.-to ONSí*, Bd. III, S. 15: šWie man sieht (í ) sind die Leute unersättlich.ō

<sup>434</sup> Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 335f.

<sup>435</sup> Im Original russisch; bedeutet eigentlich so viel wie šSpaziergangō, wird aber im übertragenen Sinne auch für viele Arten von unproduktiver Freizeit oder auch Trunkenheit benutzt.

<sup>436</sup> Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 336f.

<sup>437</sup> Bl skov, Ilija: *Iz v zpominanjata mi*, S. 160-169.



verwickelt sein durfte.<sup>438</sup> Ivan Tŕmanov, Professor, Schriftsteller und ehemaliger Erziehungsminister erinnerte sich z.B. daran, wie Biographen ihre Helden explizit als šreine Ideale für die Jugend darzustellen suchten.<sup>439</sup> Im Zuge dieses Moraldenkens, wie es nicht zuletzt durch die politischen Debatten und Presse gefördert wurde, war es unmöglich einen der Korruption beschuldigten Politiker als etwas anderes als unmoralisch zu sehen ó nur šschwarz oder weiß war möglich.

Dem konträr gegenüber stehen Vorstellungen einer Art šmoral economy of corruption<sup>440</sup>, wie sie z.B. bei Seton-Watson implizit zum Ausdruck kam. Hier wurde vor allem die alltägliche Korruption im Umgang mit den niederen Ebenen des Staates als Mittel verstanden, um die Willkür und die Strenge der Vorschriften abzumildern<sup>441</sup> bzw. als eine Möglichkeit in einem neuen Rechtssystem sich sein šgutes altes Recht zu erkaufen. Dass jedoch auch Systeme korrupter Praktiken und die Kommunikation darüber durchaus, wenn auch eigentümliche, Formen von Moral haben und zum Ausdruck bringen, ist nicht zuletzt Ziel dieser Arbeit zu zeigen. So kann z.B. General M.Savov einen Teil der Waffenkäufe von 1903, bei dem die Staatskasse durch ihn enorm geschädigt wurde, unter anderem mit seinem glühenden Patriotismus rechtfertigen, der ihn dazu brachte die Lieferungen zu šbeschleunigen.<sup>442</sup> Ebenso versuchte der Biograph Pet r Gudev selbigen trotz seiner Unterschlagungen mit dem Verweis zu rechtfertigen, er habe sich keines Verbrechens, sondern allenthalben der Beteiligung an gemeinhin gängigen Praktiken schuldig gemacht.<sup>443</sup> Selbiger Gudev wiederum brachte sein ganz eigenes Verständnis von Recht und Moral zum Ausdruck, als er im Verhör angab: šAz ne s m gi [Die Gelder des šrechnunglosen Fonds des Innenministeriums, C.N.] otkradnal, az gi vseho<sup>444</sup>. Mentalitäten und Handlungen dieser Art wurden immer wieder der šlongue duree, der mentalen Verwurzelung in alten Traditionen, z.B. einem Gewohnheitsrecht, dass Raub nur von den Verwandten, nicht aber von einem abstrakten Staat ächtet, zugeschrieben.<sup>445</sup> Auch Daskalov merkte

---

<sup>438</sup> Radev, Simeon: *Stroitel na s vremena B lgarija*, 2 Bd., Sofia, Neuauflage 2004.

<sup>439</sup> Siehe: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 237.

<sup>440</sup> Der Begriff der šmoral economy, der auch von dem bulgarischen Politologen Ivan Kr stev in Zusammenhang mit Korruption verwendet wurde, bezieht sich dabei auf die Studie: Scott, James: *The moral economy of the peasant. Rebellion and subsistence in Southeast Asia*, New Haven u.a., 1976, und bezeichnet eine besondere Form des Wirtschaftens, das nicht nach streng kapitalistisch-rationalen Gesichtspunkten geleitet wird, sondern eine Verknüpfung aus Moral und Wirtschaftlichkeit als ein Gesamtgefüge bezeichnet. In Bezug auf Korruption kann hier von einem System gesprochen werden, das, ähnlich wie in Giordanos šGesellschaften des öffentlichen Misstrauens an sich illegale Aktionen wie Korruption in einen moralisch legitimen Zustand überführt. Für die Verbindung zwischen einer šmoral economy und Korruption vgl. des Weiteren: Sardan, J.P.: *A moral economy of corruption in Africa?*, in: *The Journal of Modern African Studies* 37/1999, S. 25-52.

<sup>441</sup> Seton-Watson, Hugh: *Eastern Europe*, S. 146.

<sup>442</sup> Siehe z.B. den Schluss seiner Rede im Parlament: *Stenografski Dnevnik na XIV-to ONS, III-ta RS, XLX 3, 18/XII 1910*, S. 1656f.

<sup>443</sup> Siehe: G rdev, Borislav: *Doktor Pet r Gudev ó Politik i d rflavnik*, Kap. 7 *Krajat na edin flivot*: <http://litenet.bg/publish4/bgyrdev/pgudev/index.html> (Stand: 5.9.2010).

<sup>444</sup> Ebd., Kap. 4: šIch habe sie nicht gestohlen, ich habe sie genommen.š

<sup>445</sup> Siehe z.B.: Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 119ff., der eine Erfahrung zu berichten weiß, wonach ein Minister die Unterschlagungen eines Zöllners am Bahnhof in Plovdiv mit den Worten deckte: šZloupotrebitel, zloupotrebitel, ta kakvo ot tova? ó I uvolnen e s motivirana zapoved. ó Ako e uvolnen, toj si e polu il nakazanieto. Teb kakvo ti pre i t j? (...) Ako zloupotrebi, ot ba-tinija ti imot li -te vzeme ne-to? (í ) Imot t e d rflaven ó d rflaven sluffitel e i toj. Tŕto bilo, e edin sluffitel, na kogoto zaplatata e ni-tozhena, -te polu i malko po-goljamo v znagrafdlenie?š; Vgl. weiterhin: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 122.

die Schwierigkeiten vor allem der Landbevölkerung an, sich von der Gewohnheit zu verabschieden und an šmoderneō, westliche Rechtsnormen zu adaptieren, wobei letztere oftmals als die unmoralischeren erschienen.<sup>446</sup> In diesem Sinne könnte vieles, was der Korruptionsdiskurs der Eliten beschrieb, auch als ein šMissverständnis der Moralitätenō zwischen den verwestlichten Eliten und dem einfachen Volk verstanden werden. Dass jedoch die meisten und bei weitem die größten und spektakulärsten Fälle von Korruption allesamt durch die Eliten selbst verübt und diskursiv verarbeitet wurden, deutet auf einen inneren Widerspruch in den Mentalitäten und damit auch in den sich wandelnden Moralitäten hin. I.Kr stev, freilich für die Transformationsperiode nach 1990, schlug weiterhin vor die perzipierte Allgegenwart von Korruption im Postsozialismus nicht so sehr auf eine wirkliche Steigerung des Ausmaßes, als vielmehr auf eine moralische Unterscheidung zwischen der als šnormalō empfundenen *blat*-Korruption<sup>447</sup> des Sozialismus und der als šunmoralischō empfundenen Schmiergeldkorruption der Zeit danach zu sehen.<sup>448</sup> Des Weiteren konnte V.Gröbner, obgleich auch für einen anderen Raum und Zeit, zeigen, dass es bereits in der Frühen Neuzeit Gaben und Geschenke gab, die in der Öffentlichkeit als moralisch, ja als fester Bestandteil sozialer Beziehungen, und solche, die als unmoralisch, als Korruption, konnotiert waren.<sup>449</sup> Die jeweilige Konnotation kann dabei nicht als überzeitlich-konstant, sondern als ein diskursiver Prozess von Aushandlungen gedacht werden, der festlegte, was als šnormal und richtigō und was als šunmoralischō galt.

Moral, so kann abschließend festgehalten werden, gehörte und gehört auf diese oder jene Art, implizit oder explizit, immer zu Korruption ó entweder als ihr šguter Gegenpartō, ihr šAndererō, oder als implizite handlungsleitende und sinnstiftende Maxime. Dieser Umstand kann wohl auch als Ursache für die häufig simple, an gängige Moralvorstellungen appellierende Instrumentalisierungen von Korruption verantwortlich gemacht werden.

---

<sup>446</sup> Daskalov, Rumen: *B lgarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 91f.

<sup>447</sup> Siehe zu dieser Form kleiner alltäglicher Gaben, Geschenke, Dienste und Schmiermittel im russischen (Post-)Sozialismus: Ledeneva, Anna: *Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Favours*, Cambridge, 1998.

<sup>448</sup> Kr stev, Ivan: *A Moral-Economy of Anti-Corruption. Sentiments in Transition*, S. 8-16.

<sup>449</sup> Gröbner, Valentin: *Gefährliche Geschenke*, S. 51-94.

## 11. Nacionalnijat pesimiz m ó Über Identität und Korruption

Im Folgenden soll sich, wiederum aufgrund der formalen Beschränkungen, denen diese Arbeit unterliegt, einer genauso interessanten wie empfindlichen Thematik gewidmet werden: Der **Diskursstrangverstrickungen** zwischen Korruption und Identität. Diese Verstrickung, die hier und da im Zuge der Fragmentsanalysen bereits angesprochen wurde, erscheint auf den ersten Blick, wenn überhaupt, so als ein weiteres šbalkanistischesō Stereotyp, worauf noch zurückzukommen ist. Die Verbindung zwischen Identitätsdiskurs und Korruptionsdiskurs trat jedoch im Zuge der Quellensichtung dieser Arbeit immer wieder mehr oder weniger deutlich zutage. Dafür sollen hier einige Beispiele vorgestellt und erörtert werden, bevor auf die wesentlich brisantere Frage der Einordnung, Funktion und Auswirkung von Korruption im Zusammenhang mit Vorstellungen von Fremd- und Selbstidentität eingegangen wird. Vorausgeschickt werden muss zunächst, dass unter (kultureller) Identität, ganz im wörtlichen Sinne, die Vorstellung einer šSelbstgleichheitō eines Subjektes, in diesem Fall der bulgarischen Gesellschaft, verstanden werden soll.<sup>450</sup> Die Frage, ob es sich bei den hier angesprochenen Beispielen im Einzelnen um eine kulturelle, nationale, politische oder soziale Identität handelte bzw. die Tatsache, dass (die Glieder) jedes Subjekt(es) grundsätzlich mehr als eine Identität besitzen kann, soll dabei unbeachtet bleiben.

Es kann als *communis opinio* (nicht nur) in der Forschung gelten, dass sich mit der postosmanischen, nationalstaatlichen Zeit in Bulgarien ein Wandel in der nationalen Identität vollzog und šneue Identitätenō konstruiert wurden.<sup>451</sup> Nationale und kulturelle šEssenzenō, die auf die ewigen Fragen nach dem woher und wohin des Individuums und der Gemeinschaft antworten, mussten gefunden werden, um der neuen Situation im eigenen Nationalstaat gerecht zu werden.<sup>452</sup> Hier zeigte sich, dass der Nationsbildungsprozess der sog. šWiedergeburtperiodeō zum Zeitpunkt der Staatsgründung 1878 keineswegs abgeschlossen, sondern in einem beständigen Fluss begriffen war. Selbiger Fluss der Suche nach einer mehr oder minder stabilen Identität floss immer wieder mit dem Lauf des Korruptionsdiskurses zusammen, besonders dort, wo Thematiken des allgegenwärtigen Modernisierungsparadigmas<sup>453</sup> berührt wurden, also vor allem im

---

<sup>450</sup> Zum (post-)modernen Identitätsbegriff und seiner Verwendung und Bedeutung in den Kulturwissenschaften, dem hier weitgehend gefolgt wird, siehe: Mikula, Maja (Hg.): *Key Concepts in Cultural Studies*, Basingstoke, 2008, S. 92-94 und die dort zitierte Literatur.

<sup>451</sup> Siehe dazu die kürzlich erschienene hervorragende Studie von: Weber, Claudia: *Auf der Suche nach der Nation. Erinnerungskultur in Bulgarien 1878-1944*, Berlin-Münster, 2006.

<sup>452</sup> Vgl. Sundhaussen, Holm: Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Wandels. Die Balkanländer 1830-1940 als historisches Labor, in: *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, hg.: Hildermeier, M./Kocka, J./Conrad, C., Frankfurt/M. 2000, S. 149-177, der den im Nationsbildungsprozess škonstruiertenō Ethnonationalismus als Bindeglied der Elite mit Volk und als šErsatzō für traditionale Formen von Gemeinschaft auffasste. In dieser Hinsicht können wiederum Parallelen zu der Situation nach 1989, gerade im Hinblick auf sich wandelnde Identitäten und die Rolle von Korruption dabei, gezogen werden. Als Einstieg in den Identitätsdiskurs nach der Wende siehe z.B.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan: *Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost*, Sofia, 1994, S. 5-48.

<sup>453</sup> Auf das gesellschaftliche und politische Paradigma von Modernisierung im westlichen Sinne, das in Bulgarien, wie auch überall sonst auf dem Balkan zu dieser Zeit vorherrschte, sowie zu den besonderen Problemen von Konzepten der Moderne und Modernisierung, sowie auch der Modernisierungsforschung, kann im Rahmen dieser Arbeit leider nicht eingegangen werden. Einen guten Einstieg dazu bieten: Daskalov, Rumen/Sundhaussen, Holm: *Modernisierungsansätze*, in: *Südosteuropa. Gesellschaft,*

Bereich des Politischen. Geradezu paradigmatisch schrieb die (politische) Presse so bei jedem der behandelten Fälle über die Rolle des Auslandes, worunter fast ausschließlich Westeuropa zu verstehen war, und die Eindrücke, die selbiges über Bulgarien durch die Korruptionsaffären habe.<sup>454</sup> Im Falle der Umstürze von 1923 und 1934 wurde ebenfalls der schlechte Ruf, den die Korruption der šalten Regimeõ im Ausland erzeuge, expressis verbis thematisiert. Wie für die Skandalisierung bzw. die rhetorische Instrumentalisierung von Korruption im Allgemeinen bereits angemerkt, so zeigte sich auch hier, dass in der politischen Presse einzig die Opposition Fragen (kultureller) Identität mit Korruption verband. Exemplarisch dafür kann der Artikel šWoanders und bei unsõ (*drugade i u nas*)<sup>455</sup> der *Mir* vom 8.3.1906 im Gefolge der šAffäre Charles-Jeanõ gelten. Bereits der Titel, der keinesfalls einmalig, sondern bei Bedarf immer wieder eingesetzt wurde<sup>456</sup>, kündigte einen Vergleich der Zustände des kollektiven Subjektes šbei unsõ mit einem anderen šwoandersõ an. Die Quintessenz des Artikels, der wiederum die Affäre darlegte und Regierung und Fürst zum Handeln aufrief, war dann, dass solch eine Affäre und die Art, wie die Regierung und das Staatsoberhaupt mit ihr umgingen, nur šbei unsõ möglich seien. Vergleichsobjekt war hierbei eine vergangene Korruptionsaffäre in Frankreich. Dabei schloss die *Mir* mit der Feststellung ša drugade ne stava!õ ó und woanders gibt es so etwas nicht! Das Muster, welches sich hierbei ergab, war denkbar einfach: Ein idealisiertes Vergleichsobjekt, im Falle von Korruption stets ein westeuropäisches Gemeinwesen, wurde gegen das korrumpierte šbei unsõ angesetzt. Konstruiert wurde so eine binäre Opposition zwischen šsauberõ und škorruptõ bzw. šgutõ und šschlechtõ, wobei ersteres stets durch den Westen, letzteres durch Bulgarien und die Bulgaren repräsentiert wurde.<sup>457</sup> Dabei unterlag man dem Hang eine nationale, kulturelle, politische etc. šEigenartõ (*samobitnost*) für diese Unterschiede verantwortlich zu machen. In der politischen Tagespresse figurierte dies jedoch noch meist implizit, d.h. im Verweis auf šbulgarische Sittenõ (*b lgarski nravi*) oder durch Vergleiche wie den der *Mir*. In anderen Bereichen, vor allem dem der politischen und kulturellen Publizistik wurde der thematische Zusammenhang zwischen Korruption und Identität wesentlich deutlicher. So trat z.B. innerhalb des *partizanstvo*-Diskursstranges die Erklärung des Phänomens als Eigenschaft bestimmter Sitten bzw. als Erscheinung der šzurückgebliebenen

---

Wirtschaft, Politik, Kultur. Ein Handbuch, hg.: Hatschikjan, Magarditsch/Tröbst, Stefan, München, 1999, S. 105-135, sowie: Daskalov, Rumen: Ideas about, and Reactions to Modernization in the Balkans., in: East European Quarterly 31/1997, 161-171.

<sup>454</sup> Siehe dazu die entsprechenden Verweise in den Fragmentsanalysen. Zum Verhältnis zwischen Bulgarien und dem Westen, bzw. der im westlichen Gewand daherkommenden Modernisierung siehe: Daskalov, Rumen: Europa und der Westen aus bulgarischem Blickwinkel seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Heppner, Harald/Reshlenova, Rumjana: Die Bulgaren und Europa von der Nationalen Wiedergeburt bis zur Gegenwart, hrsg., Sofia, 1999, S. 243-262; weiterhin: Paru-eva, Dobrinka: Gesellschaft, Technologie und Kultur, oder wie Bulgarien auf die Moderne traf, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. Und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hrsg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, Wolfgang, München, 2007, S. 17-32.

<sup>455</sup> *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 1793, 8.3.1906, S. 1.

<sup>456</sup> So z.B.: *Mir*. Organ na Narodnata Partija Nr. 2621, 26.1.1909, S. 1.

<sup>457</sup> Hierbei sein angemerkt, dass dies nur eine von zwei konkurrierenden Positionen war. Auf der anderen Seite nämlich konnte auch der Westen, im Rahmen der anti-okzidentalistischen Strömungen innerhalb der Selbst- und Fremdbilder geradezu als Auswuchs an Verderbtheit und Korruption gelten, weshalb vor allem staatliche Aufträge und private Unternehmungen mit ausländischen Teilnehmern immer besonders der Korruption beschuldigt wurden. Vgl. dazu: Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 165-201.

bulgarischen Kulturō (*slabokulturna strana*)<sup>458</sup> auf. Korruption, besonders in der Form des *partizanstvo*, wurde so Sitten, Verhaltensweisen, einer šVolkspsychologieō, oder kurz einer zivilisatorischen Unterlegenheit bzw. Rückstand zugeschrieben. Keineswegs war es jedoch so, dass sich Fragen von Identität nur bei der Untersuchung von Korruption zeigten, sondern umgekehrt auch das Thema Korruption im weitesten Sinne immer wieder bei der Reflexion über Identität(en) aufgeworfen wurde. Paradigmatisch kann hier z.B. die Inklusion der *partizanstvo*-Thematik in das opus magnum des wohl bekanntesten bulgarischen Ethnologen Ivan Hadflijski gelten. Neben sozialen Faktoren, wurde diese Form politischer Korruption auf bestimmte Charakterzüge, Mentalitäten und šVolkspsychologieō (*narodna psihologija*) šdes Bulgaren an sichō, wie z.B. der Hang zur Lüge, Neid, Missgunst, Intrige, persönlichem Ehrgeiz und Egoismus zurückgeführt.<sup>459</sup> Noch vernichtender waren die Selbstreflexionen der *Inteligencija* über ihre Rolle, Status, Herkunft und Zukunft im bulgarischen Staat. Das Bild von dem šParasitenō am bulgarischen Volk (d.h. an der Bauernschaft), vom šSodom und Gomorra der Städte und städtischen Intelligenzō (Al.Stambolijski) war stets mit der Korrumpiertheit der Intelligenz als Beamten, Parteien und Politiker verbunden. Erst mit den Absurditäten der Herrschaft Stambolijskis und der anschließenden Umorientierung hin zu den elitären militärischen Herrschaften Cankovs, Georgievs und des Zaren in der Zwischenkriegszeit löste sich dieser Topos wieder etwas. Diese Art des šnationalen Pessimismusō<sup>460</sup> (*nacionalnijat pesimiz m*) jedoch blieb über den gesamten Zeitraum zwischen der Staatsgründung und dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen. Innerhalb dieser Richtung, so kann zusammengefasst werden, wurde Korruption auf der einen Seiten ein Sinn und Bedeutung in der Suche bzw. Bestimmung von bulgarischer Identität zugewiesen. Korruption, in ihren verschiedenen Gestalten, wurde diskursiv in einen Teil (und nicht mehr!) von Identität überführt und negativ belegt. Auf der anderen Seite wurde Identität ebenfalls im Zuge des Diskurses zu einem Faktor von Korruption, wodurch selbige nicht nur als soziales und politisches, sondern auch kulturelles, zeitweise auch anthropologisches Phänomen behandelt wurde.

Die Betrachtung, Einordnung und Analyse der Zusammenhänge und Überschneidungen zwischen Identität und Korruption birgt jedoch einige erhebliche methodologische Gefahren, weshalb auf den

---

<sup>458</sup> Vgl.: Popov, Kiril: Stupanski pregled, S. 532-543 (Zitat S. 533), der hier den englischen und den bulgarischen Parlamentarismus vergleicht.

<sup>459</sup> Siehe z.B.: G lbov, Konstantin: Psihologija na B lgarina, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan, Sofia, 1994, S. 213-230; T tjanov, Najden: Duh t na otricanie u B lgarina, in: Ebd., S. 270-279; Iliev, Atanas: Problemata za psihologijata na s vremenite B lgari, in: Ebd., S. 320-329; Petkanov, Konstantin: Harakterni erti na B lgarina, in: Ebd., S. 401-411. Auch ausländische Beobachter, wie z.B. Jire ek, Constantin: Das Fürstenthum Bulgarien, S. 293ff., griffen diese Bilder auf, wobei angemerkt sein muss, dass sich diese Selbstbeschreibungen auch wiederum als kommunikatives Phänomen, als ein Topos in der kommunikativen Aushandlung von Identität denken lassen.

<sup>460</sup> Vgl.: Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 247; Vgl. weiterhin die Aussage D. Todorovs von der Demokratischen Eintracht um Parlament: Stenografski Dnevnic na, 21-to ONS, IV-ta redovna sessija 59 3, 9/III/1927, S. 906, der z.B. die Beamten- und Bürokratiefra ge als š genauso alt wie der bulg. Staatō bezeichnet, in dem šdas türkische šjava-, java-ō ó poleka-poleka, das šjara n bakalamō ó -te vidim utre, vermischt mit dem russischen šni egoō zu einem bulgarischen Bürokratismus verwachsen, über den sich selbst die Russen und die Türken wundern würden.ō

vorangegangenen Seiten nicht zuletzt versucht wurde, eine zumeist deskriptive Ebene nicht zu verlassen. Zunächst einmal ergibt sich in diesem Zusammenhang die alte Frage der Ursächlichkeit von Korruption, also ob Korruption mithilfe sozialer, kultureller oder anthropologischer Methoden und Vorgehensweisen erklärt werden kann. So kann m.E. Korruption im Sinne von ‚Gaben, Geben und Nehmen‘ zwar als anthropologisches Phänomen angesehen werden<sup>461</sup>, die Bewertung derselben als korrupt jedoch als kulturelle Konstruktion.<sup>462</sup> In diesem Sinne entspränge Korruption nicht naturgegebener menschlicher Eigenschaften, sondern wäre einer Frage der kulturellen Bewertung und Einordnung. Identitäten könnten so nie per se ‚korrupt‘ sein, sondern nur als solche in einem kulturellen Kommunikationsprozess konstruiert werden (was jedoch im Gegenzug wenig über die Wirkungsmächtigkeit der Konstruktion aussagen würde). Ein zweites Problem innerhalb der oben skizzierten Identitätskonstruktionen bildete die Annahme nicht nur einer stabilen, essentialistischen Selbstgleichheit über längere Zeiträume hinweg, sondern auch die Übertragung individueller Eigenschaften von Identität auf das Kollektiv. Die romantische Vorstellung von ‚Volkskräften‘ und ‚Volkspychologie‘, die soziale Phänomene in den auf das Kollektiv übertragenen individuellen Eigenschaften ausmachte, erscheint so als Begründung bzw. Erklärung von Korruption äußerst zweifelhaft. Aufschlussreich hingegen erscheint diese Art des Bedenkens von Korruption im Hinblick auf die gesellschaftliche Interpretation und Sinngebung von Korruption. Ein noch größeres Problem stellt des Weiteren die Gefahr balkanistischer Stereotype und *mental mapping* im Zusammenhang mit Korruption dar. Wie vor allem M.Todorova immer wieder zu zeigen versuchte, wurde und wird Korruption oftmals als ‚stypisch balkanisches‘ Phänomen dargestellt, das die kulturelle Unterlegenheit des Balkans gegenüber ‚dem Westen‘ unterstreichen soll. Nun ergibt sich im bulgarischen Fall das Bild, dass nicht der Westen, sondern Teile der bulgarischen Eliten selbst Diskurse von Korruption und Identität miteinander verbanden, was natürlich auch von auswärtigen Beobachtern wiederum rezipiert wurde.<sup>463</sup> Inwieweit dabei die zeitgenössischen westeuropäischen Zivilisationsideale und Kulturimperialismen die Muster für diese Selbst- und Fremdvorstellungen lieferten, müsste jedoch noch weiter erforscht werden. Nicht zuletzt aufgrund des Wissenstransfers, vor allem durch die im Ausland ausgebildeten bulgarischen Eliten, könnten selbige jedoch auf jeden Fall eine Rolle gespielt haben. So oder so scheint es aus gutem Grund unangebracht den Diskursbeiträgen, die Korruption durch ‚Volkseigenschaften‘ oder ‚Volkspychologie‘ erklären, unkritisch zu folgen. Viel eher sollten m.E. diese Sichtweisen im Hinblick auf ihre diskursiv erzeugten sinnstiftenden Interpretationen untersucht werden.

---

<sup>461</sup> Siehe dazu z.B.: Dressel, Gert/Hopf, Gudrun (Hrsg.): Von Geschenken und anderen Gaben. Annäherung an eine historische Anthropologie des Gebens, Frankfurt am Main u.a., 2000.

<sup>462</sup> Vgl. Giordano, Christian: Beziehungspflege und Schmiermittel, S. 109, der hier jedoch von einem rechtlichen Konstrukt spricht, welches m.E. wiederum auf die ihm zugrundeliegenden kulturellen Bedeutungen zurückverfolgt und damit ebenfalls als kulturelles Konstrukt gedacht werden kann.

<sup>463</sup> Als Beispiele können hier, neben den bereits ausführlich zitierten Pavel Miljukov und George Logio, auch die Berichte französischer Gesandter und Unternehmer genannt werden, auf die sich Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 130f. Fn. 13-17, beruft.

Denn, so ist M.Todorova zuzustimmen, wie auch die allgemeine Korruptionsforschung gezeigt hat, ist an dem Phänomen Korruption an sich nichts štypisch Balkanischesō auszumachen.<sup>464</sup> Korruption an sich, so sei noch einmal wiederholt, kann als ubiquitäres soziales und kulturelles Phänomen angesehen werden, das verschiedene zeitliche und regionale Variationen und Spezifika aufweist. So dann wäre eine Erklärung von Korruption durch einen šVolkscharakterō eo ipso absurd, da dann ein jeder šVolkscharakterō korrupt wäre. Korruption kann also nur schwerlich als typisch für ein Volk oder eine Identität beschrieben werden. Wohl hingegen könnte in einer vergleichenden Untersuchung darüber nachgedacht werden, ob die Art der gesellschaftlichen Sinnstiftung von und durch Korruption, sowie die Art der öffentlichen Kommunikation über Korruption, Spezifika und Singularitäten aufwies. So könnte also die Frage aufgeworfen werden, dass nicht das Phänomen von Korruption in Bulgarien per se, sondern die diskursive Verarbeitung und Repräsentation von Korruption štypischō waren bzw. sich von denen anderswo unterschieden.<sup>465</sup> Dass nämlich, so kann abschließend festgehalten werden, sich Vorstellungen von Identität, von Selbst- und Fremdbildern, mit Korruption verbanden, wobei dem šEigenenō eine unterlegene Stellung gegenüber dem šFremdenō eingeräumt wurde, erscheint m.E. nicht als gängiges Paradigma innerhalb von Korruptionsdiskursen.<sup>466</sup> Anzumerken bleibt jedoch auch, dass innerhalb dieser diskursiven Konstruktionen von Identität und Korruption nicht von einer Einheitlichkeit gesprochen werden kann. So ergab sich nur ein Teil der Diskursteilnehmer in jenen šnationalen Pessimismusō und nur ein Teil erklärte Korruption durch šVolkspsychologieō. Dort, wo dies getan wurde, wurden Identität und Korruption nicht monokausal miteinander verknüpft, sondern überlappten sich. Genauso kann ein übersteigerter Nationalismus, Orientalismus und Anti-Okzidentalismus<sup>467</sup> als Gegenreaktion gegen pessimistische Selbstbilder verzeichnet werden, sodass weder die Rolle des šEigenenō, noch die des šFremdenō im Korruptionsdiskurs sehr uneinheitlich bzw. wechselhaft war.

---

<sup>464</sup> So Todorova, Maria: šDer Balkan, das sind die Roma von Europaō, Interview im šStandardō vom 28.5.2010 (<http://derstandard.at/1271377741987/Der-Name-Europa-kommt-vom-Balkan>).

<sup>465</sup> So ist z.B. auch: Paru-eva, Dobrinka: Pravitel'svenijat elit, S. 215 der Meinung, dass der weitverbreitete Ausdruck der šVetternwirtschaftō weniger auf eine Exklusivität des Phänomens in Bulgarien, als vielmehr auf die štypische Art der Leute sich auszudrückenō zurückzuführen sei.

<sup>466</sup> Hierbei bleibt anzumerken, dass diese Art der Hierarchie zwischen dem Eigenen und Fremden nur dort zugunsten ausfiel, wo es sich um šden Westenō handelte, wohingegen ein Orientalismus, d.h. die negative Konnotation des Orients und vor allem des Osmanischen Reichs/der Türkei, gerade auch in Bezug auf Korruption, sehr weit ausgeprägt war.

<sup>467</sup> Siehe dazu z.B.: Sundhaussen, Holm: Antiokzidentalismus im Balkanraum. Regionale Varianten eines universalen Diskurses, in: Prowestliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa. 43. Intern. Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Tutzing, 4.-8.10.2004, hrsg.: Schubert, Gabriella/Sundhaussen, Holm, München 2008, S. 267-293, und: Daskalov, Rumen: Pro- und antiwestliche Diskurse in Bulgarien, in: Ebd., S. 77-86; zu einem šOkzidentalismusō, der in Anlehnung an Saids Orientalismus die negative Fremdkonstruktion des Westens beschreibt siehe: Carrier, James: Occidentalism. Images of the West, Oxford, 1995, und: Buruma, Ian/Margalit, Avishai: Occidentalism. The West in the Eyes of its Enemies, New York, 2004.

## 12. Von Mentalitäten und Korruption

Die Verbindung von šKorruptionō und šMentalitätō innerhalb einer Untersuchung birgt einige Gefahren, aber auch erhebliches Potential in sich. Zuerst zu den Gefahren: Selbige sind offensichtlicher, da zum einen die Gefahr besteht in šBalkanismenō, d.h. eine stereotype Gleichsetzung šbalkanischerō Politik mit Korruption, zu verfallen und das Phänomen der Korruption durch bestimmte, štypisch balkanische bzw. bulgarischeō mentale Dispositionen zu erklären.<sup>468</sup> Andererseits lädt der durchaus uneindeutige Begriff der šMentalitätenō und der šMentalitätengeschichteō<sup>469</sup> geradezu ein, soziale Phänomene wie Korruption monokausal durch kollektiv geteilte, šnationaleō Denkweisen zu begründen. Des Weiteren, wie vor allem F. Graus hervorhob, leidet die Erforschung von Mentalitäten, neben einem unklaren Mentalitätsbegriff, vor allem an methodologischen Schwierigkeiten: So zeigen sich Mentalitäten eher implizit in kollektivem sozialem Verhalten, als explizit in Äußerungen und könnten weiterhin weniger dargestellt, als vielmehr gegen andere Mentalitäten getestet werden, wozu štypischeō und šhomogeneō Gruppen isoliert und untersucht werden müssten.

Diesen Problemen soll hier auf folgende Weise und mit einigen Kompromissen begegnet werden, wobei wiederum betont werden soll, dass es nicht Ziel dieser Arbeit war škorrupte Mentalitätenō zu untersuchen, sondern dass dieser Punkt als eine vom Diskurs generierte Interpretation behandelt wird. Zuerst soll šMentalitätō hier mit F.Graus verstanden werden als

šder gemeinsame Tonus längerfristiger Verhaltensformen und Meinungen von Individuen innerhalb von Gruppen. Sie sind nie einheitlich, oft widersprüchlich, bilden spezifische šverinnerlichte Musterō [und] äußern sich sowohl in spezifischer Ansprechbarkeit auf Impulse als auch in Reaktionsformen. Sie können nicht von Individuen formuliert, wohl aber getestet werden.ō<sup>470</sup>

Um weiterhin der šBalkanismus-Falleō auszuweichen, müssen weitere Einschränkungen vorgenommen werden: So muss zum einen deutlich gemacht werden, dass es bei der Untersuchung von Mentalitäten im Zusammenhang mit Korruption nicht um škorrupte Mentalitätenō als Teil šeiner, bulgarisch-nationalen Mentalitätō geht. Die Betonung muss viel eher auf škorruptō, als auf šbulgarischō liegen. So dann soll auch besser von šMentalität(en) von Korruptionō, statt von škorrupten Mentalitätenō gesprochen werden, da Mentalitäten als orientierendes vortheoretisches Wissen nicht per se korrupt sein können, sondern lediglich korrupten Praktiken auf die ein oder andere Weise Sinn zuschreiben. Dementsprechend ergeben sich die größten Probleme bei dem šTestenō der Mentalität(en) von Korruption im Rahmen dieser Untersuchung. Selbige sind innerhalb der vorliegenden Skizze fast nicht zu lösen, nichtsdestoweniger soll hier versucht

---

<sup>468</sup> Vgl. zum šBalkanismusō vor allem: Todorova, Maria: *Imagining the Balkans*, Oxford u.a., 1997, passim; speziell in Bezug auf Korruption: Dies.: šDer Name Europa kommt vom Balkanō

<sup>469</sup> Siehe als Einstieg und Überblick über diese historische Forschungsrichtung nach wie vor: Graus, Franti-ek: *Mentalität ó Versuch einer Begriffsbestimmung und Methode der Untersuchung*, in: *Mentalitäten im Mittelalter. Methodische und inhaltliche Probleme*, hg.: Graus, Franti-ek, Sigmaringen, 1987, S. 9-48; und: Sellin, Volker: *Mentalität und Mentalitätsgeschichte*, in: *Historische Zeitschrift* 241/1985, S. 555-598.

<sup>470</sup> Graus, Franti-ek: *Mentalität*, S. 17.



werden nicht nur die Probleme, sondern auch mögliche Lösungen zu umreißen, so dass sowohl ein Umriss einer Mentalität von Korruption für den Untersuchungszeitraum- und Ort, als auch der Umriss einer Untersuchung dieser Mentalität entstehen kann. Der šTestō der Mentalität, den F.Graus fordert, hat hier das Problem, dass der Gegen-stand, gegen den sie getestet werden soll, nur schwer zu ermitteln ist. Selbst wenn man annimmt, dass man die bulgarische politische Elite zwischen 1900 und 1939 als Hauptakteure korrupter Praktiken als eine štypische, homogene Gruppenō im Hinblick auf ihre Mentalität(en) von Korruption betrachten könnte, so fehlt doch noch ihr šAndererō, ihr Gegen-part, mit dem selbige Mentalität verglichen und getestet werden soll. Um also von der bzw. einer Mentalität von Korruption der bulgarischen politischen Elite innerhalb eines bestimmten Zeitraumes sprechen zu können, müssten die kollektiven Verhaltensweisen derselben mit einer anderen Gruppe gleicher Art (z.B. die bulgarische politische Elite eines anderen Zeitraumes oder die Elite eines anderen Landes) vergleichend getestet werden.<sup>471</sup> Weitaus ergiebiger, leider jedoch wahrscheinlich unmöglich, wäre es eine Mentalität von Korruption gegen eine Mentalität von šNicht-Korruptionō zu testen, denn nur so könnten die wahren Unterschiede zu Tage treten. Hierbei trifft der Historiker jedoch auf das Problem, dass das šGewöhnlicheō ó und als solches wird ja die Nichtanwendung korrupter Praktiken gemeinhin angesehen ó selten derart in den überlieferten Quellen zutage tritt wie das (vermeintlich) Außergewöhnliche.<sup>472</sup> Die kollektive Verhaltensweise einer Nichtbeteiligung an Korruption anhand des überlieferten Quellenmaterials zu untersuchen und die šMentalitätō herauszufiltern, scheint m.E. nahezu unmöglich. Mit anderen Worten trägt das Quellenmaterial immer zu dem Paradoxon bei, dass es Erklärungen und Vordeutungen für die Teilnahme an korrupten Praktiken stets erwähnt und begründet, im umgekehrten Fall jedoch die Ehrlichkeit<sup>473</sup> als Selbstverständlichkeit unbegründet bleibt. Exemplarisch sollen diese Probleme und mögliche Lösungen hier einmal anhand einiger Quellenbeispiele aufgezeigt und weitergedacht werden. Wenn also R.Avramov z.B. von einer šKultur der Armutō (*kultura na bednostta*) als šKorruptionskulturō der bulgarischen Eliten spricht<sup>474</sup>, so wird daraus zwar der durchaus gerechtfertigte Zusammenhang zwischen relativer Armut und dem Hang zu korrupten Praktiken klar. Unklar bleibt jedoch, warum einige šarmeō Vertreter der Eliten dies als ausreichenden Grund ansahen sich bereichern und andere nicht, warum also für einige die eigne Armut genügte, um Fremdbereicherung als akzeptabel zu bewerten. Als Beispiel kann hier z.B. der oben bereits ausführlich erörterte Brief Finanzminister Pajakovs gelten, wonach selbiger seine Machtstellung als Gelegenheit ansah šda se otgledaō<sup>475</sup>, die Verbindung aus der Möglichkeit zur

---

<sup>471</sup> So konstatieren übereinstimmend sowohl Graus, Franti-ek: Mentalitäten, S. 15f., als auch: Sellin, Volker: Mentalitäten und Mentalitätsgeschichte, S. 571-581.

<sup>472</sup> Graus, Franti-ek: Mentalitäten, S. 25f.

<sup>473</sup> Alleine die Tatsache, dass es außer Ehrlichkeit, šSaubereitō, Ablehnung etc. kein wirklich treffendes Antonym für den Begriff von Korruption gibt, deutet hierauf hin. Auch der Begriff der Anti-Korruption beschreibt nicht einen solchen Gegenpart, sondern nur die Maßnahmen gegen auftretende Korruption.

<sup>474</sup> Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 128.

<sup>475</sup> Doklad do XIV-to ONSí , S. 385.

Bereicherung, zusammen mit eigener finanzieller Not also den Ausschlag gab. Jedoch kann auch die Möglichkeit zu Korruption bei finanzieller Notlage noch keine ausreichende Grundlage sein. Weiterhin bedurfte es, zumindest für manche, der Gewissheit, dass sie nicht alleine so handeln, dass das Ausnutzen einer Machtposition zur eigenen Bereicherung eine „Normalität“, ein Teil einer (wie auch immer gearteten) Ordnung sei, die die unmoralische Handlung in eine normale verwandelt. „Za-to ufdi hora da bili izpolovali slu aja, a pak toj da ne izpolzva?“<sup>476</sup> ó so fragte ein Kassierer der BNB in Ruse seinen Revisor, der den betrügerischen Handel mit rumänischer Valuta in der Filiale untersuchte. Korruption, so erscheint es aus vielen Quellen, ist als individuelles Handeln in einen Prozess kollektiver Bewertungen und Sinnzuschreibungen eingebunden und konnte offenbar in ein System von Ordnungen eingereiht werden. Selbige Ordnungen beruhten nicht auf schriftlichen Regeln oder traditionellen Rechtfertigungen, sie wurden aus der Praxis geboren und hatten innerhalb dieser Praxis Sinn und Moral, d.h. innerhalb dieser Praktiken wurde Korruption nicht als solche identifiziert. „Tova e v reda na ne-tata“, mit diesem Hinweis wurden dem Zollbeamten M.Vlajkov ungefragt Geschenke und Vergünstigungen gebracht.<sup>477</sup> Innerhalb dieser „Ordnung der Dinge“<sup>478</sup> waren selbige Geschenke keine Korruption bzw. wurden nicht als solche bewertet, sondern Teile eines reziproken Austausches von Gaben. Mentalitäten von Korruption, so hat es den Anschein, bewerten Korruption nicht als Korruption, da diese Bewertung in sich einen nicht auflösenden Widerspruch innerhalb der Mentalität erzeugen würde. Mentalitäten mitsamt ihrer vortheoretischen Orientierungsfunktion sind es selbst, die die orientierenden Unterscheidungen zwischen Gut und Böse, akzeptablem Verhalten und inakzeptablem konstituieren.<sup>479</sup> Fast zwangsläufig muss daher eine Mentalität, die der Teilnahme an korrupten Praktiken zustimmt, selbige Korruption entweder nicht als solche bewerten oder ihr einen gänzlich anderen, größeren Sinnzusammenhang geben, der normenwidriges Verhalten rechtfertigt.<sup>480</sup> So kann auch die ansonsten unerklärliche Aussage des ehem. Premierministers P.Gudev, wonach er die Gelder des des Innenministeriums nicht geklaut, sondern lediglich genommen habe (*šaz tija sumi ne s m gi otkradnal, az gi vseh*)<sup>481</sup>, erklären. In Gudev's Verständnis, sofern er im Verhör keine frei erfundenen Lügen erzählte, war dieses Nehmen der Gelder aus dem Budget des Ministeriums zu Privatzwecken keine Korruption, sondern eine (überaus zweckmäßige) gängige Praxis seines Amtes.<sup>482</sup> Doch, so könnte der Mentalitätenforscher hier weiter fragen, wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass diese Praktiken in solch einen Sinnzusammenhang eingereiht werden

<sup>476</sup> CDA F 285K, Op. 3, a.e. 12, S. 29: „Warum sollten fremde Leute diesen Zufall ausnutzen können und er aber nicht?“

<sup>477</sup> Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 82-96.

<sup>478</sup> Der Zufall will es hier bezeichnenderweise, dass die Worte, an die sich Vlajkov zu erinnern glaubt, mit dem (von Foucault selbst gewählten) Titel der deutschen Ausgabe seiner ersten Studie über Diskurse „Die Ordnung der Dinge“ (franz.: *Les mots et les choses* ó Die Worte und die Dinge) übereinstimmen.

<sup>479</sup> Vgl. Sellin, Volker: *Mentalität*, S. 580.

<sup>480</sup> Dies könnte auch als eine Erklärung dafür dienen, dass die eindeutig konnotierte Bezeichnung „Korruption“ innerhalb des Diskurses nur so selten anzutreffen ist.

<sup>481</sup> Siehe: <http://liternet.bg/publish4/bgyrdev/pgudev/6.htm> (Stand: 16.11.2010).

<sup>482</sup> So: Ebd.

konnten? Hierbei schließlich lassen sich lediglich ›Verweise‹ finden: Zum einen verwies diese Mentalität auf eine durchaus multiple Einstellung zum eigenen Amt und zum anderen auf eine mentale Disposition, die den Staat als Abstraktum erkannte, dessen Mittel seinen ausführenden Personen uneingeschränkt zur Verfügung stehen (müssen/sollen). ›Raub‹ bzw. Unterschlagung war hierbei nur von Privatpersonen, nicht von dem Abstraktum des Staates möglich, da zwischen den Geldern des Staates und denen des Amtsinhabers nicht unterschieden wurde.<sup>483</sup> Diese ›Staatsfremdheit‹ und fehlende Unterscheidung zwischen ›privat‹ und ›staatlich‹ wurde geradezu zu einem Topos nicht nur in der Forschungsliteratur.

Darüber hinaus muss noch auf den Bereich des Rechtes verwiesen werden. Denn, so kann angenommen werden, Mentalitäten von Korruption und die daraus resultierenden normenverletzenden Praktiken hätten sich nur schwerlich verfestigen können, wenn sie hartnäckig durch die zur Verfügung stehenden Sanktionsmaßnahmen gehindert worden wären. Obwohl Korruption, wie oben dargelegt, rechtlich und moralisch geächtet war, konnte sich, zumindest bei einigen Vertretern, Mentalität(en) bilden, wonach genau die Praktiken, die das Gesetz verbot, ›in der Ordnung der Dinge‹ (*in rebus na ne-tata*) lägen. Dies ließe sich durch die systematische Nichtanwendung bzw. Erfolglosigkeit der Gesetze, für welche die in den ersten beiden Diskursfragmenten behandelten Fälle mit Recht als Beispiel gelten können, erklären. Zumindest bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gab es, trotz der unzähligen Vorwürfe und zutage geförderten Materialien, keine Verurteilung von Ministern wegen Korruption. Im schlimmsten Fall musste man von seinem Amt bzw. der Regierung abtreten. Ebenso ›beliebt‹ waren Amnestien, also rückwirkende Entschuldungen bei Regierungsan- oder abtritt, die auch den vielen ›Helfern‹ auf den unteren Stufen zu Hilfe kam.<sup>484</sup> Wie auch schon bei der ›Staatsfremdheit‹ wurde dieser Unwille die Korruptionsgesetze richtig anzuwenden häufig durch das Fortleben ›gewöhnheitsrechtlicher Mentalitäten‹ erklärt, deren praktische Verhaltensweisen mit den Normen des übernommenen westlichen Rechts kollidierten.<sup>485</sup> Hierdurch könnte zumindest erklärt werden, warum die Praxis die Theorie der Gesetze und Regelungen derart unterließ und aushöhlte: Die Mentalitäten passten sich dem Kurs der vorgegebenen Modernisierung und Verwestlichung deutlich langsamer an als die einfach niederzulegenden Gesetze. Dies nicht nur bei der einfachen Landbevölkerung, sondern auch bei den Eliten selbst, welche die neuen Gesetze erließen, mit ihren Normen jedoch selbst in Konflikt gerieten, da auch ihre Mentalität(en) sich nur langsam änderten. Diese mentale Spannung zwischen divergierenden, alten und neuen Sinngewissheiten müsste zu einem Orientierungskonflikt geführt haben, in dem es um die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Bedeutungssystemen ging. Mit Sellin könnten so die oben erfassten diskursiven Ereignisse als der Einbruch von Ideologie, im Sinne einer willkürlichen Sinnsetzung dort, wo die alte Sinngewissheit versagte<sup>486</sup>,

---

<sup>483</sup> Vgl. wiederum: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 122.

<sup>484</sup> Logio, George: *Bulgaria*, S. 10f.

<sup>485</sup> Vgl.: Daskalov, Rumen: *B Igarskoto Ob-testvo*, Bd. 1, S. 79-94.

<sup>486</sup> Sellin, Volker: *Mentalität*, S. 584.

verstanden werden. Die Orientierungs- und Sinnungswissheit als Teil eines „Modernisierungskonfliktes“ wurden versucht durch neue Sinngebungssysteme – die Ideologien der Zwischenkriegszeit – zu überkommen, wie es oben für das Beispiel des Korruptionsdiskurses gezeigt wurde.

An dieser Stelle soll der Versuchung eine mögliche Mentalität von Korruption der bulgarischen politischen Elite dieser Zeit weiter zu beschreiben, nicht weiter nachgegeben werden. Einige mögliche Eigenschaften einer solchen sollten deutlich geworden sein und auch, dass ohne weitere methodologischen Einschränkungen und Spezifikationen im Untersuchungsgegenstand der Boden, auf dem eine solche Mentalität begründet werden kann, immer dünner wird. Mehr und mehr wird deutlich, dass, um sich einer Mentalität von Korruption weiter zu nähern, eine Vergleichsgröße vonnöten wäre, ein Gegenstand, gegen den die zutage geförderten Bestandteile dieser Mentalität getestet werden könnten. Auch ist der kollektive Akteur (der korrupte Teil der bulgarischen politischen Elite dieser Zeit) nur unzureichend bestimmt bzw. „homogenisiert“, um wirklich zu einem allgemeinen Schluss kommen zu können. Neben diesen theoretischen Erfordernissen sollte jedoch auch deutlich geworden sein, dass Mentalität(en) von Korruption nicht mit den Begründungen für korruptes Verhalten identisch sind, sondern den Rahmen für deren Sinnzusammenhänge bilden. Die Kommunikation selbiger in den Mentalitäten manifest gewordener Sinnzusammenhänge erfolgte wiederum über den Diskurs.

### 13. Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Folgenden sollen die einleitenden theoretischen Fragestellungen der KDA aufgegriffen und für die hier behandelten empirischen Materialien beantwortet werden. Zusammenfassend werden dabei die Fragen nach dem diskursiven Wissen, den Praktiken, den Positionen, den Themen, Unterthemen und Verstrickungen, den Subjekten, der diskursiven Macht, den Ordnungen, sowie dem diskursiven Wandel und den diskursiven Ereignissen kurz umrissen.

Wie gezeigt wurde, beruhte das im Diskurs aufgegriffene und transportierte *Wissen* um Korruption vor allem auf Moralvorstellungen, Legalismus und auf Vorstellungen und Ordnungen politischer Herrschaft und Macht. Wie dabei in Kap. 3, 4 und 7 deutlich wurde, wirkte selbiges Wissen dabei zumindest bis zu dem Umsturz 1923 destabilisierend in Bezug auf die herrschende Macht.<sup>487</sup> Korruption, insbesondere in Form des *partizanstvo*, wurde als einfachste Waffe in den parteipolitischen Grabenkämpfen eingesetzt. Während die Praktiken an sich den modus operandi des Systems zwar kurzfristig aufrechterhielten, wurde das Wissen um Korruption bzw. Antikorruption zu einer Ressource der Frontalkritik gegen das System. 1923 und vollständig mit dem Putsch 1934 wandelte sich diese Eigenschaft des diskursiven Wissens, das von den neuen Machthabern nun machtstabilisierend gegen die *šalten Regimeō* umgedeutet wurde. Allerdings fehlte hier auch eine institutionalisierte Opposition, welche die Korruptionsthematik hätte aufgreifen können. Wie die Prüfung der Diskursfragmente dabei zeigte, ging es bei dem Korruptionsdiskurs in der politischen Sphäre nur selten darum, das gesammelte Wissen um Korruption konstruktiv im Sinne systematisierter Maßnahmen anzuwenden. Stattdessen wurde sich zumeist auf die verbale Ausschlichtung von Korruptionsvorwürfen zu politischen Zwecken beschränkt, wobei selbige eine allgemeine Korruptionsparanoia, selten jedoch aktive Antikorruptionsmaßnahmen hervorriefen. Es ergab sich ein Bild, in dem der (Anti-)Korruptionsdiskurs schlichtweg als Instrument in der politischen Arena gebraucht wurde, wobei geradezu über einen kausalen Zusammenhang zwischen allzu lautem Moral- und Skandalgeschrei und der Erfolglosigkeit der Antikorruption nachgedacht werden kann.<sup>488</sup> Die öffentliche Kommunikation über Korruption ähnelte hier einem Ballon, der immer weiter aufgeblasen wurde, ohne dass ein Ausgleichsventil für einen Druckabbau gesorgt hätte. Dieses Ventil hätte, wie Gronbeck nahelegt, in Form einer *šgesellschaftlichen Katharsisō* daherkommen können. Da stattdessen jedoch am einen Ende

---

<sup>487</sup> Wiederum sei angemerkt, dass hierbei durchaus Ambivalenzen auftraten. Einerseits diskreditierten alle Nichtregierungsangehörigen durch ihre Aussagen die herrschende Macht, nutzten dies jedoch als Mittel, um selbst an die Macht berufen zu werden. Verbal destabilisierten sie also die Macht und den Herrschaftsmodus, reproduzierten ihn und stützten ihn aber gleichzeitig durch ihr Streben zur Macht und das konsequente Desinteresse an der Korruptionsthematik sobald sie einmal an der Macht waren.

<sup>488</sup> Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 248f., spricht so z.B. von einem Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Korruptiertheit der politischen Eliten und einer immer drakonischeren Gesetzgebung, die, da sie nie wirkungsmächtig wird, das *šschlechte Gewissenō* kaschieren soll.

des Ballons immer weiter hineingeblasen, an keinem Ende jedoch reguliert wurde, baute sich ein unheimlicher Druck auf, der den Ballon des Diskurses 1934 schließlich zum Platzen brachte.

Wie die faktische Korruption selbst, so wurde auch das Reden und Kommunizieren von und über Korruption eine *soziale Praktik*. Diese re-präsentierte das soziale Phänomen Korruption kommunikativ, wobei sowohl dem Re-präsentationsprozess, als auch dem sozialen Phänomen an sich Sinn und Ordnung verliehen wurden, indem sie in politische, wirtschaftliche, kulturelle etc. Zusammenhänge eingebettet und erklärt wurden. Innerhalb dieser sozialen und kommunikativen Praktiken wurde Korruption ó bewusst oder unbewusst ó als ein loses System von Handlungen, Redeweisen, Codes und Rollen klassifiziert und bewertet. Dazu gehörte es u.a., dass man in der Opposition die Korruptionsängste bis ins Absurde übersteigerte, einmal an die Macht gekommen das Thema jedoch weiträumig umging. Das Allgemeinwissen um die Omnipräsenz von Korruption, das der Diskurs sowohl transportierte als auch erzeugte, war hier durch eine Kluft von den tatsächlichen Handlungen und offiziellen Redeweisen in der Politik getrennt. Das öffentliche und private Gerede über Korruption in einer Atmosphäre, in der Geheimnisse šbei der landesüblichen Redseligkeit schwer zu wahren<sup>489</sup> waren, war und blieb jedoch eine weit verbreitete Praxis.

Die *Position(en)*, von denen aus Aussagen über Korruption überhaupt möglich waren, so zeigte das Quellenmaterial, waren zum einen zumeist gebunden an persönliche Erfahrungen mit Korruption bzw. an eine Rolle im politischen System und dem Journalismus.<sup>490</sup> Zum anderen war die einzig mögliche Position eine gegen Korruption gerichtete. Über Korruption konnte es keine zwei Ansichten geben, sie wurde immer als schlecht und abzulehnend klassifiziert. Selbst die Beschuldigten konnten in keinerlei Art Korruption rechtfertigen, sondern mussten sie verneinen und abstreiten.<sup>491</sup> Diese Bewertungen und der Umgang mit ihnen bezogen ihre Grundlage dabei aus den gängigen Rechts- und Moralvorstellungen.

Das wohl größte Problem eines Korruptionsdiskurses im Allgemeinen ist hierbei sicherlich die relative Unentscheidbarkeit des Wahrheitsgehaltes der getätigten Aussagen. Wie die zahlreichen empirischen Materialien verdeutlichten, kann der Faktizität der Aussagen in einem Korruptionsdiskurs mit Recht misstraut werden, da die Funktion einer gegebenen Aussage innerhalb sozio-politischer Kommunikation als wichtiger einzustufen war als ihre šWahrheit.

Bezüglich der *Themen, Unterthemen* und *Diskursstrangverstrickungen* ergaben sich Verbindungen zu dem gesamten Bereich politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Fragen, insbesondere jedoch zu den Themenkomplexen Politik, Wirtschaft, Identität, Recht, Moral und Macht. Da den meisten dieser

---

<sup>489</sup> Jire ek, Constantin: Das Fürstenthum Bulgarien, S. 296.

<sup>490</sup> Wiederum sei hier angemerkt, dass im Rahmen dieser Studie die über die institutionalisierten schriftlichen Redeweisen des Diskurses hinaus getätigten mündlichen Aussagen aller Art in dieser Arbeit unberücksichtigt bleiben mussten.

<sup>491</sup> Interessanterweise konnte um die Jahrtausendwende in Bulgarien zum ersten Mal eine šPro-Korruptionsinitiativeš verzeichnet werden, die aufgrund der Allgegenwart und überlebenswichtigen Notwendigkeit von kleiner Korruption in den Krisen des Postsozialismus zu deren Akzeptanz aufrief. Siehe: Bojadflev, Georgi/Cenkov, Emil/Dobrev, Krasimir: Korupcija v 100 otgovora, S. 68.

Punkte im Laufe dieser Arbeit eigene Kapitel gewidmet wurden, soll hier auf weitere Ausführungen verzichtet werden. Selbiges gilt auch für die im Diskurs auftauchenden *Subjekte* der Öffentlichkeit, Gesellschaft und dem Staat.

Wie die Analyse der Diskursfragmente weiterhin aufzeigte, war im Falle des Korruptionsdiskurses diskursive *Macht* fast immer an faktisch-politische Macht geknüpft. Besonders deutlich zeigte sich dies z.B. in den (ausbleibenden) rechtlichen Konsequenzen oder Zensurbestimmungen. Die Macht der Akteure, vor allem der nicht-staatlichen, Initiativen zu ergreifen und diskursiv ‚Wandel‘ zu erzwingen, nahm wiederum nach 1923 und 1934 noch weiter ab, wohingegen die Macht der Herrschenden zunahm. Wie das zweite Diskursfragment in Kap. 6 nahelegte, war es dabei vor allem auch das ‚Unsagbare‘ bzw. ‚Ungesagte‘, das den Einfluss der Macht aufzeigte. Dieses von der Macht ausgeklammerte Unsagbare umfasste zu jeder Zeit unterschiedliche Aussagen, verwies jedoch stets auf Machtbeziehungen.<sup>492</sup>

Abseits dieser faktischen Machteinflüsse bestand die größte Macht innerhalb des Diskurses wohl in der *Sinnstiftung* und *Ordnung* von Korruption. Dabei kann m.E. jedoch nicht von einem Quell der Macht bzw. einem Mächtigen gesprochen werden, vor allem aufgrund der mannigfachen und teils widersprüchlichen Aussagen und Deutungen über Korruption seitens der verschiedenen Akteure. Die Macht bestand dabei darin Korruption auf ihre (angeblichen) Ursachen zurückzuführen und ihr einen Sinn innerhalb der gesellschaftlichen, politischen, nationalen etc. Meistererzählungen zu geben. So trat Korruption z.B. als Ordnungskategorie für den (zumindest so wahrgenommenen) Modernisierungs- und Zivilisationsrückstand auf; ebenso konnte Korruption als ‚Allzweckerklärung‘ dafür herhalten, warum die (vor allem politische) Praxis nicht der Theorie bzw. den Vorstellungen folgte. So erschienen die Allgegenwart von Korruption und umgekehrt der Korruptionsparanoia als Abbild des Diskurses einerseits und als sein Produkt andererseits. Obgleich selbige vom Diskurs generierte Erklärungsmuster selten ins Leere verwiesen, so ist bei ihrer Analyse doch stets zu bedenken, dass sie ein Teil der diskursiven Sinndeutungen und Ordnungsansätze von Korruption darstellten. Sie als objektive Wahrheiten aufzufassen, griffe damit zu kurz. Besser sind sie als ein System von Wissen, Interpretationen, Funktionen und Meinungen zu verstehen, die jeweils spezifische Funktionen erfüllten.

In Kap. 5 und 6 wurden des Weiteren bereits ausführlich die m.E. einzigen tatsächlichen *diskursiven Ereignisse* porträtiert. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten für diskursiven Wandel, von denen im Fall Bulgariens zwischen 1906 und 1935 jedoch nur eine auftrat. Diese beziehen sich auf die zwei Ebenen des Diskurses – die sprachliche Ebene und die Ebene der sozialen Realität. Wie bereits eingehend dargelegt wurde, konnte in dem hier betrachteten historischen Kontext diskursiver Wandel, in Form tatsächlicher

---

<sup>492</sup> Zu diesem Unsagbaren gehörte z.B. die Thematisierung von Korruption durch die Regierung selbst bzw. der stets auf vorgehende Regierungen rückwärtsgerichtete Fokus dabei, der Korruption als Thema der eigenen Herrschaft ausschloss. Diese Position wurde natürlich von der Opposition, solange es noch eine gab, stets angefochten und verwies so auf die herrschenden Machtbeziehungen zwischen beiden. Nach 1934, als Korruption nur noch als Phänomen der Vergangenheit auftrat, wurde hier die Macht der Herrschenden noch deutlicher.

diskursiver Ereignisse, nur auf der zweiten Ebene nachgewiesen werden. Die diskursiven Ereignisse von 1923 und 1934 waren die einzig auftretenden Formen *diskursiven Wandels* und kamen nicht durch den Diskurs an sich, sondern in Gestalt äußerer Ereignisse daher. Auffällig war des Weiteren, dass die institutionalisierten Redeweisen des Diskurses zuvor offenbar eine nur sehr schwache Rückbindung bzw. Auswirkungen auf das politische Geschehen hatten, sondern dass umgekehrt das politische Geschehen dem Korruptionsdiskurs voranzugehen schien.<sup>493</sup> Letztlich konnten also nur die (physische) Macht der Faktizität, kein Sprachspiel und keine öffentlich-kommunikativ entworfene Lösung diskursiven Wandel hervorrufen. Diese Art des diskursiven Wandels, Korruption als soziale Erscheinung, sowie auch ihre kommunikative Re-präsentation machtpolitisch zu verändern, ex post zu bewerten, fällt denkbar schwer. Kurzfristig jedenfalls ging hier eine strenge Zensur und Tabuisierung der Korruptionsthematik anscheinend mit einem Rückgang größerer Korruptionsfälle einher. Ob dies jedoch auf einen massiven Rückgang tatsächlicher Fälle von Korruption oder eben nur auf die Unmöglichkeit der Berichterstattung über sie, d.h. dem Schweigen der Quellen, zurückzuführen war, lässt sich aus der historischen Vogelperspektive kaum beantworten. Insgesamt scheint das Korruptionsniveau zumindest auf der höchsten politischen Ebene unter den Autoritarismen der Zwischenkriegszeit deutlich geringer gewesen zu sein. Dass gleichzeitig aufgrund des durch Zensur blockierten kommunikativen Potentials andere, alternative Kommunikationsformen in Form von z.B. Gerüchten oder Denunziationen<sup>494</sup> Auftrieb erhielten, kann wohl als Folge dererlei Maßnahmen angesehen werden. Selbige wiederum deuteten auf ein hohes Niveau von gesellschaftlich-öffentlichem Misstrauen hin. Dies vergrößerte jedoch den bei Korruptionsdiskursen so häufig auftretenden Unterschied zwischen gesellschaftlich kommunizierten Normen, Theorien und Moral auf der einen und gesellschaftlich-politischer Praxis auf der anderen Seite. Je weiter diese Lücke jedoch auseinander klaffte, desto geringer war die Rückbindung des Diskurses an die soziale Realität und die Einwirkungsmöglichkeiten auf selbige.

---

<sup>493</sup> Zu bedenken bleibt jedoch, dass die tatsächlichen diskursiven Ereignisse, vor allem der Umsturz von 1934, darauf hinwiesen, dass das aufgestaute kommunikative Potential der ausbleibenden gesellschaftlichen Katharsis eine wichtige Rolle für ihre nachholende Legitimation spielte.

<sup>494</sup> Als besonders eindrückliches Beispiel kann hier wiederum die anonyme Denunziation gegen den Minister für Eisenbahnen und Transport Avramov aus dem Jahre 1938 gelten, die direkt an Zar Boris geschickt wurde und den Minister der Begünstigung seiner Verwandten und der Unterschlagung bezichtigte. Siehe: CDA F 3K Op. 12. a.e. 806, S. 1f.



## V. Ausblick

### 14. Korruptionsdiskurs damals und heute ó Umriss eines Vergleichs

Spätestens an dieser Stelle ist es Zeit den (vermeintlichen) Gegenwartsbezug, sowohl der Thematik 'Korruption(s)diskurs', als auch dieser Arbeit, als Bestandteil des Diskurses verbatim zu bedenken. Dabei soll der Verweis auf die Aktualität der Thematik nicht wie so oft als bloße *captatio* des Leserinteresses, sondern zum einen als Anstoß zur Selbstreflexion, und zum anderen als Anzeiger für den Nutzen und die wissenschaftliche Perspektive dieser Arbeit dienen.

So hat diese Studie nicht den Anspruch den Diskurs in seiner Gänze zu überblicken, genauso wenig wie sie vorgibt eine neutrale, objektive Position außerhalb des Diskurses einnehmen zu können. Ebenso wird hier nicht vorgegeben, dass der Aufbau und der Fokus dieser Arbeit von den zeitgenössischen Debatten über Korruption in Bulgarien, den Stereotypen oder meinen persönlichen Erfahrungen mit korrupten Praktiken in Bulgarien unbeeinflusst geblieben sind. Stattdessen wurde und wird hier im 'Fazit' der Studie versucht eben jene Einflüsse und Eigenschaften der Arbeit offen darzulegen, zu hinterfragen und dadurch die fruchtbaren Kräfte der Kontextgebundenheit auch dieses Diskursbeitrages zu nutzen. So reifte z.B. die Entscheidung für die Methodik der Diskursanalyse teils bei der Exegese des tatsächlich zur Verfügung stehenden Quellenmaterials und teils während der zahllosen, (nicht-)wissenschaftlichen Gespräche über Korruption und ihre Ursachen während meines Aufenthaltes in Bulgarien 2009/2010. Wie bereits mehrfach angesprochen, präsentiert sich Korruption (in der Gegenwart) als omnipräsentes Phänomen, das sich stets in Form von sprachlichen (mündlichen wie schriftlichen) Gerüchten und Anschuldigungen manifestiert.<sup>495</sup> Hinter die Faktizität dieser Aussagen zu blicken, erweist sich in der Gegenwart oftmals genauso schwierig wie in einer historischen Untersuchung, trotzdem kann ihnen in keinem Fall eine gewisse Macht und Anziehungskraft abgesprochen werden. Daher kann die Kommunikation von und über Korruption, egal in welcher historischen Zeit, nicht als unschuldige Abbildung von Korruption, sondern als ein System institutionalisierter Redeweisen betrachtet werden. Die so produzierten Aussagen haben dann keinen zufälligen, sondern einen intentionalen Charakter, damals wie heute.

Innerhalb dieser institutionellen Redeweisen wiederum trifft man, wenn man den Korruptionsdiskurs zwischen der Staatsgründung und 1944 mit der Zeit nach 1989/90 vergleicht, auf zahlreiche Analogien. Durch den 'Weg zurück zum Parlamentarismus' nach 1989 trifft man zum einen wieder auf dieselben Institutionen, wie Parlament, Kommissionen, Parteien oder Zeitungen, die Korruption zu 'ihrem' Thema

---

<sup>495</sup> Vgl. wiederum Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, Bd. 3, S. 154f.; Zur Omnipräsenz von Korruption im Postsozialismus vgl. z.B.: Krstev, Ivan: A Moral-Economy of Anti-Corruption. Sentiments in Transition, S. 1f. (abrufbar unter: [www.wiwi.ac.at/balkan/files/Krstev.pdf](http://www.wiwi.ac.at/balkan/files/Krstev.pdf) Stand: 16.11.2010).

machen.<sup>496</sup> Zum anderen scheinen auch alte Praktiken, wie z.B. Parteipatronage im Sinne des *partizanstvo*, neu belebt worden zu sein, wenngleich sie auch nicht beim *šalten Namenõ* genannt werden.<sup>497</sup> Die Parteien, so scheint es heute oftmals, haben ihre *šalte Rolleõ* als Patrone, die Gefolgschaft gegen Ämter *štauschenõ*, wieder eingenommen. Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass die Herkunft und Strukturen der modernen Parteien im Postsozialismus anderen Einflüssen, als die Parteien Ende des 19. und Anfang des Jahrhunderts ausgesetzt waren, im Hinblick auf ihren Netzwerk- und Patronagecharakter jedoch durchaus vergleichbar sind.

Der hier bereits angeklungene Punkt, nämlich die Unterscheidung zwischen vergleichbaren Erscheinungen und vergleichbaren Ursachen, soll in diesem Abschnitt zunächst einmal ausgeklammert werden. Stattdessen soll sich auch hier, wie im Verlaufe dieser ganzen Studie, vielmehr auf die Interpretationen und damit die Sinnggebung von und durch Korruption, wie sie im Diskurs auftauchen, konzentriert werden. So war und ist im Zuge des EU-Beitritts Bulgariens eine deutlich regere Aktivität im Korruptionsdiskurs zu spüren, an der sich sowohl ausländische, als auch bulgarische Institutionen und (formell unabhängige) Stiftungen beteiligen. Konzentriert wurde sich hier vor allem auf die Korruptionsbekämpfung<sup>498</sup>, auf die *šLogikõ* von Korruption im Postsozialismus<sup>499</sup> und auf *šSinnggebungõ* von und durch Korruption. Bei genauerer Betrachtung stehen hier die Gemeinsamkeiten mit der kommunikativen Behandlung von Korruption in dem hier betrachteten Zeitraum deutlich heraus: Die Auflagen und Sanktionen der EU haben z.B. einen, wenn auch deutlich kleineren, Vorgänger in den Bestimmungen des Völkerbundes im Zuge des Flüchtlings- oder Stabilisationskredites (1926, bzw. 1928).<sup>500</sup> Bereits damals wurde z.B. die Auflage erlassen, dass die Anzahl der Beamten in Bulgarien um bis zu 10000 reduziert werden müsse, wenngleich auch der Völkerbund als überwachende Körperschaft deutlich weniger Disziplinierungs- und Sanktionsmaßnahmen zur Hand hatte als die EU, die Bulgarien bereits mit dem ersten Fortschrittsbericht rund 800 Mill. Euro Fördergelder sperrte, da diese aufgrund der exorbitanten Korruption nicht sicher eingesetzt werden konnten.<sup>501</sup>

---

<sup>496</sup> Auf die zahlreichen einzelnen Fälle und die Fülle an Materialien, die von Untersuchungsverfahren, über Presseartikel hinzu den Fortschrittsberichten der EU oder den Berichten von Transparency International Bulgaria (<http://www.transparency-bg.org/?magic=0.0.0.2> Stand: 16.11.2010) und anderen unabhängigen Institutionen (z.B. dem Centre for Strategies and international Studies, welches 2010 einen neuen Bericht über Korruption in Bulgarien vorlegte, siehe: <http://csis.org/publication/business-bulgaria-overview-investors-and-managers-2010> Stand: 16.11.2010) reichen, kann hier leider nicht einzeln eingegangen werden. Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 124f. weiß hier z.B. anzumerken, dass seit 1989 (Stand: 2007) bereits 40 verschiedene Minister wegen Korruption untersucht wurden, wobei wiederum kein einziger wirklich verurteilt wurde ó auch dies in krasser Analogie zu der Zeit vor 1944.

<sup>497</sup> Vgl. dazu: Elenkov, Ivan: *Slufbogonstvo*, in: *Kultura* 23.1.2004, S. 6; Kr stev, Ivan: *Shifting Obsessions. Three Essays on the Politics of Anticorruption*, Budapest-New York, 2004; Schüler, Sonja: *Zur politischen Kultur im heutigen Bulgarien*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 2/2008, S. 85-89.

<sup>498</sup> Für die 2009 angetretene Regierung Borrisov, die ebenfalls die Antikorruption zu einem ihrer Aushängeschilder machen wollte vgl.: Hein, Michael: *Die Europa- und Parlamentswahlen 2009 in Bulgarien*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 49/2009, S. 46-50.

<sup>499</sup> Vgl. wiederum z.B.: Kr stev, Ivan: *A Moral-Economy of Anti-Corruption. Sentiments in Transition*, passim.

<sup>500</sup> Siehe dazu: Logio, George: *Bulgaria*, S. 91.

<sup>501</sup> Vgl. dazu: *Dokumentation. EU-Fortschrittsberichte für Bulgarien und Rumänien vom 22. Juli 2009*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 49/2009, S. 85-91.

Bei den Interpretationen und Erklärungen von Korruption hat die ‚Korruption des Postsozialismus‘ ihr Pendant in der Erklärung von Korruption als ‚osmanisches Erbe‘. Beiden Interpretationen ist zum einen gemein, dass sie Korruption als Produkt eines gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Modernisierungsrückstandes gegenüber dem Westen erklären. Somit wird hier implizit wie explizit eine ‚longue duree‘, eine tiefsitzende Mentalität oder Verhaltensweise, die ihren Ursprung in den kulturellen Umgebungen des osmanischen Reiches bzw. des Sozialismus hatte, als Ursache für Korruption angenommen. In beiden Fällen wurde und wird Korruption nur im Vergleich mit (West-)Europa gedacht, wobei eine kulturelle, politische und gesellschaftliche Angleichung an selbiges die ‚Lösung‘ darstellen soll. Damit wurde Korruption zu einem wichtigen Teil der neuerlichen Modernisierungsdebatte in den 90ern, genau wie bereits im Zuge der Nationalstaatsgründung im 19. Jahrhundert. Die Interpretationen von Korruption als ein Überbleibsel aus einer als schlecht und kulturell minderwertig bewerteten Vergangenheit, das nur ein weiteres Hindernis auf dem ‚natürlichen Weg‘ zurück nach Europa darstellt, besaß damals wie heute große Anziehungskraft.<sup>502</sup> Im Zuge dessen verbanden sich immer wieder die Kommunikation und Interpretation von Korruption, obgleich ubiquitäres Phänomen, mit Selbst- und Fremdbildern, mit Vorstellungen von Identität. Bei dieser Art des *mental mapping* kam ‚Europa‘ bzw. ‚dem Westen‘ die Vorbildfunktion, die ‚saubere Rolle‘ zu, wohingegen Bulgarien, das osmanische Reich bzw. heute der Sozialismus als ‚unsauber‘ und ‚minderwertig‘ bezeichnet werden. Wiederum vergleichbar ist auch die Gegenreaktion, die sich gegen diese ‚kulturelle Selbsterniedrigung‘ formierte und sich damals wie heute in einer oftmals hitzigen nationalen Selbstüberhöhung und xenophobischen Ausbrüchen niederschlug.<sup>503</sup> Gerade bei Korruption im Speziellen war und ist es so die Beteiligung westlicher Unternehmen oder Vertreter an korrupten Praktiken in Bulgarien, die dann als ‚Importeure von Korruption‘ erhalten müssen.<sup>504</sup>

Wiederum muss auch für die Gegenwart festgehalten werden, dass es bei den meisten hier genannten Strukturen und Interpretationen weniger um konkrete ‚faktische‘ Fälle oder Ausmaße von Korruption, als vielmehr um die kommunikative, perzipierte Existenz von Korruption geht. Ebenso wird auch heute der Kommunikationsdiskurs nur allzu oft von politischen Interessen und Kommunikationsstrategien vereinnahmt. Gemein bleibt jedoch weiterhin, dass, selbst bei der bewussten Instrumentalisierung von

---

<sup>502</sup> Vgl. dazu z.B. die Kritik an dieser Konzeption von: Sundhaussen, Holm: Der Balkan ó ein Plädoyer für Differenz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29/2003, passim.

<sup>503</sup> Siehe dazu für die Zeit zwischen 1878 und 1944 die oben im Rahmen der antiwestlichen Diskurse zitierte Literatur und siehe für die Zeit des Postsozialismus: Schorkowitz, Ditmar: Clio und Natio im östlichen Europa, in: *Historische Zeitschrift* 279/2004, S. 1-33 und die dort zitierte Literatur.

<sup>504</sup> Vgl. die Äußerungen des Politologen Ivan Krastevs in einem Interview mit ‚Die Presse‘ vom 1.2.2010 ([http://diepresse.com/home/politik/eu/536795/Bulgarien\\_Georgiewa-wird-beeindruckend-sein](http://diepresse.com/home/politik/eu/536795/Bulgarien_Georgiewa-wird-beeindruckend-sein)): ‚Es gibt diese Problematiken, aber ein Teil des Problems ist auch, dass die westeuropäischen Gesellschaften nicht bereit sind über gewisse Dinge zu reden. Sie exportieren diese Themen dann in Länder wie Bulgarien, Rumänien oder sogar Polen, damit sie diese ‚Issues‘ dann als Art externe Bedrohung debattieren können. Was die Korruption angeht: Wenn es etwas wirklich europäisch Integriertes in Bulgarien gibt, sind es die Korruptionsnetzwerke. Bei den veruntreuten EU-Geldern gab es überall einen westeuropäischen Partner.‘; vgl. auch wiederum: Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 165-201

Aussagen über Korruption, diskursive Muster und Logiken deutlich werden, die darauf verweisen, welcher Sinn Korruption zugeschrieben und aus ihr gewonnen wird.

Wie diese kurze Skizze eines Vergleichs zwischen der kommunikativen Verarbeitung von Korruption vor und nach dem Sozialismus m.E. gezeigt hat, liegt hier ein bislang unerschlossener Aspekt der Korruptionsforschung vor. Durch eine vergleichende Betrachtung, die auch auf andere Staaten Südosteuropas ausgeweitet werden kann, wäre es möglich sowohl Faktoren und Eigenschaften einer *šlongue dureeõ*, als auch situationsbezogene Anpassungen (*šthin culturesõ*) im Zusammenhang mit Korruption zu untersuchen. Dadurch könnte ebenfalls deutlich werden, dass Korruption an sich weder ein altes, noch ein neues Phänomen ist, sondern sich hauptsächlich die Muster seiner kommunikativen Repräsentation an die äußeren Umstände anpassen. Die Formen und Leitlinien solch eines Vergleiches des Korruptionsdiskurses zwischen *šdamals* und *heuteõ* konnten hier lediglich umrissen werden. Deutlich konnte hoffentlich gemacht werden, dass der Einfluss der Gegenwart auf die Untersuchung einer Vergangenheit durchaus gewinnbringende Einsichten und Anregungen mit sich bringen kann. Selbiges sollte ausgesprochen und für weitere Forschungen nutzbar gemacht werden, so wie dies hier versucht wurde.

## VI. Anlagen

### 15. ŠSchema Fõ

In diesem Anhang sollen einige aus dem Quellenmaterial extrahierte idealtypische ŠSchemata Fõ für verschiedene korrupte Praktiken vorgestellt werden. Die Inspiration dazu kam nicht zuletzt durch eine ähnliche Beschreibung, die der *Dnevnik* im Zuge der ŠAffäre Charles-Jeanõ bereits 1906 seinen Lesern präsentierte.<sup>505</sup> Doch auch aus den vielen weiteren für diese Arbeit eingesehenen Quellen ergab sich ein breites Material, welches die an sich stets im Verborgenen ablaufenden Vorgänge innerhalb korrupter Handlungen ausführlich genug darstellten. Ausgenommen wurde hier die Praktik des *partizanstvo*, deren Abläufe und Strukturen bereits an anderer Stelle in dieser Arbeit in extenso beschrieben wurden.

#### 15.1. Unterschlagung

Die korrupte Praktik der Unterschlagung (*zloupotreba*; veralt.: *zloupotreblenie*) meint im Prinzip den Missbrauch staatlich anvertrauter Gelder zu privaten Zwecken durch eine Amtsperson. Von selbst ergibt sich dabei, dass die Möglichkeit zur Unterschlagung mit der Höhe des Dienstes und den zur Verfügung stehenden Geldern von unten nach oben ansteigt. Im Gegensatz zur Praxis der Bestechung, zu der, wie der folgende Punkt noch zeigen wird, die Grenzen jedoch fließend verschwimmen, werden hier nicht von Privat- oder Zivilpersonen Gelder zur Erreichung irgendeiner Leistung genommen, sondern die Amtsperson entwendet direkt die ihr zur Verfügung stehenden staatlichen Summen für private Zwecke. Damit ähnelt die Unterschlagung ihrer Natur nach sehr dem einfachen Diebstahl, wird jedoch als Terminus *technicus* von selbigem abgesetzt und speziell als korrupte Praktik klassifiziert.

Für den hier gewählten Untersuchungszeitraum und -ort mag wiederum der Bericht der parlamentarischen Kommission von 1910 als Quelle für eine genauere Beschreibung dieser Praktik dienen. Der wohl bei weitem bizarrste Fall dabei betraf den bereits vorgestellten ehemaligen Ministerpräsidenten und Innenminister P.Gudev.<sup>506</sup> Selbiger unterschlug rund 500000 Lewa aus dem Fond des Innenministeriums, wobei sein Vorgehen weniger von besonderer Raffinesse, als von Skrupel- und Sorglosigkeit geprägt war. Die abgehobenen Summe zahlt er schlichtweg wieder bei der Nationalbank auf seine eigenen Konten ein, benutzte sie zum Ausbau seines Hauses und verteilte sie an Familienmitglieder. Besonders dreist war darüber hinaus, dass er sich an der Praktik anderer Regierungsmitglieder beteiligte, die vom Staat unterschlagene Gelder profitabel in die Staatsverschuldung investierten. Einen besonders anschaulichen Punkt legte die Kommission dabei in extenso dar: Am 24.3.1907 erließ er eine dienstliche Anordnung

---

<sup>505</sup> *Dnevnik* Nr. 1339, 22.3.1906, S. 1.

<sup>506</sup> Die folgenden Schilderungen beziehen sich auf: *Doklad do XIV.-to ONSí* , S. 29-37.

bezüglich der Mittel für den Druck einer Broschüre der Polizei, der durch einen Kredit finanziert wurde, welcher erst am 25.3.1907, also einen Tag nach der Anordnung (sic!) per Gesetz genehmigt wurde. In selbiger Anordnung erlaubte sich der Minister nach seinem Ermessen Summen aus dem Kredit, genehmigt durch das Gesetz vom 25.3.1907 zu entnehmen und auszugeben<sup>507</sup>. Obgleich er sich verpflichtete für diese Summen Rechnungen im Ministerrat vorzulegen, entnahm er das ganze Geld des Kredites ohne es für dienstliche Leistungen zu verwenden, sondern überführte es in sein Privatvermögen. Wie die Kommission anmerkte, hatte der Ministerrat den Fond des Innenministeriums quasi in einen rechnungslosen Fond umgewandelt und wurde dabei entweder von P.Gudev über den Verbleib der Gelder getäuscht oder bewilligte wissentlich die Unterschlagung durch den Ministerpräsidenten und Innenminister.

## **15.2. Auf wessen Kosten? Zwischen Unterschlagung und Bestechung**

Dass jedoch zwischen Unterschlagung und Bestechung oftmals nur hauchdünne Grenzen verliefen bzw. die beiden Praktiken sich ergänzen konnten, soll hier genauer betrachtet werden. Sämtliche Fälle, bei denen sich diese beiden Arten von Korruption vermischten, traten bei staatlichen Aufträgen (*dobavka*) und Ausschreibungen (*tr g*) auf. Wiederum kann die Affäre Charles-Jean hierbei als idealtypisches Beispiel gelten, deren Charakteristika auch z.B. durch den Fall des Auftrages für Wertpapiere (*dobavka na gerbova hratija*)<sup>508</sup> gedeckt wurden. In beiden Fällen trat eine Firma, die sich für den vom Staat ausgeschriebenen Auftrag interessierten über Mittelsmänner ó in diesen speziellen Fällen sogar über denselben Mittelsmann Dobri Petkov ó an die entsprechenden Ministerien heran. Zumindes im Falle der Wertpapiere sind wir darüber unterrichtet, dass dem Mittelsmann der Firma eine Übersicht über die bis dato eingegangenen Angebote anderer Firmen überspielt wurde, sodass die Firma ihre Offerte entsprechend gestalten konnte.<sup>509</sup> Ebenfalls zwischen den Mittelsmännern wurden die Extras ausgehandelt, die auf den Nettowarenpreis aufgeschlagen werden mussten. Darunter fielen die Provisionen für die Mittelsmänner, die Kommissionen der Minister sowie *šrazhodi, podar ci, škato naprimer za nova godina i dr.õ, k m koito mu ob mali vnimanieto Petkov, za da mogla sdelkata da se sv r-i bez prepjatstvie*<sup>510</sup>. In beiden Fällen trat ein ganzes Gemenge aus Mittelsmännern auf, die Kontakte herstellten und Gelder transferierten, wofür zunächst das auftragssuchende Unternehmen aufkam. Die Kommissionen der Minister und zuständigen Personen im Ministerium waren dabei ganz klar als Bestechung zu klassifizieren, da selbigen finanzielle Leistungen dieser Art nicht zustanden. Tatsächlich finanziert wurden diese Zuwendungen an die Entscheidungsträger jedoch letztlich aus den staatlichen

---

<sup>507</sup> Ebd., S. 37.

<sup>508</sup> Siehe: Ebd., S. 75-87.

<sup>509</sup> Ebd., S. 81f.

<sup>510</sup> Ebd., S. 81.

Geldern, mit denen der Auftrag bezahlt wurde. Da jedoch die Versprechung von illegitimen Zuwendungen erst den Weg für diese Praktiken geebnet hatte, kann somit m.E. davon gesprochen werden, dass sich der Tatbestand der Bestechung mit dem der Unterschlagung vermischte.

### **15.3. Bestechung**

Ein weiteres auftretendes Bestechungsszenario, das sich zumeist auf der niederen Ebene der Bürokratie und der direkten Interaktion der Bevölkerung mit den Staatsorganen abspielte, war die erzwungene Bestechung. Diese war vor allem dadurch charakterisiert, dass der Impuls bzw. die Aufforderung zur Korruption von den Vertretern des Staatsapparates selbst ausging, d.h., dass für die Ausführung bestimmter Leistungen unrechtmäßige Gegenleistungen gefordert wurden. Die Leistung der Staatsmacht selbst konnte dabei sowohl legitim, als auch illegitim sein, d.h. es wurden Gegenleistungen sowohl für Handlungen gefordert, die in den normalen Aufgabenbereich des Staates fielen und jener eigentlich ohne Gegenleistung zu erbringen hatte, als auch solche, die der Staat an sich nicht leisten musste. T.Vlajkov gibt hierfür wiederum ein Beispiel aus der Zollstation in Zaribrod, in der ein Zöllner, der besonders bekannt für sein šGlückõ beim Erwischen von Schmugglern war, eben jenen Schmugglern stets eine gewisse Summe als šStrafeõ abnahm und sie anschließend laufen ließ.<sup>511</sup>

Fälle wie dieser sind, wenn überhaupt, so dann oft nur durch mündliche Erzählungen überliefert und können dann fast immer als sog. špetty corruptionõ (Kleinkorruption) eingestuft werden. Ihrer Struktur nach unterschieden sie sich kaum von den anderen Bestechungsszenarien, einzig und allein der Initiator der korrupten Praktiken ist hier per definitionem auf der Seite der Staatsmacht zu suchen. Wie der Fall des Revisors G. Stamatov bereits zeigte, konnten Bestechungsleistungen auch in den Beziehungen zwischen Mitgliedern des Staatsapparates eine Rolle spielen. Schenkt man den Aussagen des šOpfersõ in diesem Fall glauben, so erpresste der Revisor selbst mehrere Summen von dem Direktor des Fonds der Kriegswaisen, nach dem selbiger sich zuvor aus den Kassen bedient hatte.<sup>512</sup> Wie in den meisten Fällen ist die Frage, wer von den Beteiligten nun Bestechungsleistungen vorschlug bzw. verlangte, aus dem historischen Quellenmaterial kaum zu entscheiden.

### **15.4. Zwischen den Seiten ó Die Rolle von Mittelsmännern**

Eine besondere Zwischen-stellung in vielen korrupten Praktiken, vor allem jenen in den Höhen der Politik und Wirtschaft, kam der šInstitution der Mittelsmänner (*posrednik*)õ zu. Diese Einrichtung einer vermittelnden Instanz kann m.E. nur auf die Vorsicht der beiden beteiligten Seiten zurückgeführt werden. Dass selbige Mittelsmänner jedoch auch den Erfolg der Transaktionen an sich empfindlich schädigen

---

<sup>511</sup> Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 46ff.

<sup>512</sup> CDA F 258K Op. 1 a.e. 2636, S. 3-15.

konnten, zeigte nicht zuletzt die „unglückliche“ Rolle eines Iv.Kiselovs und D.Petkovs in der „Affäre Charles-Jean“. Gleichzeitig wurde hier ebenfalls deutlich, dass sowohl die staatliche Stelle als auch die private jeweils einen eigenen Mittelsmann für sich arbeiten ließen, wobei einer aus der Sphäre der Politik (D.Petkov) und einer aus der Seite der Privatwirtschaft (Iv.Kiselov) kam. Die Mittelsmänner übernahmen hierbei rein kommunikative Aufgaben, d.h. sie sorgten für den Austausch von Informationen und die Verhandlungen, sodass kein direkter Kontakt zwischen den Hintermännern, d.h. den Ministern und den Unternehmern selbst, entstand. Bezeichnenderweise waren folglich die einzig bezeugenden Quellen diejenigen der Mittelsmänner, die somit als das „schwächste Glied der korrupten Kette“ auftraten, da oft nur über sie Details bekannt werden konnten.

Wie R.Avramov ausführlich darlegte, unterhielten alle großen, einheimische wie ausländische Unternehmen über derlei inoffizielle Mittelsmänner direkte Kontakte zur politischen Elite.<sup>513</sup> Selbige arbeiteten nie offiziell in den Banken, Unternehmen und Institutionen zwischen denen sie Kontakte herstellten, sondern wurden durch inoffizielle Kontaktierungen angeworben und über leicht zu versteckende Provisionen bezahlt. Da hier das Element persönlicher Verbindungen und Bekanntschaften eine entscheidende Rolle spielte, ergab sich ein gewisses „Anforderungsprofil“ an die Mittelsmänner fast von selbst: Sie mussten u.a. in Fremdsprachen, dem Ausland, sowie den international anerkannten Etiketten des Protokolls bewandert sein, einen respektablen Ruf genießen, Zugang zu den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens haben, über ein ausgedehntes Netz persönlicher Bekanntschaften im In- und Ausland verfügen und vor allem ein Grundverständnis der theoretischen wirtschaftlichen und rechtlichen Normen, als auch der tatsächlichen Gepflogenheiten besitzen. Nicht zufällig also wurden Juristen immer wieder als die geeignetsten Mittelsmänner schlechthin beschrieben.<sup>514</sup> Zu kurz gegriffen wäre m.E. jedoch jeder Versuch die Mittelsmänner auf eine einzige soziale Rolle oder Loyalität reduzieren zu wollen. Auch hier muss von multiplen Funktionen, Rollen und Beziehungen ausgegangen werden, da ein echter Mittelsmann nie nur Mittelsmann war, sondern gleichzeitig mehreren Beschäftigungen nachging. Der Mittelsmann von heute konnte der Korruptierte von gestern oder der Korruptierer von morgen sein. Er hatte eine Vielzahl von Identitäten und Loyalitäten, die sich stets an persönlichen Beziehungen und seinem Verhältnis zu den aktuellen Machthabern ausrichteten.

---

<sup>513</sup> Avramov, Rumen: *Komunalnijat Kapitaliz m*, Bd. 3, S. 160-201.

<sup>514</sup> Ebd., S. 178; ebenso: Vlajkov, Todor: *inovni estvo i vlastnici*, S. 36-42.



## 15.5. Die Wahlen verliefen absolut still, ordentlich und frei – die Bajganyov-tina als Wahlmanipulation

Für die korrupte Praxis der Wahlmanipulation oder dem Machen von Wahlen (*da pravi izbori*) lieferte der Schriftsteller Aleko Konstatinov in seinem Baj-Ganyo-Zyklus die wohl schillerndste und amüsanteste Schilderung.<sup>515</sup> Die Erlebnisse des bekanntesten Antihelden der bulgarischen Literatur Baj Ganyo gingen dabei auf die persönlichen Erfahrungen Konstatinovs bei den Wahlen zur VIII. ONS zurück.<sup>516</sup> Die Eckpunkte seiner Charakterisierung der tatsächlichen Abläufe bei Wahlen decken sich jedoch (manchmal geradezu erschreckend genau) mit den sachlicheren Analysen eines T.Vlajkovs, P.Miljukovs oder auch parlamentarischer Enqueteberichte.<sup>517</sup> Als Grundprinzip zumindest für den Zeitraum bis zur Jahrhundertwende kann dabei folgendes Schema herausgearbeitet werden: Zunächst wurde eine neue Partei durch Fürst Ferdinand an die Macht gerufen, die sich anschließend in den Parlamentswahlen eine Mehrheit erkämpfen musste. In einem ersten, öffentlichkeitswirksamen Schritt rief meist der Innen- oder Premierminister zu freien und friedlichen Wahlen auf, was auch an die örtlichen Institutionen telegraphiert wurde. Wie jedoch die erfahreneren unter den Beamten wussten, ergingen gleichzeitig geheime Instruktionen an verlässliche Parteimitglieder in der Bürokratie dafür zu sorgen, dass nur Anhänger der neuen Regierungspartei in die Wahlkommissionen kamen. Selbige Kommissionen hatten den Urnengang an sich und die Stimmübergabe zu überwachen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wozu ihnen Kräfte der Polizei und auch der Armee zur Verfügung standen. Des Öfteren kam es auch vor, dass die örtlichen Machthaber, in Antizipation des Willens der Regierung, die Tore der Gefängnisse weit öffneten, um neue Agitatoren und kräftige Hände für den anstehenden Wahlkampf zu finden. Das theoretische Waffenverbot im Umkreis der örtlichen Wahlsalons bestand dabei, wie der arme Gramatikov<sup>518</sup> schmerzlich am eigenen Leib erfahren musste, nur auf dem Papier. De facto sicherten einige übereifrige *partizani* der Regierungspartei selbiger den Wahlerfolg, indem sie durch die physische Übermacht ihre Gegner vom Besuch des Wahllokales abhielten. Doch auch die gegnerischen Bewerber mobilisierten sich dagegen, weshalb Frauen und Kinder am Wahltage besser zuhause blieben. Ebenso häufig eingesetzte Mittel waren der Austausch von Stimmzetteln bzw. die Unmöglichkeit zum Druck von Stimmzetteln durch die Opposition, falsche Auszählungen durch die Kommission oder die Fälschung und Manipulation von Wahlkarten und Stimmzetteln, bei denen man erfolgversprechende Losungen und Designs schon einmal eins zu eins kopierte und nur der Name der Partei variierte. Weiterhin verschwanden einige Namen

<sup>515</sup> Konstantinov, Aleko: Baj Ganyo. Neverojatni razkazi za edin s vremeneni B lgarin, Sofia, 1983, S. 192-211.

<sup>516</sup> Tahov, Rosen: Golemite b lgarskite senzaii, S. 169ff. Geradezu absurd mutet des Weiteren der Umstand an, dass Konstantinov 1897 den Tod fand, als er zusammen mit dem Demokraten M.Takev auf der Rundreise zur Wahlagitiation von politischen Gegnern erschossen wurde.

<sup>517</sup> Siehe: Vlajkov, Todor: inovni estvo i vlastnici, S. 55-66; Miljukov, Pavel: B lgarskata Konstitucija, S. 126-145; des Weiteren den parlamentarischen Enquetebericht über die Herrschaft Stefan Stambulovs, der die Originalanweisungen über die Wahlpraktiken wiedergibt: Doklad do 8-to ONSí , S. 1-69; ähnlich für die Herrschaft Al. Stambolijskis: Drufba-kija Refim Bd. 12.

<sup>518</sup> Positiver Gegenpart zur Figur des Baj Ganyo in der Episode Die Baj Ganyo macht Wahlen.





! [...]

Das Banner. Organ der Demokratischen Partei Nr. 132, 21.3.1906, S. 1f.

In der Epoche der šunausweichlichen Phase<sup>522</sup> geschahen so viele und solche Diebstähle, dass die Affäre, die durch den Prozess zwischen Kiselov und Dobri Petkov ausgelöst wurde, von sich alleine her kaum die Ehre verdient, die ihr die Presse durch ihre Übertreibungen macht. Wir werden hier nicht die Gründe für diese Übertreibung betrachten, wir werden nur erwähnen, dass Erscheinungen ähnlichen Charakters in unserem politischen Leben nicht ausgeschlossen sind und wenn jede einzelne von ihnen solches Interesse und solche Aufregung erregen würde, dann würden sich unsere politischen Sitten sicher verbessern.

Schon bei ihrem Antritt an die Macht wollte die gegenwärtige Regierung und besonders ihr Chef, Ra o Petrov, die aus der bitteren Erfahrung der nahen Vergangenheit lernten, dass diese Macht ihnen schnell aus den Händen gleiten kann, in kürzester Zeit möglichst viele Vorteile ausnutzen. Die politische Lage zu ihrer Zeit gab zudem eine Reihe von Möglichkeiten dies auszunutzen. Ra o Petrov rasselte sofort mit seinem verrosteten Säbel, begann die Hohe Pforte mit drohenden Noten zu bombardieren und unter dem Vorzeichen eines Krieges begann sofort ein šjudinsko Horo<sup>522</sup> um den Staatsschatz. Gewehre und Patronen, Kanonen und Granaten, Mäntel und Unterwäsche, Ledertiefel und Fußwickel, Zelte und Zitronensäure und alle möglichen andere Bestellungen wurden mit der Eile eines bereits erklärten Krieges angeordnet und dies zu Preisen, die bereits damals allgemeines Befremden hervorriefen. [í ] Und heute stehen wir an der Schwelle eines erstrangigen staatlichen Skandals, dessen sittliche Schande das Prestige einer jeden Macht bei uns, inklusive derer, die den Anspruch hat von Gott auszugehen, töten wird. [í ]

Ungeachtet dessen, dass die Regierung mit ihren Provokationen gegenüber der Türkei einen Krieg hätte auslösen können, im Falle dessen die Patronen von höchster Notwendigkeit gewesen wären, konnten die Verhandlungen mit Weiß, wie unter anderem auch mit den gleichzeitig in der Hauptstadt eintreffenden Patronenfabrikanten Keller und Rott, nicht erfolgreich enden. Der Grund dafür waren die außergewöhnlichen Ansprüche der Personen, die die Verhandlungen über den Kauf der Patronen führten

---

<sup>522</sup> Bulgarischer Volkstanzreigen (wörtl.: Waldfeenreigen)

und die nicht so sehr auf das Interesse der Staatskasse schauten, als vielmehr darauf, welche Kommission sie selbst bekommen werden. Wir müssen weiterhin sagen, dass diese Feilschereien mündlich stattfanden, da fast keine dokumentierten Spuren über die Verhandlungen über diese Lieferung im Kriegsministerium existieren. Aus privaten Quellen ist uns jedoch bekannt, dass Weiß folgende Preise vorschlug: 113 Lewa für Tausend Patronen Reingewinn für ihn, 7 Lewa pro Tausend Kommissionen und andere kleine Ausgaben seines Verstreters und von dort aufwärts, so viel sie geruhten draufzuschlagen, blieb zum Vorteil derer, von denen die Verhandlungen abhingen. [í ]

Ob es im gegebenen Fall eine Prämie von 5,50 Lewa pro tausend Patronen zugunsten derer, von denen der Abschluss des Vertrages abhing, gegeben hat oder ob es keine solche gab, wissen wir nicht, aber es ist auch nicht wichtig für uns, da nicht die Summe hier eine Rolle spielt, sondern der Fakt der korrupten Handlungen unserer Regierenden. [í ]

Auf diese Wiese wurde jener Kiselov, der in seinem Brief an Weiß, gedruckt in der Zeitung Mir (Nr. 1791), sich als Bestecher der Großen bei uns ausgab, ganz einfach von ihnen selbst beklaut. Und wir betonen diesen Fakt nicht, um Herrn Kiselov zu verteidigen, da wir uns eine ähnlich undankbare Aufgabe nicht aufladen wollen, sondern nur um die Leute zu charakterisieren, mit denen er zu tun hatte [...]

Seite 2

Dobri Petkov, der 22000 Lewa in der Tasche hatte, verzichtete auf sie und bekam nur 1/3 von 8000 Lewa! Unter wessen Druck er dies getan hat und zum Preis welcher Versprechungen über neue Bestechungen, das wissen wir natürlich nicht. Dank dessen änderte Herr Kiselov seine Absicht Enthüllungen zu machen, untersagte uns das Recht seine Dokumente zu benutzen und, am wichtigsten, verzichtete darauf sie zu kommentieren, wodurch uns die Möglichkeit fehlt vor der Gesellschaft eine vollständige Enthüllung dieser aus ihren Antrieben dreckigen, dreckig auch in ihrer Ausführung und, am wichtigsten, in ihrem Spiel, das sie mit dem Schicksal unseres Vaterlandes trieb, dreckigen Affäre, die leider zu einer gewöhnlichen Erscheinung in der Epoche der šunausweichlichen Phase geworden ist.

Dies ist die Geschichte der Affäre Kiselov-Petkov, die wir versprochen vor der Gesellschaft zu enthüllen. Wie glauben jedoch, dass wir unsere gewissenhafte Schuld vor dieser Gesellschaft nicht erfüllen würden, wenn wir zusammen mit ihr nicht auch zwei andere, identische Affären, verbunden mit denselben Leuten, ausführen würden. [...]

Umsonst strengte sich Kiselov an vor Gericht zu beweisen, dass der Brief General Savovs, da er ohne Nummer und ohne Gegenzeichnung des Leiters der zuständigen Inspektion war, kein offizielles Dokument darstelle. Dort gab man ihm zu verstehen, dass sie nicht wüssten, was eine ministerielle Unterschrift in Bulgarien bedeute, aber in Österreich ist sie gleichwertig mit einem Dokument. [...]

Wir werden uns hier erlauben die Aufmerksamkeit des Lesers auf den Umstand zu lenken, dass, wenn man den materiellen Schaden dieser Affäre und die Skandale vor ausländischen gerichtlichen Institutionen einmal beiseitelässt, die Schande dieser ganzen Affäre hauptsächlich darin folget, dass die Türken durch diese Handlungen über den Charakter unserer Kriegsvorbereitungen rechtzeitig gut informiert waren. Infolgedessen ignorierten sie nicht nur die kriegerischen Noten unseres Außenministers, sondern machten sich auch über sie lustig. Wenn sich die Leser erinnern mögen, so schämte sich der damalige türkische Kommissar, interviewt von einem ausländischen Korrespondenten, nicht zu erzählen, was ihm nicht so

alles gut bekannt sei: Dass d s ganze Durcheinander mit unserer Bewaffnung nur darauf hinaus laufe, dass von ihnen geklaut wird. Und wir wollen danach noch irgendein Prestige vor der Türkei haben! [...]

Natürlich fragen sich die Leser nach all dem oben Gesagten, wer diese Personen sind, die diese Taten ausführten, die unseren Staat der Gefahr eines Krieges aussetzten, die uns vor ausländischen Gerichten bloßstellten und die Landesverteidigung kompromittierten nur und nur um fettere Kommissionen zu bekommen? Im Bewusstsein der ganzen Verantwortung, die auf uns als gesellschaftlich Tätigen liegt, werden wir sie nennen. Dies sind: Der genannte Charles ó Ministerpräsident und Außenminister Ra o Petrov. Der genannte Jean ó Kriegsminister General M. Savov und, als eine Zugabe zu ihnen, im Zusammenhang mit dem Abtreten von Wahls von der Szenerie, können wir noch Herrn Piere ó der ehemalige Inspektor der Artillerie, General Balabanov, vorstellen.

## **16.2. Diskursfragment 2: Der parlamentarische Untersuchungsbericht über die Regierung des Landes 1903-1908, Sofia, 1910, S. 385-389.**

---

.385

1.430 . 13 1904 . .

,

:

,

š 8 .

[...]

,

- ,

!

,

300 .

, [...]

[sic!]

,

[...]

-

!

,

,

- ,

[...]

,

,

- ,

.

[...]õ

,

,

. [...]

.386

[...]

.387

31	1905 .	60.000 .	,
31	1905 .	32.211 . 25 .	,
		! [...]	

.388

11.000 .. , ( , ó 7 1904 . )  
 sans obligo, ó . , sans  
 obligo,

Marmorosch, Blanck & S-ie;

2 1910 .. , . [...]

.389

1.	968 ó 1000 ..	2	29.000 ..
----	---------------	---	-----------

( 14.000 .).

2.	13.000 ..	ó	32.000 ..	ó
----	-----------	---	-----------	---

3. , , ó

4. ó - ( , , , )  
- 200.000 .

#### Die Konten und Schulden des ehemaligen Ministers Lazar Pajakov in einigen Bankinstituten

Seite 385

In der Zeitung Mir Nr. 1430 vom 13. Juli 1904 und in der Zeitung Narodni Prava wurde ein Brief von Lazar Pajakov gedruckt, den auch einige andere Zeitungen nachdruckten und der lautete:

Lieber Herr,

ŠIhre letzten Briefe vom 8. und andere besitze ich.

[...] Ok, hoffentlich erbarmt sich der Herr von nun an, dass sich alles mit uns ein wenig regelt und aufleuchtet. Ohne den Posten als Minister werden wir uns noch besser helfen können, deswegen ist die Frage jetzt, ob ich zusage Minister zu werden, wo wir unsere Sachen noch nicht in Ordnung gebracht haben. Schreibt mir über Geld und ihr wundert euch, dass ich schweige! Wisst, dass ich keinerlei Geld bereit habe, die Alte aus Gabrovo gibt nichts, es bleibt ein Gehalt von 300 Lewa und dieses ist gepfändet. Ah, gut [í ] und ich weiß nicht, welchen Müll man von mir will, kann ich denn irgendwelche Wunder machen [í ] vor den Leute verhalte ich mich und stelle mich vor als ein Mann mit Mitteln ó zur Sicherung meines Renommees als Direktor von Girpad!

Mit unserem Machtantritt änderte sich die Lage, Dimitra und Aleksandra werden wir Arbeit geben, sie sollen vernünftig sein, sollen sie behalten; wir werden dafür sorgen, dass sie bessere Gehälter bekommen, damit sie zuhause helfen können. Ich werde mich darum kümmern ein wenig mehr durch diese oder jene Arbeit hinzuzufügen [...] Der Ministerposten ist bereit, aber für den Moment denke ich ihn nicht einzunehmen, um mich nicht der Zeitungskritik auszusetzen und damit sie mich nicht in meinen Arbeiten verwirren. Diesen Posten wird es auch noch später geben, es reicht, dass man bei den Wahlen erfolgreich ist.

Wie auch immer, für uns wächst die Hoffnung auf ein besseres Leben. Hoffentlich hilft uns Gott. [...]ö

Dieser Brief erregte die Aufmerksamkeit der Enquetekommission, umso mehr als er zu seiner Zeit nicht überprüft wurde und daher wandte sich die Kommission an einige Banken um die Wahrhaftigkeit des Briefes zu überprüfen und zu Ergebnissen zu gelangen, die von großem gesellschaftlichem Interesse sind und einige der vorherigen Nachforschungen der Kommission vervollständigen. [...]

Seite 386

Wie die Kommission aus Mitteilungen großer Händler erfuhr, dass Lazar Pajakov seine Konten bei der Gesellschaft Dunav und der Handelsbank in Ruse habe, wandte sich die Kommission an diese und erhielt folgende Briefe [...]

Seite 387



Am 31 Januar 1905 übernahm die Gesellschaft Girdap 60000 Lewa von den Schulden Lazar Pajakovs auf sich und am 31. Dezember 1905 erließ die Handelsbank selbst 32.211. Lewa und 25 Stotinki der Schulden des bulgarischen Finanzministers, indem sie sie in Verlust überführte! [...]

Seite 388

L. Pajakov hat einen Teil dieser Schuld durch monatliche Einzahlungen bezahlt, und einen anderen durch eine Police über 11000 Lewa, die, auf Verlangen Lazar Pajakovs (siehe seinen Brief vom 7. August 1904) sans obligo von der Handelsbank in Sofia angenommen wurde. Diese Police sans obligo erzeugte einige Zweifel an den ungewöhnlichen und nicht-händlerischen Verbindungen zwischen der Bank und dem Finanzminister, besonders in einem Moment, in dem der Staat vorhatte einen Vertrag dieser Bank mit Marmorosch, Blanck & S-ie aufzukaufen; um dies zu suchen, wandte sich die Kommission, besonders durch das Vorhandensein von Erklärungen seitens eines großen Händlers aus Svi-tov, dass es zwischen Lazar Pajakov und dem Unterdirektor dieser Bank aus diesem Anlass enge Verbindungen gegeben hat, an die Generalbank, um Belege über die Konten des Herrn Lazar Pajakovs zu bekommen. Die Bank jedoch antwortete mit einem Brief vom 2. Oktober 1910, dass Lazar Pajakov keine Vereinbarung mit ihm hatte. [...]

Seite 389

1. Lazar Pajakov hat der Gesellschaft Dunav im Laufe von 2 Jahren eine Schuld von 29000 Lewa ausbezahlt, indem er dabei 968-1000 Lewa monatlich einzahlte, was seinem ganzen monatlichen Gehalt als Minister entsprach. Gleichzeitig löste er auch in der Bulgarischen Nationalbank und in der Handelsbank eine Police von 14000 Lewa aus. Da ihm auch das doppelte Ministergehalt nicht einmal annähernd für die Auszahlung der Schulden hätte ausreichen können, ganz zu schweigen von den Bedürfnissen des Familienlebens eines Ministers. Deutlich ist also, dass der Minister außerhalb des Gehaltes andere Quellen gehabt hat.

2. Symptomatisch ist der Umstand, dass die Handelsbank, die von Leuten geleitet wird, die bei weitem keine politischen Freunde von Lazar Pajakov sind, dem bulgarischen Finanzminister seine Schuld erließ, die aus den Zinsen zustande kam, eine Summe von 13000 Lewa, und auch sogar von dem Haupt, eine Summe von 32000 Lewa, indem er anordnete diese Summen als Verlust der Bank aus den Reservefonds zu überführen. Diese Tat der Handelsbank verdient es aufgezeichnet zu werden, nicht nur dies, sie verdient es weiter untersucht zu werden.

3. Charakteristisch ist auch der Fakt, den Svi-tover Händlern gut bekannt, dass die Handelsbank Sofia, jetzt Bulgarische Generalbank, als Skonto Policen des Finanzministers annahm und dies überhaupt nicht aus händlerischen Überlegungen, sondern aus ganz anderen Motiven.

4. Und so, an nur drei, vier Orten (Bulgarische Nationalbank, Bulgarische Handelsbank, Gesellschaft Dunav) konnte der Finanzminister im Laufe von 4 Jahren eine Schuld von mehr als 200000 Lewa bezahlen.

### 16.3. Diskursfragment 3: šDrufba–kija Reffimõ, Bd. 4 Sofia, 1923, S. 3

1, 4 1923 „  
š 64 246  
27.426  
õ

Das Agrarierregim, Sofia, 1923, Bd. 4, S. 3

#### **Sie klauen auch von den Drufbi**

Im Protokoll Nr. 1 vom 4. März des Jahres 1923 der Kreisversammlung in der Stadt Plovdiv, vorschriftsgemäß unterschrieben von den Mitgliedern des Kreisvorstandes und beglaubigt, heißt es:

šEs waren Delegaten von 64 registrierten Drufbi mit 246 Delegaten anwesend. Der Vorsitzende Ra–ko A. Hristev eröffnete die Versammlung mit einigen Worten, indem er die Herren Abgeordneten bat, völlige Ordnung und Ruhe einzuhalten und übergab das Wort über den Rechenschaftsbericht an den Kassierer und Buchhalter Gligor Dandanov. Dieser legte volle Rechenschaft ab, sowohl für die Periode des gegenwärtigen, als auch für den vorhergehenden Vorstand [, wobei zutage trat, dass] **unter dem Vorsitz von Georgi Difbv und dem Kassierer und Buchhalter An. Djulgerov selbiger Djulgerov zusammen mit einigen Mitgliedern des Vorstandes die Summe von 27426 Lewa hinterzogen, ohne dies vor der Kasse der Kreis-Drufba, der Kasse des Bundes oder der Gemeinde abzurechnen.õ**

Wie man aus dem Obigen sieht, haben die Agrarierführer geklaut wer auch immer und von wo auch immer es möglich war. Wenn sie keine Gelegenheit hatten vom Staat zu klauen, dann haben sie von den Drufbi und ihren Genossen geklaut.

Das obige Protokoll ist unterschrieben vom Vorsitzenden Gr. ervenkov, dem Unterpräsident T. Tonkov, dem Kassierer und Buchhalter Gr. Dandanov und den Mitgliedern: N. Ga–arov, T. Kostadinov, A Bol inov, wie man aus dem hier beigelegten Faksimile sieht.

**16.4. Diskursfragment 4: šDer 19. Mai und der neue Staat. Eine Rede, gehalten von Ministerpräsident K. Georgiev am 12. Juli 1934 im Theater šRoyalš**

„19  
12 1934 . " <sup>523</sup> (in: Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite  
govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, Bd. 2, Sofia, 2007, Dok. 41, S. 108-125)

:(  
" !")  
!  
- . ,  
! !  
( " !")  
- 1 :  
!  
. 109  
.( )  
!  
" "  
<sup>524</sup>  
,  
,  
,  
,  
,  
19 ,  
,  
, np ,  
,  
,  
19 . :  
;

---

<sup>523</sup> ( a )  
1  
(  
<sup>524</sup> . 1, . 430, . 587-595.

.110

:  
-  
np  
;  
[...]  
[...]  
[...]

.111.

3  
9 1923 .  
9 1923 .  
19 1934 .  
r  
..19  
.( )  
9 1923 .  
yr

, 19  
[...]

.112

1. !  
,  
,  
,  
( ),  
19

2. ( )  
, - ,  
op a  
, ip

3. , ro

4. [...]

.113

9.  
- - -

,  
 ,( )  
 np  
 !  
 :  
 1.  
 - (" !" )2.  
 .( ) [...]  
 .115  
 12.  
 , -  
 ,( ) [...]  
 .118  
 16. np  
 " ";  
 . [...]  
 .119  
 . ( : ", !")  
 !(" !" )  
 . [...]  
 .120  
 ; ,  
 . [...]  
 ; ,  
 [...]

,  
 ) [...] , (" !"  
 " , , :  
 , , ."  
 .124  
 [...] B pem a ,  
 , , ,  
 ! , ,  
 , [...] ,  
 , , -  
 ! ! ( : " !" ,  
 )  
 .125  
 A A : - ! .  
 -  
 !  
 ( : " !" " !")

šDer 19. Mai und der neue Staat. Eine Rede, gehalten vom Ministerpräsidenten Herrn K. Georgiev am 12. Juli 1934 im Theater šRoyal<sup>525</sup>

Reservegeneral Danail Nikolaev: (wird von stürmischem und andauerndem Applaus und von šHurraō-Rufen begrüßt)

šGeehrte Damen und Herren! Mit Vergnügen nahm ich die Einladung an die gegenwärtige Versammlung zu eröffnen, auf der unser junger, geschätzter, patriotischer Ministerpräsident Herr K. Georgiev sprechen

<sup>525</sup> Im persönlichen Archiv von Kimon Georgiev sind Teile des Entwurfes (hand- und maschinenschriftlich) dieser Rede erhalten. Sie wurde in der Presse breit aufgegriffen und als Bd. 1 der Bibliothek šVolkswiedergeburtō (Reihe der Direktion für gesellschaftliche Erneuerung) gedruckt. Die Publikation in diesem Band beruht auf der gedruckten Variante.



wird, um der neuen Macht zum Wohle und Wohlstand des bulgarischen Volkes meinen Segen zu geben.  
Es lebe das bulgarische Volk! Hurra!

(andauernder Applaus und šHurraō-Rufe)

Ministerpräsident Kimon Georgiev:

šGeehrte Versammlung!

Ich muss vor Ihnen wohl kaum betonen, wie glücklich ich mich schätze, dass die heutige Versammlung den Segen des Patriarchen der bulgarischen Armee, eines Veteranen der ruhmreichen Vergangenheit bekommen hat. Ich nutze die Gelegenheit um ihm herzlich zu danken. (Applaus)

S. 109

Geehrte Damen und Herren!

Genau vor vier Monaten hatte ich die Gelegenheit im Namen des sich bereits auflösenden politischen Kreises šZvenoō meine Ansichten in einer öffentlichen Versammlung vor der Sofioter Gesellschaft vorzutragen.<sup>526</sup>

Damals gab ich eine allseitige Charakteristik über die Lage des Landes, indem ich folglich den einzigen logischen Schluss zog, DASS DER AUSWEG NUR IN EINER ÜBERPARTEILICHEN MACHT GESUCHT UND NUR DORT GEFUNDEN WERDEN KANN. [í ]

Und tatsächlich, das, was ich damals konstatierte, wurde durch Nichts verändert, im Gegenteil, es verstärkte sich noch bis zum 19. Mai. So konstatierte ich damals:

Dass die nationale Wirtschaft fortschrittlich und ununterbrochen dahinsiecht;

Dass die Verarmung des Volkes immer weiter wächst und besonders die ländliche Masse umfasst;

Dass die staatlichen Finanzen ohne irgendeine Aussicht auf Besserung fortfahren sich zu verschlechtern;

Dass der Unwillen der Regierung und die Unfähigkeit des Parlamentes die öffentlichen Ausgaben auf die Ziffer der tatsächlichen Einnahmen zu senken unverkennbar vorhanden sind; [í ]

Dass man in den Schulen fortfährt dem materialistischen Element den Vorzug vor dem geistig-sittlichen Anfang zu geben, der offensichtlich eine gesündere Basis der gesellschaftlichen Regung in allen ihren Formen ist;

Dass den Wahlinstitutionen nicht nur jegliche Autorität fehlt, sondern in eine Brutstätte zur Zerstörung und Verwesung der Nation verwandelt sind;

Dass in den Gemeinden, anstatt zu schaffen, die Mittel vergeudet und das Volk demoralisiert wird;

Dass das Parlament, anstatt eine Emanation von Intellekt, Kompetenz und Moral der Nation zu sein, eine Personifizierung von Faulheit, Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit ist, ernannt nicht um die Führung zu kontrollieren und den Fortschritt der Nation zu begründen, sondern die

---

<sup>526</sup> Siehe Bd. I, Nr. 430, S. 587-595.

Verantwortungslosigkeit der Führung zu garantieren, indem es dem überflusshaften und gesicherten Überleben der energischsten und den Parteien dienlichsten Tätigen Zuflucht gab.

Damals konstatierte ich auch, dass das Durcheinander der staatlichen Maschine furchteinflößend verstärkt wurde;

Dass die Schimpfereien und unaufhörlichen Anstürme der Parteien die Ministerien in feudale Herrschaften verwandelt haben, in der die zur Ausbeutung des Staates zusammengeschlossenen Parteien herrschen und deren Feudalherrschaften sich in ununterbrochener Feindschaft und sogar im Krieg untereinander, als auch mit dem Staat, befinden; dass der Block<sup>527</sup> nicht nur das von den vorherigen Führungen zu beobachtende Durcheinander des Staates nicht stoppte, sondern diesen Prozess zu angsterregenden Ausmaßen fortführte;

Dass in einem parlamentarischen Land der politische Zustand eines Staates von dem Zustand der gesellschaftlichen Kräfte ó der Parteien ó bedingt wird;

S. 110

Dass letztere, als Träger des politischen Gedankens nach dem Krieg, seitdem die wirtschaftlichen Probleme die politischen verdrängt haben, zu weit von dem Geist der Zeit und der Bedürfnisse des Momentes zurückblieben ;

Dass sie fertige Formeln und festgetretene Pfade des Vorkriegsliberalismus bevorzugten, von woher auch der Konflikt zwischen den Trägern des politischen Gedankens ó der Parteien ó und dem Leben kam.

Und weiter noch:

Dass die Parteien bei uns nicht ohne Ansichten zu den wichtigen Problemen sind, dass sie kritisieren, aber das Ihrige nie gegenüberstellen, weil es ihnen fehlt und wenn sie ihre Ansichten vorstellen müssen, dann treten sie einfach und klar mit dem Gegenstandspunkt der Seite, mit der sie sich im Kampf befinden, auf.

Genauso konstatierte ich damals, dass das Fehlen eines ideellen Inhaltes und Prinzipien in unseren Parteien seinen Ausdruck in einem anderen, furchtbar traurigen Fakt findet: In ihrer Zerrissenheit, die keinerlei ideelle Rechtfertigung findet und sich durch den Karrierismus unserer politisierenden Intelligencija erklärt;

Dass genau dies den Parteien gesunde Stützen im Volk nimmt.

So sehe ich die Parteien, die ihre gesellschaftliche Mission seit langem nicht erfüllt haben, da sie immer mehr durch einen Geist des Klüngels beherrscht wurden und sich von einem Instrument zum Dienste am Staat zu einem Zusammenschluss zur Ausbeutung desselben verwandelt haben; [í ]

Dass, als Resultat, sich die Funktionen des Staates von Tag zu Tag verschlechtern und seine Fähigkeit den Fortschritt der Nation zu organisieren und zu führen unaufhörlich abnahm, genau wie seine Abwehrkräfte gegen die wachsende Gewalt der Zerstörung; [í ]

Dass ich den Ausweg aus der ganzen äußerst komplizierten moralischen, politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes einzig in einer ÜBERPARTEILICHEN MACHT sehe. (Applaus) [í Es folgen Ausführungen zum Hergang der Ereignisse des 19. Mais]

---

<sup>527</sup> Gemeint ist der sog. §Volksblockō (Narodnijat Blok), eine Mehrparteienkoalition, die zwischen 1931 und 1934 die Regierung stellte [Anmerkung des Übersetzers].

Von da an bis jetzt, so muss betont werden, dass alle Akte der Regierung die volle Unterstützung und Zustimmung der Krone gefunden haben. So macht die glücklich zustande gekommene Zusammenarbeit zwischen der Krone und der Regierung Schluss mit allen bössartigen Legenden. (šBravo!õ Applaus)

Die interessierten Kreise der aufgelösten Parteien und Organisationen, indem sie bewerteten, dass die neue Macht in der Hauptstadt wohlwollend empfangen wurde, jedoch nicht mit jenem Enthusiasmus, der am 9. Juni 1923 ausgedrückt wurde, beeilten, einen Schluss gegen die neu geschaffene Lage zu ziehen.

Die Gerechtigkeit fordert es in diesem Fall einen großen Unterschied zwischen dem am 9. Juni 1923 und dem am 19. Mai 1934 Geschehenen zu betonen. Während am ersten Datum eine Partei von der Macht abgesetzt wurde, um die Möglichkeit zur Herrschaft aller anderen bis dahin unterdrückten Parteien, die natürlich jeden Grund hatten ihre Stimmung zu feiern und zu manifestieren, zu eröffnen, war der 19. Mai ohne Ausnahme gegen alle Parteien im Namen eines neuen Systems der Führung gerichtet. (Applaus) [í ] Andererseits, hatte die Hauptstadt, die die Enttäuschung der vom 9. Juni 1923 erregten Hoffnungen bereits erfahren hatte, jedes Recht und Grund zurückhaltender zu sein, solange sie die Taten der neuen Macht abwartet. (Applaus) Im Ersatz dazu muss betont werden, dass während am 9. Juni die Macht im bulgarischen Dorf feindlich begrüßt wurde, der 19. Mai genau auf dem Lande die uneingeschränkte Zustimmung fand. (šBravo!õ Anhaltender Applaus) [í Es folgen Ausführungen zum ländlichen Bulgarien]

Geehrte Versammlung! Ich werde mich bemühen mit einigen Worten eine Charakteristik der NEUEN MACHT zu geben.

Wir, die wir aus der Vergangenheit, der historische Erfahrung und der Erfahrung im Ausland gelernt haben, wollen eine neue staatliche Organisation aufbauen, die auf folgenden Anfängen ruht:

1. Eine starke, autoritäre und kompetente Exekutive (Applaus), die in der Lage ist die Staatsangelegenheiten des neuen Bulgariens zu regeln. Durch die Wende des 19. Mais machte Bulgarien eine historische Kurve in seiner gesamten Entwicklung. Diese epochale Sache kann nur eine Macht mit einem uneingeschränkten Gefühl der Verantwortung und Glauben an die Zukunft der Nation übernehmen. Dies kann nur eine starke und autoritäre Macht sein. (Applaus)
2. Ein Parlament, das für alle wichtigen Kompetenzen eintritt, zu deren Ziel es die Vertretung der wirtschaftlichen, kulturellen und professionellen Organisationen umfasst. Die Rolle eines Korrektivs und Schiedsrichter eventueller Widersprüche, die zwischen den vertretenden Wirtschaftsverbänden entstehen könnten, wird die jeweilige politische Vertretung im Parlament übernehmen [í ]
3. Die wirtschaftlichen, professionellen und kulturellen Organisationen, um für den Aufbau der vertretenden Körper des Staates, der Gebiete und Gemeinden geeignet zu sein, werden mit Unterstützung des Staates umgebaut auf dem Prinzip der pflichtmäßigen Mitgliedschaft und freiwilligen Gebrauchs auf der Basis des Rechts der bisher existierenden Organisationen.
4. Um die Möglichkeit von Parteierscheinungen welcher Art auch immer, auszuschließen, die aufs Neue die quälende Epoche der lasterhaften gestrigen Vergangenheit wiederbeleben würden, muss die politische Vertretung im Parlament aus dem gesamten Volk gesendet werden, politisch

organisiert zur Unterstützung des Staates.  
Wirtschaftspolitik]

[í Es folgen Ausführungen zur Sozial- und

Seite 113

9. Zur Aufrichtung dieser neuen Ordnung wird sich die Regierung darum kümmern, alle existierenden Organisationen mit parallelen Initiativen im Geiste der neuen Zeit zu vereinen. In dieser Richtung wird sie besondere Aufmerksamkeit auf die ganze schulische und außerschulische Jugend lenken, die am geeignetsten ist, um auf dem neuen Weg zu gehen.

Damit der Schatz der Nation ó die Jugend ó, die wertvollste Garantie der Zukunft des Volkes wird, hält es die Regierung für ihre höchste Pflicht, alles zu tun, dass sie [die Jugend, C.N.] durchdrungen wird vom tiefen Glauben an das Schicksal der Nation und ihre historische Mission, vom Kult an den Staat, vom Geist nationaler Disziplin und von der Liebe zur Arbeit. (Applaus)

Die harmonische Entwicklung dieser Eigenschaften wird uns den idealen Bürger im Geiste der neuen Zeit geben, der ein Teil der staatlichen Kräfte und des Schaffens des Volkes sein wird.

So sind in allgemeinen Zügen die Ideen, von den sich die neue Macht leiten lassen wird.

Geehrte Versammlung!

Ich komme nun zu einem anderen Teil meine Rede ó

WAS WURDE NACH DER WENDE GETAN:

1. Das vom gesellschaftlichen Bewusstsein abgelehnte parlamentarische System, das mit seinem Meisterwerk, den schandhaften Szenen der letzten ministeriellen Krise, endete, wird liquidiert.<sup>528</sup> (Schande!ó Applaus)
2. Die verderbliche *partizan-tina*, die solch fürchterlichen Schaden in allen gesellschaftlichen Schichten anrichtete, wird liquidiert. (Applaus) [í Es folgen Ausführungen über die Schließung einiger Ministerien, die administrative Reform des Landes, der hauptstädtischen Verwaltung, der Direktion für Gesundheit, der Kirche, der Erziehung]

S. 115:

12. Im Justizministerium wurden durch eine gesetzliche Anordnung die Sanktionen gegen eigennützige Verbrechen im Dienst verstärkt, um den Kampf gegen diese fürchterliche Lepra im staatlichen Organismus, die ihn auffrisst und zerstört, wirksamer zu führen. (Applaus) [í Es folgen weitere Ausführungen zum Justizwesen, zum Finanzministerium, zur Direktion für Eisenbahnen, zum Ministerium für Volkswirtschaft]

S. 118:

16. Bereits in den ersten Tagen nach der Wende wurden Maßnahmen ergriffen, um Schluss zu machen mit der FÜRCHTERLICHEN VERSCHWENDUNG staatlicher Mittel, zu deren Ziel alle Sinekuren, deren Zahl in der Miene Pernik, dem Rathaus der Hauptstadt und im Ministerium für Verschönerung und Bau

---

<sup>528</sup> Am 4. Mai 1934 blamierte das Parlament den Minister für Eisenbahnen Stojan Kosturkov. Sein Rücktritt und die folgenden Uneinigkeiten in der Regierungskoalition über die Verteilung der Ministerposten führte zum Abtritt des Kabinettes von Nikola Mu-anov.

besonders hoch waren, abgeschafft. [í Es folgen weitere Ausführungen zur Miene Pernik, zur Kürzung von Gehältern]

S. 119:

Im Ausland begann man auf uns wie auf ein barbarisches Land zu schauen, in dem politische Morde eine alltägliche Erscheinungen sind. (Stimmen: šSehr richtig!ö)

Und im Lande selbst beobachtete die Bürgerschaft mit Bestürzung den Unwillen und die Tatenlosigkeit der staatlichen Macht! (šSchande!ö Applaus)

Ich möchte hier Nichts hinzufügen, weil diese schändliche Vergangenheit noch frisch in unserer Erinnerung ist und die Worte zu kraftlos sind, um es in dem ganzen Schrecken darzustellen. [í Es folgen Ausführungen zur Entwaffnung der IMRO]

S. 120:

Vor mir liegen Dutzende Seiten, auf denen einer nach dem anderen die skandalösen Fakten des Lebens aus verschiedenen Zuständigkeitsbereichen aufgezählt sind, die den bereits bekannten Zustand der Fäulnis des Staates charakterisieren. Die Verschwendung und der organisierte Diebstahl vom Staat sind eine gewöhnliche Erscheinung. [í ] Ich jedoch halte es für hilfreich, die Gesellschaft nicht mit solchen skandalösen Fakten zu familiarisieren, da ich glaube, dass die alte Macht dies genug getan hat [í ] Ich umgehe sie, doch möchte ich der Versuchung erliegen nur einen oder zwei Fakten zu erinnern, um das zu charakterisieren, was diese Dutzenden von Blättern enthalten.

Der erste Fakt ist, dass im Finanzministerium in diesem Moment rund 450 Millionen Lewa nicht eingesammelter Steuern von Gesellschaften, Banken, Privatpersonen alleine im Sofioter Steuerbezirk offen stehen (šSchande!ö Applaus) [í ] Gleichzeitig fügte der Leiter der Steuerabteilung, der diesen Bericht zusammenstellte, hinzu: šWenn man den Dienst frei von dem Zwang des *partizanstvo* hält, von *hodatajstva* und dem Einfluss bei der Auswahl des Personals, könnten wir auch 100% der ausgeschriebenen staatlichen Steuern einsammeln.ö [í Es folgen Angaben über andere Ministerien und den Aufgaben der Zukunft bezüglich des Innenministeriums, des Erziehungsministeriums, des Justizministeriums, des Finanzministeriums, des Volkswirtschaftsministeriums, der Direktion für die staatlichen Eisenbahnen und der Außenpolitik]

Seite 124

So, geehrte Versammlung, ist unsere Außen- und Innenpolitik vor Ihnen umrissen. Wie Sie sehen, im Gegensatz zur bisherigen Praktik, mache ich keine großen Anstrengungen einer reichlichen sprachlichen Argumentation um die Politik der Regierung zu verteidigen, die ich die Ehre habe zu vertreten. Das sich-verlieren-in-Worten ist eine Sache der Vergangenheit und auch eine Verteidigung der schwachen Causae. Ich bevorzuge die Beredsamkeit der Tat. Daher herrschte in der heute vorgetragenen Rede jenes vor, was bereits in kurzer Zeit gemacht wurde, vor dem, was noch bevorsteht zu tun [...]

Nur so, verehrte Bürgerinnen und Bürger, sollten Sie über uns urteilen, über unsere Taten und auch wir würden es vorziehen, uns Ihre Zustimmung durch unsere Taten zu verdienen, so würden Sie und wir dem Land am besten dienen.

Und wir alle sind verpflichtet Bulgarien zu dienen! Hurra! (Rufe: šHurra!ō, anhaltender, stürmischer Applaus und Ovationen)

S. 125

Reservegeneral D. Nikolaev:

Meine Herren! Wir hatten das Vergnügen die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Tätigkeit der Regierung in den vergangenen zwei Monaten und über ihre zukünftige Taten zu hören. Wir müssen alle zufrieden sein, dass wir informiert wurden, was getan wurde und was in der Zukunft getan wird.

Meine Herren! Ich schließe die Veranstaltung. (Anhaltender Applaus und Rufe: šHurra!ō, šEs lebe Bulgarien!ō)

**16.5. Diskursfragment 5: Dnevnik Nr. 10772, 15.11.1935, S. 3**

ó - . .  
, ,  
, - ó (í ),  
, ,  
18000 .  
, ,  
- , - ,  
, - ,  
, ,  
:š , , .ō  
, ,  
:  
- , ,  
.

## **Missbräuche im Bad Ov a Kupel**

### **Einer der vielen Fälle aus der Vergangenheit. ó was sagt der Kassierer und Schuldige. Urteil.**

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendein Buchhalter der Vergangenheit, beschuldigt, dass er staatliche Gelder veruntreut habe, weggeschickt wird.

Derjenige, über den das Gericht gerade verhandelt, ist der ehemalige Kassierer und Verwalter in Ov a Kupel ó Gjuro Atan [í ], ein Mann mit zweitklassiger Ausbildung, dem die finanzielle Führung des Bades anvertraut wurde.

In seinem Dasein als Kassierer, vielleicht da er auf diesen Dienst nicht vorbereitet war, ergab sich bei einer Revision ein Defizit von 18000 Lewa.

Wegen diesem Defizit, über welches er angibt nicht zu wissen wie es sich ergab, muss er sich vor Gericht verantworten.

### **Was sagt der Kassierer**

- Nicht ich bin schuld, [ihr] Herren Richter. Ich bin ein Mann, der nicht viel von Konten versteht und habe vielleicht daher diesen Fehler gemacht. Schon als sie mich als Kassierer und Verwalter ernannten, habe ich mich beim ehemaligen Minister Petrov gezeigt und ihm gesagt, dass dieser Dienst nichts für mich ist.

Er hat mich beruhigt und gesagt: šDu wirst dich daran gewöhnen, Du wirst dich daran gewöhnen, das ist eine einfache Arbeit.ō

Ich nahm den Dienst an. Ich habe mich so sehr es ging gequält, um mich an die Arbeit zu gewöhnen, damit ich fehlerfrei arbeite. Aber wie Sie sehen habe ich Fehler gemacht.

Der Gerichtsgutachter in der Sache gibt eine interessante Schlussfolgerung:

- Der Angeklagte hat vielleicht wirklich nichts von Buchhaltung verstanden, aber von Konten hätte er doch etwas verstehen können.

Und sein Defizit hat sich trotzdem ergeben.

### **Urteil**

Der Richter verurteilte den Anklagten nach den Plädoyers der Verteidigung zu 1 Jahr strenger Dunkelhaft.

Dieser Fall, der einer von vielen dieser Art ist, steht deutlich für die Ordnungen der Vergangenheit, als Tausende und Tausende von arbeitsfähigen Leuten mit Hochschulbildung ohne Arbeit dastanden und in die verantwortlichen Dienste Analphabeten ernannt wurden, die als einzigen Zensus hatten, dass sie *partizani* und Freunde der Regierenden waren.



## 17. Bibliographischer Essay

Die **deutschen** Forschungen zur Geschichte des šDritten Bulgarischen Königreichsš 1878-1944 haben in den letzten Jahren zwar zugenommen, beschränken sich jedoch nach wie vor auf einige ausgesuchten Bereiche wie den Nationsbildungsprozess<sup>529</sup>, die Außenpolitik Zar Boris III.<sup>530</sup>, sowie die Debatte um den Autoritarismus in der Zwischenkriegszeit. In der **angelsächsischen** Forschung sind außer den Forschungen Maria Todorovas mit der Ausnahme von Neuburgers Studie zur muslimischen Minderheit im Nationsbildungsprozess<sup>531</sup> keinerlei Publikationen zu verzeichnen. Auf **bulgarischer** Seite hingegen haben die Untersuchungen zu dieser Periode in den Jahren nach der Wende rapide zugenommen, wobei vor allem sozial- und wirtschaftshistorische Studien im Vordergrund stehen.<sup>532</sup> Besonders hervorzuheben, gerade im Hinblick auf das Thema dieser Arbeit, sind die erschöpfenden Darstellungen Rumen Avramovs zur Wirtschaftsgeschichte dieser Zeit<sup>533</sup> und das sozialhistorische Überblickswerk Rumen Daskalovs<sup>534</sup>. Diese stellen gleichsam nahezu die einzigen seriösen Abhandlungen über die Korruptionsthematik im vorsozialistischen Bulgarien überhaupt dar, wobei lediglich R.Avramov die Archivbestände dahingehend bearbeitete. Auch Forschungen zu der öffentlichen Kommunikationssphäre dieser Zeit sind bislang rar gesät und nicht zu konzeptionalisierten Strukturbeschreibungen.

Weitaus interessanter jedoch sind die für diese Arbeit im Laufe eines einjährigen Aufenthaltes eingesehen Primärquellen, die sich zunächst in persönliche Publikationen, Zeitungen und Zeitschriften auf der einen und den Beständen des Zentralen Historischen Archivs (*Centralen Histori eski Arhiv - CDA*) auf der anderen Seite untergliedern lassen. Unter den publizierten Quellen über Korruption stechen, wie in Kap. 4.1. ausführlich dargelegt, die **Berichte parlamentarischer Enquetekommissionen** aus der Zeit zwischen 1883 und 1923 besonders hervor. Selbige sind sämtlichst in der Nationalbibliothek Kiril und Metodi (*Narodna Biblioteka Kiril i Metodi - NBKM*) einzusehen. Gleiches gilt für nahezu alle **Zeitungen** der politischen Parteien und die größten unabhängigen Tageszeitungen, wenngleich auch nicht immer für alle Jahrgänge. Die **Digitalisierung** dieser Bestände der periodischen Ausgaben, die über die Internetadresse der Bibliothek<sup>535</sup> abzurufen sind, schreitet jedoch nur langsam voran. Die zahlreichen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und professionellen Journale, die immer wieder erstaunlich gute und thematisch breit gestreute Materialien beinhalten, sind zwar nicht digitalisiert, jedoch nahezu lückenlos

---

<sup>529</sup> Weber, Claudia: Auf der Suche nach der Nation.

<sup>530</sup> Karlsreiter, Anna: König Boris III und die bulgarische Außenpolitik 1938-1943, München, 2001.

<sup>531</sup> Neuburger, Mary: The Orient within. Muslim Minorities and the Negotiation of Nationhood in Modern Bulgaria, Ithaca/London, 2004.

<sup>532</sup> Vgl. dazu z.B.: P rvanova, Rumjana: Bulgarische Geschichtsforschung zur Zwischenkriegszeit. Überblick über Publikationen und Tendenzen seit 1989, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, München, 2006, S. 91-108.

<sup>533</sup> Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz m, 3 Bd.

<sup>534</sup> Daskalov, Rumen: B lažskoto Ob-testvo, 2 Bd.

<sup>535</sup> siehe: <http://www.nationallibrary.bg/cgi-bin/e-cms/vis/vis.pl?s=001&p=0038&n=&vis=>

in gedruckter Form einzusehen. Weiterhin zählen zu den publizierten Quellen auch die zahlreichen von Politikern, Künstlern oder sonstigen gesellschaftlich Tätigen veröffentlichten Erinnerungen, Sach- oder sonstigen Büchern.

Die Bestände des CDA hingegen sind deutlich aufwändiger zu erschließen. Eine erste Hilfe dazu können die Ratgeber des Archivs (*arhivni spravo nici*) leisten, die auch zwei Bände zur Zeit zwischen 1878 und 1944 enthalten.<sup>536</sup> Selbige können jedoch die langwierige Suche in den Findbüchern des Archivs (*opisa*) über die einzelnen Fonds der Institutionen und Personen nicht abnehmen. Ebenso hat die herausgeberische Tätigkeit des Archivs in den letzten Jahren wieder zugenommen, so dass einige hervorragende Quellenbände zur bulgarischen Geschichte erschienen sind.<sup>537</sup>

Der Natur des staatlichen Archivs nach finden sich im Allgemeinen hauptsächlich dokumentierte Fälle politischer Korruption. Bei tieferen Forschungen lassen sich jedoch auch sehr interessante andere Materialien zutage fördern. Eine Anlaufquelle bietet z.B. der Fond der Staatsanwaltschaft (*D rftavno Obvinitelstvo*) CDA F 233K Op. 1, der viele Materialien zur Verfolgung von Politikern und Händlern zwischen 1918 und 1923 im Zusammenhang mit Korruption enthält. Entgegen anderer Erwartungen enthält der Fond des Justizministeriums (*Ministerstvo na Pravos dieto*) CDA F 242K meines Wissens keinerlei Akten über Korruption oder Korruptionsprozesse ó ebenfalls ein bemerkenswerter Befund. Lediglich die Revisionsberichte der Gerichte (Op. 1, 2 und 3), vor allem auf den unteren Ebenen, können Hinweise auf korrupte Richter und deren Praktiken enthalten. Obgleich eine höchst interessante Quelle für das Innenleben der Gerichte, sind diese Berichte jedoch wohl zu spärlich für tiefere Studien. Ebenfalls überraschend enttäuschend verliefen die Nachforschungen in dem Fond des Finanzministeriums (*Ministerstvo na Financite*) F 159K, in dem außer der Anklage gegen die Regierungen Petkov-Petrov-Gudev (Op. 5, a.e. 3-7) und einigen Revisionsberichten kaum brauchbares Material zu finden war. Als ergiebig hingegen können die zahlreichen Revisionsberichte in der Bulgarischen Nationalbank (*B lgarska Narodna Banka* - BNB) CDA F 285K Op. 3 angesehen werden, die viele dokumentierte Fälle von Unterschlagung und Bestechung verzeichnen, meist jedoch ausschließlich aus der Feder der Revisoren. Als Originaldokumente über das *partizanstvo* können z.B. die zahlreichen persönlichen Briefe an Al. Stambolijski CDA F 255K, Op. 1 mit der Bitte um Arbeit o.ä. herangezogen werden; selbige lassen sich zuhauf in den persönlichen Fonds<sup>538</sup> hochrangiger Politiker finden. Briefliche Bittgesuche, sei es um Arbeit, finanzielle Zuwendungen, politische Protektion oder sonstige Vergünstigungen und Beschwerden waren in diesem Zeitraum ein weitläufiges Phänomen. Besonders reichhaltig sind sie im Fond des Königs (*Monarhi eski Institut*) CDA F 3K Op. 1, 8 und 12 enthalten, wobei Korruption oder zumindest Gerüchte

---

<sup>536</sup> Siehe: P tevoditel na centralnija d rftaven arhiv. U refdenski fondove (do 1944g.), Bd. 1: Organi na vlast i upravlennie (Arhivni Spravo nici Bd. 8), Sofia, 2005; und: P tevoditel na centralnija d rftaven arhiv. U refdenski fondove (do 1944g.), Bd. 2. Stopanski, kulturni, politi eski i ob-testveni organizacii i u refdenija (Arhivni Spravo nici Bd. 11), Sofia, 2006.

<sup>537</sup> Siehe: <http://www.archives.government.bg/index.php?lang=bg&page=11>.

<sup>538</sup> Selbige sind jedoch nicht gänzlich in das CDA überführt worden, sondern befinden sich teilweise noch im Archiv der NBKM.

und Anschuldigungen über Korruption nicht gerade selten auftraten. Gleiches gilt für den Fond des Parlamentes (*Narodno S branje*) F 173K Op. 4 und 6, wobei letztere auch zahlreiche Akten über die Anklagegen gegen die Minister des Agrarierbundes Stambolijskis aufgrund von Unterschlagungen und anderen Verbrechen enthält. In Op. 8 desselben Fonds finden sich darüber hinaus die gesammelten stenographischen Protokolle des Parlamentes.

## 18. Literaturverzeichnis

### 18.1. Archivmaterialien des CDA Sofia:

- CDA F 3K Op. 1 a.e. 32, S. 2 (Verbot an die Offiziere sich mit *hodatajstvo* zu beschäftigen 1934).
- CDA F 3K Op. 1. a.e. 734, S. 84-86 (Brief an Zar Boris III.).
- CDA F 3K Op. 1 a.e. 923-930 (Briefe an Zar Boris III.).
- CDA F 3K Op. 8 a.e. 386 und 585 (Bitten um *hodatajstvo* an Fürst Ferdinand).
- CDA F 3K Op. 8, a.e. 912, S. 11-13 (Briefe über Korruption in der Armee und im Kriegsministerium 1906 an Fürst Ferdinand).
- CDA F 3K Op. 8 a.e. 1100, S. 15f., 40-43 (Briefe eines freiwilligen Spiones des Hofes an Ferdinand).
- CDA F 3K Op. 8 a.e. 1131, S. 1. (Briefe Fürst Ferdinands an General M.Savov 1907).
- CDA F 3K Op. 8, a.e. 1583, S. 33-39 (Brief an Fürst Ferdinand über die Regierung Petrov-Petkov-Gudev).
- CDA F 3K, Op. 8. a.e. 1584, S. 10f. (Briefe an Fürst Ferdinand).
- CDA F 3K Op. 12, a.e. 806, S. 1f. (Brief an Zar Boris III. über Korruption durch Minister Avramov 1938).
- CDA F 3K Op. 12 a.e. 813, S. 1 (Erlass über die Einrichtung einer Kommission für Bitten und Beschwerden beim Premierminister).
- CDA F 3K Op. 12 a.e. 899, S. 1-3 (Brief an Zar Boris III. von 1926).
- CDA F 135K Op. 2, a.e. 39, S. 3 (Brief von Hristo Il. Mutafiev an Grigor Vasilev).
- CDA F 159K Op. 2 a.e. 410, S. 158 (Akten des *d rftaven obvinitel* G.Danailov aus dem Verfahren gegen die ehemaligen Regierungen Petrov.Petkov-Gudev 1912-1914).
- CDA F 159K Op. 5 a.e. 6, S. 1-598 (Obvinitelen akt protiv Ra o Petrov, Dr. Pet r Gudev, Dr. Nikola Genadiev, General Mihail Savov, Ivan Hala ev po obvinenieto im v naru-enie na Konstitucijata rez sistemati no naru-enie na zakonite i na vreda pri inena na d rftavata za li na polza, Sofia, 1913).
- CDA F 173K, Op. 3, a.e.2056, S. 38-62 (Doklad na parlamentarnata anketna komisija otnositelno proverjavane delata na iznesenite prez XVII.-to ONS, vtora izvanredna sesija, slu ai na nerednosti i zloupotrblenija izv r-eni ot razni inovnici i slufati, voenni i grafdanski, ast II, Sofia, 1917).
- CDA F 233K, Op. 1, a.e. 72, S. 3. (Telegramme des *d rftaven obvinitel* an das Gericht in einem Korruptionsverfahren).
- CDA F 242K Op. 5 a.e. 21, S. 10-40 (Telegramm und Berichte über die Kommission zur Durchsicht der Archive der ehemaligen Minister 1923-24).
- CDA F 255k Op. 1 a.e. 15, S.1. (Brief einer Druffba an Al. Stambolijski bezüglich einiger Entlassungen).
- CDA F 255K Op.1 a.e. 22, 28, 55, 87 und 114 (Briefe an Al. Stambolijski).

- CDA F 255K Op. 1 a.e. 117, S. 1-70 (Broschüre von Asen Stambolijski).
- CDA F 258K Op. 1 a.e. 2636, S. 3-15 (Revisionsbericht über den Fond für Kriegswaisen).
- CDA F 361K Op. 1, a.e. 11, S. 17-38 (Drufba-kija reffim Bd. 3 und 4).
- CDA F 929K Op.1, a.e. 6 (Broschüre: šProizvoli i korupcija v M-voto na Kosturkov. Re ot Grigor e-medffiev proiznesena v Narodnoto S branie na 28 noemvri 1933 godõ, Sofia, 1934).
- CDA F 929K, Op. 1, a.e. 7 S. 1-44 (Broschüre: šNie obvinjavame Minist r Kosturkov. Partizanstvo, grabefi i anarhija v fležnicite i pristani-tataõ, Sofia, 1934).
- CDA F 929K, Op. 1, a.e. 7 S. 46-66 (Broschüre: Hristov, Stojko: šRadikal li e Minist r Kosturkov?õ, Sofia, 1934).
- CDA F 1555K Op. 1, a.e.1 (Autobiographie St. Kosturkovs).

### **18.2. Zeitungen (NBKM):**

- Dnevnik.
- Mir. Organ na Narodnata Partija.
- Nov Vek. Organ Narodno-Liberalnata Partija.
- Prjaporec. Organ na Demokrati eskata Partija.
- Slovo. Vestnik za politika, stopanstvo i kulturen zhivot.
- Sgovor. Utrinen vsekidnevnik.

### **18.3. Publizierte Quellen:**

- Bl zkov, Ilija: Iz v zpominanijata mi za p rvite na-i slufba-i v p rvite dni sled ozvobofnenieto, in: B lgarskata Sbirka, 6/1899, Kn. 4, S. 160-169.
- Boev, Bon o: Ikonomi eski pregled, in: Spisanie na B lgarskoto ikonomi esko druffestvo, 4/1900, Kn. 10, S. 699-719.
- B lgarska Narodna Banka. Sbornik Dokumenti, hg.: Avramov, Rumen (Arhivite Govorjat), Bd. 4, Sofia, 2004.
- Danailov, Georgi: inovni-kijat v pros v B lgarija, in: Spisane na b lgarskoto ikonomi esko druffestvo 9/1905, Kn. 7, S. 459-470.
- Dnevnik na XIV-to ONS, III-tija redovna sessija, XLII zasedanie, 13/26.12.1910, Sofia, 1911.
- Doklad do IV.-to ONS ot anketna kommissija, izbrana ot s -toto s branie za da pregleda smetkite na d rffavata, Sofia, 3 Bd., 1885.
- Doklad do 8-to ONS na Izpitatelnata Kommisija po zloupotreblenijata na stambolovija kabinet ot 22. Avgust 1887 do 18. Maj 1894 godina, Sofia, 1895.
- Doklad na parlamentarnata komisija do XI.-to ONS po predloffenieto za davane pod s d ministrite ot kabineta na T. Ivan ova. Oficialno izdanie na Narodnoto S branie, Sofia, 1901.

- Doklad do XIV-to ONS na izpitatelna komisija po upravljenieto na stranata prez perioda ot 5 Maj 1903g. do 16 Januarij 1908g. otnositelno delata na njakoi ot biv-ite prez tova vreme ministri, Sofia, 1911.
- Doklad do XIV-to ONS, III-ta redovna sessija ot parlamentarnata seldestvena komisija po izdirvane I ustanovjavane faktite na obvinienieto sre-tu biv-ite ministri ot kabinetite na R.Petrov-D.Petkov-P.Gudev, Sofia, 1911.
- Doklad do XIV-to ONS ot parlamentarnata komisija za izrabotvane -tatove za inovnici, 2 Bd., Sofia, 1911.
- Doklad na parlamentarnata izpitatelna komisija, nazna ena s re-enieto na XVII-to ONS v 1-ta mu izv nredna sesija v zasedanieto ot 10. Maj 1914 g. za anketirane kabineti na Iv.Ev. Ge-ov i Dr. St. Danev po cjaloto im urpavljenje ó vklju itelno podgotovkata i vodene na vojната, Sofia, Bd. 1-4, 1918.
- Doklad na parlamentarnata anketna komisija otnositelno proverjavane delata na iznesenite pred XVII-to ONS slu ai na neredovnosti i zloupotreblenija, izv -eni ot razni inovnici, slufa-ti, voenni i grafdanskii, Sofia, 1917.
- Doklad na parlamentarnata komisija po anketirane delata na BTB, Sofia, 19.8.1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 1 & 2: Aleksand r Stambolijski, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 3: Parizanska gangrena v u ili-teto, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 4 Kraflbi, izvori, administracijata i inovnici prez druflba-kija reffim, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 6 Raport do Al. Stambolijski ot M. Radolov, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 8 Druflba-kite i inovni estvoto, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 11 Druflba-kite diplomati, Sofia, 1924.
- Druflba-kija Reflim, Bd. 12 Druflba-ki narodni predstaviteli, izbori i parlament, Sofia, 1924.
- Dfidrov, Pet r.: Partii i Partizanstvo, in: Arhiv za stopanska i socialna politik, 2/1926, Kn. 4, S. 339-347.
- Ge-ov, Ivan Evst.: inovni-kij proletariat, in: Dumi i dela. Finansovi I ikonomi eski studii, hg.: Ge-ov, Ivan Evst., Sofia, 1899, S. 48-65.
- Groueff, Stephane: Crown of Thorns. The Reign of King Boris III of Bulgaria, Lanham u.a., 1987.
- G lbov, Konstantin: Psihologija na B lgarina, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan, Sofia, 1994, S. 213-230.
- Iliev, Atanas: Problemata za psihologijata na s vremenite B lgari, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan, Sofia, 1994, S. 320-329.
- Iz li nija arhiv na Kimon Georgiev (Arhivite govorjat), hrsg.: An ova, Kalinka/Todrakova, Milena, 4 Bände, Sofia, 2007-2009.
- Jire ek, Constantin: B lgarski dnevnik, Bd. I, Plovdiv/Sofia, 1930.
- Ders.: Das Fürstenthum Bulgarien, Prag et al., 1891.
- Kap ev, Georgi: Deloto šTmrl-fianō pred s da, Sofia, 1906.

- Kosturkov, Stojan: Podkupni estvo v na-ata presa, in: Demokrati eski pregled 8/1910, S. 487-490.
- Ders.: Izborite za selski ob-tinski s veti, in: Demokrati eski pregled 1911 Kn. 3, S. 367-379.
- Mihajlov, Ivan: Psihologijata na na-ite partii, in: B lgarskata Sbirka 7/1900 Kn. 2, S. 114-123.
- Mihajlov, N.: Sk pijat flivot, inovni eskite zaplati i nadnicite, in: Spisane na B lgarskoto ikonimi esko druffestvo 22/1922-23, Kn. 4-5, S. 191-198.
- Miljukov, Pavel: B lgarskata Konstitucija, Solun, 1905.
- Mitev, Dimitâr: Istori eski Svidetelstva za Mefduvoenna Bâlgarija vâv Fonda na Uliam Marten ó Arhiv na Ob-testvoto na Narodite ó fieneva, in: Izvestija na Dârflavnite Arhivi 64/1992, S. 45-80.
- Mitov, D.Z.: inovni estvoto i zaplatite, in: Demokrati eski Pregled 17/1924 Kn. 5, S. 366-377.
- Nakazatelen Zakon, in: D rflaven Vestnik 21.2.1896, Nr. 40.
- Nakazatelnij Zakonik ot 28j-Zilhidfe 1274g. (1857 R. Hr.), Plovdiv, 1881.
- Petkanov, Konstantin: Harakterni erti na B lgarina, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan, Sofia, 1994, S. 401-411.
- Pe ev, Todor: P len Ukazatel na zakonite v B lgarija ot osvobofdenieto do 30. Juni 1939, Sofia, 1939.
- Popov, Kiril: Tâtnite tablici na d rflavnite cluffiteli, in: Spisane na B lgarskoto ikonomi esko druffestvo 25/1927 Kn. 8, S. 365-374.
- Ders.: inovni-kijat v pros, in: Spisane na B lgarskoto ikonomi esko druffestvo 10/1906 Kn. 8, S. 532-543.
- Pâtevoditel na Centralnija Dârflaven Arhiv. U reffdenski Fondove (do 1944g.), Bd. II. Stopanski, kulturni, politi eski i ob-tesveni organisacii i u reffdenija, zusammengestellt von: An ova, Kalinka/Marinava, Viktorija/Milanov, Petâr/fielev, Jordan/Kostova, Svetla, Sofia, 2006.
- Radev, Simeon: Stroiteli na s vremena B lgarija, 2 Bd., Sofia, Neuauflage 2004.
- Radolov, Aleksand r: Prevrat r na 9-ti Juni i prest pnaoto nehajstvo, Sofia, 1931.
- Tâjtjanov, Najden: Duh t na otricanie u B lgarina, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Daskalov, Rumen/Elenkov, Ivan, Sofia, 1994, S. 270-279.
- Turlakov, Marko: Istorija, principi i taktika na BZNS, Sofia, 1928.
- Ders.: Koj i za-to me izklju i ot BZNS, Sofia, 1923.
- Vlajkov, Todor: Partizanstvo, in: Demokrati eski Pregled, 17/1924, Kn. 3, S. 181-196.
- Ders.: inovni estvo i vlastnici. O erki spored belefkite na moja brat, Sofia, 1934.
- Ders.: Na-ite Partii. Kak sa s zdadeni te i kak sa se namnofili, in: Todor Vlajkov. S inenija, Bd. 5, Sofia, 1930, S. 322-338.
- Ders.: Parlamentarizm t, li nija reffim i starite demokrati, in: Demokrati eski Pregled 2/1903-04 Kn. 11, S. 262-264.
- Ders.: Li nijat reffim, in: Todor Vlajkov. S inenija, Bd. 5, Sofia, 1930, S. 170-197.
- Ders.: Proletarii li sa d rflvnite inovnici, in: Demokrati eski Pregled 9/1911 Kn. 3, S. 389-409.
- Ders.: Slu ajni belefki okolo inovni eskija v pros, in: Demokrati eski Pregled 7/1909 Buch 5, S. 597-610.

- Ders.: Za-to ne stanah socialist?, in: Vlajkov, Todor. S ĩnenija. Bd. 5, S. 419-433.
- Zakon za presledvane na nezakonno obogatenite ĩnovnici, in: D rflaven Vestnik Nr. 3, 18.1 1895, Erlass Nr. 618.

#### **18.4. Literatur:**

- Adanir, Fikret: Die makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden, 1979.
- Alemann, Ulrich v.: Politische Korruption: Ein Wegweiser zum Stand der Forschung, in: Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung, hg.: Aleman, Ulrich von (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 35/2005), Wiesbaden, 2005, S. 13-49.
- Allen, Oliver E. The Tiger: The Rise and Fall of Tammany Hall, 1993.
- Andreev, Michail: Istorija na Bãlgarskata Burfboazna Dãrflava i Pravo, ĩst Vtora, Sofia, 1975.
- Ders.: Das bulgarische Gewohnheitsrecht in den letzten Jahren des Türkenjochs, in: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas 6, 1962, S. 411-422.
- Avramov, Rumen: Komunalnijat Kapitaliz ĩm, Bd. 3, Sofia, 2007.
- Bailey, F.G.: Treasons, Stratagems, and Spoils. How Leaders make Practical Use of Values and Beliefs, Cambridge Ma., 2001.
- Ders.: Stratagems and Spoils. A Social Anthropology of Politics, New York, 1969.
- Bell, John: Peasants in Power. Alexander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899-1923, New Jersey, 1977.
- Berend, Ivan T/György, Ranki: Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien 1914-1980, in: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 6), hg.: Fischer, Wolfram, Stuttgart, 1987, S. 769-846.
- Bluhm, Harald: Zwischen invisibler und visibler Macht. Machttheoretische Verortungen politischer Korruption, in: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien politischer Korruption, hrsg.: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten, Baden-Baden, 2002, S. 167-194.
- Boestfleisch, Hans-Michael: Modernisierungsprobleme und Entwicklungskrisen. Die Auseinandersetzungen über die Bürokratie in Serbien 1839-1858, Frankfurt am Main u.a., 1987.
- Bosseivan, Jeremy: Friends of Friends. Networks, manipulators, coalitions, Oxford, 1974.
- Bojadfliev, Grigori/ Cenkov, Emil/ Dobrev, Krasimir: Korupcijata v 100 otgovora, Sofia, 2000.
- Brown, J.F.: Bulgaria Under Communist Rule, London, 1972.
- Bruhn, Manfred/Wunderlich, Werner (hrsg.): Medium Gerücht. Studien zu Theorie und Praxis einer kollektiven Kommunikationsform, Bern u.a., 2004.
- Brucciani, Giacomo: Men, Society and History in Aleksandãr Stambolijski's Political Philosophy, in: Bulgarian Historical Review 1-2/2004, S. 161-186.



- Brunnbauer, Ulf/Höpken, Wolfgang: Einleitung. Transformation als Dauerzustand? Bulgariens (Um)Wege in die Moderne, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, München, 2006, S. 7-16.
- Brunnbauer, Ulf/Grandits, Hannes (hrsg.): How to Construct Civil Societies. Education, Human Rights and Media in Southeastern Europe: A Critical Guide, Graz, 1999.
- Buruma, Ian/Margalit, Avishai: Occidentalism. The West in the Eyes of its Enemies, New York, 2004.
- Campbell, John: Honour, Family and Patronage. Study of Institutions and Moral Values in a Greek Mountain Community, Oxford, 1964.
- Carrier, James: Occidentalism. Images of the West, Oxford, 1995.
- Cornwell, Jr., Elmer E. "Bosses, Machines, and Ethnic Groups", in: The City Boss in America: An Interpretive Reader, hrsg.: Callow Jr./Alexander B., New York, 1976.
- Crampton, Richard: Bulgaria 1878-1918: A History, Boulder, 1983.
- Ders.: Eastern Europe in the twentieth Century and after, London, 1994.
- Ders.: A Concise History of Bulgaria, Cambridge, 1997.
- Ders.: Makers of the Modern World: Aleksandur Stamboliiski: Bulgaria: The Pace Conferences of 1919-1923 and Their Aftermath, London, 2009.
- Daskalov, Rumen: Bălgarskoto Ob-testvo 1878-1939, 2 Bd., Sofia, 2005.
- Ders.: Die Debatte um den Faschismus in der bulgarischen Geschichtsschreibung, in: Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag, hrsg.: Ulf Brunnbauer / Andreas Helmedach / Stefan Troebst, München 2007, S. 507-520.
- Ders.: Ideas about, and Reactions to Modernization in the Balkans, in: East European Quarterly 2/31, 1997, S. 141-180.
- Ders./Sundhaussen, Holm: Modernisierungsansätze, in: Südosteuropa. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch, hrsg.: Magarditsch, Hatschikijan/Troebst, Stefan, München, S. 105-135.
- Ders.: V vedenie 2. Nacionalno-kulturnata ni identi nost: na in na izgrafidane, in: Za-to sme takiva? V t rsene na b lgarskata kulturna identi nost, hrsg.: Elenkov, Ivan/Daskalov, Sofia; 1994, S. 27-48.
- Ders.: Europa und der Westen aus bulgarischem Blickwinkel seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Heppner, Harald/Reshlenova, Rumjana: Die Bulgaren und Europa von der Nationalen Wiedergeburt bis zur Gegenwart, hrsg.: Sofia, 1999, S. 243-262.
- Dokumentation. EU-Fortschrittsberichte für Bulgarien und Rumänien vom 22. Juli 2009, in: Südosteuropa-Mitteilungen 49/2009, S. 85-91.
- Dressel, Gert/Hopf, Gudrun (hrsg.): Von Geschenken und anderen Gaben. Annäherung an eine historische Anthropologie des Gebens, Frankfurt am Main u.a., 2000.
- Eco, Umberto: Der Name der Rose, München, <sup>8</sup>1986.
- Ders.: Einführung in die Semiotik, München, <sup>9</sup>2002.
- Elenkov, Ivan: Slufbogonstvo, in: Kultura 23.1.2004.

- Endler, Ditmar/Walter, Hilmer: Wörterbuch Bulgarisch-Deutsch, Leipzig et. Al., <sup>6</sup>1996.
- Engels, Jens I.: Politische Korruption in der Moderne. Debatten und Praktiken in Großbritannien und Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 282/2006, S. 315-321.
- Findley, Carter Vaughn: *Ottoman civil officialdom. A social History*, Princeton, 1989.
- Ders.: *Bureaucratic reform in the Ottoman Empire. The sublime porte, 1789 ó 1922*, Princeton, 1980.
- Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main, 1973.
- Ders.: *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt am Main, 1971.
- Fried, Johannes: *Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift* 263/1996, S. 291-316.
- Friedlander, Saul: *Probing the limits of representation*, in: *The Postmodern History Reader*, hg.: Jenkins, Keith, London/New York, 1998, S. 387-391.
- Gavrilova, Rajna: *Istorijata na grafdanski organizacii v B lgarija*, in: *K m istorijata na grafdanskija sektor v B lgarija*, hrsg.: Elenkov, Ivan/Gavrilova, Rajna, Sofia, 1998, S. 3-103.
- Geertz, Clifford: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt am Main, 1987.
- Gerov, Najden: *Re nik na B lgarkija Ezik*, 8. Bd., Sofia, 1972-1982.
- Ge-eva, Jordanka: *Parlamentarnite anketni komisii po ministerskata otgovornost (1884-1923g.)*, Sofia, 2003.
- Giordano, Christian: *Die Betrogenen der Geschichte. Überlagerungsmentalität und Überlagerungsrationalität in mediterranen Gesellschaften*, Frankfurt/New York, 1992.
- Ders.: *Beziehungspflege und Schmiermittel. Die Grauzone zwischen Freundschaft, Klientelismus und Korruption in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens*, in: *Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft*, hg.: Hettlage, Robert, Konstanz, 2003, S. 97-120.
- Grandits, Hannes: *Herrschaft und Loyalität in der spätosmanischen Gesellschaft. Das Beispiel der multikonfessionellen Herzegowina*, Wien/Köln/Weimar, 2008.
- Graus, Franti-ek: *Mentalität ó Versuch einer Begriffsbestimmung und Methode der Untersuchung*, in: *Mentalitäten im Mittelalter. Methodische und inhaltliche Probleme*, hg.: Graus, Franti-ek, Sigmaringen, 1987, S. 9-48.
- Gronbeck, Bruce: *Die Rhetorik politischer Korruption*, in: *Korruption. Zur Soziologie nicht immer abweichenden Verhaltens*, hrsg.: Fleck, Christian / Kuzmics, Helmut, Frankfurt am Main, 1985, S. 256-281.
- Gröbner, Valentin: *Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit*, Konstanz, 2000.
- Gupta, Akhil: *Blurred Boundaries: The Discourse of Corruption, the Culture of Politics, and the Imagined State*, in: *American Ethnologist* 22/1995 Nr. 2, S. 375-402.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main, 1990.

- Hagen, Manfred: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Russland 1906-1914, Wiesbaden, 1982.
- Hausman, Guido: Öffentlichkeit, in: Geschichte des Russischen Reichs und der Sowjetunion (Studienhandbuch Östliches Europa Bd. 2), hg.: Bohn, Thomas et. al., Köln, 2002, S. 260-266.
- Hein, Michael: Die Europa- und Parlamentswahlen 2009 in Bulgarien, in: Südosteuropa-Mitteilungen 49/2009, S. 44-61.
- Heppner, Harald: Aspekte bulgarischer Öffentlichkeit in spätsomanischer Zeit, in: Öffentlichkeit ohne Tradition. Bulgariens Aufbruch in die Moderne, hrsg.: Heppner, Harald/Preshlenova, Roumiana, Frankfurt am Main, 2003, S. 9-24.
- Herzfeld, Michael: Cultural Intimacy. Social Poetics in the Nation-State, London/New York, 1997.
- Hohendahl, Peter Uwe (hg.): Öffentlichkeit ó Geschichte eines kritischen Begriffs, Stuttgart/Weimar, 2000.
- Höpken, Wolfgang: Zentralstaat und kommunale Selbstverwaltung in Bulgarien 1880-1910. Zum Charakter eines šModernisierungskonfliktesō, in: JGO 39/1991, S. 199-213.
- Ders.: Professionalisierung an der Peripherie: Juristen und Beamte in Bulgarien, 1878-1930, in: Professionen im modernen Osteuropa Berlin, hrsg.: McCallend, Charles/ Merl, Stephen/Siegrist, Hannes, 1996, Berlin, S. 90-124.
- Ders.: Beamte in Bulgarien: Zum Modernisierungsbeitrag der Verwaltung zwischen staatlicher Unabhängigkeit und Balkan-Kriegen (1879-1912), in: Südost-Forschungen 54/1995, S. 219-250.
- Ders.: Die šfehlende Klasseō? Bürgertum in Südosteuropa im 19./20. Jahrhundert, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hrsg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, Wolfgang, München, 2007, S. 33-70.
- Ders.: Gibt es eine šbalkanischeō politische Kultur?, in: Südosteuropa Mitteilungen, 6/2009, S. 30-47.
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, <sup>4</sup>2004.
- Ders.: Ders./Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010.
- Joisten, Karen: Vom Zerreißen und Stürzen. Ein Versuch zur corruptio humana, in: Korruption. Interdisziplinäre Vorträge zu einem komplexen Phänomen, hrsg.: Nell, Verena von / Schwitzgebel, Gottfried / Vollet, Matthias, Wiesbaden, 2003, S. 19-30.
- Kapferer, Jean-Noel: Gerüchte. Das älteste Massenmedium der Welt, Berlin, 1997.
- Karlsreiter, Anna: König Boris III und die bulgarische Außenpolitik 1938-1943, München, 2001.
- Kaser, Karl: Handbuch der Regierungen Südosteuropas, Bd.1, Graz, 1981.
- Kellner, Hans: Language and historical representation, in: The Postmodern History Reader, hg.: Jenkins, Keith, London/New York, 1998, S. 127-138.
- Kolev, Valeri: Ob-tinskoto samoupravlenie i izpálnitelna vlast (1879-1939), in: 120 Godini Izpálnitelna Vlast v Bălgarija, Sofia, 1999, S. 188-201.

- Konstantinov, Aleko: Baj Ganyo. Neverojatni razkazi za edin s vremeneni B lgarin, Sofia, 1983. (Deutsche Ausgabe: Konstantinow, Aleko: Baj Ganyo. Der Rosenöhländler. Unwahrscheinliche Geschichten über einen bulgarischen Zeitgenossen, Berlin, 1959).
- Kostov, Alexander: Technischer Fortschritt, Modernisierung und Öffentlichkeit in Bulgarien Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Öffentlichkeit ohne Tradition. Bulgariens Aufbruch in die Moderne, hrsg.: Heppner, Harald/Preshlenova, Roumiana, Frankfurt a.M. u.a., 2003, S. 83-96.
- Kr stev, Ivan: Shifting Obsessions. Three Essays on the Politics of Anticorruption, Budapest-New York, 2004.
- Lane, Alexander: Bulgariens Arbeitsdienst und der Reichsarbeitsdienst, Diss. Berlin, 1936.
- Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen, 2001.
- Ledeneva, Anna: Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Favours, Cambridge, 1998.
- Logio, George: Bulgaria, Past and Present, Manchester, 1936.
- Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen, Graz-Wien, 1986.
- Markov, Georgi: Na-umelite mefdunarodni aferi na tretoto b lgarsko carstvo, Sofia, 1998.
- Ders.: Voenite v izp lnitelna vlast, in: 120 godini izp lnitelna vlast v B lgarija, Sofia, 1999, S. 104-115.
- Martschukat, Jürgen: Geschichte schreiben mit Foucault ó Eine Einleitung, in: Geschichte schreiben mit Foucault, hg.: Martschukat, Jürgen, Frankfurt/New York, 2002, S. 7-27.
- Mikula, Maja (hg.): Key Concepts in Cultural Studies, Basingstoke, 2008.
- Mühlmann/Llaryora: Klientschaft, Klientel und Klientensystem in einer sizilianischen Agro-Stadt, Tübingen, 1968.
- Neubauer, Hans-Joachim: Fama. Eine Geschichte des Gerüchts, Berlin, 2008.
- Neuburger, Mary: The Orient within. Muslim Minorities and the Negotiation of Nationhood in Modern Bulgaria, Ithaca/London, 2004.
- Oberländer, Erwin (hg.): Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1918-1944, Paderborn u.a., 2001.
- Paru-eva, Dobrinka: Gesellschaft, Technologie und Kultur oder wie Bulgarien auf die Moderne traf, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, München, 2006, S. 17-32.
- Dies.: Pravitelstvenijat elit v Rum nija i B lgarija vtorata polovina na XIX i na aloto na XX. vek, Sofia, 2008.
- Petropoulos, John: Politics and Statecraft in the Kingdom of Greece 1833-1843, Princeton, 1968.
- Petrova, Dimitrina: Alexandâr Tsankov: From Right-wing Socialism to National Socialism, in: Bulgarian Historical Review 3-4/2007, S. 50-86.
- Poppetrow, Nikolaj: Faschismus in Bulgarien. Geschichte und Geschichtsschreibung, in: Südost-Forschungen 41/1982, S. 199-218.

- Ders.: Verfassungsrechtliche Probleme in Bulgarien während der Herrschaft von Zar Boris III. (1918-1943), in: Südost-Forschungen 44/1985, S. 205-221.
- Ders.: Flucht aus der Demokratie. Autoritarismus und autoritäre Herrschaft in Bulgarien 1919-1941, in: Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa, hg.: Oberländer, Erwin, Paderborn u.a., 2001, S. 379-402.
- Ders.: Über die mündlichen Quellen des bulgarischen Autoritarismus und Faschismus, in: Bulgarian Historical Review 2/1994, S. 153-159.
- Prisching, Manfred: Moral als Lüge. Über Moralisierung in der Politik, in: Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft, hg.: Hettlage, Robert, Konstanz, 2003, S. 231-250.
- P rvanova, Rumjana: Bulgarische Geschichtsforschung zur Zwischenkriegszeit. Überblick über Publikationen und Tendenzen seit 1989, in: Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Ethnologische Perspektiven, hg.: Brunnbauer, Ulf/Höpken, München, 2006, S. 91-108.
- Reiter, Josef: ŠSoll man den Menschen sagen, wie schlecht sie sind?ö (E. Canetti): Korruption als šZwischen-Fallö des Menschlichen, in: Korruption. Interdisziplinäre Vorträge zu einem komplexen Phänomen, hrsg.: Nell, Verena von / Schwitzgebel, Gottfried / Vollet, Matthias, Wiesbaden, 2003, S. 1-18.
- Ricoeur, Paul: Geschichtsschreibung und Repräsentation der Vergangenheit, Münster, 2003.
- Roth, Klaus: Klientelismus. Positive Potentiale und Risiken eines traditionellen Modells sozialer Beziehungen, in: Bilanz Balkan, hrsg.: Daxner, Michael et al., München, 2005, S. 54-67.
- Ders.: Institutionelles und persönliches Vertrauen. Südosteuropa auf dem schwierigen Weg in die EU, in: Bilanz Balkan, hrsg.: Daxner, Michael et al., München, 2005, S. 47-53.
- Rothschild, Joseph: East Central Europe between the two World Wars, Seattle, 1990.
- Ders.: The Communist Party of Bulgaria. Origins and Developments 1883-1936, New York, 1959.
- Ruggiero, Vincenzo: France: Corruption as Resentment, in: Journal of Law and Society 1996 23/1, S. 113-131.
- Said, Edward: Orientalism, New York, 1979.
- Sardan, J.P.: A moral economy of corruption in Africa?, in: The Journal of Modern African Studies 37/1999, S. 25-52.
- Schorkowitz, Ditmar: Clio und Nation im östlichen Europa, in: Historische Zeitschrift 279/2004, S. 1-33.
- Schüler, Sonja: Zur politischen Kultur im heutigen Bulgarien, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2/2008, S. 82-98.
- Schuller, Wolfgang: Korruption in der Antike, in: Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung, hg.: Aleman, Ulrich von (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 35/2005), Wiesbaden, 2005, S. 50-60.
- Ders.: Probleme historischer Korruptionsforschung, in: Der Staat 16/1977, S. 373-381.

- Schütz, Astrid/Gröschke, Daniela/Hertel, Janine: Aufdeckung und Zudeckung. Skandale zwischen Wahrheitsfindung und Vertuschungsinteresse, in: Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen. Leben in der Lügengesellschaft, hg.: Hettlage, Robert, Konstanz, 2003, S. 251-271.
- Scott, James: The moral economy of the peasant. Rebellion and subsistence in Southeast Asia, New Haven u.a., 1976.
- Sellin, Volker: Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: Historische Zeitschrift 241/1985, S. 555-598.
- Seton-Watson, Hugh: Eastern Europe between the Wars, 1918-1941, Cambridge, 1945.
- Sloat, Warren: A Battle for the Soul of New York: Tammany Hall, Police Corruption, Vice, and Reverend Charles Parkhurst's Crusade against Them, 1892-1895, 2002.
- Stojanova, Rosica: Pod Znaka na Konfrontacijata. Demokrati eskata Partija i politički eskite borbi v Bălgarija (1924-1934), Veliko Tărnovo, 2003.
- Stykow, Petra: Mésalliance á trois: Politische Korruption als Beziehungsphänomen, in: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien politischer Korruption, hrsg.: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten, Baden-Baden, 2002, S. 87-113.
- Sundhaussen, Holm: Der Balkan ó Ein Plädoyer für Differenz, in: Geschichte und Gesellschaft 29/2003, S. 642-658.
- Ders: Königsdiktaturen in Südosteuropa. Umriss einer Synthese, in: Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa, hg.: Oberländer, Erwin, Paderborn u.a., 2001, S. 337-348.
- Ders: Chancen und Grenzen des zivilgesellschaftlichen Wandels. Die Balkanländer 1830-1940 als historisches Labor, in: Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Hg. von M. Hildermeier, J. Kocka, C. Conrad, Frankfurt/M. 2000, S. 149-177.
- Ders.: Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa in historischer Perspektive, in: Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa, hg.: Papalekas, J.C., München, 1994, S. 34-54.
- Ders.: Antiokzidentalismus im Balkanraum. Regionale Varianten eines universalen Diskurses, in: Prowestliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa. 43. Intern. Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Tutzing, 4.-8.10.2004, hrsg.: Schubert, Gabriella/Sundhaussen, Holm, München 2008, S. 267-293.
- Ders.: Grundzüge der Verfassungsgeschichte des Balkanraums im 19. Jahrhundert, in: Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich, hrsg.: Krisch, Martin/Schiera, Pierangelo, Berlin, 2001, S. 249-265.
- Tahov, Rosen: Golemite b lgarските сензации, Sofia, 2005, S. 308-312.
- Todorova, Maria: Imagining the Balkans, Oxford u.a., 1997.
- Tröbst, Stefan: Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung bis zum Abkommen von Ohrid 1893 ó 2001, München, 2007.
- Wehling, Pamela: Kommunikation in Organisation. Das Gericht im organisationalen Wandlungsprozess, Wiesbaden, 2007.

- Weber, Claudia: Auf der Suche nach der Nation. Erinnerungskultur in Bulgarien 1878-1944, Berlin/Münster, 2006.

### **18.5. Internet:**

- <http://litenet.bg/publish4/bgyrdev/pgudev/6.html> (Biographie P. Gudev).
- <http://litenet.bg/publish5/natanasov/tvlaikov.html> (Biographie T. Vlajkov).
- [www.wiiw.ac.at/balkan/files/Krastev.pdf](http://www.wiiw.ac.at/balkan/files/Krastev.pdf) (Kr stev, Ivan: A Moral-Economy of Anti-Corruption. Sentiments in Transition)
- [http://diepresse.com/home/politik/eu/536795/Bulgarien\\_Georgiewa-wird-beeindruckend-sein](http://diepresse.com/home/politik/eu/536795/Bulgarien_Georgiewa-wird-beeindruckend-sein) (Interview mit dem Politologen Iv.Kr stev)
- <http://derstandard.at/1271377741987/Der-Name-Europa-kommt-vom-Balkan> (Interview mit M.Todorova)
- <http://www.transparency-bg.org/?magic=0.0.0.2> (Transparency International Bulgaria)
- <http://csis.org/publication/business-bulgaria-overview-investors-and-managers-2010> (Korruptionsbericht Bulgarien des Centre for Strategies and international Studies)